

Einreicher:innen:
Die Linke Sachsen-Anhalt
Landesvorstand

21. Januar 2026

**Antrag
an die 2. Tagung des 10. Landesparteitages
der Partei Die Linke Sachsen-Anhalt
am 14. März 2026 in Naumburg (Saale)**

Wir sind der Pol der Hoffnung

(Entwurf des Landtagswahlprogramms)

1	Inhalt	
2	Wir sind der Pol der Hoffnung.....	1
3	Präambel.....	10
4	1. Frieden	12
5	<i>Der Frieden ist nicht alles, aber Alles ist ohne den Frieden nichts (W.</i>	
6	<i>Brandt)</i>	12
7	Für eine freie Religionsausübung in Sachsen-Anhalt	13
8	2. Demokratie.....	14
9	Haltung zeigen – Für Zusammenhalt. Gegen rechte Hetze.....	14
10	Mehr Engagement für den Erhalt unserer Demokratie	14
11	Ehrenamt wertschätzen und systematisch unterstützen.....	14
12	Politische Bildung ausbauen.....	15
13	Rechtsextremismus entwaffnen – Demokratiestärkung vor Ort.....	15
14	Demokratische Beteiligung durch Petitionen	16
15	3. Gerechte Finanzen für ein starkes Sachsen-Anhalt	16
16	Gerechte Steuern, gerechte Chancen	17
17	Demokratische Investitionen für Sachsen-Anhalt	18
18	4. Gleichstellung aller Geschlechter als Herzensangelegenheit.....	19
19	Stand der Dinge – Herausforderungen	19
20	Kein Mensch soll von Gewalt betroffen sein	23
21	Queeres Leben in Sachsen-Anhalt.....	24
22	5. Eine starke Bildungslandschaft für Sachsen-Anhalt	25
23	Bildung für alle – von Anfang an.....	25
24	Stand der Dinge – Herausforderungen	26
25	Bildungsgerechtigkeit schaffen	30
26	Unser Zwölf-Punkte-Programm gegen den Personalmangel	31
27	Schule als ganztägigen Lern- und Lebensort – Horte ins Schulgesetz	32
28	Inklusion an den Schulen voranbringen.....	33
29	Länger gemeinsam Lernen	33
30	Digitale Bildung lehren	34
31	Berufsbildende Schulen	34
32	Eigenverantwortung und Schuldemokratie	34

33	Was wir gegen Schulschließungen und für Neu- oder Erweiterungsbauten	
34	tun wollen.....	35
35	Studieren. Forschen. Bleiben.....	35
36	Finanzierung sichern und Strukturen stärken	36
37	Gute Arbeit in der Wissenschaft	38
38	Forschung, faire Kooperationen und digitale Souveränität.....	40
39	Wissenschaft und Hochschulen: Partizipativ – offen – transparent	41
40	Lehramt stark machen – Praxissemester und Schulkooperationen	41
41	6. Soziales (Armut, Kinder und Jugend, Senioren, Alleinerziehende/Familien,	
42	Gesundheit, Pflege, Sport)	42
43	Sozialer Frieden braucht soziale Gerechtigkeit	42
44	Sachsen-Anhalt armutsfrei.....	42
45	Für ein solidarisches Leben	43
46	Für ein familienfreundliches Sachsen-Anhalt.....	44
47	Stand der Dinge – Herausforderungen.....	45
48	Familienfreundlich vom Bund ins Land	45
49	Flächendeckende medizinische Versorgung.....	46
50	Stationäre Versorgung in öffentliche Hand.....	46
51	Stand der Dinge – Herausforderungen.....	47
52	Auskömmliche kommunale Gesundheitsfinanzierung	47
53	Notaufnahmen an allen Standorten	48
54	Bessere Arbeitsbedingungen für das Personal.....	49
55	Kooperative Gesundheitsversorgung sektorenübergreifend	49
56	Künftige Versorgung im ländlichen Raum	50
57	Ambulante Versorgung im gesamten Land gewährleisten	51
58	Ein würdevolles Leben im Alter	52
59	Wohnen.....	53
60	ÖPNV	53
61	Soziale Isolation.....	53
62	Digitalisierung	54
63	Kinder- und Jugendarmut bekämpfen.....	54
64	Gesundheit und Schutz zuerst	55
65	Kinderrechte und Beteiligung verbindlich	und55

66	Freiräume sichern und erweitern	56
67	Materielle und digitale Teilhabe – mit Kindergrundsicherung und	
68	Landeshebel	57
69	Wege und Nähe – mobil und sicher erreichbar	58
70	Transparenz, Präventionsketten und Kinderrechts-Budget	58
71	Für ein attraktives und aktives Sportland Sachsen-Anhalt	59
72	Stand der Dinge – Herausforderungen	59
73	Unsere Ziele für das Sportland Sachsen-Anhalt.....	60
74	7. Kultur und Medien	61
75	Kulturpolitik für Freiheit, Vielfalt und Zusammenhalt.....	61
76	Konkret. Vielfältig. Solidarisch.....	61
77	Kulturpolitik in Zeiten des Rechtsrucks	62
78	Schutz von Kultureinrichtungen und Kulturschaffenden	62
79	Kultur für alle und überall.....	63
80	Verteidigung und Ausbau der Kulturgesetze	64
81	Stärkung öffentlicher Kulturförderung.....	64
82	Medienpolitik - Vierte Gewalt für die Demokratie	65
83	Die Krise der Medienlandschaft in Sachsen-Anhalt	65
84	Soziale Gerechtigkeit in der Rundfunkfinanzierung.....	65
85	Regionale Medienvielfalt und MDR-Stärkung	65
86	Kampf gegen Medienkonzentration.....	66
87	Demokratische Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.....	66
88	Kinder- und Jugendmedien als Demokratie-Schule	66
89	Finanzierungsplan: 100 Millionen Euro Medien-Offensive	67
90	Medien im demografischen Wandel	67
91	Medien als Wirtschafts- und Kulturfaktor	67
92	Partizipation und Bürgerbeteiligung	67
93	Der Pol der Hoffnung für demokratische Medien	67
94	8. Kommunalpolitik und Wohnen.....	68
95	Soziale Gerechtigkeit in jeder Region	68
96	Unsere Vision: Starke Kommunen für ein solidarisches Miteinander.....	68
97	Mehr Beteiligung der Kommunen im Gesetzgebungsprozess	69
98	Lebendige Demokratie durch echte Bürgerbeteiligung	70

99	Vertrauensvolle Förderung statt Bürokratiemonster	70
100	Stärkung der kommunalen Finanzen	71
101	Die Kommune der Zukunft – lebendig, gerecht und zukunftsfähig	73
102	Schöner Wohnen in Sachsen-Anhalt	74
103	Bezahlbares und barrierefreies Wohnen	74
104	Mietkosten senken und sozialen Wohnungsbau fördern	75
105	Wohngeld	76
106	Landeswohnungsbaugesellschaft	76
107	Junges Wohnen.....	77
108	Städtebau und Leerstand	77
109	9. Industriepolitik/ Wirtschaftspolitik	78
110	Gute Arbeit, starke Rechte, demokratische Mitbestimmung	78
111	Arbeit, die schützt, stärkt und würdigt	78
112	Tarifbindung stärken - faire Löhne sichern	78
113	Mitbestimmung - Demokratie im Betrieb.....	79
114	Demokratische Wirtschaft - Zukunft gemeinsam gestalten	79
115	Faire Arbeitsmigration und Schutz vor Ausbeutung.....	80
116	Sachsen-Anhalts Wirtschaft neu denken	81
117	Transformation und Strukturwandel – Industriepolitik	81
118	Stand der Dinge – Herausforderungen.....	81
119	Investitionsprogramm für den sozial-ökologischen Umbau.	81
120	Strukturwandel demokratisch gestalten	82
121	Automobilindustrie stärken – Innovation und Arbeit sichern	83
122	Chemie- und Grundstoffindustrie - Transformation sichern, Zukunft	
123	gestalten	84
124	Handwerk - Rückgrat der Transformation, Herz der Regionen	85
125	Tourismus und Gastronomie – Stark, resilient und regional verwurzelt.....	85
126	Maschinenbau als Innovationsmotor - Regional, souverän, gerecht	86
127	10. Sachsen-Anhalt in der Europäischen Union.....	87
128	Stand der Dinge – Herausforderungen.....	87
129	11. Migration.....	88
130	Der Abwanderung entgegenzutreten – Zukunft hier gestalten	88
131	Für ein offenes und chancenreiches Sachsen-Anhalt.....	88

132	Vielfalt als Überlebensfrage und Chancenfaktor	88
133	Integration als Investition statt Furcht.....	89
134	Integration und Arbeitsmarkt	91
135	12. Verkehrspolitik	92
136	Gute Mobilität in Sachsen-Anhalt.....	92
137	Wir setzen hauptsächlich auf Bahnen und Busse	93
138	Attraktiver ÖPNV zum Nulltarif.....	93
139	Schienenverkehr – Revitalisierung und Ausbau statt weiterer Stilllegungen	
140	94
141	Gütertransporte von der Straße auf die Schiene – für Umwelt und	
142	Verkehrssicherheit	95
143	Rad- und Fußverkehr ausbauen.....	95
144	Verkehrssicherheit erhöhen – Verkehrswachten unterstützen	96
145	Keine neuen Autobahnen.....	96
146	Flughafenpolitik	96
147	13. Energie	97
148	Energie für Sachsen-Anhalt: Gerecht und gemeinwohlorientiert	97
149	Stand der Dinge – Herausforderungen	97
150	Energiepreise senken und öffentliche Verantwortung stärken	98
151	Erneuerbare Energien ausbauen	98
152	Energiewende: Kommunal, digital und in Bürgerhand	99
153	Die Infrastruktur der Zukunft	100
154	14. Landwirtschaft	101
155	Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Tierschutz	101
156	Stand der Dinge.....	101
157	Zugang zu Land für die Menschen, die es bewirtschaften	102
158	Faire Märkte und regionale Wertschöpfung.....	102
159	Tierwohl und artgerechte Tierhaltung	103
160	Herdenschutz und Weidetierhaltung	103
161	Sachsen-Anhalts Landwirtschaft klimafit machen	104
162	Böden schützen und entsiegeln.....	104
163	Ökolandbau und Artenvielfalt stärken	105
164	Mehr Zeit für Stall und Feld	105

165	Ländliche Räume, Imkerei, Angler und Kleingärten fördern.....	105
166	Unsere Wälder sind unser Schatz.....	106
167	Stand der Dinge – Herausforderungen.....	106
168	Unsere Wälder- klimafit und artenreich.....	107
169	Gute Forstverwaltung für einen modernen Wald.....	107
170	Wälder nutzen, schützen und brandsicher machen.....	107
171	Tierschutz ist Staatsaufgabe.....	108
172	Stand der Dinge – Herausforderungen.....	108
173	Tierheime finanziell fördern.....	109
174	Wirksamer Tierschutz braucht Struktur.....	109
175	Tiere können nicht klagen, also müssen es Menschen für sie tun.....	109
176	15. Umwelt und Klima.....	110
177	Klima und Natur in Sachsen-Anhalt schützen.....	110
178	Stand der Dinge – Herausforderungen.....	111
179	Klimaneutral bis 2035.....	111
180	Das Klima schützen vor Ort.....	111
181	Nur Frieden schafft ein gutes Klima.....	112
182	Natur und Arten schützen.....	112
183	Im Kreislauf wirtschaften heißt Ressourcen erhalten.....	113
184	Wasser in Sachsen-Anhalt: ökologisch und gerecht.....	113
185	Stand der Dinge - Herausforderungen.....	114
186	Gewässerschutz und ökologische Entwicklung.....	114
187	Großprojekte, Industriebedarf und regionale Wassersicherheit.....	115
188	Abwasserpolitik modernisieren.....	115
189	Klimaanpassung in Städten.....	116
190	16. Innenpolitik.....	116
191	Moderne Kriminalitätsbekämpfung – den Tätern einen Schritt voraus.....	116
192	Bürgerrechte als Bürgermacht – Sie bestimmen mit.....	117
193	Vertrauen durch Transparenz.....	117
194	Sicherheit durch Solidarität.....	117
195	Eine Polizei, die den Menschen dient – mehr Sicherheit durch mehr	
196	Menschlichkeit.....	117
197	Transparenz schafft Vertrauen.....	118

198	Digitale Grundrechte – Freiheit in der digitalen Welt.....	118
199	Innovation für Sicherheit, nicht gegen Freiheit	118
200	Demokratie verteidigen statt Geheimdienst ausbauen	119
201	Katastrophenschutz und Bevölkerungsschutz.....	119
202	Feuerwehr, THW und Rettungsdienste sind unsere Rettungsanker	119
203	Eigenvorsorge und kommunale Vorsorge – die beste Prävention.....	120
204	Transparente Koordination mit Infrastrukturbetreibern	120
205	Besonders schutzbedürftige Menschen schützen	120
206	Feuerwehren stärken – Rückgrat des Bevölkerungsschutzes	121
207	Verlässliche Finanzierung statt Förderlotterie	121
208	Kleine Wehren schützen – Strukturen im ländlichen Raum erhalten	121
209	Feuerwehr braucht Menschen – Ehrenamt und Berufsfeuerwehr attraktiv	
210	gestalten	121
211	Praxisnahe Ausrüstung und solide Standards	122
212	Klimagerechte Feuerwehr – fit für Extremwetter und neue Brandsituationen	
213	122
214	Landeseinheitliche Standards für Bedarfsplanung.....	122
215	Soziale Sicherheit als Fundament – Prävention ist die beste Polizei.....	122
216	Ländliche Räume stärken.....	123
217	Begegnungen fördern	123
218	Unser Versprechen: Eine andere Sicherheitspolitik ist möglich	123
219	17. Justiz.....	124
220	Sachsen-Anhalts Justiz bürgernah	124
221	Sachsen-Anhalts Justiz unter Druck	124
222	Rechtsschutz sichern – bürgernah und gerecht.....	124
223	Mehr Personal für eine funktionsfähige Justiz.....	125
224	Digitalisierung der Justiz	125
225	Mediation statt langer Gerichtsverfahren	126
226	Neue Schwerpunktstaatsanwaltschaften	126
227	Reform des Strafrechts.....	127
228	Opferschutz und Opferhilfe	127
229	Täter-Opfer-Ausgleich und Resozialisierung	128
230	Jugendstrafrecht und Jugendarrest.....	129

231	Justizvollzugsstandorte und Rechtsmedizin.....	129
232	18. Digitalisierung.....	130
233	Für eine sichere und gemeinwohlorientierte Digitalisierung	130
234	Cybersicherheit statt Überwachung.....	130
235	Verwaltungsdigitalisierung braucht konsequentes Umdenken	131
236	Digitalisierung für Menschen – nicht gegen Beschäftigte.....	132
237	Digitalisierung als Chance für besseren öffentlichen Dienst begreifen	132
238	Kompetente und neugierige Verwaltungsmitarbeitende gestalten aktiv den	
239	digitalen Wandel.....	132
240	Die Verwaltung durch Anschluss an den technologischen Wandel nicht	
241	verlieren	133
242	Systematischer Kompetenzaufbau und attraktive Arbeitsbedingungen für	
243	IT-Personal	133
244	Digitale Souveränität ist eine Frage der Zukunft von Verwaltungen.....	133
245	Eigene souveräne digitale Infrastrukturen für Verwaltungen	134
246	Geld sparen – Bestehende Lösungen nachnutzen	135
247	Gemeinsame Standards, offene Schnittstellen, zentrale Plattformen	135
248	Digitale Teilhabe für alle	135
249	Schluss mit der digitalen Spaltung nach Geldbeutel, Wissen und Alter	136
250	Digitale Gesundheitsvorsorge	136
251	Entwicklung einer Sachsen-Anhaltinischen Strategie für eine digitale	
252	Gesundheitsversorgung	136
253	Sachsen-Anhalt ist mehr wert	137
254		
255		
256		
257		
258		
259		
260		
261		
262		

263 **Präambel**

264

265 **Herzlichen Glückwunsch!**

266 Sie sind ein selbst denkender Mensch, der sich eine eigene Meinung bilden will
267 und unser Wahlprogramm liest. Das ist so wichtig, denn es ist fünf vor 1933.
268 Aber noch ist es nicht zu spät, noch können wir gemeinsam verhindern, dass
269 Sachsen-Anhalt von Rechtsextremen regiert wird.

270

271 Mit den Ängsten der Menschen zu spielen, Hass und Hetze zu schüren, unsere
272 Gesellschaft weiter zu spalten, ist keine Alternative. Die AfD setzt vor allem auf
273 ein Thema, auf die Migration. Sie will am liebsten alle „Ausländer“ aus Sachsen-
274 Anhalt jagen. Aber würde es uns besser gehen, wenn der Lieblingsdönerladen
275 zumacht, der syrische Arzt nicht mehr da ist und die Onlinebestellungen nicht
276 mehr ausgeliefert werden? Ganz sicher nicht. Das sind Menschen, die wir
277 dringend brauchen, die hier Steuern zahlen und hilfsbereite Nachbar:innen
278 geworden sind.

279 Einige Menschen sagen: „Lass die AfD mal machen, sie wird sich schon selbst
280 entzaubern.“ Wir halten davon gar nichts, denn nicht jedes Unrecht lässt sich
281 reparieren. Rassistische Gewalt, antidemokratische Hetze, die Zerstörung der
282 Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und der Kunst, die Einschränkung der
283 Grundrechte sowie die Vertreibung und Abschreckung von Migrant:innen – das
284 wird uns allen dauerhaft schaden.

285

286 **Aber nun genug der Horrorvisionen. Jetzt kommt Die Linke:**

287 Wir sind die soziale Alternative und damit die Hoffnung für über zwei Millionen
288 Menschen in Sachsen-Anhalt. Wir sind wieder da. Im letzten Jahr sind alleine
289 hunderte neue Mitglieder in unseren Landesverband eingetreten. In vielen
290 Regionen Ostdeutschlands sind wir bereits die Mitgliederstärkste Partei. Das
291 liegt an unserer Superkraft. Das ist die soziale Gerechtigkeit für alle Menschen,
292 in der Stadt und auf dem Land. Wir sind bei den Menschen und machen Politik
293 mit den Menschen. Wir sind jeden Tag im Land unterwegs, gucken hin und
294 hören zu:

295

- 296 • Die Menschen in Sachsen-Anhalt wollen eine flächendeckende Gesund-
297 heitsversorgung. Wir wollen kommunale Gesundheitszentren in allen Re-
298 gionen mit Haus- und Fachärzt:innen unter einem Dach kurze Wege und
299 gute Erreichbarkeit. Gesundheit darf kein Luxus sein.
- 300 • Die Menschen in Sachsen-Anhalt wollen eine gute Bildung für alle Kinder
301 und Jugendlichen, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Wir wollen ge-
302 bührenfreie Bildung – von der Kita bis zur Ausbildung und Uni. Alle Kinder
303 sollen ein warmes kostenfreies Mittagessen bekommen. Wir brauchen
304 mehr Pädagog:innen und multiprofessionelle Teams durch Schulsozialar-
305 beit in jeder Einrichtung. Bildung für Alle – von Anfang an.

306 • Die Menschen in Sachsen-Anhalt wollen eine echte Perspektive. Wir wol-
307 len die Zukunft für die junge Generation sichern. Dazu gehören zum Bei-
308 spiel Ausbildungsgarantien in der Heimat mit einer guten Ausbildungsver-
309 gütung. Jugendclubs und Vereine sollen gefördert werden. Junge Men-
310 schen brauchen Zukunftschancen statt Unsicherheit und neuer Pflichten.
311 Sie brauchen eine bezahlbare warme Wohnung und ganz sicher keine
312 Wehrpflicht.
313

314 Mit sozialer Gerechtigkeit schaffen wir den sozialen Frieden. Wir kämpfen jeden
315 Tag dafür, dass sich alle Menschen ein gutes Leben leisten können. Auf
316 Bundesebene wollen wir zum Beispiel:

- 317
- 318 • Eine armutsfeste Mindestrente in Höhe von 1.400 Euro und eine Kinder-
319 grundsicherung ohne Bürokratiemonster.
- 320 • Einen Mindestlohn von mindestens 15 Euro pro Stunde. Armut trotz Arbeit
321 darf es nicht mehr geben.
- 322 • Keine Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel, Hygieneartikel und Bus-
323 und Bahntickets. (Wir wollen auch das 9-Euro-Ticket zurück. Für Schü-
324 ler:innen, Azubis, Studierende und Senior:innen wollen wir ein 0-Euro-Ti-
325 cket.)
- 326

327 Das waren ja jeweils nur drei Vorhaben auf einmal. Keine Sorge, wir wollen noch
328 viel mehr. Nehmen Sie sich einen großen Becher rote Fassbrause und genießen
329 Sie unser Wahlprogramm. Sie werden es lieben.

330

331 Und falls Sie mal gefragt werden sollten, wovon Die Linke das alles bezahlen
332 will:

333 Hier haben wir tatsächlich eine ganz einfache Antwort. Durch ein Sozialsystem,
334 in das alle einzahlen (auch Politiker:innen, Beamt:innen und Reiche) und ein
335 gerechtes Steuersystem. Überreiche, die so viel Geld haben, dass es selbst
336 Generationen von Erben nach ihnen nicht schaffen würden, es auszugeben,
337 sollen der Gesellschaft wieder etwas davon zurückgeben. Denn sie haben ihren
338 Reichtum ja auch nicht selbst erarbeitet, sondern haben andere für ihr Geld
339 arbeiten lassen. Keine Sorge, sie bleiben trotzdem sehr reich und einige betteln
340 sogar selbst schon nach gerechter Besteuerung.

341

342 Sachsen-Anhalt ist so viel mehr wert, als es bisher von meist CDU-geführten
343 Landesregierungen bekommen hat. Wir brauchen endlich eine Regierung, die
344 nicht auf Kürzungen setzt, sondern die hinschaut und soziale Sicherheit ernst
345 nimmt. Armut, Ausgrenzung und verpasste Bildungschancen führen zu Angst,
346 Wut und Misstrauen gegenüber der Politik. Das spielt nur einer Partei in die
347 Karten, der AfD. Die in Sachsen-Anhalt als gesichert rechtsextrem eingestufte
348 Partei bietet aber keine Lösungen an, sie würde arme Menschen noch ärmer
349 machen, Freiheitsrechte bekämpfen und vielleicht sogar die Schulpflicht
350 abschaffen. Das alles würde nur dazu dienen, die eigene Propaganda noch

351 effektiver verbreiten zu können. Wir stellen uns dem Rechtsruck entschlossen
352 entgegen und bieten echte Lösungen für unser Bundesland an.

353

354 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

355

356 Alle wollen regieren. Wir wollen verändern.

357 Deshalb sind wir bereit, mit allen demokratischen Kräften gemeinsam zu
358 kämpfen.

359 Unsere Spitzenkandidatin, Eva von Angern, sagt:

360 „Wir werden unser Land, die Menschen in Sachsen-Anhalt, nicht der AfD
361 opfern!“

362

363 **Danken Sie uns später!**

364

365

366 **1. Frieden**

367

368 ***Der Frieden ist nicht alles, aber Alles ist ohne den Frieden nichts (W. Brandt)***

369 Bei vielen Menschen in Sachsen-Anhalt hat die Angst vor einem Krieg zu einer
370 großen Verunsicherung geführt. Die Welt scheint aus den Fugen. Ob Russland
371 oder die USA – der Krieg wird wieder als legitimes Mittel nationaler Interessen
372 propagiert und eingesetzt. Die Antwort von AfD bis Grünen ist aber nicht der
373 Einsatz für das Völkerrecht, Abrüstung und Interessensausgleich, sondern die
374 Herstellung einer nationalen Kriegstüchtigkeit. Es ist unsere feste Überzeugung,
375 dass dieser Weg weder Europa noch Sachsen-Anhalt sicherer werden lässt,
376 sondern uns in eine immer gefährlicher werdende Spirale von Militarisierung,
377 Aufrüstung und Bedrohung hineinzieht.

378

379 Eine solche Politik raubt uns auch die Mittel für die soziale Sicherung, eine bes-
380 sere Bildung und den Umbau der Industrie.

381

382 Deshalb streiten wir:

- 383 • gegen die Erhöhung der Militärausgaben auf 5 Prozent des Bruttoin-
384 landsproduktes, die nicht die Sicherheit, sondern lediglich die Profitrate
385 von deutschen und amerikanischen Rüstungskonzernen verbessert.
- 386 • gegen die schrittweise Einführung der Wehrpflicht, die die jungen Men-
387 schen ihrer Freiheit beraubt und ihre Kraft und Energie, die dringend für
388 die Lösung der wichtigen Menschheitsfragen gebraucht werden, sinnlos
389 verschleudert.
- 390 • weiterhin für die friedliche Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide und po-
391 sitionieren uns gegen die militärische Nutzung des Flughafens Leipzig-
392 Halle.

393

394 Eine friedliche Welt ist möglich und wir stehen bei unserem Einsatz dafür nicht
395 allein.

396 Die Friedenssehnsucht der übergroßen Zahl der Menschen in unserem Land
397 können wir für eine antimilitaristische Politik mobilisieren.
398

399 **Für eine freie Religionsausübung in Sachsen-Anhalt**

400
401 Die Religionsgemeinschaften in Sachsen-Anhalt sind ein unverzichtbarer Be-
402 standteil der Zivilgesellschaft in unserem Land. Sie organisieren gesellschaftli-
403 chen Zusammenhalt und sind ein wichtiger Anker für die Mitglieder in einer Welt
404 des Wandels und der gesellschaftlichen Verunsicherung. Das trifft nicht nur auf
405 die katholische und protestantische Kirche zu, sondern auch auf jüdische und
406 muslimische Gemeinden. Wir sind uns bewusst, dass die Religionsgemeinschaf-
407 ten immer dann, wenn sie sich gesellschaftlich engagieren, zunehmend unter
408 Druck geraten. Die Kirchen werden massiv von Rechten und nationalistischen
409 Kräften angegriffen, wenn sie sich für Solidarität und Weltoffenheit einsetzen.
410 Die jüdischen Gemeinschaften sehen sich einem immer offeneren und radikale-
411 ren Antisemitismus ausgesetzt. Die Verbreitung eines antimuslimischen Rassis-
412 mus und die Diffamierung der muslimischen Gemeinden reichen weit in die
413 Mitte der Gesellschaft und stellen eine Bedrohung für Demokratie, Integration
414 und gesellschaftlichen Zusammenhalt dar. Sie drohen eine gefährliche Spirale
415 von Isolation und Selbstisolation in Gang zu setzen.

416
417 Die Linke setzt sich dafür ein:

- 418 • dass alle Religionsgemeinschaften gleichberechtigt ohne Angst vor Re-
419 pressionen ihr Gemeindeleben ausgestalten und in unserer Gesellschaft
420 darüber hinaus aktiv werden können,
- 421 • ihre Möglichkeiten und Ideen zur Lösung der gesellschaftlichen Aufgaben
422 aufgegriffen werden, um mit ihnen gemeinsam an der Entwicklung unse-
423 res Landes zu arbeiten,
- 424 • den Verfassungsauftrag zur Ablösung der Staatskirchenleistungen zu
425 thematisieren und auf der Landesebene voranzubringen,
- 426 • die Möglichkeit zu schaffen, dass Religionsunterrichts für alle Religions-
427 gemeinschaften in gleicher Art und Weise eröffnet wird,
- 428 • einen kontinuierlichen Dialog mit den Kirchen, den jüdischen und muslimi-
429 schen Gemeinden auf der politischen Ebene zu organisieren,
- 430 • dass religiöser Fundamentalismus, sei er christlich-evangelikaler oder
431 jihadistischer Prägung, durch Intervention, Aufklärungsarbeit, Prävention
432 und zivilgesellschaftliche Initiativen entschieden bekämpft wird.

433
434
435
436
437
438
439
440

441 **2. Demokratie**

442

443 **Haltung zeigen – Für Zusammenhalt. Gegen rechte** 444 **Hetze.**

445

446 **Mehr Engagement für den Erhalt unserer Demokratie**

447 Um die Menschen in unserem Land an politischen Gestaltungsprozessen aktiv
448 und erfolgreich zu beteiligen, sind die rechtlichen Grundlagen bisher
449 unzureichend. Das wollen wir ändern.

450

451 Die Linke will:

- 452 • die Anwendung aller Formen direkter Demokratie außerhalb von Wahlen
453 deutlich erleichtern und erweitern,
- 454 • dass bei Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden die
455 Quoren zum Teil weiter abgesenkt werden,
- 456 • vor allem aber die Bedingungen für die Initiator:innen, diese Quoren auch
457 erreichen zu können, durchgreifend verbessern. Darüber hinaus sollen
458 sich künftig auch Fachausschüsse des Landtags mit Anliegen befassen
459 müssen, wenn dies mindestens 1.000 Einwohner:innen fordern (neues
460 Element: die Einwohnerinitiative).
- 461 • die Zustimmungsquoren für Einwohneranträge auf maximal ein Prozent
462 der stimmberechtigten Einwohner:innen, für Bürgerbegehren auf maximal
463 fünf Prozent der wahlberechtigten Bürger:innen senken. Auch das
464 Quorum für den Bürgerentscheid ist zukünftig abzusenken.
- 465 • dass das aktive Wahlalter auf kommunaler und Landesebene auf 14 Jahre
466 gesenkt wird.

467

468 **Ehrenamt wertschätzen und systematisch unterstützen**

469 Bürgerschaftliches Engagement ist eine tragende Säule unseres
470 Gemeinwesens. Der Beitrag, der durch Hunderttausende Menschen in
471 Freiwilligenagenturen und Nachbarschaftshilfen, in Freiwilligen Feuerwehren
472 und beim Bevölkerungsschutz sowie in den zahlreichen Organisationen des
473 Sports, der Kultur, der Landschaftspflege für das Funktionieren und den
474 Zusammenhalt der Gesellschaft geleistet wird, ist unbezahlbar.

475

476 Diese gemeinnützige Arbeit benötigt verlässliche und verbesserte Grundlagen,
477 zu denen u.a. die einfache Erstattung von Auslagen und die Absicherung bei
478 Schäden, mehr Wertschätzung und mehr hauptamtliche Unterstützung zählen.
479 Die spezifischen Herausforderungen und Barrieren für Frauen und Menschen
480 mit Beeinträchtigungen in Ehrenämtern sind uns bewusst. Wir setzen uns daher
481 auf allen Ebenen für eine Verbesserung ihrer Beteiligungsmöglichkeiten ein.

482

483

484

485 Die Linke will:

- 486 • dafür in einem „Gesetz zur Stärkung des Ehrenamts den rechtlichen
487 Rahmen schaffen und einen Ehrenamtsfonds zur Förderung einzelner
488 Maßnahmen und Projekte sowie ein Kommunalbudget zur Schaffung von
489 kommunalen Strukturen zur Unterstützung des bürgerschaftlichen
490 Engagements einrichten,
- 491 • dass Ehrenamtliche Mitglieder der kommunalen Vertretungen
492 (Fraktionen) zudem aus Haushaltsmitteln Zuwendungen erhalten sowie
493 eine angemessene sächliche und auch personelle Ausstattung.

494

495 **Politische Bildung ausbauen**

496 Die politische Bildungsarbeit in Sachsen-Anhalt steht vor großen Heraus-
497 forderungen. Neben einer grundlegenden Demokratiebildung hat die
498 Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Antisemitismus erheblich an
499 Bedeutung gewonnen. Anhaltenden Veränderungen globalen, gesamtgesell-
500 schaftlichen oder lokalen Ausmaßes wie der Klimawandel, die zunehmenden
501 kriegerischen Konflikte, das Erstarken von autoritären und rechtsextremen
502 Bewegungen, die Auswirkungen von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz
503 oder der Strukturwandel erfordern die Begleitung durch die Institutionen der
504 politischen Bildung. Insbesondere der ländliche Raum muss entsprechende
505 Angebote erhalten. Außerdem müssen verstärkt Online-Angebote entwickelt
506 werden, um mehr junge Leute zu interessieren. Die Linke will erreichen, dass
507 jeder Jugendliche bis zum Ende der allgemeinbildenden Schulzeit mindestens
508 einmal eine Gedenkstätte der NS-Diktatur besuchen kann und die Wahr-
509 nehmung von Angeboten der politischen Bildung durch das neue Bildungszeit-
510 gesetz ermöglicht und unterstützt wird. Dafür ist eine deutliche Erhöhung der
511 Mittel für die politische Bildungsarbeit nötig. Dies betrifft sowohl die Landes-
512 zentrale für politische Bildung als auch die demokratischen politischen
513 Landesstiftungen in Sachsen-Anhalt und die freien Träger zur Stärkung der
514 Zivilgesellschaft und der Demokratie.

515

516 **Rechtsextremismus entwapfen – Demokratiestärkung vor Ort**

517 Den braunen Sumpf trocknen wir nicht mit immer mehr Überwachung aus,
518 sondern mit lebendiger Demokratie vor Ort. Mobile Beratungsteams
519 unterstützen Kommunen beim Umgang mit rechtsextremen Umtrieben und
520 helfen, lokale Strukturen gegen Radikalisierung zu schützen. Jede Gemeinde
521 erhält Unterstützung beim Aufbau demokratischer Beteiligungsstrukturen –
522 denn Demokratie ist kein Luxus, sie ist der beste Schutz für uns alle. Vereine
523 und Verbände werden gestärkt, damit antidemokratische Gruppen keinen Platz
524 finden, weil die Zivilgesellschaft stark und präsent ist.

525

526 Wir schützen Bürgermeister:innen, Ehrenamtliche und Engagierte – nicht allein
527 durch Personenschutz, sondern durch starke demokratische Strukturen,
528 Gesetze sowie Polizei und Justiz, die als feste Säulen an ihrer Seite stehen und
529 ihre Arbeit für die Demokratie unterstützen.

530 **Demokratische Beteiligung durch Petitionen**

531 Petitionen sind ein wichtiges Instrument der demokratischen Teilhabe. Sie
532 ermöglichen es Bürger:innen, ihre Anliegen direkt an die politischen
533 Entscheidungsträger heranzutragen. Durch das Einreichen von Petitionen
534 können Individuen und Gemeinschaften Einfluss auf Gesetzgebungsprozesse
535 nehmen und wichtige Themen in die öffentliche Diskussion bringen.

536
537 Sachsen-Anhalt hat bundesweit eines der bürgerfreundlichsten Petitionswesen.
538 Bürger:innen können ihre Anliegen, seien es Bitten oder Beschwerden, an den
539 Landtag herantragen. In Sachsen-Anhalt dürfen sie bei der Beratung ihrer
540 Petitionen dabei sein und sich aktiv einbringen. Auch Fahrtkosten werden unter
541 Umständen erstattet.

542
543 Um den Bedürfnissen und Anliegen unserer Bürger:innen noch effektiver
544 gerecht zu werden, planen wir neben dem Petitionsausschuss

545
546

- die Einführung eines Bürgerbeauftragten. Diese Position wird geschaffen,
547 um eine direkte Schnittstelle zwischen der Bevölkerung und der
548 Verwaltung herzustellen. Der Bürgerbeauftragte wird als
549 Ansprechpartner fungieren, der Sorgen und Anregungen aufnimmt und
550 entsprechende Maßnahmen initiiert.

551 Zu den Hauptaufgaben des Bürgerbeauftragten gehört es, Beschwerden
552 über die öffentliche Verwaltung entgegenzunehmen und zu bearbeiten.
553 Dies umfasst sowohl individuelle Anfragen als auch systematische
554 Probleme, die in der Verwaltung auftreten können. Wenn Menschen
555 sehen, dass ihre Stimmen Gehör finden und Probleme tatsächlich
556 angegangen werden, stärkt dies das Gemeinschaftsgefühl und die
557 Identifikation mit der Demokratie.

558
559 In einer Zeit, in der viele Bürger:innen bezüglich der Politik skeptisch sind, sind
560 Petitionsausschüsse und Bürgerbeauftragte von großer Bedeutung. Sie zeigen,
561 dass Demokratie nicht nur ein abstraktes Konzept ist, sondern konkrete
562 Auswirkungen auf das tägliche Leben der Menschen hat. Die Stärkung des
563 Petitionsausschusses und der Bürgerbeauftragten ist daher ein wichtiger
564 Schritt hin zu einer lebendigen, aktiven und zufriedenen Zivilgesellschaft.

565 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

566
567

568 **3. Gerechte Finanzen für ein starkes Sachsen-** 569 **Anhalt**

570
571 Sachsen-Anhalt braucht eine Finanzpolitik, die Zukunft gestaltet und nicht eine,
572 die resigniert und kapituliert. Zu lange wurde gespart, gekürzt und privatisiert.
573 Zu lange wurden die öffentlichen Kassen durch Steuergeschenke geplündert

574 und das Gemeinwesen durch fehlende öffentliche Investitionen und Umver-
575 teilung von unten nach oben geschwächt. Wir sagen: Damit muss Schluss sein.
576 Unser Land darf sich nicht weiter kaputtsparen. Wir müssen jetzt investieren für
577 die Menschen, für die Zukunft unseres Landes! Die Linke steht für eine
578 gerechte Finanzpolitik, die da investiert, wo es am wichtigsten ist und die
579 Menschen direkt profitieren: in gute Arbeit, moderne Schulen, funktionierende
580 Krankenhäuser, in einen starken öffentlichen Nahverkehr und in attraktive
581 Städte und Dörfer.

582

583 **Gerechte Steuern, gerechte Chancen**

584 Die Menschen in Sachsen-Anhalt haben nach der Abwicklung der Treuhand
585 enorme wirtschaftliche Verluste hinnehmen müssen. Wir wollen diesen
586 historischen Bruch nicht hinnehmen, sondern korrigieren. Wer Millionen besitzt,
587 kann und soll einen gerechten Beitrag leisten – damit alle in Sachsen-Anhalt von
588 einem handlungsfähigen Staat profitieren. Durch den Abbau der Ungleichheit
589 schützen wir nicht nur die Bevölkerung vor Armut, sondern entlasten auch
590 zukünftige Generationen und stärken die Wirtschaft.

591

592 Dafür wollen wir:

- 593 ▪ Eine Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer –
594 Große Vermögen müssen endlich wieder ihren gerechten Beitrag zur
595 Finanzierung öffentlicher Aufgaben leisten. Eine Vermögenssteuer von 1
596 Prozent auf Vermögen über einer Million Euro würde Sachsen-Anhalt
597 jedes Jahr bis zu 2,0 Milliarden Euro bringen – Geld, das unseren Städten,
598 Gemeinden und der sozialen Infrastruktur zugutekommt.
- 599 ▪ Die Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer - Heute wächst der
600 Reichtum in wenigen Händen, während viele Menschen kaum noch
601 Vermögen aufbauen können. Wir setzen uns ein für gerechte Beiträge,
602 damit Vermögenskonzentration abnimmt und Chancen wachsen – für ein
603 Land, in dem Leistung zählt, nicht Erbe.
- 604 ▪ Die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zur Gemeindegewerbesteuer - Die heutige Gewerbesteuer erfasst nur einen Teil der selbst-
605 ständigen wirtschaftlichen Tätigkeiten – viele Solo-Selbstständige und
606 kleine Dienstleistungsunternehmen bleiben unberücksichtigt. Das führt
607 zu ungerechten Belastungen zwischen unterschiedlichen Erwerbsformen
608 und schwächt die Finanzkraft der Kommunen. Mit der Gemeindegewer-
609 steuerssteuer wollen wir diese Lücke schließen und das System fairer
610 machen: Alle selbstständig erwirtschafteten Einkommen werden
611 einbezogen – mit einem einheitlichen Freibetrag von 24.500 Euro, damit
612 kleine Existenzen geschützt und Bürokratie minimiert wird.

614

615 Durch gezielte Umverteilung schaffen wir Gerechtigkeit für die Region und
616 Bevölkerung. Unser Ziel ist ein neues finanzielles Gleichgewicht zwischen Arm
617 und Reich, zwischen Stadt und Land, zwischen Ost und West.

618

619 **Demokratische Investitionen für Sachsen-Anhalt**

620 Sachsen-Anhalt braucht eine Investitionsbank, die mehr ist als ein Verwalter
621 von Fördermitteln und Fonds. Wir kämpfen für eine solche Bank, die Menschen,
622 Regionen und Unternehmen zusammenbringt, die Kapital demokratisch steuert
623 und es in nachhaltige Zukunftsinvestitionen und Innovation lenkt.

624

625 Wir wollen:

- 626 • die demokratische Steuerung von Investitionsmitteln durch
627 gleichberechtigte Partner:innen aus Wirtschaft, Bürger:innenschaft und
628 Kommunen zur transparenten Legitimation von großen Entscheidungen,
- 629 • einen Regional-Investitionsfonds zur Beteiligung lokaler Strukturen und
630 Personen an der Wirtschaft. Dies stärkt auch die Standortbindung, die
631 Mitbestimmung für Beschäftigte und ermöglicht Rückflüsse in lokale
632 Teilhabeprojekte.
- 633 • Projekte fördern, die langfristig Arbeitsplätze und Wertschöpfung
634 sichern, umwelt- und bildungswirksam sind.

635

636 Sachsen-Anhalt kann ein Land sein, in dem Bildung, soziale Teilhabe,
637 Klimaschutz und Schwimmbäder nicht auf Sparlisten verschwinden, sondern
638 aktive Projekte der Zukunft werden. Die Linke steht dafür, dass wir die
639 Transformation unseres Landes selbst gestalten, zusammen und solidarisch mit
640 den Menschen vor Ort.

641

642 Auch wenn die Zinsen heute höher als in der Niedrigzinsphase sind, bleibt eine
643 kreditfinanzierte Investition in Bildung, soziale Infrastruktur und Klimaschutz
644 sinnvoll. Mit einer durchdachten Risiko- und Kostenbewertung, langfristiger
645 Tilgungsplanung und strategischem Einsatz der Mittel können wir antizyklisch
646 handeln, die Wirtschaft stabilisieren und die Zukunft Sachsens-Anhalts aktiv
647 gestalten. So gestalten wir die Zukunft unseres Landes aktiv, solidarisch und
648 für alle Menschen sichtbar.

649

650 Wir wollen:

- 651 • ein Investitionsprogramm „Zukunft Sachsen-Anhalt“ auflegen für die
652 Investitionen in Bildung, Gesundheit, Klimaschutz und soziale Teilhabe,
- 653 • Investitionen in Kitas, Schulen, Hochschulen und Weiterbildungen
654 erhöhen,
- 655 • den Ausbau von Pflege- und Gesundheitsangeboten,
- 656 • mehr Geld in die Bedarfe von Kindern, Jugendlichen und Senior:innen
657 investieren,
- 658 • erneuerbare Energien, Energiesanierungen und nachhaltige Mobilität für
659 alle, weil davon Mensch und Umwelt profitieren,
- 660 • in nachhaltiges Bauen und mehr Stadtgrün investieren.

661

662 Mit der Linken als Pol der Hoffnung wird Sachsen-Anhalt zu einem Land, in dem
663 Chancen, Gerechtigkeit und nachhaltige Lebensqualität für alle Wirklichkeit

664 werden. Wir glauben an die Stärke unserer Regionen, unserer Menschen und
665 unserer Solidarität – und wir handeln, damit Hoffnung greifbar wird.
666 Eine kurzfristige höhere Verschuldung wird durch unsere steuerpolitischen
667 Änderungen und die Förderung der Binnenwirtschaft langfristig kompensiert.
668 Kürzungen in den Bereichen Soziales und Umwelt wird es mit uns nicht geben,
669 ebenso wenig den Abbau öffentlicher Infrastruktur oder Personalabbau im
670 öffentlichen Dienst.

671
672 Grundlage unserer Finanzpolitik ist die bedingungslose Ablehnung der
673 Privatisierung öffentlichen Eigentums. Wir investieren in das, was wirklich zählt:
674 Menschen, Chancen und Zusammenhalt. So schaffen wir ein Sachsen-Anhalt,
675 das niemanden zurücklässt – solidarisch, gerecht und stark.

676 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

677

678

679 **4. Gleichstellung als Herzensangelegenheit**

680

681 Frauen und Männer sollen nicht nur laut dem Gesetz die gleichen Rechte und
682 Pflichten haben. Sie sollen auch im Alltag gleichberechtigt leben können. Die
683 Linke will eine Politik, die die Bedürfnisse von Frauen ernst nimmt und ihre
684 Probleme konsequent löst.

685

686 **Stand der Dinge – Herausforderungen**

687

688 Noch immer ist der gesellschaftliche Standard der Mann. An ihm werden
689 Rettungsgurte erprobt, Medikamente getestet und gesellschaftliche Erfolge
690 gemessen. Frauen werden oft auch eher schlechter als Männer bezahlt und
691 müssen Berufe annehmen, für die sie oft überqualifiziert sind. Wir wollen, dass
692 Frauen die gleichen Chancen, Rechte und Zugänge haben wie Männer – nicht
693 mehr und nicht weniger.

694

695 Unser Anspruch ist es, allen in Sachsen-Anhalt lebenden Menschen ein gutes
696 Leben zu ermöglichen. Dafür wollen wir die Fehlentwicklungen der
697 vergangenen Jahre aufarbeiten und zu einer echten Verbesserung für das
698 Leben von Frauen beitragen. Sachsen-Anhalt soll kein Land sein, das die
699 Lebenschancen bestimmter Menschen von vornherein einschränkt. Die Linke
700 will, dass sich alle Menschen in ihrer gesamten Vielfalt entwickeln können.
701 Hierbei wollen wir sie unterstützen.

702

703 Wir wollen:

- 704 • Frauen bei der Berufssuche stärken und sie ermutigen, sich auf
705 verantwortungsvolle Stellen zu bewerben. Die Arbeit in Kitas, Schulen,
706 Krankenhäusern und Pflegeheimen muss aufgewertet und besser bezahlt
707 werden, da sie für das Funktionieren unserer Gesellschaft sorgt.

708 • Nicht nur, dass die „sozialen“ Berufe mehr Anerkennung erfahren,
709 sondern dass sich diese Anerkennung auch in den Arbeitsbedingungen
710 wiederfindet.

711

712 Schon seit 1997 sieht das Frauenfördergesetz von Sachsen-Anhalt vor, dass
713 der öffentliche Dienst, die Kommunen, die Landesbetriebe sowie „alle der
714 Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen
715 des öffentlichen Rechts“ darauf hinwirken sollen, alle Gremien zur Hälfte mit
716 Frauen zu besetzen.

717

718 Wir wollen:

- 719 • dass Frauenförderung nach dem Frauenfördergesetz konsequent
720 umgesetzt wird,
- 721 • die beruflichen Chancen sowohl im öffentlichen Dienst als auch in der
722 Wirtschaft für Frauen erheblich verbessern. Hierbei sind die unter dem
723 Dach des Landesfrauenrats entwickelten Empfehlungen für ein
724 Gleichstellungsgesetz in Sachsen-Anhalt eine geeignete Grundlage.
- 725 • Gleichberechtigung bei der Besetzung von politischen Führungs-
726 positionen. Deswegen wollen wir mit einem Paritégesetz für Sachsen-
727 Anhalt dafür sorgen, dass mindestens die Hälfte der Landtagsmandate
728 und der Mitglieder der Landesregierung weiblich sind.
- 729 • das „Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt“
730 unter Beteiligung der gleichstellungspolitischen Interessenvertretungen
731 fortschreiben und für die Landesbehörden verbindlich machen.

732

733 Frauen sind einem besonderen Armutsrisiko ausgesetzt. Jede fünfte Familie in
734 Sachsen-Anhalt besteht aus einem Elternteil, die meisten davon sind Frauen.
735 Für sie ist das Risiko, in Armut zu geraten, um ein Vielfaches höher.

736

737 Wir wollen:

- 738 • dass zur finanziellen Absicherung von Einelternfamilien und ihren Kindern
739 der Unterhaltsvorschuss bedingungslos für alle verfügbar sein muss, die
740 ihn benötigen,
- 741 • die Anrechnung des Kindergelds auf den Unterhaltsvorschuss abschaffen
742 und dass die Kürzung des Elterngelds zurückgenommen wird,
- 743 • dass Alleinerziehende einen Anspruch auf 24 Monate Elterngeld erhalten,
- 744 • dass Betriebe Alleinerziehenden im Falle einer Notfallbetreuung eine
745 Freistellung bei Lohnfortzahlung ermöglichen und Bund und Länder diese
746 Maßnahmen finanziell unterstützen.

747

748 Sachsen-Anhalt verfügt über eine breitgefächerte Forschungslandschaft.
749 Längst finden Diskussionen über die Gleichberechtigung von Frauen und
750 Männern nicht mehr in der Wissenschaft, sondern im Herzen unserer
751 Gesellschaft statt. Als Linke wollen wir, dass wir weiterhin auf eine diverse
752 Forschungslandschaft setzen können – dazu gehört auch, die geschlechtliche
753 Vielfalt in der Wissenschaft zu fördern.

754 Wir wollen:

- 755 • dass wir weiterhin auf eine diverse Forschungslandschaft setzen können
- 756 – dazu gehört auch, die geschlechtliche Vielfalt in der Wissenschaft zu
- 757 fördern.
- 758 • dass Frauen einen gleichberechtigten Zugang zum Studium, aber ebenso
- 759 zu Stellen in der wissenschaftlichen Forschung erhalten. Diese Parität soll
- 760 auch für die Führungsebene der Hochschulen gelten.
- 761 • auch Frauen in Handwerksberufen und in der Ausbildung fördern, wo der
- 762 Bedarf besteht, denn Wissenschaft meint für uns nicht nur die reine
- 763 Forschung, sondern auch die Umsetzung.
- 764

765 Die Gewalt im eigenen Heim, in der Beziehung oder nach einer Trennung nimmt
766 in Deutschland wieder zu. Frauen werden häufig aufgrund niedriger Beweg-
767 gründe Opfer einer Straftat. In den vergangenen Jahren ist der Begriff „Femizid“
768 Ausdruck der Handlung geworden, Frauen aufgrund ihres Frauseins zu töten.
769 Dieser Begriff drückt aus, worin sich die extremste Form von Frauenfeind-
770 lichkeit zeigt – in der Tötung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts. Diesen
771 und weiteren Formen von Frauenfeindlichkeit setzt Die Linke entschieden
772 politisches Handeln entgegen.

773

774 Wir wollen:

- 775 • die Frauenberatungsstellen im Land stärken und zudem den Eigenanteil
- 776 für Frauen, die Hilfe in einem Frauenschutzhaus suchen, abschaffen,
- 777 • insbesondere im Online-Bereich die Verfasser von Hassnachrichten vor
- 778 Konsequenzen stellen und solche verachtenden Taten verhindern.
- 779 Deswegen stärken wir die Beratungsstellen gegen Hass im Netz.
- 780 • für alle Gewaltschutzprojekte eine institutionalisierte Förderung.
- 781 Außerdem muss die Eingruppierung der Mitarbeitenden überprüft
- 782 werden, um eine Schlechterstellung zu vermeiden.
- 783 • dass Gewaltschutzprojekte Angebote für Kinder vorhalten, die von
- 784 Gewalt mitbetroffen sind.
- 785

786 Der Körper eines jeden Menschen ist einzigartig. Die meisten Körper bewegen
787 sich in der Spannbreite zwischen einer männlichen und weiblichen Einordnung,
788 wobei es auch Körper gibt, sie sich außerhalb dessen bewegen. Dies
789 veranschaulicht, dass nicht alle Körper auf die gleiche Weise funktionieren.
790 Jahrhundertlang wurde die Forschung an weiblichen und intergeschlecht-
791 lichen Körpern vernachlässigt. Das zeigt sich beispielsweise daran, dass viele
792 Medikamente bei Frauen anders wirken und zum Teil destruktiv sein können.
793 Daher unterstützen wir die geschlechtersensible Forschung und wollen diese
794 ausbauen.

795 Mädchen und Frauen mit Beeinträchtigungen und solche mit Migrations-
796 geschichte zählen zu den besonders verletzlichen Gruppen.

797

798

799

800 Wir wollen:

- 801 • die rechtlichen Voraussetzungen verbessern, um auch Frauen ohne
802 gesicherten Aufenthaltstitel vor geschlechtsspezifischer und häuslicher
803 Gewalt zu schützen,
- 804 • zur Kontrolle der Umsetzung der Istanbul-Konvention die Einrichtung
805 einer staatlichen unabhängigen Monitoringstelle vorschlagen sowie eines
806 Runden Tisches, an dem alle relevanten NGOs vertreten sind.

807

808 Die Gleichstellung von Frauen, Männern und Menschen ohne bzw. mit dem
809 Eintrag divers zählt zu unseren Kernanliegen. Dass Frauen und Männer in
810 bestimmten Bereichen tendenziell bevorzugt oder benachteiligt werden, ist
811 eine der sichtbarsten Konfliktlinien in unserer Gesellschaft. Für Die Linke heißt
812 das: Gleichstellung ist Querschnittsthema! Bei all unseren Anliegen werden wir
813 Frauen nicht nur mitdenken, sondern unsere Politik gezielt auf sie abstimmen.
814 Neben der Sichtweise und den Bedürfnissen von Männern werden Frauen
815 immer ein gleichberechtigter Teil unserer Politik sein.

816

817 Erwerbsarbeit, Familienarbeit und gesellschaftliches politisches Engagement
818 sind gleichermaßen wichtige Bereiche gesellschaftlicher Arbeit. Insbesondere
819 die – unbezahlte – Familienarbeit liegt zum übergroßen Teil immer noch bei den
820 Frauen. Besonders im Bereich Gesundheit und Pflege wird Arbeit oft freiwillig
821 und unbezahlt geleistet. Auch wenn wir auf dieses Engagement nicht
822 verzichten wollen und können, gilt es doch zu verhindern, dass über diesen
823 Weg bezahlte Arbeit verdrängt oder ersetzt wird.

824

825 Wir wollen:

- 826 • dafür sorgen, dass sie für Männer und Frauen gleichermaßen besser
827 miteinander vereinbar werden. Heute erbringen Frauen mehr als die
828 Hälfte der gesellschaftlichen Arbeit.
- 829 • die Sorgearbeit aufwerten. Wer Kranke pflegt, soll deswegen keinen
830 Nachteil erleiden, sondern ein abgesichertes Leben führen können. Wer
831 anschließend wieder in die Erwerbsarbeit eintreten will, soll hierbei durch
832 gezielte Förderprogramme unterstützt werden.
- 833 • bereits früh Kinder und Jugendliche für alltägliche Aufgaben
834 sensibilisieren, so dass die Sorgearbeit besser verteilt wird. Hierfür
835 wollen wir auch die Kindertagesbetreuung und den Hort ausbauen, damit
836 Elternteile wieder einer Erwerbsarbeit nachgehen können.

837 Uns ist bewusst, dass es auch Menschen gibt, die sich nicht dem männlichen
838 oder weiblichen Geschlecht zugehörig fühlen. Wir haben uns in diesem Kapitel
839 auf die Gleichstellung von Frauen und Männern konzentriert, um unsere Punkte
840 sprachlich möglichst einfach zu halten. Wir wollen andere Gruppen nicht
841 vernachlässigen, weswegen wir in unserer Politik auch Gruppen ohne
842 männlichem oder weiblichen Geschlecht mit einbeziehen werden. Als Linke
843 stehen wir für Inklusion. Wir spielen gesellschaftliche Gruppen nicht
844 gegeneinander aus. Deswegen finden sich weitere Gedanken beim Thema
845 Queer.

846 **Kein Mensch soll von Gewalt betroffen sein**

847

848 Mit dem Begriff „Häusliche Gewalt“ wird eine Straftat verharmlosend
849 beschrieben. Die meisten Menschen denken dabei vielleicht als erstes an einen
850 Mann, der seine Frau im Streit schlägt. Häusliche Gewalt beschreibt aber mehr:
851 Die ständige Überwachung durch den Partner; wiederkehrende körperliche
852 Verletzungen durch die Großmutter, aggressives Verhalten der eigenen Kinder.
853 Den Betroffenen fällt es oft sehr schwer, Hilfe zu suchen oder anzunehmen. Die
854 finanzielle Abhängigkeit vom Partner oder der Partnerin spielt dabei eine
855 ebenso große Rolle wie die psychische Abhängigkeit.

856

857 Wir setzen uns für eine Welt ein, in der Familien frei von Gewalt, Angst und
858 Manipulation in Sicherheit und gegenseitigem Respekt leben können.

859

860 Wir wollen:

- 861 • eine mobile Beratungsstruktur schaffen, die Betroffene von häuslicher
862 Gewalt proaktiv aufsucht. Zum Beispiel könnten Beratungen an
863 öffentlichen Orten oder in Fahrzeugen stattfinden. Diese soll Betroffene
864 aufsuchen und ihnen Unterstützung anbieten.
- 865 • dass das Thema nicht von der Tagesordnung verschwindet, sondern
866 stattdessen Verbindlichkeit erhält. Das wollen wir mit einem Aktionsplan
867 gegen Gewalt umsetzen. Hierdurch soll insbesondere professionelles
868 Personal geschult werden, das proaktiv Gewalt vorbeugt und Betroffene
869 berät.
- 870 • eine Koordinierungsstelle etablieren, um verschiedene Projekte zu
871 koordinieren, zusammenzuführen und zu evaluieren. Sie soll sicherstellen,
872 dass die Ziele der Istanbul-Konvention umgesetzt werden. Aufklärungs-
873 und Sensibilisierungskampagnen gegen häusliche Gewalt können
874 zusätzlich präventiv helfen.
- 875 • einen Rechtsanspruch auf Hilfe für Gewaltopfer, der allen zur Verfügung
876 steht – ganz unabhängig von Geschlecht, geografischer oder sozialer
877 Herkunft, Gesundheitszustand oder Aufenthaltstitel,
- 878 • verpflichtende Fortbildungen und Schulungen für die Polizei,
879 Richterschaft und Staatsanwaltschaft, damit Fälle Häuslicher Gewalt von
880 den Behörden als solche erkannt werden. Sie sollen unter anderem dafür
881 Sorge tragen, verpflichtende Anti-Gewalt-Programme für gewaltauffällige
882 Personen als Auflagen zu verhängen. Weiterhin sollen die staatlichen
883 Institutionen mit Nichtregierungsorganisationen besser zusammen-
884 arbeiten.
- 885 • für von Gewalt betroffene Menschen Frauenhausplätze und
886 Zufluchtswohnungen ausbauen, deren Finanzierung wir als Gesellschaft
887 sicherstellen müssen. Wir werden der Bundesregierung empfehlen, die
888 Wohnsitzauflagen für geflüchtete Frauen bei Gewalt auszusetzen.
- 889 • uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass das Umgangsrecht für
890 gewalttätige Elternteile oder Angehörige schneller ausgesetzt werden
891 kann,

- 892 • bei Gewalttaten den automatischen Entzug des Sorge- und Umgangs-
893 rechts für gemeinsame Kinder für mindestens sechs Monate, um die
894 betroffene Frau (und gegebenenfalls die Kinder) sofort zu schützen.
895 Hierfür sollen bei den Justizbehörden und der Polizei Sonderzuständig-
896 keiten geschaffen werden. Bei einer hohen Risikoeinstufung soll das
897 Näherungsverbot auch digital überwacht werden können.
898

899 **Queeres Leben in Sachsen-Anhalt**

900

901 Queeres Leben ist in Sachsen-Anhalt eine Selbstverständlichkeit. Schließlich
902 wurde 1990 in Magdeburg der bundesweit agierende Schwulenverband
903 Deutschland (später LSVD+) ausgerufen. Umso tragischer ist es, dass in den
904 vergangenen Jahren die Gewalt an queeren Menschen zugenommen hat. Wir
905 wollen, dass Sachsen-Anhalt ein weltoffenes Land bleibt, das jede Person
906 unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität
907 anerkennt.

908

909 Wir werden:

- 910 • uns für eine Bundesratsinitiative einsetzen, damit der 3. Artikel des
911 Grundgesetzes um das Merkmal der sexuellen und geschlechtlichen
912 Identität erweitert wird,
913 • das aktuell gültige Frauenfördergesetz in einem modernen
914 Gleichstellungsgesetz fortschreiben, das alle Geschlechtsidentitäten
915 berücksichtigt,
916 • das Aktionsprogramm für die Akzeptanz von LSBTI zusammen mit der
917 Community zu einem modernen Programm ausgestalten und mit den
918 notwendigen finanziellen Mitteln unterfüttern. An die Vorarbeit des
919 Sozialministeriums werden wir anschließen. Hierbei sollen insbesondere
920 Projekte im ländlichen Raum niedrigschwellig gefördert werden. Ein
921 besonderer Schwerpunkt wird im Bereich der Jugendbildung und -hilfe
922 sowie in der Unterstützung von Senior:innen liegen.
923 • bestehende institutionelle Förderungen, wie für die AIDS-Hilfen oder das
924 Kompetenzzentrum geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe
925 Sachsen-Anhalt, beibehalten und weitere Vereine als Träger prüfen,
926 • die LSBTIQ:-Landeskoordinierungsstellen weiter ausbauen und ihre
927 Sichtbarkeit erhöhen.

928 Die Gewalttaten gegen queere Menschen haben sich vervielfacht. Im
929 öffentlichen Raum, am Rande von CSDs oder im Internet ereignen sich immer
930 mehr Straftaten.

931

932 Wir wollen:

- 933 • die CSDs stärker schützen, nicht nur durch die Polizei, sondern auch
934 durch zivile Maßnahmen und die enge Abstimmung mit den
935 Ordnungsbehörden,
936 • das Amt der hauptamtlichen Ansprechperson für LSBTI bei der Polizei
937 stärken,

- 938 • die Landesregierung auffordern, eine Kampagne zur Sichtbarmachung
939 der Gewalt gegen queere Menschen aufzulegen. Extremen und
940 populistischen Positionen, die sich gegen queere Identitäten richten,
941 stellen wir uns entschlossen entgegen.
- 942 • die gesundheitlichen Bedürfnisse von Menschen in Sexarbeit
943 berücksichtigen. Der besonderen Unterstützung für Menschen im Bereich
944 der mentalen Gesundheit werden wir nachkommen. In Bezug auf STI und
945 HIV werden wir die Prävention umfassend ausbauen und Beratungs-
946 sowie Behandlungsangebote unterstützen.
- 947 • den Bildungsunterricht inklusiver gestalten. In allen Stationen des
948 Bildungs- und Erziehungsweges sollen queere Themen mitbehandelt
949 werden. Die Lehr- und Erziehungskräfte werden wir hierzu bereits im
950 Studium bzw. in der Ausbildung befähigen, die Curricula dements-
951prechend anpassen.
- 952 • die Sichtbarkeit von queeren Identitäten in der kulturellen Landschaft
953 fördern und Szene-Orte wieder aufleben lassen. Bars, Clubs, Theater und
954 Treffpunkte sind bereits Orte queeren Lebens gewesen, als
955 Homosexualität und trans Identitäten noch stärker in der Gesellschaft
956 verpönt waren. Wir wollen diese Orte wiederbeleben und vorhandene
957 Strukturen stärken. Auch queere Geflüchtete sollen kulturelle Orte finden,
958 die für ihre Bedürfnisse ausgelegt sind.
- 959 • dass, wer als queere geflüchtete Person Asyl sucht, dieses erhält,
960 • die Beratungslandschaft ausbauen und finanziell untersetzen. Mit den
961 Kommunen werden wir Gespräche führen, um Wohnungen außerhalb der
962 Aufnahmeeinrichtungen für Frauen und queere Personen zur Verfügung
963 stellen zu können.

964 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

965

966

967 **5. Eine starke Bildungslandschaft für** 968 **Sachsen-Anhalt**

969

970 **Bildung für alle – von Anfang an**

971

972 Kinder sind nicht nur unsere Zukunft, sondern vielmehr unser Hier und Jetzt!
973 Ihre Bedürfnisse gehören daher in den Mittelpunkt einer zukunftsorientierten
974 Politik. Es muss zur Selbstverständlichkeit werden, dass jedes Kind in Sachsen-
975 Anhalt nach seinen Bedürfnissen und Wünschen, an seinen oder ihren Stärken,
976 bestmögliche Förderung und vor allem bestmögliche Bildung von Klein auf
977 erfährt. Das beginnt bei unseren Kindertageseinrichtungen als Orte frühkind-
978 licher Bildung. Dort können Kinder in der Gemeinschaft aufwachsen, lernen,
979 Fehler machen dürfen und sich selbst verwirklichen. Um diesem Verständnis
980 Rechnung zu tragen, wollen wir die Verantwortung für die frühkindliche Bildung

981 und für die Kinder- und Jugendhilfe stärken und an ein eigenes Ministerium für
982 Bildung und Jugend übertragen.

983

984 Das Programm *Bildung elementar – Bildung von Anfang an* werden wir durch
985 einen größeren Stellenwert in der Aus-, Fort- und Weiterbildung der
986 pädagogischen Fachkräfte und durch Zeit für die Vor- und Nachbereitung der
987 pädagogischen Arbeit qualifizieren. Unser Anliegen ist es, perspektivisch die
988 Kindertagesbetreuung kostenlos zu gestalten – für alle. Hierfür versammeln wir
989 uns hinter den Forderungen des *Netzwerks gegen Kinderarmut und der*
990 *Landesarmutskonferenz*.

991 Deswegen setzen wir uns ein für:

- 992 • eine Stärkung der Kita- und Schulsozialarbeit,
- 993 • beitragsfreie Kita-Plätze,
- 994 • eine umfassende Versorgung,
- 995 • Teilhabe von Klein auf ermöglichen.

996

997 **Stand der Dinge – Herausforderungen**

998 Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft. Die bisherige Landesregierung hat
999 vieles dafür getan, um die Startbedingungen für die Kleinsten zu erschweren.
1000 Anstatt Unterstützung zu bieten, sind Kinder, Jugendliche und Familien immer
1001 häufiger auf sich allein gestellt. Das zerstört nicht nur Vertrauen in unsere
1002 gesellschaftlichen Institutionen, sondern belastet sie persönlich. Es beein-
1003 trächtigt Bildungserfolge, setzt der Gesundheit zu und verhindert sozialen
1004 Aufstieg. Insbesondere Kinder, die aus armen Verhältnissen stammen, einen
1005 Migrationshintergrund haben oder mit einer Behinderung aufwachsen, haben es
1006 schwerer als andere. Als Linke wollen wir, dass Schluss ist mit der Rotstiftpolitik
1007 bei den Kleinen! Wer wirklich Zukunft gestalten möchte, kommt um ein Mehr an
1008 Investitionen nicht drum herum.

1009

1010 **1. Wie wir unsere Kitas stärken**

1011 Wir wollen, dass jedes Kind in Sachsen-Anhalt von Klein auf eine gute Bildung
1012 erfahren kann. Es soll die optimalen Möglichkeiten haben, um später ein gutes
1013 Leben führen zu können. Daher setzen wir uns für einen uneingeschränkten
1014 Rechtsanspruch auf eine ganztägige Betreuung in Kindertageseinrichtungen für
1015 alle Kinder, unabhängig von ihrer familiären oder sozialen Situation ein.

1016

1017 Deswegen wollen wir Folgendes umsetzen:

- 1018 • **Beitragsfreie Kita:** Die Planung und Finanzierung der Kindertageseinrich-
1019 tungen soll in einer Hand bei den Landkreisen und kreisfreien Städten lie-
1020 gen. Dafür haben wir ein transparentes Finanzierungssystem erarbeitet,
1021 das sich an den tatsächlichen Personalkosten orientiert, den Finanzie-
1022 rungsanteil der Gemeinden aufhebt und schrittweise zur Beitragsfreiheit
1023 für die Eltern führt.
- 1024 • **Betreuungsschlüssel umgehend verbessern:** Zur Entlastung der päda-
1025 gogischen Fachkräfte und Stärkung der frühkindlichen Bildung wollen wir

1026 die wissenschaftlichen Empfehlungen in die Praxis umsetzen, d.h. einen
1027 Personalschlüssel von 1:3 im U3-Bereich und von 1:7,5 im Ü3-Bereich in
1028 den Kitas.

- 1029 • **Ein warmes, kostenloses Mittagessen ist Pflicht:** Wir werden eine kos-
1030 tenlose Mittagsversorgung für alle Kinder in Kitas und der Tagespflege
1031 schaffen und Trinkbrunnen fördern. Die Finanzierung aller Maßnahmen
1032 erfolgt durch eine entsprechende Erhöhung des Landesanteils.
- 1033 • **Bessere Arbeitsbedingungen:** Auch für die Kindertagespflege müssen
1034 vernünftige Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Dazu zählt vor al-
1035 lem, dass die Kindertagespflege Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsverein-
1036 barungen mit den Jugendämtern abschließen kann. Dies hilft, die tat-
1037 sächlichen Kosten transparent zu machen und die Einkommen der Tages-
1038 pflegepersonen anzuheben. Tagespflegepersonen müssen gesicherte
1039 Beschäftigungsperspektiven erhalten.

1040

1041 **2. Kita- und Schulsozialarbeit verankern und sichern**

1042 In unseren Bildungseinrichtungen haben sich Kita- und Schulsozialarbeit als
1043 unverzichtbar erwiesen. Wir wollen sie verstetigen! Sie unterstützen nicht nur
1044 das Lernen der Kinder und Jugendlichen, sondern tragen auch für ihr
1045 Aufwachsen mit Verantwortung. Mit ihrer Hilfe können problematische
1046 Entwicklungen erkannt und angegangen werden. Zudem leisten sie einen
1047 unverzichtbaren Beitrag für den Übergang zwischen den einzelnen Ebenen –
1048 von Krippe bis zur Berufsausbildung.

1049

1050 Daher wollen wir:

- 1051 • **Kita- und Schulsozialarbeit werden Regelstrukturen:** Wir wollen die ge-
1052 setzliche Grundlage dafür schaffen, dass die Schulsozialarbeit mindes-
1053 tens bis 2029/2030 garantiert werden kann.
- 1054 • **Qualität sichern:** Um eine hohe Qualität zu gewährleisten, setzen wir auf
1055 verbindliche Mindeststandards, Team- und Vertretungsmodelle, Supervi-
1056 sion sowie eine gemeinsame Finanzierung durch Land und Kommunen.
- 1057 • **Kita und Schule verbinden:** Eine enge Verzahnung zwischen Kita-Schule
1058 mit gemeinsamen Standards und Übergabeprozessen (z.B. Fallkonferen-
1059 zen, strukturierte Übergaben) sichert stabile Beziehungen, frühe Krisen-
1060 erkennung und verlässlich begleitete Übergänge.
- 1061 • **Fortschreibung eines Landesprogramms:** Die Fortschreibung des Pro-
1062 gramms ist essenziell, um den Ausbau der Schulsozialarbeit im ganzen
1063 Land sichern zu können. Unser Bekenntnis: Weg von der „Projektitis“ und
1064 hin zur verlässlich gesicherten Regelstruktur!

1065

1066 **3. Die Kleinsten schützen und stärken**

1067 Kinder benötigen besonderen Schutz. Sie können sich meist nicht gegen
1068 gewaltsame Eingriffe in ihr Leben wehren. Stattdessen nehmen sie
1069 alarmierende Handlungen Erwachsener und anderer als normal wahr. Wir
1070 wollen, dass Kinder zu selbstbewussten Menschen heranwachsen können,

1071 weswegen wir sie nicht nur in ihrer Entwicklung fördern, sondern sie ebenfalls
1072 vor äußeren Eingriffen schützen wollen.

1073

1074 Deswegen wollen wir Folgendes erreichen:

- 1075 • **Staatlichen Schutz verbessern:** Wir werden für einen Qualitätsdialog des
1076 Landes mit den Kommunen eintreten, um die personelle Ausstattung der
1077 Jugendämter zu verbessern. Dazu gehören der Ausbau und die Weiter-
1078 entwicklung der Netzwerke Früher Hilfen und Kinderschutz sowie die
1079 Förderung präventiver und niedrigschwelliger Angebote, insbesondere im
1080 ländlichen Raum.
- 1081 • **Hilfen zur Erziehung stärken:** Zwischen den Hilfen zur Erziehung, den
1082 Kinder- und Jugendpsychiatrien und den Gesundheitsämtern braucht es
1083 ein transparentes Übergangsmangement und verbindliche Kooperati-
1084 onsstrukturen, um die Hilfen passgenau für jeden jungen Menschen an-
1085 zubieten. Kinder, Jugendliche und ihre Familien müssen in ihrem Rechts-
1086 anspruch auf Jugendhilfe stärker unterstützt werden. Deswegen wollen
1087 wir die flächendeckende Einführung von Ombudsstellen in allen Landkrei-
1088 sen und kreisfreien Städten. Die Kommunen wollen wir finanziell in dem
1089 Bereich entlasten.
- 1090 • **Einheitliche Mindeststandards für die Jugendhilfeplanung:** Wir werden
1091 dafür Sorge tragen, dass die Jugendhilfeplanungen der Landkreise und
1092 kreisfreien Städte nach quantitativen und qualitativen Mindeststandards
1093 erfolgen und mit einer durch das Land zu erarbeitenden landesweiten Ju-
1094 gendhilfeplanung abgestimmt wird, um ein Aufwachsen in gleichen Le-
1095 bensverhältnissen zu sichern.

1096

1097 **4. Jugendarbeit strukturell sichern!**

1098 Wir machen Jugendarbeit zu einem gesetzlichen Anspruch für alle jungen
1099 Menschen und erhöhen die Förderung, besonders im ländlichen Raum. Wir
1100 sorgen dafür, dass die Beschäftigten in der Jugendarbeit besser bezahlt
1101 werden und sichere Beschäftigungsverhältnisse vorfinden. Außerdem
1102 verbessern wir die Schutzstandards für Kinder und Jugendliche und verankern
1103 sie im Jugendhilfegesetz.

1104

1105 Die Linke will:

- 1106 • **Jugendarbeit ist Pflicht:** Wir wollen die Jugendarbeit als Rechtsanspruch
1107 für junge Menschen im Kinder- und Jugendhilfegesetz des Landes fest-
1108 schreiben. Die Förderung von Maßnahmen der kommunalen Jugendarbeit
1109 werden wir um mindestens eine halbe Million Euro erhöhen und eine Dy-
1110 namisierung von mindestens 2,5 Prozent pro Jahr gesetzlich verankern.
- 1111 • **Jugendverbandsarbeit stärken:** Die Beschäftigten in der Jugendarbeit
1112 und in den Jugendverbänden befinden sich oft in einer prekären Be-
1113 schäftigungs- und Einkommenssituation, weil es dafür bisher keine aus-
1114 reichend gesicherte und auskömmliche Finanzierungsgrundlage gibt. Wir
1115 werden in der Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, bei institutionell

1116 geförderten Trägern und Beratungsstellen eine Bezahlung nach dem öf-
1117 fentlichen Tarifrecht zur Grundlage machen und mehrjährige Zuwen-
1118 dungsverträge abschließen. Wir setzen uns ein für die Entwicklung von
1119 personellen Mindeststandards beim erzieherischen Kinder- und Jugend-
1120 schutz in den Landkreisen und kreisfreien Städten. Der Jugend(me-
1121 dien)schutz muss verbindlicher Bestandteil der Jugendhilfeplanungen
1122 werden. Um die Jugendverbandsarbeit zu stärken, wollen wir eine feste
1123 Personalstelle für die Jugendverbände in Sachsen-Anhalt einführen.

- 1124 • **Jugendarbeit insbesondere im ländlichen Raum sichern:** Es bedarf ei-
1125 ner unverzüglichen Anpassung des Flächenfaktors für die Finanzierung
1126 von Angeboten der Jugendarbeit im ländlichen Raum. Dieser soll sich zu
1127 85 Prozent aus der Zahl der Kinder und Jugendlichen in einem Landkreis
1128 bzw. in einer kreisfreien Stadt und zu 15 Prozent nach Fläche zusammen-
1129 setzen. Die Gesamtsumme ist jährlich um die Inflationshöhe zu dynami-
1130 sieren.

1131

1132 **5. Frühe Beteiligung von Kindern und Jugendlichen stärkt Demokratie**

1133 Demokratie muss so früh wie möglich erlebbar sein. Kinder und Jugendliche
1134 sollen lernen, Meinungen fair auszutauschen, sich zu engagieren, Verant-
1135 wortung zu übernehmen und Wertschätzung für andere Positionen zu
1136 entwickeln. Damit sich Kinder- und Jugendbeteiligung entwickeln kann, ist es
1137 erforderlich, Angebote für eine altersgemäße politische Bildung auf- und
1138 auszubauen.

1139

1140 Als Linke wollen wir:

- 1141 • **Mitsprache von Klein auf:** Mit dieser Zielstellung wurde bereits 2014 ein
1142 Kinder- und Jugendteilhabegesetz erarbeitet. Kinderrechte wollen wir in
1143 die Landesverfassung aufnehmen. Auf der Ebene der Kommunen und
1144 des Landes wollen wir mehr Mitsprache und Partizipation ermöglichen. In
1145 einem Online-Verfahren sollen in den Kommunen Jugendparlamente ge-
1146 wählt werden können, die über ein eigenes Budget für Projekte verfügen
1147 und in den Stadt- und Gemeinderäten sowie den Kreistagen bei Kinder-
1148 und Jugendbelangen ein Antrags-, Rede- und Vetorecht haben und per-
1149 sonnell angemessen unterstützt werden.
- 1150 • **Kleine Stimmen im Landtag:** Beim Landtag soll eine Kinderkommission
1151 als parlamentarischer Unterausschuss eingerichtet werden, die die Inte-
1152 ressen von Kindern im Parlament vertritt. Im regelmäßigen Austausch mit
1153 Vertreter:innen u.a. des Netzwerkes gegen Kinderarmut, dem Kinder-
1154 und Jugendring und der Landesvereinigung für kulturelle Jugendbildung
1155 soll sie dazu beitragen, auftretende Probleme schneller zu erkennen und
1156 entsprechende Lösungen zu entwickeln. Der oder die Kinderbeauftragte
1157 des Landes Sachsen-Anhalt soll ständiges beratendes Mitglied der Kin-
1158 derkommission sein.

1159

1160

1161

1162 **6. Gemeinsam, Miteinander, Füreinander!**

1163 Die Linke denkt immer gemeinsam, niemals alleine. Die bestehenden Konzepte
1164 zur Unterstützung von Schüler:innen wollen wir erweitern. Durch multiprofes-
1165 sionelle Teams wollen wir Schüler:innen ganzheitlich und individuell betreuen.
1166 Die multiprofessionellen Teams sollen aus Lehrkräften, Schulsozial-
1167 arbeiter:innen, Psycholog:innen, Sonderpädagog:innen und weiteren
1168 Fachkräften bestehen. Sie sollen Kinder und Familien von Anfang an
1169 unterstützen und sie in ihren sozialen und emotionalen Kompetenzen stärken.
1170 Dafür benötigen wir ausgezeichnetes Personal – und das ein Leben lang.

1171
1172 Wir wollen:

- 1173 • **Multiprofessionelle Teams:** Die Konzeption und Implementierung von
1174 multiprofessionellen Teams an Schulen wird weiterentwickelt und flä-
1175 chendeckend ausgebaut. Wir fordern eine Sicherstellung der benötigten
1176 finanziellen und organisatorischen Ressourcen für die Einführung und
1177 den Betrieb der Teams an Schulen.
- 1178 • **Lebenslanges Lernen:** Fortbildung und Schulung der beteiligten Fach-
1179 kräfte, um die Zusammenarbeit und Kommunikation innerhalb der Teams
1180 zu optimieren.
- 1181 • **Gemeinsam sind wir stark:** Zusammenarbeit mit Jugendämtern, Sozial-
1182 diensten und anderen relevanten Institutionen, um eine umfassende Un-
1183 terstützung der Kinder zu gewährleisten. Die Zusammenarbeit mit Be-
1184 rufsverbänden und sozialen Einrichtungen wird intensiviert, um geeignete
1185 Praktikumsplätze zu schaffen.

1186
1187 Für Kinder und ihre Erziehungsberechtigten sind wir der Pol der Hoffnung. Denn
1188 als Linke setzen wir uns für die Kleinsten ein. Wir wollen, dass jedes Kind gut
1189 aufwachsen, optimale Bildungschancen wahrnehmen und so ein gutes Leben
1190 von Klein auf führen kann. Dafür machen wir uns stark.

1191 1192 **Bildungsgerechtigkeit schaffen**

1193 Die Bilanz von mehr als zwei Jahrzehnten CDU-Regierungen ist für die Schulen
1194 in Sachsen-Anhalt verheerend. Die Zahl der Lehrkräfte sinkt Jahr für Jahr, die
1195 extrem ungleiche Verteilung des Mangels zwischen den Schulformen und
1196 Regionen trägt erheblich zur gesellschaftlichen Spaltung bei. Durch völlig
1197 unzureichende Rahmenbedingungen wird der gemeinsame Unterricht in den
1198 Regelschulen immer mehr erschwert, die Überweisung von Schüler:innen mit
1199 sonderpädagogischem Förderbedarf in Förderschulen wird forciert, und die
1200 Möglichkeiten für eine Integration von Schüler:innen mit Migrationserfahrungen
1201 in das Schulsystem schwinden. Das ist auch ein Grund, warum die Anzahl von
1202 Schüler:innen immer weiter steigt, die die Schulen ohne Abschluss verlassen.
1203 Von Bildungsgerechtigkeit und fairen Chancen für alle Kinder und Jugendlichen
1204 kann in Sachsen-Anhalt keine Rede sein. Die soziale Schere öffnet sich auch in
1205 der Bildung immer weiter.
1206

1207 Gute Bildung für alle ist eine entscheidende Voraussetzung für gesellschaftliche
1208 Teilhabe, wirtschaftlichen Erfolg und einen verantwortungsbewussten Umgang
1209 mit unserer Umwelt.

1210

1211 Dabei kommen entscheidende Bedeutung zu:

- 1212 • der Ausweitung der Lernzeit durch eine zehnjährige Vollzeitschulpflicht
1213 und eine Erweiterung von Ganztagsangeboten,
- 1214 • dem längeren gemeinsamen Lernen in Gemeinschaftsschulen und dem
1215 Verzicht auf Schullaufbahneempfehlungen,
- 1216 • der Entwicklung von inklusiv arbeitenden Regelschulen,
- 1217 • der dauerhaften und bedarfsgerechten Etablierung von Schulsozialarbeit,
- 1218 • der Einführung von berufspraktischem Unterricht,
- 1219 • der Sicherung von gleichen Zugängen zu digitaler Bildung sowie der
1220 Wiederherstellung der Lernmittelfreiheit.

1221

1222 **Unser Zwölf-Punkte-Programm gegen den Personalmangel**

1223 Der extreme Mangel an ausgebildeten Lehrkräften – hervorgerufen durch
1224 Fehleinschätzungen des Ausbildungsbedarfs in den zurückliegenden zwei
1225 Jahrzehnten – hat heute massive Auswirkungen auf die Bildungsqualität und
1226 trifft besonders Sekundar- und Gemeinschaftsschulen, aber auch Grund- und
1227 Förderschulen. Immer mehr Schulen können die Studententafel nicht mehr
1228 vollständig erfüllen. So sind die Bildungsziele für einen erheblichen Teil der
1229 Schüler:innen nicht erreichbar.

1230

1231 Deshalb wollen wir:

- 1232 • alle bedarfsmindernden Maßnahmen der vergangenen Jahre
1233 zurücknehmen und den Personalbedarf durch schulformkonkrete
1234 Personalschlüssel für alle Personalkategorien (Lehrkräfte, pädagogische
1235 Mitarbeiter:innen, pädagogische Unterrichtshilfen,
1236 Schulsozialarbeiter:innen) im Schulgesetz verbindlich festlegen,
- 1237 • die Lehramtsausbildung für die allgemeinbildenden Schulen statt auf vier
1238 Schulformen künftig auf zwei Schulstufen ausrichten, die sich am Alter
1239 der Schüler:innen orientieren, die beiden Lehrämter für die Primarstufe
1240 und für die Sekundarstufe I und II sollen auch die Ausbildung in
1241 sonderpädagogischen Fachrichtungen beinhalten,
- 1242 • die Lehramtsausbildung an der Otto-von-Guericke-Universität in
1243 Magdeburg für das neue Lehramt für die Sekundarstufe I und II um 200
1244 Erstsemesterplätze insbesondere für Mangelfächer erweitern, neue
1245 Studiengänge sollen dabei auch das Angebot für eine duale Ausbildung
1246 mit einer Bindung an den anschließenden Einsatz in Sachsen-Anhalt
1247 erweitern,
- 1248 • für den Vorbereitungsdienst weitere Seminare für Lehrämter in der Fläche
1249 des Landes (Dessau, Gardelegen oder Stendal, Halberstadt) einrichten
1250 und zur Gewinnung zusätzlicher Bewerber:innen Anwärtersonderbezüge
1251 zahlen,

- 1252 • die Gemeinden und Landkreise stärker an der Gewinnung von
1253 Lehrkräften beteiligen und durch frühzeitige Einstellungszusagen
1254 motivieren, für Studierende und Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst gute
1255 Bedingungen für sie und ihre Familien zu schaffen, um sie so an die
1256 Region zu binden,
- 1257 • die erfolgreiche Tätigkeit von Lehrkräften im Seiteneinstieg durch eine
1258 Reduzierung der Belastungen in den ersten zwölf Unterrichtsmonaten
1259 und ein erweitertes Fortbildungsangebot unterstützen, Lehrkräfte sollen
1260 auch mit nur einem Fach den Vorbereitungsdienst berufsbegleitend
1261 absolvieren können oder über den Erwerb einer speziellen
1262 Laufbahnbefähigung im Wege der Bewährung mit den vollausgebildeten
1263 Lehrkräften gleichgestellt werden,
- 1264 • die Altersermäßigungen für alle Lehrkräfte wieder ab dem 60. Lebensjahr
1265 gewähren, Lehrkräfte vor Zusatzbelastungen schützen, Teilzeitarbeit
1266 erleichtern und den Gesundheits- und Arbeitsschutz verbessern,
- 1267 • die Erteilung von Unterricht durch geeignete zertifizierte Bildungsträger
1268 ermöglichen, auf diesem Weg soll auch ein flächendeckendes Angebot
1269 für einen regelmäßigen berufspraktischen Unterricht in den Klassen 7 bis
1270 9 aufgebaut werden.
- 1271 • den Einsatz von Schulsozialarbeiter:innen verstetigen und bedarfs-
1272 orientiert ausweiten, ab dem Schuljahr 2028/29 sollen ca. 1.200
1273 Vollzeitstellen dauerhaft finanziert und so ein Personalschlüssel von einer
1274 Schulsozialarbeitsstelle für jeweils 150 Schüler:innen gesichert werden,
1275 die Schulsozialarbeit soll dabei weiterhin in Kooperation mit Trägern der
1276 freien Kinder- und Jugendhilfe durchgeführt und durch die etablierten
1277 Netzwerkstellen koordiniert und unterstützt werden,
- 1278 • für pädagogische Mitarbeiter:innen und pädagogische Unterrichtshilfen
1279 ein Fortbildungssystem etablieren, mit dem die Qualifikation für die
1280 spezifischen pädagogischen Tätigkeiten in der Schule verbessert wird,
1281 bei Interesse soll auch die Möglichkeit geschaffen werden, eine
1282 Unterrichtserlaubnis zu erwerben,
- 1283 • den Aus- und Aufbau multiprofessioneller Teams an allen Schulen
1284 vorantreiben, in denen neben Lehrkräften, Schulsozialarbeiter:innen und
1285 pädagogischen Mitarbeiter:innen bzw. pädagogischen Unterrichtshilfen
1286 auch bedarfsdeckend Fachkräfte für Sprachförderung, Psycholog:innen
1287 und Gesundheitsfachkräfte zusammenarbeiten,
- 1288 • die Lehrkräfte von administrativen und organisatorischen Aufgaben durch
1289 den bedarfsdeckenden Einsatz von Schul- und Digitalassistent:innen
1290 entlasten.

1291

1292 **Schule als ganztägigen Lern- und Lebensort – Horte ins Schulgesetz**

1293 Die Linke wird wieder eine zehnjährige Vollzeitschulpflicht für alle Schüler:innen
1294 einführen. Dabei kann das 10. Schuljahr auch an einer berufsbildenden Schule
1295 in der dualen Ausbildung absolviert werden. Statt Schüler:innen bei Leistungs-
1296 schwächen ein Schuljahr wiederholen zu lassen, wollen wir die Förderung
1297 verstärken, damit der Anschluss wieder geschafft werden kann.

1298 Für die ganztägige Bildung und Erziehung im Primarbereich sollen die Horte
1299 wieder im Schulgesetz verankert werden, wobei die bisherige Trägervielfalt
1300 erhalten bleiben soll. Außerdem wollen wir die personellen und finanziellen
1301 Voraussetzungen schaffen, um Ganztagsangebote an allen weiterführenden
1302 allgemeinbildenden Schulen bedarfsgerecht auszubauen und so u.a. auch eine
1303 systematische Förderung besonders begabter Schüler:innen ermöglichen.

1304

1305 **Inklusion an den Schulen voranbringen**

1306 Für uns ist der Anspruch auf eine erfolgreiche Bildung im Regelschulsystem für
1307 alle Schüler:innen verbindlich und eine gesellschaftliche Notwendigkeit zur
1308 Gewährleistung des sozialen Zusammenhalts. Um dieses Ziel zu erreichen,
1309 werden wir die Förderung von Kindern mit festgestelltem Förderbedarf in
1310 Regelschulen strukturell verbessern (Klassengrößen, Teameinsatz,
1311 differenzierte Lernmaterialien) und vor allem deutlich mehr qualifizierte
1312 Pädagog:innen einsetzen. In den Landkreisen und kreisfreien Städten werden
1313 wir regionale Förderzentren ermöglichen, um so einen Übergang vom
1314 bisherigen institutionellen Förderschulsystem zu einem inklusiven Schulsystem
1315 zu erreichen.

1316

1317 Wir werden die Möglichkeiten der Förderung zur Erlangung eines Schulab-
1318 schlusses verbessern und erweitern. Dazu zählt u.a. die bedarfsgerechte
1319 Fortführung des „Produktiven Lernens“ und die Unterstützung von Werk-statt-
1320 Schule-Angeboten.

1321

1322 Kindern und Jugendlichen, die kurz oder langfristig der Schule fernbleiben,
1323 muss durch mehr sozialpädagogische Unterstützung, ggf. auch durch
1324 Angebote an außerschulischen Lernorten, der Weg zurück zur Fortführung der
1325 schulischen Bildung geebnet werden. Die Schulverweigerung werden wir als
1326 Ordnungswidrigkeit aus dem Schulgesetz streichen und dafür keinen
1327 Jugendarrest mehr zulassen.

1328

1329 **Länger gemeinsam Lernen**

1330 Die Gemeinschaftsschulen haben sich als erfolgreiche Schulform für längeres
1331 gemeinsames Lernen etabliert. Sie sind beliebt, weil die Entscheidung über den
1332 weiteren Bildungsweg länger offengehalten wird. Diesen Weg wollen wir
1333 konsequent fortsetzen. Mittelfristig soll sich auf der Basis freiwilliger
1334 Entscheidungen von Schulen und Schulträgern ein Schulsystem aus
1335 Gemeinschaftsschulen und Gymnasien herausbilden. Die Eltern sollen für die
1336 Schulwahl Beratungsangebote, aber keine Schullaufbahnempfehlung mehr
1337 erhalten. Ein Wechsel zwischen den Schulformen soll zu jedem neuen Schuljahr
1338 möglich sein.

1339

1340 Dafür sollen Gemeinschaftsschulen noch attraktiver werden und künftig neben
1341 dem Haupt- und dem Realschulabschluss auch die Fachhochschulreife
1342 vergeben können. Erweiterte Gemeinschaftsschulen sollen die Möglichkeit

1343 erhalten, in Kooperation mit berufsbildenden Schulen eine Fachoberstufe
1344 einzurichten. Außerdem wollen wir die Bildung gymnasialer Oberstufenzentren
1345 als Kooperation mehrerer Gemeinschafts- und Gesamtschulen ermöglichen; die
1346 Mindestjahrgangsstärke in der gymnasialen Oberstufe soll allgemein wieder auf
1347 50 Schüler:innen abgesenkt werden.

1348

1349 **Digitale Bildung lehren**

1350 Digitale Medien sind für den Bildungserfolg und eine umfassende
1351 Persönlichkeitsentwicklung aller Schüler:innen von großer Bedeutung.

1352

1353 Wir wollen:

- 1354 • den Zugang zu digitalen Angeboten zu gleichen Bedingungen für alle
- 1355 Schüler:innen und Pädagog:innen sicherstellen,
- 1356 • die Qualifikation für eine kompetente Nutzung moderner Medien für die
- 1357 Gestaltung von Lernprozessen,
- 1358 • die Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Grundfragen der
- 1359 Digitalisierung fördern,
- 1360 • die Gewährleistung eines effektiven Datenschutzes,
- 1361 • die uneingeschränkte Arbeit mit frei zugänglichen Bildungsmaterialien
- 1362 ermöglichen.

1363

1364 **Berufsbildende Schulen**

1365 Die Linke wird sich dafür einsetzen, die Rahmenbedingungen für die berufliche
1366 Ausbildung zu verbessern. Die Bildung von Landesfachklassen und
1367 regionenübergreifenden Fachklassen ist bezüglich einer gleichmäßigen
1368 regionalen Verteilung kritisch zu prüfen. Lassen sich größere Entfernungen zur
1369 berufsbildenden Schule nicht vermeiden, sollen finanzielle Härten durch Fahrt-
1370 und Unterbringungskosten durch Landesmittel und Arbeitgeberbeteiligung
1371 angemessen gemindert werden.

1372

1373 Für eine moderne technische Ausstattung der berufsbildenden Schulen sollen
1374 für die Schulträger über ein Landesprogramm finanzielle Mittel bereitgestellt
1375 werden. Technische Hilfsmittel, die für die Ausbildung unverzichtbar sind (z.B.
1376 Laptop, Tablet), sollen den Auszubildenden kostenfrei zur Verfügung gestellt
1377 werden. Auszubildende sollen zur Vorbereitung der Abschlussprüfungen für
1378 drei Tage freigestellt werden.

1379

1380 Alle Auszubildenden müssen wissen, wie sie ihre Rechte geltend machen
1381 können, was Ausbilder:innen dürfen und was nicht. Darum wollen wir, dass
1382 Gewerkschaften in den Berufsschulen über Arbeitnehmer:innenrechte
1383 aufklären.

1384

1385 **Eigenverantwortung und Schuldemokratie**

1386 Schulen müssen Orte gelebter Demokratie sein. Die Linke setzt sich deshalb für
1387 die Erweiterung der Mitbestimmungsrechte von Schüler:innen ein. Dabei soll es

1388 auch möglich sein, für die Gesamtkonferenz einer weiterführenden Schule die
1389 Drittelparität einzuführen. Damit Schulen Motor ihrer eigenen Entwicklung
1390 werden, müssen sie selbst mehr über organisatorische, finanzielle und
1391 pädagogische Fragen entscheiden können. Die Linke wird den Gesamtkonfe-
1392 renzen zusätzliche Entscheidungsbefugnisse übertragen. Außerdem sollen die
1393 Schulträger den Schulen möglichst große Teile ihres Schulhaushalts als Budget
1394 zur eigenen Bewirtschaftung zur Verfügung stellen. Die Bewertung des
1395 Verhaltens durch „Kopfnoten“ werden wir aufheben und durch individuelle
1396 Rückmeldungen ersetzen.

1397

1398 **Was wir gegen Schulschließungen und für Neu- oder Erweiterungsbauten** 1399 **tun wollen**

1400 In Sachsen-Anhalt ist inzwischen mehr als die Hälfte aller öffentlichen Schulen
1401 geschlossen worden. Gleichzeitig füllen immer mehr Privatschulen Lücken im
1402 staatlichen Schulnetz. Die Linke wird deshalb die Mindestjahrgangsstärken für
1403 die Bildung von Anfangsklassen an öffentlichen Schulen aufheben und durch
1404 globale Personalzuweisungen ersetzen, damit Schulstandorte nicht mehr durch
1405 schwankende Schüler:innenzahlen zur Disposition gestellt werden und
1406 Schulträger selbst über den Erhalt und die Neuerrichtung von Schulstandorten
1407 entscheiden können. Wir setzen uns ebenso für faire Entwicklungsbedingungen
1408 der bestehenden Schulen in freier Trägerschaft ein.

1409

1410 Für den Neu-, Aus- und Umbau von Schulgebäuden werden wir verbindliche
1411 Vorgaben schaffen. Dabei orientieren wir uns an den Anforderungen für die
1412 Arbeit in inklusiven Schulen, die u.a. Räume für Teilungsunterricht,
1413 Schulsozialarbeit und Ganztagsarbeit einschließen. Barrierefreiheit aller
1414 Schulgebäude ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine inklusive Schule.
1415 Bei der Planung und Errichtung von Neu- oder Erweiterungsbauten werden wir
1416 die Schulträger durch ein Schulbauprogramm des Landes unterstützen und
1417 darüber auch kontinuierlich in die Barrierefreiheit von Schulgebäuden
1418 investieren. Auch die Arbeitsbedingungen für Lehrer:innen müssen verbessert
1419 werden.

1420

1421 Außerdem sollen die Kommunen durch eine deutliche Erhöhung der Finanzzu-
1422 weisungen in die Lage versetzt werden, den Bau- und Sanierungsbedarf an
1423 Schulgebäuden zu bewältigen. Bei Neubauten und Grundsanierungen müssen
1424 Pädagog:innen, Schüler:innen, Eltern und weitere Partner:innen der Schulen
1425 eine verbindliche Mitsprache erhalten.

1426

1427 **Studieren. Forschen. Bleiben.**

1428

1429 Bildung ist ein Menschenrecht, Wissenschaft garantiert gesellschaftlichen
1430 Fortschritt. Deshalb brauchen wir eine offene, inklusive und sozial gerechte
1431 Hochschullandschaft. Wir wollen ein Wissenschaftssystem gestalten, das
1432 Rückenwind gibt: vom Studienstart bis zur Professur, von der Idee bis in die

1433 Praxis. Dafür statten wir Hochschulen gut aus, stärken ein vielfältiges
1434 Studienangebot und überzeugen so junge Menschen, in Sachsen-Anhalt zu
1435 studieren. Wir sorgen für beste Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft, die
1436 zum Bleiben und zum Arbeiten bei uns einladen. Grundvoraussetzung bleibt die
1437 Freiheit von Forschung und Lehre, die es zu verteidigen gilt. Wir werden das
1438 Wissenschaftssystem mit seinen Hochschulen, außeruniversitären Forschungs-
1439 einrichtungen, den privaten Forschungsinstituten und der Nationalen Akademie
1440 Leopoldina erhalten und ausbauen.

1441

1442 **Finanzierung sichern und Strukturen stärken**

1443 Hochschulen brauchen verlässliche Perspektiven statt Kürzungen. Eine
1444 Strukturplanung, die sich an Aufgaben orientiert, klare Zielvereinbarungen und
1445 die Kofinanzierung von Bundesprogrammen schaffen Luft zum Atmen – auch
1446 mit weniger Studierenden. Planungssicherheit ist die Voraussetzung für gute
1447 Arbeit, Profilbildung und Verlässlichkeit gegenüber Partnern.

1448

1449 Wir wollen:

- 1450 • Kürzungen im Hochschulhaushalt verhindern – auch bei sinkenden
- 1451 Studierendenzahlen,
- 1452 • die Grundfinanzierung stärken, Abhängigkeit von der Projektfinanzierung
- 1453 reduzieren,
- 1454 • eine Hochschulstrukturplanung vorlegen, die bestehende Strukturen
- 1455 sichert und Entwicklung ermöglicht,
- 1456 • aufgabengerechte Finanzierung sichern und den „Zukunftsvertrag
- 1457 Studium und Lehre sichern“ durch zusätzliche Landesmittel
- 1458 kofinanzieren,
- 1459 • Tarifaufwüchse und Inflation vollumfänglich ausgleichen,
- 1460 • transparente Zielvereinbarungen abschließen als verlässliche Grundlage,
- 1461 • Antrags- und Abrechnungsverfahren für die Institute der Zuse-Gemein-
- 1462 schaft vereinfachen,
- 1463 • die Kofinanzierung für die außeruniversitären Einrichtungen sicherstellen,
- 1464 • beide Medizinische Fakultäten erhalten und beide Universitätsklinika in
- 1465 öffentlicher Hand halten.

1466

1467 Verlässlichkeit schafft Profil: Strukturen sind gesichert, der Zukunftsvertrag ist
1468 kofinanziert, klare Zielvereinbarungen geben Planungssicherheit. So kann sich
1469 Wissenschaft entwickeln.

1470

1471 Die Linke steht zu dem Versprechen, dass Menschen in Sachsen-Anhalt
1472 unabhängig vom Geldbeutel der Eltern studieren können. Dazu gehören
1473 bezahlbares Wohnen und Essensversorgung, günstige Mobilität sowie
1474 Lernmittelfreiheit. Studiengebühren lehnen wir ab. Unbürokratische Verfahren,
1475 barrierearme Angebote und starke psychosoziale Beratung geben Sicherheit im
1476 Alltag. Teilzeit und verlängerte Regelstudienzeiten schaffen Raum, unterschied-
1477 liche Lebenslagen zu stemmen.

1478

- 1479 Wir wollen:
- 1480 • einen Hochschulsozialpakt auflegen (günstige Mieten, stabile
 - 1481 Mensapreise) und das Programm Junges Wohnen verbessern,
 - 1482 • Landesflächen kostengünstig für studentisches Wohnen nutzbar machen,
 - 1483 • Barrierefreiheit an Gebäuden/Angeboten/Lehre ausbauen, chronische
 - 1484 Krankheiten/nicht sichtbare Behinderungen berücksichtigen,
 - 1485 • die sozial-psychologische Beratung flächendeckend stärken, Anträge
 - 1486 kurz, verständlich und zügig entscheiden, BAföG-Bearbeitungszeiten
 - 1487 senken,
 - 1488 • das Semesterticket preislich stabil halten, mittelfristig ein 9-Euro-Ticket
 - 1489 und langfristig ein 0-Euro-Ticket einführen,
 - 1490 • Lern- und Lehrmittelfreiheit unbürokratisch einführen,
 - 1491 Zweitstudiengebühren abschaffen, lebensbegleitendes Lernen
 - 1492 erleichtern,
 - 1493 • auf Bundesebene eine Initiative für ein elternunabhängiges BAföG
 - 1494 starten,
 - 1495 • zusätzliche Unterstützungsangebote für Menschen aus
 - 1496 Nichtakademikerhaushalten schaffen.

1497

1498 Bezahlbarkeit öffnet Wege: Wohnen bleibt leistbar, Mensapreise sind stabil,

1499 Lernmittel kostenfrei, Verfahren kurz und verständlich, Mobilität ist bezahlbar.

1500 So wird aus Durchhalten gut studieren.

1501

1502 Ein guter Anfang entscheidet. Frühzeitige leichte Orientierung, einfache

1503 Zugänge und Unterstützungsangebote helfen allen – besonders aber

1504 Erstakademiker:innen. Nach dem Prinzip „eine Tür – viele Hilfen“ werden Krisen

1505 abgefangen, Fachwechsel erleichtert und Barrieren abgebaut. Längere

1506 Regelstudienzeiten geben Luft.

- 1507
- 1508 Wir wollen:
- 1509 • Unterstützungsangebote ausbauen (Krise, Fachwechsel, Studienverlauf)
 - 1510 – „eine Tür – viele Hilfen“,
 - 1511 • Prüfungsunfähigkeitsbescheinigungen abschaffen,
 - 1512 • Regelstudienzeiten verlängern, so dass ein 8-semesteriger
 - 1513 Bachelorstudiengang mit einem 4-semesterigen Master kombiniert werden
 - 1514 kann,
 - 1515 • eine Masterplatzgarantie für alle Bachelor-Absolvent:innen im Land
 - 1516 umsetzen,
 - 1517 • Barrierefreiheit ausbauen, Teilzeit ermöglichen.

1518

1519 Ein guter Anfang trägt: Hilfen werden gebündelt, „eine Tür – viele Angebote“,

1520 Regelstudienzeiten geben Luft, Barrierefreiheit wächst. So kommen mehr

1521 Studierende sicher an – und gut voran.

1522

1523 Das zentrale Anliegen unserer Bildungspolitik ist die Sicherung eines

1524 umfassenden Bildungsangebots und die Herstellung von Bildungsgerechtigkeit,

1525 damit alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig von Geschlecht, familiärem
1526 Hintergrund oder sozialökonomischem Status, die gleichen Bildungschancen
1527 und -möglichkeiten haben. Darüber hinaus ist uns die Entwicklung gefestigter
1528 demokratischer Grundüberzeugungen und Handlungsweisen ein wichtiges
1529 Anliegen. Wir sind der Pol der Hoffnung.

1530

1531 Wir möchten, dass sich die Studierenden an unseren Hochschulen von Anfang
1532 an willkommen fühlen. Das betrifft insbesondere die internationalen
1533 Studierenden. Die staatlichen Studienkollegs in Halle und Magdeburg vermitteln
1534 Sprachkenntnisse und bereiten auf das Studium in Deutschland vor. Der
1535 Übergang in unsere Hochschulen soll attraktiv gestaltet werden.

1536

1537 Wir wollen:

- 1538 • Willkommenskettens schaffen – Begleitung vom ersten Semester bis zum
1539 ersten Job in Sachsen-Anhalt,
- 1540 • internationale Studierende unterstützen (Sprache, Anerkennung,
1541 Aufenthalt) – von Studienkolleg bis zum Berufseinstieg vor Ort,
- 1542 • Vernetzung von Landkreisen/Städten/Hochschulen/Arbeitgebern stärken
1543 – schnelle Wege in gute Beschäftigung,
- 1544 • Strukturen des Landes für Verbleib und Studienbewerbung aufbauen,
1545 • einen soziologischen Hochschulbildungsbericht beauftragen (Herkunft,
1546 Studienerfolg, Verbleib).

1547

1548 Willkommen lädt zum Bleiben ein: Sprache, Anerkennung und Jobwege greifen,
1549 Land und Hochschulen werben gemeinsam, eine Berichterstattung zeigt
1550 Herkunft, Verläufe und Verbleib. So werden aus Ankommenden Fachkräfte vor
1551 Ort.

1552

1553 **Gute Arbeit in der Wissenschaft**

1554 Gute Arbeitsbedingungen sind eine Grundvoraussetzung für die Stärkung von
1555 Forschung und Lehre. Wir möchten das „hire and fire“-Prinzip durchbrechen
1556 und die Abhängigkeiten reduzieren. Hierzu sollen Befristungen zurückgefahren,
1557 Beschäftigungssicherheit garantiert und geleistete Arbeit im vollen Umfang
1558 entlohnt werden.

1559

1560 Wir wollen:

- 1561 • Daueraufgaben mit Dauerstellen unterlegen – in Lehre, Forschung und
1562 Verwaltung,
- 1563 • Mindestbedingungen für studentisch Beschäftigte festschreiben und
1564 einen Tarifvertrag für studentisch Beschäftigte (TVStud) unterstützen
1565 (planbare Jobs, Verträge vor Tätigkeitsbeginn, fristgerechte Zahlung),
- 1566 • Projektstellen stabilisieren: Vertragslaufzeiten an Projektlaufzeiten
1567 koppeln, Mindestlaufzeiten, Verlängerungen bei Weiterbewilligung,
1568 Überbrückungsfonds, ein Teil der Pauschalen fließt verbindlich in
1569 Personalstabilität/Qualifizierung,
- 1570 • vom Lehrstuhlprinzip abrücken, Fachbereichsstrukturen ausbauen.

1571 Planbarkeit schafft Qualität: Daueraufgaben werden zu Dauerstellen, Verträge
1572 passen zur Projektlaufzeit, Arbeit in der Wissenschaft wird fair und planbar.

1573
1574 Der Generationswechsel ist Chance und Aufgabe: etablierte Karrierewege an
1575 Hochschulen für junge Wissenschaftler:innen, schnelle Berufungen,
1576 Willkommenskette und Familienfreundlichkeit ziehen Menschen an – und halten
1577 sie. Wir wollen den Praxisexpert:innen den Einstieg in die Hochschulen für
1578 angewandte Wissenschaften vereinfachen. In der Hochschulmedizin zählt das
1579 Zusammenspiel von Forschung, Lehre und Klinik.

1580
1581 Wir werden:

- 1582 • hochschulische Laufbahnen für junge Wissenschaftler:innen ausbauen,
1583 gemeinsames Mentoring fördern,
- 1584 • Geschlechtergerechtigkeit sichern: Professuren attraktiver für Frauen
1585 gestalten, Betreuungszeiten anrechnen, verbindliche Quoten einführen,
- 1586 • Willkommenspakete (Wohnen, Dual Career, Behördenwege) einführen,
1587 • Tandem-Professuren an den Hochschulen für angewandte
1588 Wissenschaften ausbauen.

1589
1590 Gute Berufungen binden Menschen: Laufbahnen sind verlässlich, die
1591 Willkommenskette greift, Familienfreundlichkeit und starke Lehre-/Labor-
1592 Teams federn Übergänge ab. So entscheiden sich Fachkräfte für Sachsen-
1593 Anhalt – und bleiben.

1594
1595 Qualifizierungsphasen dürfen kein Hürdenlauf sein. Faire Förderhöhen,
1596 anerkannte Stipendienzeiten, klare Informationen und überbrückte Übergänge
1597 machen Laufbahnen planbar. Betreuungsvereinbarungen und Mentoring geben
1598 Sicherheit.

1599
1600 Wir wollen:

- 1601 • die Landesgraduiertenförderung stärken, die Stipendienanzahl erhöhen,
1602 Förderhöhen an Bundesstiftungen orientieren, faire
1603 Zuverdienstmöglichkeiten, Familien-/Pflegezeiten ohne Nachteile,
1604 Kranken- und Pflegeversicherungs-Zuschüsse sichern,
- 1605 • Graduiertenstipendien mit Stellen kombinieren,
1606 • Stipendienzeiten bei Einstellungen im öffentlichen Dienst als Erfahrung
1607 anerkennen,
- 1608 • Übergänge in Qualifizierungsphasen überbrücken (in Absprache mit
1609 Hochschulen/Forschungseinrichtungen),
- 1610 • Beratung und Begleitung bei der Bewerbung um externe Stipendien
1611 etablieren,
- 1612 • Promotionswege strukturieren (Betreuungsvereinbarung, Mentoring,
1613 Zugang zu Hochschuleinrichtungen),
- 1614 • Promotionsstellen an Hochschulen für angewandte Wissenschaften
1615 einrichten,

- 1616 • verlässliche Karrierewege (Tenure Track) als Regel in der Wissenschafts-
1617 karriere etablieren.

1618

1619 Perspektive statt Prekarität: Graduiertenförderung ist fair, Stipendienzeiten
1620 zählen, Übergänge werden überbrückt, Tenure Track schafft Verlässlichkeit. So
1621 werden wissenschaftliche Laufbahnen planbar.

1622

1623 **Forschung, faire Kooperationen und digitale Souveränität**

1624 Wirkungsvolle Forschung baut auf Grundfinanzierung und faire Kooperationen.

1625 Transparente Regeln und ein Projektverzeichnis schaffen Überblick. Digitale

1626 Souveränität – eigene Dienste, Landes-Cloud, Ausstiegsklauseln – vermeiden

1627 Abhängigkeiten, Open Access und offene Daten machen Wissen nutzbar.

1628

1629 Wir wollen:

- 1630 • Grundlagenforschung sichern und stärken,
- 1631 • Kooperationen gleichberechtigt und transparent gestalten (landesweites
1632 Projektverzeichnis),
- 1633 • digitale Souveränität aufbauen: Landes-Cloud, verlässliche Online-
1634 Dienste, Ausstiegsklauseln,
- 1635 • KI-Kompetenz fördern – Chancen nutzen, Grenzen klären,
- 1636 • Open Access und offene Forschungsdaten ausbauen, Sichtbarkeit für
1637 Lernende/Forschende erhöhen,
- 1638 • eine Zivilklausel im Landeshochschulgesetz verankern.

1639

1640 Souverän forschen, fair kooperieren: Grundfinanzierung trägt, Verträge sind

1641 transparent, Landes-Cloud und Open Access machen unabhängig, zivile

1642 Forschung wird gestärkt. So bleibt Wissen frei, sicher und nutzbar.

1643 Wenn Campus und Region zusammenarbeiten, wird Forschung sichtbar:

1644 Reallabore, Praxissemester und klare Ansprechstellen bringen Lösungen in

1645 Kommunen, Kliniken, Schulen und Betriebe – in Stadt und Land. Standardwege

1646 und Verträge beschleunigen die Zusammenarbeit, Wege zurück in die

1647 Wissenschaft bleiben offen.

1648

1649 Wir wollen:

- 1650 • Reallabore unterstützen und Direktverbindungen zu
1651 Kommunen/Kliniken/Schulen/Betrieben stärken – auch im ländlichen
1652 Raum,
- 1653 • Innovations-/Praxissemester fördern und Ergebnisse nutzen,
- 1654 • Wechselwege zwischen Wissenschaft und Praxis vereinfachen,
- 1655 • Matching, Standardverträge, Datenhinweise und Transfer-
1656 Ansprechstellen bereitstellen.

1657

1658 Nähe macht Wirkung: Reallabore, Praxissemester und Standardwege verbinden

1659 Campus und Region, Ansprechstellen und Verträge beschleunigen die

1660 Zusammenarbeit. So finden Lösungen den Weg in Verwaltung, Kliniken, Schulen

1661 und Betriebe.

1662

1663 **Wissenschaft und Hochschulen: Partizipativ – offen – transparent**

1664 Freie Lehre und Forschung sind die Grundlage starker Hochschulen. Gegen
1665 politischen oder finanziellen Druck braucht es Schutz – rechtlich, institutionell
1666 und kulturell. Mehr Demokratie in Gremien, klare Rechte und offene
1667 Informationen stärken Vertrauen, Qualität und Vielfalt.

1668

1669 Wir wollen:

- 1670 • die Wissenschaftsfreiheit gegen autoritäre Eingriffe/finanzielle Zwänge
1671 verteidigen, bei Einschüchterungsklagen schnell Schutz bieten,
- 1672 • ein neues Landeshochschulgesetz erarbeiten: Viertelparität (wo möglich),
1673 studentisches Prorektorat, Prorektorat der Mitarbeitenden,
1674 Inklusionsbeauftragte: mit Stimmrecht, gestärkte
1675 Gleichstellungsbeauftragte,
- 1676 • studentische Gremien stärken (Zugang zu Informationen/Ressourcen),
1677 teilverfasste Studierendenschaft und allgemeinpolitisches Mandat
1678 verteidigen.

1679

1680 Freiheit schützt Erkenntnis: Forschung und Lehre sind vor Druck gesichert,
1681 Gremien arbeiten demokratisch, alle Statusgruppen entscheiden mit,
1682 Informationen sind offen. So entstehen Vertrauen, Qualität und Vielfalt.

1683

1684 **Lehramt stark machen – Praxissemester und Schulkooperationen**

1685 Guter Unterricht beginnt in der Ausbildung: Praxissemester mit Qualität,
1686 Partnerschulnetzwerke und genügend Dozierende verbinden Studium und
1687 Schulalltag – auch im ländlichen Raum. Sprachbildung, Inklusion und digitale
1688 Werkzeuge gehören selbstverständlich dazu.

1689

1690 Wir werden:

- 1691 • Praxissemester qualitativ absichern und Ausbildung/Schulalltag
1692 verzahnen – in Uni-Städten und im ländlichen Raum,
- 1693 • die Finanzierung der Lehramtsausbildung verstetigen, um Dozierende
1694 dauerhaft einzustellen (Fachdidaktik, Bildungswissenschaften und den
1695 Wechsel zwischen Schule und Hochschule ermöglichen),
- 1696 • Kooperationen zwischen Schulen/Hochschulen stabilisieren,
1697 Partnerschulnetzwerke/Mentoring ausbauen,
- 1698 • Sprachbildung, Inklusion, digitale Werkzeuge stärken – mit einem
1699 landesweiten Qualitätsrahmen (Mentoring, Zeitfenster, Phasen-
1700 Zusammenarbeit) und jährlichen Fortschrittsberichten,
- 1701 • Quer-/Seiteneinstieg gezielt fördern und nachqualifizieren,
- 1702 • neue Modelle der Lehramtsausbildung einführen.

1703

1704 Praxis schafft Sicherheit: Praxissemester sind abgesichert, Partnerschulnetz-
1705 werke tragen, Fachdidaktik und Bildungswissenschaften sind ausgebaut. So
1706 beginnt guter Unterricht – landesweit.

1707

1708 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

1709

1710

1711 **6. Soziales (Armut, Kinder und Jugend,** 1712 **Senioren, Alleinerziehende/Familien,** 1713 **Gesundheit, Pflege, Sport)**

1714

1715 **Sozialer Frieden braucht soziale Gerechtigkeit**

1716

1717 **Sachsen-Anhalt armutsfrei**

1718 Neben einer existenzsichernden Grundsicherung ohne Sanktionen und
1719 Schikanen, einer armutsfesten Mindestrente in Höhe von 1.400 Euro sowie
1720 einer Kindergrundsicherung ohne große bürokratische Hürden müssen wir für
1721 mehr Solidarität eintreten. Und – damit verbunden – laut werden gegen
1722 Spaltung und Hetze, um ein gutes Leben für alle zu organisieren statt Reichtum
1723 für wenige zu dulden!

1724

1725 Auch wenn wir im Land die verfehlte Politik des Bundes nur abfedern können,
1726 müssen wir präventiv und langfristig Armut als Querschnittsthema angehen.
1727 Die sozialpolitischen Probleme sind gleichermaßen vielseitig und greifen
1728 ineinander, wie Armut facettenreich ist. Die Armutsquote im Land liegt über
1729 dem Bundesdurchschnitt und verschärft sich in Verbindung mit einem starken
1730 Niedriglohnsektor. Dies führt zu Wohnraumproblemen, Pflegelasten, niedrigen
1731 Löhnen, Fachkräftemangel, Diskriminierung und beschleunigt den
1732 demografischen Wandel durch Abwanderung von Nachwuchs beim
1733 Fachpersonal und jungen Familien. Damit ist Sachsen-Anhalt im bundesweiten
1734 Vergleich das Bundesland mit dem höchsten Durchschnittsalter und einem
1735 starken Bevölkerungsrückgang. All diese Probleme sind der Politik seit Jahren
1736 bekannt! Auch in den vergangenen fünf Jahren hat die Deutschlandkoalition,
1737 bestehend aus SPD, CDU und FDP, eher eine Armutsverwaltung an den Tag
1738 gelegt als Lösungen zu liefern. Die Konsequenz: eingeschränkte Teilhabe
1739 insbesondere für die jüngsten und ältesten Mitglieder unserer Gesellschaft,
1740 Druck auf soziale Sicherungssysteme und schwierige Lebenslagen besonders
1741 in ländlichen Regionen. Die damit steigende soziale Ungleichheit wird zum
1742 Risiko für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

1743 Doch statt zu helfen, verschärft die Bundespolitik aktuell die Situation weiter.
1744 Es wird behauptet, Sozialausgaben seien nicht mehr tragbar, während sich die
1745 Diäten der Abgeordneten regelmäßig erhöhen. Menschen, die staatliche
1746 Unterstützung benötigen, werden als "Sozialschmarotzer" diffamiert. Trotz der
1747 bestehenden Probleme im Lebensalltag vieler Menschen plant die aktuelle

1748 Koalition aus CDU und SPD die weitere Aushöhlung des Sozialstaats. Damit
1749 wird Armut gesetzlich verankert, und es droht die Wohnungslosigkeit für viele.
1750 Diese Politik bekämpft nicht die Armut – sie verfestigt sie!

1751

1752 **Für ein solidarisches Leben**

1753 Wir engagieren uns für den Wandel von einer Armutsverwaltung hin zu einer
1754 Armutsüberwindung. Hierfür müssen die Verhältnisse im Land, die eine soziale
1755 Ungleichheit verursachen, aufgedeckt werden. Seit Jahren gibt es kein klares
1756 Bild über die soziale Lage im Land. Armut und deren Folgen sind immer eine
1757 Frage von Einkommen und der Verteilung von Mitteln. Aus diesem Grund
1758 braucht es eine kontinuierliche und aktuelle Berichterstattung über die
1759 Armutsverhältnisse im Bundesland Sachsen-Anhalt. Seit Jahren werden in
1760 Sachsen-Anhalt mit der Gießkanne und ohne konkrete Planung Maßnahmen zur
1761 Armutsbekämpfung getroffen. Doch ob diese Maßnahmen auch ankommen und
1762 die gewünschte Wirkung im Lebensalltag der Menschen haben, ist unklar. Aus
1763 diesem Grund braucht es einen Aktionsplan, der den Rahmen für neue,
1764 innovative Ansätze der Armutsbekämpfung schafft und sich an der
1765 Lebensrealität der Menschen im Land misst. Doch langfristig müssen wir von
1766 einer Verwaltungs- und Interventionsstrategie zu einer Armutsprävention
1767 kommen.

1768

1769 Wir wollen:

- 1770 • eine Datenbank zur Einführung einer aktuellen sozialen Berichterstattung
1771 über alle Altersgruppen und Bevölkerungsschichten hinweg mit der
1772 Aufnahme von aktuellen Daten der sozialen Lage in Sachsen-Anhalt, die
1773 aufgearbeitet und bundesweit vergleichbar sind, um zielgenaue
1774 Maßnahmen sowie deren Wirkung langfristig nachzuvollziehen und
1775 abzuleiten,
- 1776 • die Erstellung und Umsetzung eines übergreifenden Landesaktionsplans
1777 zur Armutsbekämpfung, um Maßnahmen und Zielstellungen – unabhängig
1778 vom Alter, von der Herkunft und dem Geldbeutel – für den Zugang zu den
1779 Bereichen Wohnen, Gesundheit, Pflege, Bildung, Kultur, Ausbildung,
1780 Tarifbindung und Arbeitsmarkt mitzudenken,
- 1781 • eine landesweite Koordinations- und Umsetzungsstrategie zur Einführung
1782 einer integrierten kommunalen Gesamtinfrastruktur zur Verbesserung der
1783 Teilhabechancen von armutsgefährdeten Kindern, um das Aufwachsen
1784 ohne Einschränkungen in Bildung, Kultur und mit sozialer Teilhabe vor Ort
1785 zu ermöglichen.

1786

1787 Auch wenn unser Ziel ist, langfristig Armut präventiv zu überwinden, müssen
1788 wir feststellen, dass es aktuell soziale Verfehlungen gibt, die real bestehen und
1789 insbesondere das Leben der älteren Menschen im Land vehement betreffen.
1790 Seit mittlerweile Jahrzehnten kämpfen Menschen in Sachsen-Anhalt um die
1791 Anerkennung ihre Arbeits- und Lebensleistungen aus DDR-Zeit. Tagtäglich
1792 spüren zahlreiche Renter:innen im Land die verfehlte Rentenüberleitung und
1793 ihre Konsequenzen. Die Zahl an Rentner:innen, die auf staatliche Sozial-

1794 leistungen angewiesen sind, steigt. Oftmals stellt die gesetzliche Rente die
1795 einzige Einkommensquelle für Menschen im Alter dar. Aus diesem Grund ist es
1796 mehr als notwendig, die gesetzliche Höherwertung ostdeutscher Löhne
1797 beizubehalten und zu verlängern. Darüber hinaus braucht es aber eine
1798 landespolitische Strategie, um Altersarmut und ihre Folgen abzufedern.
1799 60 Prozent der Renten im Land lagen 2024 unter der bundesweiten
1800 Armutsgrenze, obwohl die Mehrheit der Rentner:innen mehr als 40 Beitrags-
1801 jahre gearbeitet haben. Insbesondere im ländlichen Raum verschärft sich die
1802 Situation für ältere Menschen durch eine mangelnde Infrastruktur, geringe
1803 Mobilität, den Rückbau von Kultur-, Bildungs- und Beratungsangeboten und
1804 den eingeschränkten Zugang zu pflegerischen oder medizinischen
1805 Versorgungsangeboten.

1806
1807 Wir wollen:

- 1808 • das Rentenniveau im Bund auf 53 Prozent anheben und eine gemeinsame
1809 gesetzliche Rentenversicherung, in die alle einzahlen müssen;
- 1810 • die Einführung eines Gerechtigkeitsfonds, der regelmäßige
1811 Ausgleichszahlungen an einen erweiterten Kreis ehemaliger DDR-
1812 Beschäftigter gewährt und die besondere Situation von in der DDR
1813 geschiedenen Frauen berücksichtigt,
- 1814 • die Umwandlung und Fortschreibung des seniorenpolitischen Programms
1815 von einem Werte- und Leitgedankenpapier zu einem verbindlichen
1816 Strategiekonzept, um jetzt die sozialen Härten und die Vereinsamung im
1817 Alter zu stoppen,
- 1818 • die Einführung von sogenannten „Bürokratie-Lotsen“, welche
1819 Rentner:innen bei der Orientierung und Beantragung von Leistungen und
1820 bei der Bewältigung der dazugehörigen Bürokratie unter Berücksich-
1821 tigung beraten und unterstützen.

1822
1823 Soziale Teilhabe muss über Generations- und Altersgrenzen hinaus möglich
1824 sein. Nicht Armut, sondern sozialer Zusammenhalt muss zur politischen Priorität
1825 werden. Ein gutes Leben für alle ist möglich, wenn wir es gemeinsam einfordern
1826 und dafür kämpfen!

1827 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

1828

1829 **Für ein familienfreundliches Sachsen-Anhalt**

1830

1831 Die Linke steht für eine moderne, zukunftsweisende und krisensichere
1832 Familienpolitik. Familie ist dort, wo Menschen füreinander soziale
1833 Verantwortung übernehmen – unabhängig von der Zusammensetzung und
1834 Konstellation der Familie. Familienpolitik muss allen Menschen ermöglichen, ein
1835 gutes und zukunftsangstfreies Leben zu führen, und das unabhängig vom
1836 Geldbeutel der Eltern. Dafür brauchen wir in der Familienpolitik den Ausbau der
1837 Infrastruktur, eine wirkungsvolle soziale Absicherung und die Verbesserung der
1838 Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

1839 **Stand der Dinge – Herausforderungen**

1840 Familien in Sachsen-Anhalt haben mit verschiedenen Hürden zu kämpfen.
1841 Regelmäßige Schul- und Betreuungsausfälle oder gar der völlige Wegfall von
1842 sozialer Infrastruktur. Vor Ort-Angebote im Bereich Sport, Kultur und Freizeit in
1843 verschiedenen Regionen gehen zurück mit spürbaren Konsequenzen im Alltag
1844 vieler Familien. Dies ist stark vom Wohnort abhängig. Hinzu kommen steigende
1845 Wohn-, Lebensmittel- und Energiepreise, die das Leben von Familien zusätzlich
1846 belasten. Insbesondere Familien mit geringem Einkommen oder auch Alleiner-
1847 ziehende und Pflegefamilien spüren die damit aufziehende soziale Kälte. Auch
1848 wenn die unterschiedlichen Alltagsbedingungen den bisherigen Landesre-
1849 gierungen bekannt waren und sie ein Bewusstsein für die verschiedenen
1850 Problemlagen hatten, konnten keine konkreten Hilfen oder Lösungen
1851 angeboten werden, um Sachsen-Anhalt familienfreundlich zu machen.
1852 Stattdessen wird auf die Zuständigkeit anderer Ebenen verwiesen, oder Eltern
1853 werden in einen Urwald quer durch bestehende Programme und Sozial-
1854 leistungen geschickt. Die Odyssee durch die Bürokratie ist mit verschiedenen
1855 Ämtergängen, langen Wegen und viel Zeit verbunden. Hinzu kommt die
1856 Antrags- und Formularschlacht, welche neben üblichen Alltagsaufgaben mit
1857 Haushalt, Arbeit und Kinderbetreuung die Familien im Land zusätzlich belasten.

1858

1859 **Familienfreundlich vom Bund ins Land**

1860 Unsere Vision eines familienfreundlichen Sachsen-Anhalts ist armutsfrei.
1861 Hierbei darf die Familienplanung nicht abhängig vom Geldbeutel und der
1862 Karriereplanung sein.

1863

1864 Wir wollen:

- 1865 • eine armutsfeste, eigenständige und sanktionsfreie Kindergrund-
1866 sicherung in Höhe von mindestens 630 Euro pro Monat für alle Kinder, die
1867 niedrigschwellig bzw. ohne hohe bürokratische Hürden beantragt werden
1868 kann,
- 1869 • eine gesetzliche Entkopplung der Beantragung des Elterngelds von der
1870 Geburtsurkunde, damit die von den Hebammen ausgestellten Geburts-
1871 bescheinigungen für die Antragsstellung herangezogen und in
1872 ausgelasteten Kommunen die Wartezeiten zur Leistungsbewilligung
1873 verkürzt werden können,
- 1874 • eine bundesrechtliche Gleichstellung von Pflegeeltern beim
1875 Bundeselterngeld,
- 1876 • eine Anpassung der Vollzeitarbeitszeitregelung zu einer 4-Tage-Woche
1877 bei gleichbleibendem Lohn zur Entlastung der Familien und zur
1878 Verhinderung von Einkommenseinbußen durch Teilzeit.

1879

1880 Unsere Vision eines familienfreundlichen Sachsen-Anhalts muss die
1881 Lebensrealitäten aller Elternteile mitdenken. Hierfür dürfen wir nicht nur über
1882 die Problemlagen der Familien im Land reden, sondern müssen mit ihnen
1883 zielgenau Lösungen erarbeiten. Eine nahbare Politik im Land hört nicht nur den

1884 Menschen im Land zu, sondern überprüft mit ihnen gemeinsam ihre
1885 Wirksamkeit.

1886

1887 Wir wollen:

- 1888 • einen Runden Tisch für Alleinerziehende, welcher es Elternteilen
- 1889 ermöglicht, politische Beschlüsse und deren Konsequenzen selbst zu
- 1890 überprüfen, um einen langfristigen Aktionsplan Alleinerziehende mit
- 1891konkreten Maßnahmen für ein familienfreundliches Sachsen-Anhalt zu
- 1892bestimmen,
- 1893 • die Einführung von sogenannten „Bürokratie-Lotsen“, welche Familien bei
- 1894der Orientierung und der Beantragung von Leistungen sowie bei der
- 1895Bewältigung der damit einhergehenden Bürokratie unter Berücksich-
- 1896tigung der spezifischen Ansprüche der jeweiligen Familien beraten und
- 1897unterstützen,
- 1898 • die Vereinheitlichung der Kataloge der einmaligen Beihilfen und der
- 1899Zuschüsse, um eine Gleichbehandlung aller Pflegefamilien im Land,
- 1900unabhängig von ihrem Wohnort, umzusetzen,
- 1901 • den Erhalt aller Kita-, Schul- und Hortstandorte im Land und eine
- 1902Anpassung der Personalschlüssel in Kitas sowie mehr Stellen für
- 1903pädagogisches Fachpersonal in Schule und Hort.

1904

1905 Wir wissen: Familien brauchen gesellschaftliche Unterstützung und soziale
1906 Sicherheit in allen Lebensbereichen. Durch den anhaltenden Sozialabbau
1907 steigen die finanziellen Belastungen der Familien. Für Kinder und sich selbst
1908 bleibt kaum Zeit. Wenn das Wir ausfällt, fällt Familie aus. Wenn Kita ausfällt, fällt
1909 Bildung aus. Wenn Menschlichkeit ausfällt, fällt Solidarität aus. Nur mit
1910 verlässlichen Strukturen, echter Teilhabe und einer Politik, die den Alltag der
1911 Menschen versteht, kann unser Land ein Ort werden, an dem Familien sicher,
1912 würdevoll und ohne Hürden leben und ihre Zukunft gestalten können.

1913 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

1914

1915 **Flächendeckende medizinische Versorgung**

1916

1917 **Stationäre Versorgung in öffentliche Hand**

1918 Wir kämpfen für eine bedarfsgerechte stationäre Versorgung.

1919

1920 Wir wollen:

- 1921 • eine Entökonomisierung: Krankenhäuser sollen nach Bedarf und Qualität
- 1922 finanziert und organisiert werden, nicht nach Fallpauschalen, Profit oder
- 1923 Kostendruck.
- 1924 • integrierte Versorgungszentren in kommunaler Trägerschaft, die
- 1925 ambulante, stationäre und Notfallleistungen aus einer Hand anbieten und
- 1926 eine bessere Anbindung an Krankenhäuser höherer Versorgungsstufen
- 1927 gewährleisten.

1928

1929 Wir setzen auf eine stabile und verlässliche Gesundheitsversorgung der
1930 Menschen.

1931

1932 **Stand der Dinge – Herausforderungen**

1933 Der andauernde Schrumpfungsprozess in der Krankenhauslandschaft ist für
1934 uns ein grundlegendes Problem. 1991 gab es im Land 72 Krankenhäuser, aktuell
1935 sind es noch 44. Die Zahl der Krankenhausbetten wurde um mehr als 11.200
1936 reduziert, gut ein Drittel.

1937 Die vom Bund gesteuerte Krankenhausreform von 2025 setzt die seit
1938 Jahrzehnten laufende Standortreduzierung im Land durch Mindest- und
1939 Qualitätsvorgaben weiter fort. Mehr als die Hälfte der Krankenhäuser im Land
1940 sind in privater Hand und werden unter Gesichtspunkten maximaler Rendite
1941 geführt. Bleibt sie aus, kommt es zu kurzfristigen Schließungen von Häusern
1942 oder Abteilungen in den Landkreisen.

1943 Der Norden des Landes hat die größten Versorgungslücken, wie bereits das
1944 Krankenhausgutachten von 2023 zeigte. Besonders fragil ist die Versorgung
1945 von Kindern und Jugendlichen, Frauen, Schwangeren, von Neu- und
1946 Frühgeborenen sowie Notfällen und in der Neurochirurgie. Die bisherigen
1947 Landesregierungen unterliefen ihre Verantwortung bei der Finanzierung der
1948 Investitionskosten, die Krankenkassen sparen bei der Finanzierung der
1949 Betriebskosten. Viele Einrichtungen kämpfen deshalb mit der Insolvenz.
1950 Darunter leiden auch die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, was weiteren
1951 Fachkräftemangel zur Folge hat. Die Patienten sind verunsichert und brauchen
1952 eine stabile Gesundheitsversorgung.

1953

1954 **Auskömmliche kommunale Gesundheitsfinanzierung**

1955 Die Finanznot von Kommunen und Landkreisen sowie die EU-Wettbewerbs-
1956 politik führen zur Zunahme von privaten Krankenhausbetreibern und unsicheren
1957 Perspektiven für eine langfristige und planbare Gesundheitsversorgung,
1958 besonders in den ländlichen Gebieten. Ameos und Helios müssen für ihre
1959 Aktionäre Gewinnausschüttungen realisieren und folgen deren Interessen. Es
1960 bedarf aus unserer Sicht der Prüfung von Rekommunalisierung der
1961 privatisierten Krankenhäuser, da wie im Falle von Halberstadt, Bernburg oder
1962 Zerbst letztlich die öffentliche Hand einspringt oder ausgleicht und die
1963 Daseinsvorsorge im Blick hat.

1964

1965 Wir engagieren uns für eine Überführung privater Krankenhäuser in die
1966 öffentliche Hand.

1967

1968 Wir wollen:

- 1969 • integrierte Versorgungszentren in kommunaler Trägerschaft, die
1970 ambulante, stationäre und Notfallleistungen aus einer Hand anbieten und
1971 eine bessere Anbindung an Krankenhäuser höherer Versorgungsstufen
1972 gewährleisten,

- 1973 • die Gründung eines Klinikverbundes zur Stabilisierung der kommunalen Krankenhäuser,
- 1974
- 1975 • eine fachliche Kooperation der Häuser und eine finanzielle Stabilisierung
- 1976 der kommunalen Träger auf dem Wege einer dauerhaften
- 1977 Landesbeteiligung.
- 1978
- 1979 Die Kooperation der kommunalen Häuser, z.B. bei Einkauf, Service sowie
- 1980 Laborleistungen, sollte gefördert werden. Dies soll im Rahmen eines Klinikver-
- 1981 bundes geschehen, der durch eine Landesbeteiligung die Kapitalbasis der
- 1982 kommunalen Krankenhausunternehmen stärkt. Als zusätzlicher Anreiz sollte
- 1983 eine teilweise Entlastung von Altschulden in Aussicht gestellt werden.
- 1984
- 1985 Diese Landesbeteiligung könnte das Klinikum Magdeburg, das Klinikum Dessau,
- 1986 das Harzklinikum Dorothea Christiane Erxleben, das Carl-von-Basedow-
- 1987 Klinikum (Saalekreis) und das Gesundheitszentrum Bitterfeld/Wolfen umfassen.
- 1988 Das Land könnte die SALUS-Kliniken in dieses Netzwerk einbringen.
- 1989
- 1990 Wir engagieren uns für einen Schutzschirm gegen Privatisierung für die
- 1991 verbliebenen kommunalen Krankenhäuser.
- 1992
- 1993 Wir wollen:
- 1994 • die Ausstattung der Verbundgesellschaft mit Eigenkapital und
- 1995 Kreditbürgschaften,
- 1996 • die Bildung einer Holding durch den Klinikverbund, welche die
- 1997 wirtschaftliche Koordinierung der einzelnen Häuser übernimmt,
- 1998 • den Verbleib der ärztlichen Leitung der Standorte sowie der
- 1999 Verwaltungsleitung auf kommunaler Ebene,
- 2000 • die wirtschaftliche Gesamtleitung und das Kreditmanagement in
- 2001 Verantwortung des Klinikverbunds,
- 2002 • dass der Klinikverbund wirtschaftlich so aufgestellt wird, dass
- 2003 perspektivisch Krankenhäuser aus dem privaten in den öffentlichen
- 2004 Bereich zurückgeholt werden können,
- 2005 • den Entzug des Versorgungsauftrags an private Betreiber, wenn sie die
- 2006 Versorgung nicht mehr sicherstellen können, und Rückführung des
- 2007 Krankenhauses in die öffentliche Hand,
- 2008 • die Ablösung der Fallpauschalen durch ein neues System der
- 2009 kostendeckenden Finanzierung,
- 2010 • eine gesetzliche, bedarfsgerechte und voll finanzierte
- 2011 Personalbemessung für alle Berufsgruppen im Krankenhaus,
- 2012 • weiterhin die selbstständige Auftragserfüllung durch die
- 2013 Universitätsklinikum als Standorte der Forschung, Lehre und Versorgung.
- 2014
- 2015 **Notaufnahmen an allen Standorten**
- 2016 Für alle Standorte (mit Ausnahme der psychiatrischen Krankenhäuser) ist eine
- 2017 Notaufnahme vorzusehen. Bei der Planung der diagnostischen Geräte

2018 (Röntgen, MRT etc.) ist auch der um den Standort anzusiedelnden ambulanten
2019 Versorgungsstruktur Rechnung zu tragen. Daneben sollen sich die Standorte, je
2020 nach ihrem Auftrag, als Basis- oder Schwerpunktversorger auf ein oder
2021 mehrere Gebiete spezialisieren und mit den jeweils anderen Standorten
2022 vernetzen.

2023

2024 Damit ist die Notfall- und Basisversorgung für jeden Standort gesichert,
2025 gleichzeitig können für anspruchsvolle Behandlungen und Operationen die
2026 erforderlichen Qualitätskriterien eingehalten werden. Mit dem Klinikverbund
2027 wollen wir zugleich dafür sorgen, dass die öffentlichen Krankenhäuser
2028 wirtschaftlich arbeiten können, ohne dabei auf Kosten der Patient:innen-
2029 versorgung und zum Nachteil der Mitarbeiter:innen zu handeln.

2030

2031 **Bessere Arbeitsbedingungen für das Personal**

2032 Betriebswirtschaftlich ist es erforderlich, Gewinne als Deckungsbeiträge zu
2033 erwirtschaften, die für bessere Löhne, eine angemessene Personalausstattung
2034 und die Bedienung von Krediten zu verwenden sind. Der Verbund kann sowohl
2035 eine öffentlich-rechtliche Körperschaft oder eine Gesellschaft des Privatrechts
2036 darstellen.

2037 Die bisherige verfehlte Sparpolitik hat die Überlastung des Personals bewusst
2038 in Kauf genommen. Wir unterstützen die Gewerkschaften im Kampf um gute
2039 und flächendeckende Tarifverträge. Es müssen alle Möglichkeiten genutzt
2040 werden, diese für allgemeinverbindlich zu erklären, um die Entlohnung und die
2041 Arbeitsbedingungen zu verbessern. Zur Aufwertung der Gesundheitsberufe
2042 gehört aus unserer Sicht auch, die Rahmenbedingungen der Pflegeausbildung
2043 zu verbessern: Flexibilisierungen des Ausbildungsbeginns, Teilzeitausbildung
2044 und vielfältigere Praxislernorte. Die Vergütung der Ausbildung und ihre
2045 perspektivische Akademisierung sollen ebenso durchgesetzt werden.

2046

2047 **Kooperative Gesundheitsversorgung sektorenübergreifend**

2048 Die künftige Krankenhausplanung muss als Steuerungsinstrument einer
2049 flächendeckenden, kooperativen Gesundheitsversorgung ausgebaut werden.
2050 Dabei ist die ambulante Versorgung sektorenübergreifend einzubeziehen, und
2051 vor allem im ländlichen Raum sind die Angebote der ambulanten und
2052 stationären Versorgung zu verknüpfen. Das Land muss seiner Verpflichtung zur
2053 Finanzierung der Krankenhausinvestitionen nachkommen.

2054

2055 Wir wollen:

- 2056 • verlässliche Gesundheitsversorgung auch in der nördlichen Peripherie,
- 2057 • eine sektorenübergreifende Versorgungsstruktur,
- 2058 • intersektorale Gesundheitszentren entwickeln,
- 2059 • einen Rettungsschirm für Krankenhäuser von 300 Mio. Euro vom Land,
2060 um die ausbleibende Investitionsförderung auszugleichen und weitere
2061 Insolvenzen und Schließungen zu verhindern,

- 2062 • mehr Studienplätze, den Numerus Clausus aufweichen und die
2063 Landeskinderrförderung ausbauen,
2064 • eine bessere Verzahnung mit und den Ausbau von ambulanter
2065 Versorgung, also patientenorientierte Medizin (viele stationäre Eingriffe
2066 sind ambulant möglich, werden dann aber nicht oder geringer vergütet),
2067 • der Investitionsverpflichtung des Landes in Krankenhäuser endlich
2068 nachkommen und weitere Insolvenzen (Lungenklinik Ballenstedt,
2069 Krankenhäuser Pfeiffersche Stiftungen) verhindern.
2070

2071

Künftige Versorgung im ländlichen Raum

2072 Erforderlich sind neue Versorgungsmodelle, die eine sektorenübergreifende
2073 Versorgung, also eine Verzahnung des stationären mit dem ambulanten Sektor,
2074 zulassen. Dafür ist es erforderlich, die bisher rein stationären Einrichtungen zu
2075 ambulant-stationären Zentren bzw. perspektivisch in intersektorale
2076 Gesundheitszentren umzuwandeln. Dabei ist das Ziel, die vorhandenen
2077 stationären Einrichtungen künftig auch für mögliche wegbrechende ambulante
2078 Versorgungsbedarfe nutzbar zu machen. Die ambulant-stationären Zentren
2079 (ASZ) können dann auch in eine neue Beteiligungsstruktur überführt werden.
2080 Dabei ist sicherzustellen, dass sowohl das Land als auch die Kreise, Städte und
2081 Gemeinden die Möglichkeit haben, Anteilseigner der ASZ zu werden. Damit
2082 entwickeln sich die Akutkrankenhäuser zu regionalen Gesundheitszentren. Jede
2083 Bürgerin und jeder Bürger weiß, wohin sie/er sich im Krankheitsfall -
2084 unabhängig von Notdienstsprechstunden - wenden kann. In diese Planungen
2085 kann auch die zahnmedizinische Versorgung einbezogen werden. Ebenso ist es
2086 notwendig, die vorhandenen Einrichtungen der ambulanten und stationären
2087 Pflege in der Region mit einzubeziehen, um eine allumfassende Versorgung der
2088 Bevölkerung zu erreichen.
2089

2090

Wir engagieren uns für eine Verzahnung von ambulanter Gesundheits-
2091 versorgung mit Pflegeeinrichtungen.
2092

2093

Wir wollen:

2094

- dass die notwendigen Betriebskosten der Krankenhäuser von den
2095 Krankenkassen vollständig finanziert werden,
2096 • die Fallpauschalen vollständig abschaffen, um Gewinne und Verluste
2097 weitgehend unmöglich zu machen,
2098 • dass private Konzerne zwar weiterhin Krankenhäuser betreiben dürfen,
2099 aber ohne Gewinnmöglichkeit werden sie daran kein Interesse haben,
2100 • dass Krankenhäuser, die von privaten Betreibern aufgegeben werden, in
2101 die öffentliche Hand überführt werden und zu diesem Zweck Kommunen
2102 und Länder auf einen sogenannten Re-Kommunalisierungsfonds
2103 zugreifen können,
2104 • eine Strukturreform, die ambulante und stationäre Versorgung nicht mehr
2105 getrennt plant, sondern gemeinsam und sektorenübergreifend
2106 strukturiert,

- 2107 • die Versorgung der Menschen in Genthin und Havelberg über
- 2108 Medizinische Versorgungszentren (MVZ) absichern,
- 2109 • verbesserte Arbeitsbedingungen mit mehr Personal, verlässlichen
- 2110 Dienstplänen, besseren Schichtzulagen und guten Personalschlüsseln für
- 2111 das Krankenhauspersonal, um die Versorgung und die
- 2112 Arbeitsbedingungen zu verbessern,
- 2113 • statt Fallpauschalen, DRG, eine Selbstkostendeckung, Kliniken sollen die
- 2114 tatsächlich entstandenen Kosten ohne die Möglichkeit, Gewinne zu
- 2115 erzielen oder Defizite zu erleiden, ersetzt bekommen,
- 2116 • eine Investitionsfinanzierung (Der Bund soll die Länder bei Investitionen
- 2117 unterstützen, etwa durch eine jährliche Pauschale von bis zu 2,5
- 2118 Milliarden Euro, um Neuanschaffungen, Umbauten und Modernisierungen
- 2119 zu finanzieren),
- 2120 • dass zentrale Versorgungszentren und Krankenhäuser aus öffentlicher
- 2121 Hand nach Bedarf und Qualität und nicht nach Marktmechanismen
- 2122 bezahlt werden,
- 2123 • dass Personalkosten nur bei Beschäftigung nach Tarifvertrag im eigenen
- 2124 Haus finanziert werden, um Outsourcing zu verhindern,
- 2125 • Krankenhäuser in öffentlicher (und gemeinnütziger) Hand, damit
- 2126 Konzerne wie AMEOS im Salzlandkreis nicht nach Umsatz
- 2127 kostenintensive Abteilungen (Notfallmedizin, Chirurgie, Geburtshilfe und
- 2128 Kindermedizin) schließen und Krankenhausplanung und Versorgung ad
- 2129 absurdum führen.

2130

2131 **Ambulante Versorgung im gesamten Land gewährleisten**

2132 Termine beim Facharzt zu bekommen, gestaltet sich zunehmend schwieriger.
 2133 Arztpraxen sind besonders auf dem Land oft schlecht ohne Auto erreichbar und
 2134 selten barrierefrei. Die Terminvereinbarung ist kompliziert, und die Wartezeit
 2135 hängt vom Versichertenstatus ab. Die Linke tritt für eine gute,
 2136 flächendeckende, barrierefreie und bedarfsdeckende gesundheitliche
 2137 Versorgung in Stadt und Land ein. Wir wollen kommunale Versorgungszentren
 2138 als Rückgrat der wohnortnahen Gesundheitsversorgung fördern. Sie sollen
 2139 zentrale Anlaufstelle für Patient:innen sein und die ambulante Versorgung mit
 2140 akutstationären, notfallmedizinischen, psychotherapeutischen, (gemeinde-)
 2141 pflegerischen und weiteren therapeutischen Behandlungen verbinden.

2142

2143 In vielen Regionen und Stadtteilen gibt es kaum noch niedergelassene
 2144 Ärzt:innen, während sich die Angebote in innenstadtnahen und wohlhabenden
 2145 Wohnlagen ballen. Niedergelassene Ärzt:innen haben auch durch die Zwei-
 2146 Klassen-Medizin das strukturelle Interesse, Praxen in bessere Wohngegenden
 2147 zu verlagern. Die Versorgungsbezirke müssen kleiner bemessen und von
 2148 Ländern und Kommunen bestimmt werden.

2149

2150 Was wir wollen:

- 2151 • Apotheker:innen, Pflegekräfte, Therapeut:innen, Hebammen,
- 2152 medizinische Fachangestellte und Notfallsanitäter:innen bringen ihre

- 2153 speziellen Kompetenzen mit und sind für eine gute Versorgung
2154 unentbehrlich. Sie sollen stärker eigenverantwortlich behandeln und
2155 beraten können. Wir wollen die Befugnisse der Heilberufe ausweiten und
2156 eine flächendeckende Versorgung gewährleisten.
- 2157 • Wir sichern Notfall- und Basisversorgung für alle Menschen in und um
2158 Havelberg, Genthin und für Kinder in und um Gardelegen.
 - 2159 • Wir führen eine Landes-Kinderarztquote ein.
 - 2160 • Wir verhindern zahnärztliche und kieferorthopädische Unterversorgung –
2161 führen eine Landeszahnarztquote ein und entwickeln mehr
2162 Weiterbildungsangebote.
 - 2163 • Wir verhindern, dass private Kapitalgesellschaften (insbesondere Private-
2164 Equity-Unternehmen) in großem Stil in Pflegeeinrichtungen und
2165 medizinische Versorgungszentren (MVZ) investieren, sie auf Profite
2166 trimmen und teuer weiterverkaufen.
 - 2167 • Wir unterstützen inhaberbetriebene MVZ, statt Konzernen und Investoren
2168 den Vortritt zu lassen und Zweigniederlassungen auszubauen.
 - 2169 • Wir wollen gefährliche Lücken bei Datenschutz und Datensicherheit in
2170 der elektronischen Patientenakte schließen. Sie soll ausschließlich der
2171 Verbesserung der Behandlung dienen.
 - 2172 • Wir wollen die öffentliche Förderung von Open-Source-Anwendungen.
2173 Für digitale Gesundheitsanwendungen brauchen wir wissenschaftliche
2174 Bewertungsverfahren.
 - 2175 • Wir wollen den Einsatz von Medimobil und Telemedizin für ambulante
2176 medizinische Versorgung auf dem Land.
 - 2177 • Wir wirken dem Fachärztemangel durch weitere Landarztquoten, wie
2178 bspw. für Kinder- und Zahnärzte, entgegen.
 - 2179 • Wir bauen Haltefaktoren und Unterstützung für Landeskinder aus.

2180
2181 Wir engagieren uns für eine wohnortnahe, kostenlose Gesundheitsversorgung.
2182 Dafür muss der Bund sektorenübergreifende Behandlung und regionale
2183 Grundversorgung verlässlich und ausreichend finanzieren und sektorenüber-
2184 greifendes Arbeiten in öffentlicher oder gemeinnütziger Hand gesetzlich
2185 möglich machen.

2186 **Wir sind der Pol der Hoffnung**

2187

2188 **Ein würdevolles Leben im Alter**

2189

2190 Sachsen-Anhalt gehört zu den Bundesländern mit einer besonders hohen
2191 Anzahl älterer Menschen. Ein Blick auf die demografische Entwicklung zeigt,
2192 dass die Bevölkerung hier stark altert. Aktuellen Statistiken zufolge sind rund
2193 28,6 Prozent der Einwohner:innen über 65 Jahre alt, was über dem
2194 Bundesdurchschnitt liegt. Dies hat weitreichende Konsequenzen für die
2195 Gesellschaft, das Gesundheitswesen und die Infrastruktur.

2196

2197 Um auf die Bedürfnisse der älteren Bevölkerung einzugehen, haben viele
2198 Kommunen in Sachsen-Anhalt Initiativen ins Leben gerufen. Dazu gehören
2199 senior:innengerechte Wohnprojekte, Freizeitangebote, aber auch Informations-
2200 veranstaltungen zu Themen wie Gesundheit und Prävention.

2201

2202 Leider fehlt es in den meisten Regionen an einer verlässlichen Finanzierung
2203 dieser Projekte, so dass sie nicht dauerhaft eingesetzt werden können.

2204

2205 Eine weitere Herausforderung besteht in der digitalen Kluft. Viele Senior:innen
2206 haben Schwierigkeiten, neue Technologien zu nutzen, was ihre Teilhabe am
2207 gesellschaftlichen Leben beeinträchtigt.

2208 Wir wollen das ändern!

2209

2210 **Wohnen**

2211 Senior:innen benötigen oft mehr Unterstützung und barrierefreie Lebensräume,
2212 um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Eine zentrale Maßnahme ist
2213 die Verbesserung der Wohnbedingungen durch angepasste Wohnungen und
2214 Förderprogramme.

2215

2216 Wir wollen:

- 2217 • Förderung des altersgerechten Umbaus von Wohnungen,
- 2218 • Vereinfachung von Wohngeldanträgen,
- 2219 • Wohnungstausch (aktuelle Wohnungen gegen kleinere, barrierefreie
2220 Modelle tauschen),
- 2221 • Förderung betreuter Wohnformen im ländlichen Raum.

2222

2223 **ÖPNV**

2224 In Sachsen-Anhalt spielt der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) eine
2225 entscheidende Rolle für die Mobilität von Senior:innen. Viele ältere Menschen
2226 sind auf Busse und Bahnen angewiesen, um zu Ärzt:innen, Geschäften oder
2227 kulturellen Veranstaltungen zu gelangen.

2228

2229 Wir wollen:

- 2230 • Ausbau und Anpassung des öffentlichen Nahverkehrs,
- 2231 • barrierefreie Haltestellen und Fahrzeuge,
- 2232 • Einführung von „Senioren-Tickets“ oder ermäßigten Tarifen für ältere
2233 Menschen,
- 2234 • Ausbau Rufbusse im ländlichen Raum (Erweiterung des Modells
2235 „harzbewegt- Taxi“ auf andere Landkreise).

2236

2237 **Soziale Isolation**

2238 Soziale Isolation ist ein ernstzunehmendes Problem, das viele Senioren:innen
2239 betrifft. Im Alter ziehen sich viele Menschen aus verschiedenen Gründen
2240 zurück. Oft sind es der Verlust von Angehörigen, das Nachlassen körperlicher
2241 Fähigkeiten oder auch der Umzug in eine Pflegeeinrichtung, der die sozialen

2242 Kontakte stark einschränkt. Die Folgen dieser Isolation können gravierend sein:
2243 Einsamkeit, Depressionen und gesundheitliche Probleme sind häufige Begleiter.
2244 Zudem kann die mangelnde soziale Interaktion negative Auswirkungen auf die
2245 kognitive Gesundheit haben.

2246

2247 Wir wollen:

- 2248 • eine Informationskampagne über Unterstützungsangebote entwickeln,
- 2249 • den Ausbau lokaler Treffpunkte, Freizeitangebote und Hilfsdienste,
- 2250 • die Förderung und Erweiterung von Begegnungsstätten (barrierefrei) und
2251 offener Treff's,
- 2252 • die Unterstützung der Modelle Nachbarschaftshilfe und Senior:innen-
2253 assistenz mit Beratungsangeboten,
- 2254 • Patenschaften für Alleinstehende fördern.

2255

2256 **Digitalisierung**

2257 In der heutigen, zunehmend digitalen Welt stehen viele Senior:innen vor der
2258 Herausforderung, mit den technischen Entwicklungen Schritt zu halten. Die
2259 Digitalisierung bietet zahlreiche Vorteile, von der Kommunikation über soziale
2260 Medien bis hin zu Online-Banking und Telemedizin. Doch oft fühlen sich ältere
2261 Menschen von dieser rasanten Veränderung ausgeschlossen.

2262

2263 Wir wollen:

- 2264 • Förderprogramme und Initiativen, um den Zugang zu kostenloser
2265 Hardware und Internetdiensten für sozial benachteiligte Senior:innen zu
2266 gewährleisten,
- 2267 • Erweiterung von Schulungsangeboten im Umgang mit modernen
2268 Technologien,
- 2269 • Aufbau „digitaler Nachbarschaften“ (junge Leute oder Ehrenamtliche
2270 unterstützen Senior:innen)
- 2271 • begleitete Nutzung von Geräten: Bereitstellung von Tablets oder
2272 Computern, die leicht zu bedienen sind.

2273

2274 Nur wenn wir alle an einem Strang ziehen, können wir dafür sorgen, dass
2275 Senior:innen aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und ihre Stimmen
2276 Gehör finden. Es liegt in unserer Verantwortung, eine inklusive Zukunft zu
2277 gestalten.

2278 **Wir sind der Pol der Hoffnung!**

2279

2280 **Kinder- und Jugendarmut bekämpfen**

2281

2282 Wir wollen, dass Teilhabe Alltag wird: Hilfe, die antwortet; Wege, die kurz sind;
2283 Kosten, die niemanden ausschließen. Kinderrechte gelten im Leben, nicht nur
2284 auf Papier. Wir denken Politik vom Familienalltag her: verständlich, verlässlich,
2285 statusunabhängig und migrationssensibel – im Dorf wie im Stadtteil. So entsteht

2286 die Ruhe, die Lernen und Mitmachen brauchen, und die Zuversicht, die ein Land
2287 stark macht.

2288

2289 **Gesundheit und Schutz zuerst**

2290 Hilfe muss früh ankommen und verlässlich sein: eine gut erreichbare erste
2291 Anlaufstelle, klare Fristen und saubere Übergaben zwischen Jugendhilfe,
2292 Öffentlichem Gesundheitsdienst (ÖGD), Schule und – wenn nötig – Gericht.
2293 Frühe Hilfen und Lotsen in die psychische Versorgung fangen auf, bevor Krisen
2294 groß werden; multiprofessionelle Teams in Kita und Schule geben Stabilität.
2295 Entscheidungen sind kindgerecht, verständlich und überprüfbar; bei häuslicher
2296 Gewalt gilt Schutz zuerst, Umgang wird so geregelt, dass Kinder sich sicher
2297 fühlen. Zugänge sind niedrigschwellig, traumainformiert und mehrsprachig –
2298 auch für neu zugewanderte Familien und in Unterkünften.

2299

2300 Wir wollen:

- 2301 • Erstkontakt und Rückmeldung sichern – eine erreichbare erste Anlauf-
2302 stelle (Telefon, online, vor Ort) mit klaren Fristen,
- 2303 • die Übergaben verbindlich regeln – zwischen Jugendhilfe, ÖGD, Schule
2304 und, wo nötig, Familiengericht,
- 2305 • ÖGD zum Präventionsknoten machen – Lotsenstellen in die psychische
2306 Versorgung, frühe Hilfen inkl. Familienhebammen landesweit stärken,
- 2307 • kindgerechte Verfahren verankern – Kinder werden gehört, Beschlüsse
2308 verständlich erklärt, Fristen eingehalten,
- 2309 • Kinderschutz konsequent machen – bei häuslicher Gewalt gilt Schutz zu-
2310 erst, Umgang wird sicher geregelt, bei Bedarf begleitet,
- 2311 • multiprofessionelle Teams in Kita und Schule als Schutzanker stabil
2312 einsetzen,
- 2313 • erst die Behandlung, dann die Fragen sicherstellen – Versorgung von Kin-
2314 dern/Jugendlichen auch ohne Krankenversicherung, Kostenübernahme
2315 klären,
- 2316 • in Vereinen/Jugendzentren eine verbindliche Vertrauensperson als nied-
2317 rigschwellige Ansprechstelle etablieren,
- 2318 • Zugänge ohne Hürden garantieren – in einfacher Sprache, traumainfor-
2319 miert und mehrsprachig, statusunabhängig, auch in Unterkünften.

2320

2321 Ein Land, in dem Hilfe antwortet, bevor es brennt: Kinder sind sicher, Eltern
2322 schlafen ruhiger, weil eine Nummer, ein Mensch, ein Weg trägt. Entscheidungen
2323 sind kindgerecht und verständlich – auch für neu zugewanderte Familien. So
2324 wird aus Angst wieder Alltag.

2325

2326 **Kinderrechte und Beteiligung verbindlich**

2327 Kinderrechte wirken, wenn Beteiligung Standards hat und Antworten kommen.
2328 Vor wichtigen Vorhaben zeigen kurze, verständliche Folgenprüfungen, was
2329 Entscheidungen für Kinder bedeuten. Unabhängige Beschwerdewege sind
2330 sichtbar – telefonisch, online, vor Ort und auch in Unterkünften.

2331 Jugendparlamente mit Antrags-, Rede- und Budgetrechten sowie Heimräte
2332 geben Mitsprache dort, wo sie gebraucht wird; Politik ist jugendgerecht digital
2333 erreichbar. Informationen sind klar und inklusiv, Verfahren statusunabhängig.
2334

2335 Wir wollen:

- 2336 • landesweite Mindeststandards für Beteiligung festlegen – mit verbindli-
2337 chen Rückmeldefristen, öffentlich nachlesbar,
- 2338 • kurze, verständliche Kinder-Folgenprüfungen vor wichtigen Beschlüssen
2339 von Land/Kommunen veröffentlichen,
- 2340 • unabhängige Beschwerdewege (Telefon, online, vor Ort) sichtbar ma-
2341 chen – mit klaren Fristen, auch in Unterkünften,
- 2342 • Jugendparlamente stärken – Antrags-, Rede- und Budgetrechte; Heim-
2343 räte bis hin zum Landesheimrat,
- 2344 • jugendgerechte digitale Erreichbarkeit sichern – Informationen einfach
2345 und mehrsprachig,
- 2346 • Statusunabhängigkeit in allen Verfahren garantieren.

2347

2348 Kinderstimmen zählen sichtbar: Entscheidungen erklären sich, Rückmeldungen
2349 kommen, Beschwerde ist möglich ohne Hürde. Politik findet auf Augenhöhe
2350 statt – einfach, nachvollziehbar, zeitnah. So wächst Vertrauen und Beteiligung
2351 verändert die Dinge.

2352

2353 **Freiräume sichern und erweitern**

2354 Offene Orte geben Halt und Zugehörigkeit: Jugendclub, Sport, Musik, Bibliothek
2355 – verlässlich geöffnet, mit stabilen Teams und ohne Antragsstress. Wo Raum
2356 fehlt, wird Leerstand zum Freiraum, gemeinsam mit Jugendlichen gestaltet;
2357 Schule, Vereine und Kultur ziehen an einem Strang. Schullandheime und
2358 Ferienangebote gehören dazu, unabhängig vom Geldbeutel; wo Wohnen
2359 brüchig ist, halten Übergangswohnen und Beratung den Anschluss an Schule
2360 und Ausbildung. Zugänge sind einfach und mehrsprachig – auch für Kinder und
2361 Jugendliche in Unterkünften.

2362

2363 Wir wollen:

- 2364 • verlässliche Öffnungszeiten (auch abends und in den Ferien), stabile
2365 Teams und sichere Räume gewährleisten – ohne Antragsstress,
- 2366 • Kooperationen mit Schule, Vereinen und Kultur verbindlich vereinbaren
2367 und sichtbar leben,
- 2368 • Leerstand zu Freiräumen machen – mit Jugendlichen gestalten und nut-
2369 zen, auch in engen Quartieren,
- 2370 • Schullandheime und Ferien als feste Säule sichern – Teilnahme unabhän-
2371 gig vom Geldbeutel,
- 2372 • Übergangswohnen und Beratung bereitstellen, wo Wohnen brüchig ist –
2373 Anschluss an Schule/Ausbildung halten,
- 2374 • Kinder- und Jugendring sowie Jugendverbände finanziell stärken, damit
2375 Angebote verlässlich sind,

- 2376 • Zugang ohne Nachweispflichten (keine ID-Pflicht) ermöglichen – Teil-
2377 nahme an offenen Angeboten ohne formale Kriterien; Bürokratie für Fami-
2378 lien senken,
2379 • Zugänge einfach, mehrsprachig, statusunabhängig machen – auch für
2380 Kinder/Jugendliche in Unterkünften.

2381

2382 In jedem Viertel geht eine Tür auf: Orte, an denen man gern bleibt, Teams, die
2383 verlässlich sind, Teilhabe ohne Nachweise. Ferien und Schullandheime enden
2384 nicht am Geldbeutel. So entsteht Zugehörigkeit – und aus Mitmachen wird
2385 Dabeibleiben.

2386

2387 **Materielle und digitale Teilhabe – mit Kindergrundsicherung und**

2388 **Landeshebel**

2389 Teilhabe gelingt, wenn Kosten nicht trennen und Digitales keine neue Grenze
2390 bildet. Darum wird Grundausstattung zur Regel: Mittagessen, Beiträge, Fahrten,
2391 Materialien – und die digitale Basis aus geeignetem Gerät, verlässlicher
2392 Verbindung und Begleitung. Bibliotheken sind der kostenfreie Basiszugang;
2393 beim Schulesen gelten nachvollziehbare Qualitätsstandards. Zugänge sind
2394 einfach, ohne Stigma und statusunabhängig – auch für Kinder nach dem
2395 Asylbewerberleistungsgesetz. Gleichzeitig dringen wir im Bund auf eine
2396 armutsfeste, sanktionsfreie, einfache Kindergrundsicherung. Bis sie wirkt,
2397 schließt der Landes-Kinderteilhabe-Ausgleich die Lücke zur fachlich
2398 empfohlenen Bedarfsschwelle – nicht anrechenbar und degressiv, sobald die
2399 Bundeslösung greift.

2400

2401 Wir wollen:

- 2402 • Grundausstattung zur Regel machen – Mittagessen, Beiträge, Fahrten,
2403 Materialien unbürokratisch sichern.
2404 • die digitale Basis gewährleisten – Gerät, verlässlichen Internetzugang und
2405 Begleitung im sicheren, klugen Umgang,
2406 • Bibliotheken als kostenfreien Basiszugang für Lesen, Lernen, Digitales
2407 verankern,
2408 • einen Qualitätsrahmen Schulesen einführen und sichtbar überprüfen,
2409 • im Bund eine Kindergrundsicherung voranbringen – armutsfest, sankti-
2410 onsfrei, einfach, statusunabhängig, ohne Anrechnung, einschließlich Kin-
2411 der nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Zugang niedrigschwellig,
2412 ohne Stigma,
2413 • den Kinderteilhabe-Ausgleich als Landeshebel einführen – Lücke zur Be-
2414 darfsschwelle schließen, nicht anrechenbar, einschließlich Kinder nach
2415 dem Asylbewerberleistungsgesetz, degressiv mit Einführung der Bundes-
2416 KGS.

2417

2418 Kosten trennen nicht mehr: Grundausstattung kommt an, Digitales ist
2419 selbstverständlich, ohne Stigma. Heute entlasten wir automatisch, morgen legt
2420 die Kindergrundsicherung das Fundament – und bis dahin schließt das Land die
2421 Lücke, für alle Kinder, auch in Unterkünften.

2422 **Wege und Nähe – mobil und sicher erreichbar**

2423 Wer mitmachen soll, muss gut hinkommen: Jugendorte in 15 Minuten
2424 erreichbar, Bus und Bahn passend zu Schule, Ausbildung und Freizeit – auch
2425 abends und am Wochenende. Sichere Rad- und Schulwege mit durchgehenden,
2426 geschützten Routen, guten Querungen, Beleuchtung, Winterdienst sowie
2427 Abstellplätzen schaffen Selbstständigkeit. Mobilität bleibt bezahlbar – mit dem
2428 Ziel eines günstigen Jugendtickets bzw. Nulltarifs. Unterkünfte am Rand
2429 werden mitgedacht, Informationen sind leicht zu finden und mehrsprachig.

2430

2431 Wir wollen:

- 2432 • Nähe sichern – in jedem Ortsteil mindestens einen Jugendort in ca. 15 Mi-
2433 nuten erreichbar, wo das fehlt: mobiles Angebot vor Ort,
- 2434 • verlässliche Verbindungen schaffen – Bus/Bahn auf Stundenplan und
2435 Vereinszeiten abstimmen, auch abends und am Wochenende, Schul-/
2436 Praktikumswege ohne Auto ermöglichen,
- 2437 • Bezahlbarkeit garantieren – dauerhaft günstige Jugendmobilität bis hin
2438 zum Jugendticket bzw. Nulltarif als Ziel,
- 2439 • sichere Radwege für Kinder und Jugendliche ausbauen – durchgehende,
2440 geschützte Routen, gut sichtbare Querungen, Beleuchtung/Winterdienst,
2441 Abstellanlagen an Schule/Jugendort und Haltestelle,
- 2442 • sichere Schulwege stärken – Tempo 30, gut markierte Querungen, weni-
2443 ger Elterntaxis, mehr Selbstständigkeit,
- 2444 • Unterkünfte mitdenken – Haltepunkte/Infos/Zeiten so legen, dass Kinder
2445 in Unterkünften ihre Ziele genauso gut erreichen, Hinweise mehrsprachig.

2446

2447 Teilnahme ist der kürzeste Weg: Jugendorte in 15 Minuten, sichere Rad- und
2448 Schulwege, bezahlbare Tickets. Distanzen schrumpfen, Möglichkeiten wachsen
2449 – auch am Rand und in Unterkünften. So wird Mitmachen zur einfachsten
2450 Option.

2451

2452 **Transparenz, Präventionsketten und Kinderrechts-Budget**

2453 Gute Politik zeigt, was wirkt, und steuert nach. Ein jährliches Teilhabe-Bild
2454 macht Angebote, Reichweiten, Lücken, Wegezeiten und Sprachzugänge
2455 sichtbar – ohne zu stigmatisieren, mit besonderem Blick auf Kinder in
2456 Unterkünften. Präventionsketten regeln Zuständigkeiten, Fristen und
2457 Ansprechstellen, damit Hilfe nicht im Kreis läuft. Mittel folgen Bedarf und
2458 Erreichbarkeit. Ein Kinderrechts-Budget macht im Haushalt erkennbar, wo
2459 Gelder Teilhabe verbessern. Wo Orte fehlen, sorgt ein Investitionspfad für
2460 Klarheit: benennen, finanzieren, terminieren – mit Tarifbindung für stabile
2461 Teams.

2462

2463 Wir wollen:

- 2464 • ein jährliches Teilhabe-Bild in jeder Kommune/jedem Landkreis veröffent-
2465 lichen – einfach und öffentlich (Angebote, Reichweite, Lücken, Wirkung,

- 2466 Wegezeiten, Kostenhürden, Sprachzugang, Erreichbarkeit von Unter-
 2467 künften),
- 2468 • Präventionsketten verbindlich machen – Zuständigkeiten, Fristen, feste
 - 2469 Ansprechstellen, spürbar weniger Hin-und-Her.
 - 2470 • Mittel nach Bedarf verteilen – nach sozialer Lage und Erreichbarkeit, jähr-
 - 2471 liche Nachsteuerung begründen,
 - 2472 • ein Kinderrechts-Budget im Haushalt kennzeichnen – nachvollziehbar,
 - 2473 welche Mittel Teilhabe verbessern,
 - 2474 • einen Investitionspfad festlegen – fehlende Orte (z.B. Jugendclub, Ju-
 - 2475 gendbildungsstätte) benennen, finanzieren, terminieren – mit Zeitleiste je
 - 2476 Region,
 - 2477 • Gute Arbeit sichern – Tarifbindung in geförderten Angeboten, stabile
 - 2478 Teams,
 - 2479 • Lücken schließen – Nichtinanspruchnahme erheben/abbauen, Wegezei-
 - 2480 ten messen/verkürzen,
 - 2481 • migrationssensibel und ohne Stigma auswerten – Kinder in Unterkünften
 - 2482 ausdrücklich erfassen, ohne zu stigmatisieren.

2483

2484 Klarheit schafft Vertrauen: Jährlich wird sichtbar, was wirkt und wo
 2485 nachzulegen ist, Mittel fließen dorthin, wo sie am meisten helfen. Lücken
 2486 schließen wir Schritt für Schritt, ohne Stigma – nachvollziehbar und gerecht.

2487

2488 **Für ein attraktives und aktives Sportland Sachsen-An-** 2489 **halt**

2490

2491 Sport ist mehr als Freizeitbeschäftigung. Er stärkt Gesundheit, Zusammenhalt
 2492 und Demokratie, verbindet Stadt und Land und schafft Begegnungsorte für
 2493 Menschen aller Generationen. Schon fast ein Fünftel der Bevölkerung des
 2494 Landes treibt in einem der mehr als 3.000 Vereinen unter dem Dach des
 2495 Landesportbundes regelmäßig Sport. Dieser Anteil soll möglichst weiter
 2496 steigen. Deshalb wollen wir gemeinsam mit dem Landessportbund und den
 2497 Sportvereinen die Möglichkeiten, aktiv Sport zu treiben, weiter verbessern und
 2498 erweitern – vor allem auch in den ländlichen Regionen.

2499

2500 **Stand der Dinge – Herausforderungen**

2501 Viele Sportstätten in Sachsen-Anhalt sind in die Jahre gekommen. Allein der
 2502 Investitionsstau bei Hallen- und Freibädern beläuft sich auf fast 300 Millionen
 2503 Euro. Wenn Land und Kommunen nicht handeln, drohen hier weitere
 2504 Schließungen. Für Kinder und Jugendliche im ländlichen Raum bedeutet das
 2505 schon heute: lange Anfahrten von bis zu einer Stunde, um überhaupt am
 2506 Schwimmunterricht teilnehmen zu können. Fachverbände weisen darauf hin,
 2507 dass die Schwimmfähigkeit von Grundschulkindern in den letzten Jahren stark
 2508 gesunken ist. Derzeit kann jedes dritte Kind am Ende der Grundschule noch
 2509 nicht sicher schwimmen und auch Versuche, über Schwimmgutscheine
 2510 Versäumnisse nachzuholen, hatten geringen Erfolg.

2511 Auch bei der Förderung des Vereinssportstättenbaus werden die Lücken
2512 spürbar: Zuletzt konnte nur etwa ein Drittel der von den Sportvereinen
2513 beantragten Förderung für Bau- und Sanierungsprojekte bewilligt werden, weil
2514 die Mittel im Landeshaushalt gekürzt wurden. Viele dringend notwendige
2515 Maßnahmen bleiben so auf der Strecke.

2516
2517 Ohne das Engagement von Zehntausenden Ehrenamtlichen – ob als Trainer:in,
2518 Schiedsrichter:in, im Vorstand oder als Betreuer:in – wäre Breiten-,
2519 Behinderten- und Leistungssport nicht denkbar. Doch der Druck auf das
2520 Ehrenamt wächst – durch Bürokratie, fehlende Förderung und immer
2521 schwierigere Rahmenbedingungen.

2522
2523 Außerdem zeigen bundesweite Studien, dass trotz der vielfältigen und breiten
2524 Angebote des Vereinssports Kinder aus einkommensschwachen Familien diese
2525 Möglichkeiten deutlich seltener nutzen als Kinder aus wohlhabenderen
2526 Haushalten.

2527
2528 Unsere Antwort lautet: Sport als öffentliche Aufgabe begreifen, Zugänge
2529 erleichtern und diejenigen stärken, die Sport vor Ort möglich machen.

2530

2531 **Unsere Ziele für das Sportland Sachsen-Anhalt**

2532 Wir wollen, dass alle Menschen in Sachsen-Anhalt Zugang zu Sport, Bewegung
2533 und Schwimmen haben. Wir stehen für eine Sportpolitik, die soziale
2534 Gerechtigkeit, Gesundheit und Daseinsvorsorge zusammendenkt.

2535

2536 Wir wollen:

- 2537 • **Schwimmen lernen für alle Kinder sicherstellen**

2538 Kein Kind soll die Grundschule verlassen, ohne sicher schwimmen zu
2539 können. Dafür wollen wir wohnortnahe Schwimmangebote mit ausrei-
2540 chenden Kapazitäten sicherstellen und auch das Angebot von Schwimm-
2541 gutscheinen neu konzipieren.

- 2542 • **Schwimmbäder und Sportstätten sanieren und erhalten**

2543 Der hohe Sanierungsstau bei Schwimm- und Sportstätten muss abgebaut
2544 werden. Wir setzen uns für langfristige Investitionsprogramme ein, durch
2545 die Kommunen bei der Sanierung und Modernisierung von Bädern, Turn-
2546 hallen und Sportanlagen verlässlich unterstützt werden.

- 2547 • **Vereinssportstättenbau verlässlich finanzieren**

2548 Wir wollen die Förderung des Vereinssportstättenbaus so ausstatten,
2549 dass notwendige Sanierungen und Neubauten tatsächlich umgesetzt
2550 werden können. Förderprogramme müssen planbar, unbürokratisch und
2551 auch auf kleine und mittlere Vereine zugeschnitten sein.

- 2552 • **Soziale Barrieren abbauen – Sport darf keine Geldfrage sein**

2553 Für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien wollen
2554 wir dafür sorgen, dass die Aufwendungen für Beiträge, Ausrüstung und
2555 Fahrkosten kein Hinderungsgrund für sportliche Betätigung sind. Dafür

2556 setzen wir auf Zuschüsse für Mitgliedsbeiträge, auf die bessere Verzah-
2557 nung von Bildungs- und Teilhabeleistungen mit dem Vereinssport und auf
2558 die Unterstützung der Kooperationen von Schulen, Kitas und Vereinen.
2559 Außerdem sollen erfolgreiche Projekte, wie z.B. die Talentsichtung und
2560 -förderung, fortgeführt werden.

2561 • **Ehrenamt im Sport wirksam stärken**

2562 Gemeinsam mit dem Landessportbund wollen wir die Förderung des Eh-
2563 renamtes weiterentwickeln, u.a. durch mehr Anerkennung, eine landes-
2564 weite Ehrenamtskarte, die Sicherung der Freiwilligendienste und den
2565 Ausbau der Vereinbarkeit von Engagement mit Schule, Studium und Be-
2566 ruf. Außerdem wollen wir die Vereine bei der Aus- und Fortbildung von
2567 Übungsleiter:innen und Trainer:innen, bei der Digitalisierung und bei der
2568 Entwicklung von Strukturen der Fan-Kultur gezielt unterstützen. Damit
2569 Themen wie etwa rechte Tendenzen oder sexueller Missbrauch im Sport
2570 angemessen bearbeitet werden können, sind die Voraussetzungen für
2571 den Einsatz von dafür qualifizierten Mitarbeiter:innen zu schaffen.

2572 • **Sport für alle Lebensphasen und -lagen ermöglichen**

2573 Sportangebote für ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, Mäd-
2574 chen und Frauen, queere Menschen und für Menschen mit Migrationsge-
2575 schichte brauchen besondere Unterstützung. Wir wollen die Vereine be-
2576 sonders dabei unterstützen, ihre Angebote barrierearm, diskriminierungs-
2577 frei und inklusiv zu gestalten und vor allem in den ländlichen Regionen
2578 ihre Angebote wohnortnah auszuweiten.

2579
2580 Unser Ziel ist ein Sportland Sachsen-Anhalt, in dem Bewegung, Spiel und
2581 Wettkampf allen offenstehen. Ein Land, in dem Schwimmbäder geöffnet
2582 bleiben, in dem Sportvereine planen können und in dem Ehrenamt nicht
2583 ausbrennt, sondern gestärkt wird.

2584 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

2585
2586

2587 **7. Kultur & Medien**

2588

2589 **Kulturpolitik für Freiheit, Vielfalt und Zusammenhalt**

2590

2591 **Konkret. Vielfältig. Solidarisch.**

2592 Wir wollen eine Kulturpolitik, die Bedingungen schafft, unter denen sich Kultur
2593 und Kunst frei entfalten können. Eine gerechte Gesellschaft braucht eine
2594 lebendige Kulturlandschaft – nicht nur für wenige, sondern für alle. Die Wert-
2595 schätzung gegenüber den Kulturschaffenden, der Respekt vor der Freiheit der
2596 Kunst sowie der Dialog mit den Kultur- und Kunstschaffenden des Landes sind
2597 oberste Grundsätze linker Kulturpolitik.

2598

2599 **Kulturpolitik in Zeiten des Rechtsrucks**

2600 Rechte und rechtsextreme Parteien und Bewegungen gewinnen in Deutschland
2601 seit Jahren an Zustimmung, wodurch gesellschaftliche Polarisierung,
2602 Ressentiments gegenüber Minderheiten, stärkere Aggressionen im öffentlichen
2603 Raum und eine Aushöhlung liberal-demokratischer Kultur zunimmt.

2604
2605 Die Attacken auf das Weltkulturerbe Bauhaus Dessau und Drohungen an die
2606 Bühnen Sachsen-Anhalts, Einschüchterungsversuche gegenüber kulturellen
2607 Initiativen sind gezielte Kulturkampf-Statements von rechts, denen wir uns
2608 entschieden entgegenstellen. Für Die Linke ist es nicht hinnehmbar, dass
2609 rechtsgerichtete Angriffe auf die kulturelle Freiheit Kultureinrichtungen im Land
2610 einschüchtern und kulturelles Leben unterdrücken.

2611
2612 In dem politischen Umfeld, in dem wir uns seit einigen Jahren befinden, ist
2613 Kulturpolitik mehr als „Unterstützung von Theatern und Museen“ – sie wird Teil
2614 des demokratischen Zusammenhalts, der Teilhabe und damit auch ein
2615 Handlungsfeld gegen rechte Ideologien.

2616

2617 **Schutz von Kultureinrichtungen und Kulturschaffenden**

2618 Wir setzen uns für eine Stärkung der Zivilgesellschaft und der Kulturakteure ein.
2619 Wir engagieren uns für Kultur in allen Milieus und Regionen, in Metropolen und
2620 ländlichen Räumen. In der Kulturförderung setzen wir verstärkt auf
2621 Beteiligungsprogramme der einzelnen Kultureinrichtungen. Langfristige
2622 Förderungen von Initiativen, die sich mit Erinnerungskultur, Vielfalt und
2623 Demokratie auseinandersetzen, bilden den Gegenentwurf zum rechten
2624 Kulturkampf.

2625

2626 Wir wollen:

- 2627 • **ein Landesförderprogramm zur kulturellen Teilhabe und Vielfalt**, dass
2628 sich der Förderung von offenen partizipativen Ansätzen in der Kultur
2629 widmet, lokale Kreativwirtschaft und demokratische Teilhabe fördert, z.B.
2630 in offenen Werkstätten im Bauhaus-Geist (Design for All), in Projekten zur
2631 Stadtentwicklung, bei Co-Kurationen in Museen oder lokalen Festivals
2632 mit internationaler Ausrichtung,
- 2633 • **Gedenkstätten in Sachsen-Anhalt stärken**, indem wir
2634 Gedenkstättenfahrten in den allgemeinbildenden Schulen in der
2635 Sekundarstufe I verbindlich im Lehrplan sichern und qualitativ
2636 weiterentwickeln,
- 2637 • **Förderung interkultureller Kulturarbeit** und migrantischer Kunst- und
2638 Kulturszenen durch Unterstützung von regionalen Netzwerken für
2639 interkulturelle Arbeit in Kommunen, Vereinen, Schulen und Kulturzentren,
- 2640 • **faire Bezahlung & Absicherung für Kulturschaffende** durch verbindliche
2641 Einführung von Tarifsteigerungen bei Kultureinrichtungen in allen
2642 Sparten, die nicht zur Kürzung von Landesmitteln führen,

- 2643 • **verbindliche Mindesthonorare** für Künstler:innen, gerade bei öffentlich
- 2644 gefördertten Projekten,
- 2645 • **eine Erhöhung des Kulturbudgets**, das Mindesthonorare und
- 2646 Programmvielfalt gewährleistet,
- 2647 • **eine Dynamisierung der Landesmittel** bei allen vom Land geförderten
- 2648 Kultureinrichtungen, die Tarifsteigerungen auffangen,
- 2649 • **Ausstellungshonorare** in Museen und Galerien verpflichtend einführen,
- 2650 damit auch die bildende Kunst bei Nutzung im öffentlichen Raum
- 2651 entsprechend honoriert wird,
- 2652 • **Spielstättenförderung** für freie Bühnen und Akteur:innen, um stabile
- 2653 Strukturen in der freien Theaterszene zu schaffen und den Ensembles zu
- 2654 ermöglichen, ihre künstlerische Vielfalt und Unabhängigkeit zu bewahren
- 2655 und sich künstlerisch auszuprobieren.

2657 **Kultur für alle und überall**

2658 Wir engagieren uns für Kulturangebote in strukturschwachen Regionen als
 2659 Mittel gegen Ausgrenzung und Rückzug. Wir verstehen Kultur als Teil der
 2660 öffentlichen Daseinsvorsorge und wollen die kulturelle Infrastruktur in
 2661 ländlichen Regionen schützen und mobile Kulturangebote fördern.

2662
 2663 Wir wollen:

- 2664 • einen **kostenfreien Zugang** zur Kultur für Kinder
- 2665 Ein Landesmuseumskonzept soll künftig Kindern freien Eintritt in Museen
- 2666 gewähren. Ein kostenfreier Eintritt soll Hemmschwellen abbauen, die
- 2667 Bildungschancen verbessern und das Interesse an Kunst und Kultur
- 2668 frühzeitig wecken, damit Kinder und Jugendliche Geschichte, Kunst und
- 2669 Kultur in einem sicheren Umfeld entdecken können.
- 2670 • den Ausbau der Angebote im Bereich **Kultur und Schule** stärken, durch
- 2671 unterstützende Programme zur Förderung für z.B. Schülerbeförderung,
- 2672 bestehende Kultur- und Schule-Programme wie z.B. TASS, in dem eine
- 2673 Freie Theaterinszenierung in der Grundschule in ländlichen Gebieten
- 2674 umgesetzt wird, sowie das erfolgreiche Musikschulprogramm MÄBI
- 2675 ausweiten und nachhaltig verankern,
- 2676 • **eine Kulturpauschale im ländlichen Raum installieren**, die als
- 2677 Landespauschale für soziokulturelle Einrichtungen im ländlichen Raum,
- 2678 die Kommunen (Städte unter 25.000 Einwohnern) über die Allgemeinen
- 2679 Kommunal Finanzen zusätzlich erhalten, um sicherzustellen, dass
- 2680 Kommunen, die sich in der Haushaltskonsolidierung befinden,
- 2681 niedrigschwellige soziokulturelle Angebote und Vereine vor Ort etc.
- 2682 unterstützen können,
- 2683 • **einen barrierefreien Zugang für Kunst- und Kultureinrichtungen**, der
- 2684 sowohl den physischen (z. B. in Theatern, Museen und Gedenkstätten),
- 2685 digitalen als auch sprachlichen Zugang sicherstellt.

2687 **Verteidigung und Ausbau der Kulturgesetze**

2688 Wir engagieren uns für die Verankerung von Kulturfachgesetzen (Musikschul-
2689 gesetz und Bibliotheksgesetz, Restauratoren-Gesetz). Diese stellen für uns eine
2690 Möglichkeit zur Sicherung kultureller Vielfalt dar und dienen der Verlässlichkeit
2691 der Fördermaßnahmen und der Strukturen im Kultursektor unter Wahrung der
2692 Freiheit der Kunst. Der Ausbau der gesetzlichen Verankerung ist zentrale
2693 Aufgabe linker Kulturpolitik. Das neue Kulturfördergesetz des Landes wollen wir
2694 in der kommenden Legislatur auf seine Wirksamkeit hin evaluieren.

2695

2696 **Stärkung öffentlicher Kulturförderung**

2697 Wir engagieren uns für langfristige und verlässliche Kulturförderstrukturen.

2698

2699 Wir wollen:

- 2700 • **langfristige institutionelle Förderungen** statt kurzfristiger
2701 Projektförderung,
- 2702 • **überjährige Förderinstrumente in allen Kulturbereichen,**
- 2703 • **kooperativen Kulturföderalismus**, durch die Erstellung von Leitlinien, die
2704 eine bessere Koordination zwischen Bund, Länder und Kommunen
2705 gewährleistet,
- 2706 • **eine verlässliche Finanzierung der freien Kulturszene, der Soziokultur**
2707 **und alternativer Kulturzentren** durch Förderung von Spiel- und
2708 Veranstaltungsstätten, Tarifbindung und Basishonorare für
2709 Selbstständige,
- 2710 • **die Überprüfung der** Stipendienvergabe der Kunststiftung Sachsen-
2711 Anhalt auf Wirksamkeit und Gerechtigkeit,
- 2712 • eine verstetigte Landesförderung von Klubs und Musikspielstätten, um
2713 aktiv das Klubsterben zu bekämpfen und Subkultur zu fördern.

2714

2715 Wir predigen Kunstfreiheit nicht nur, sondern schaffen konkrete Gesetze und
2716 Strukturen. Wir haben konkrete Lösungen: Schutzgesetze für Kulturein-
2717 richtungen, faire Honorare, Dauerförderung statt Projektwahn, kostenfreier
2718 Zugang, kulturelle Teilhabe für alle.

2719 Wir nehmen alle mit: Kunstschaffende und Communities, etablierte Kultur und
2720 experimentelle Räume, Gedenkstätten und Popkultur, Hochkultur und
2721 Grassroots-Kreativität, Metropolen und ländliche Räume.

2722

2723 Das kulturelle Rollback ist Realität. Rechte Kräfte führen Kulturkampf. Wir
2724 können dagegen ankämpfen oder Kunstfreiheit aufgeben. Wir haben uns
2725 entschieden: Sachsen-Anhalt wird ein Land der kulturellen Hoffnung – für
2726 Kunstschaffende, für Kinder, für alle Menschen, die hier leben wollen.
2727 Gemeinsam gestalten wir eine Kultur, die frei ist, die alle einbezieht und die
2728 Zukunft macht – bunt, vielfältig, lebendig und hoffnungsvoll.

2729 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

2730

2731

2732 **Medienpolitik - Vierte Gewalt für die Demokratie**

2733

2734 Wo andere Medien schwächen und spalten wollen, stärken wir die Vierte
2735 Gewalt. Wo andere Konzentration fördern, kämpfen wir für Vielfalt. Wo andere
2736 "Lügenpresse" schreien, verteidigen wir Pressefreiheit und demokratischen
2737 Journalismus.

2738

2739 **Die Krise der Medienlandschaft in Sachsen-Anhalt**

2740 Unsere demokratische Öffentlichkeit steht unter enormem Druck. Die
2741 Medienlandschaft in Sachsen-Anhalt ist von einer beispiellosen Konzentration
2742 geprägt: Nur noch ein einziger Zeitungsverlag, die Bauer Media Group,
2743 beherrscht seit 2020 den gesamten Tageszeitungsmarkt des Landes. Von über
2744 100 nach 1990 gegründeten Zeitungen überlebten lediglich zwei – ein
2745 Medienschwund, den der Deutsche Journalisten-Verband als "schwarzen Tag
2746 für die Medienvielfalt" bezeichnete.

2747

2748 Diese strukturelle Unterrepräsentation zeigt sich besonders deutlich in der
2749 personellen Zusammensetzung: Nur 2 von 23 Managern ostdeutscher
2750 Zeitungen stammen aus den neuen Bundesländern, während alle 13 regionalen
2751 Tageszeitungen in Ostdeutschland westdeutschen Konzernen gehören.
2752 Ostdeutsche Perspektiven werden dadurch systematisch marginalisiert.

2753

2754 Gleichzeitig gerät der öffentlich-rechtliche Rundfunk unter massiven Beschuss
2755 rechter Kräfte, die Medien als "Lügenpresse" diffamieren und Journalisten von
2756 Veranstaltungen ausschließen. Der im März 2025 verabschiedete
2757 Reformstaatsvertrag bleibt weit hinter den notwendigen strukturellen
2758 Veränderungen zurück. Besonders problematisch ist die sozial ungerechte
2759 Finanzierung: Der monatliche Rundfunkbeitrag von 18,36 Euro belastet
2760 Geringverdienende überproportional stark.

2761

2762 **Soziale Gerechtigkeit in der Rundfunkfinanzierung**

2763 Die regressive Struktur des Rundfunkbeitrags widerspricht grundlegenden
2764 Gerechtigkeitsprinzipien. Wir fordern eine progressive Rundfunkfinanzierung
2765 analog zum Steuersystem. Haushalte bis 30.000 Euro Jahreseinkommen sollen
2766 maximal 10 Euro monatlich zahlen. Die 600 Millionen Euro für Beitragsbe-
2767 freiungen müssen durch öffentliche Finanzierung über Sozialträger erfolgen,
2768 anstatt von anderen Beitragszahlern subventioniert zu werden.

2769

2770 **Regionale Medienvielfalt und MDR-Stärkung**

2771 Ostdeutschland als "spezifischer Sozial- und Erfahrungsraum" (Steffen Mau)
2772 verdient eine angemessene mediale Repräsentation. Wir setzen uns für den
2773 Ausbau der MDR-Regionalangebote ein: "MDR Sachsen-Anhalt Heute" soll zu
2774 einer 45-Minuten-Sendung erweitert werden. Ein Prozent der Rundfunkbeiträge
2775 - etwa 90 Millionen Euro jährlich - muss zweckgebunden für mitteldeutsche
2776 Gemeinschaftsaufgaben verwendet werden.

2777 Unser messbares Ziel: 50 Prozent ostdeutsche Medienmacher:innen in
2778 ostdeutschen Redaktionen bis 2030. Dazu gehören verpflichtende
2779 Redaktionsstatuten zur Sicherung journalistischer Unabhängigkeit.

2780

2781 **Kampf gegen Medienkonzentration**

2782 Die monopolistische Struktur des Tageszeitungsmarkts bedroht die
2783 Meinungsvielfalt fundamental. Mit einer **Journalismus-Stiftung Sachsen-**
2784 **Anhalt** und 10 Millionen Euro Startkapital fördern wir unabhängigen
2785 Lokaljournalismus. Kommunale Medienförderung in Höhe von 5 Millionen Euro
2786 jährlich unterstützt lokale Medienvielfalt.

2787

2788 Genossenschaftliche Medienmodelle sollen Bürger:innen zu Miteigen-
2789 tümer:innen ihrer lokalen Medien machen. Anti-Konzentrations-Regelungen
2790 begrenzen den Marktanteil einzelner Medienunternehmen auf maximal 30
2791 Prozent. Unser Ziel: mindestens 3 unabhängige Tageszeitungen in Sachsen-
2792 Anhalt bis 2030.

2793

2794 **Demokratische Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks**

2795 Intransparenz, überhöhte Führungsgehälter und mangelnde Diversität
2796 schwächen das Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien. Wir begrenzen
2797 Intendant:innen-Gehälter auf maximal die Richterbesoldung R10 (etwa 180.000
2798 Euro). Eine Geschlechterquote von 50 Prozent Frauen und 30 Prozent
2799 Menschen mit Migrationshintergrund in Führungspositionen stärkt die
2800 Diversität.

2801

2802 Prekäre Beschäftigung muss durch mehr Festanstellungen und gestärkte
2803 Tarifbindung beendet werden. Bis 2028 sollen 100 Prozent barrierefreie
2804 Angebote verfügbar sein. Unser ambitioniertes Ziel: 90 Prozent Vertrauen in
2805 öffentlich-rechtliche Medien bis 2030 gegenüber aktuell 54 Prozent.

2806

2807 **Kinder- und Jugendmedien als Demokratie-Schule**

2808 Die junge Generation wird zunehmend von algorithmischen Plattformen
2809 manipuliert, während demokratische Medienbildung fehlt. Das KiKA-
2810 Sendezeitverbot nach 21 Uhr muss aufgehoben werden, um altersgerechte
2811 Programme für ältere Kinder anzubieten. Ein öffentlich-rechtliches Kinderradio
2812 unter der KiKA-Dachmarke via DAB+ und Stream erweitert das Angebot.
2813 Mit einer **Medienkompetenz-Offensive** von 20 Millionen Euro stärken wir
2814 digitale Bildung an Schulen. Mehrsprachige Kinder- und Jugendangebote
2815 fördern Integration durch Medien. Ziel: 80 Prozent der Jugendlichen nutzen
2816 öffentlich-rechtliche statt nur kommerzielle Medien.

2817

2818 Wir wollen:

- 2819 • ein Medienvielfalt-Notprogramm in Höhe von 5 Millionen Euro für be-
2820 drohte lokale Medien,

- 2821 • ein Modellprojekt Progressiver Rundfunkbeitrag mit Testlauf in zwei
- 2822 Landkreisen,
- 2823 • eine Transparenz-Offensive, um alle MDR-Ausgaben online nachvollzieh-
- 2824 bar zu machen,
- 2825 • eine Journalismus-Stiftung Sachsen-Anhalt mit 20 Millionen Euro grün-
- 2826 den,
- 2827 • ein Anti-Konzentrations-Gesetz für Medienvielfalt verabschieden,
- 2828 • MDR-Regionalangebote auf 45 Minuten täglich ausbauen,
- 2829 • das Medienland Sachsen-Anhalt als bundesweites Vorbild für regionale
- 2830 Medienvielfalt entwickeln,
- 2831 • eine sozial gerechte Rundfunkfinanzierung herstellen.

2832

2833 **Finanzierungsplan: 100 Millionen Euro Medien-Offensive**

2834 Unser fünfjähriger Finanzierungsplan umfasst 100 Millionen Euro:

- 2835 • Medienvielfalt und Lokalförderung: 20 Millionen Euro
- 2836 • Journalismus-Stiftung Sachsen-Anhalt: 20 Millionen Euro
- 2837 • Medienkompetenz und Bildung: 60 Millionen Euro

2838

2839 **Medien im demografischen Wandel**

2840 Sachsen-Anhalt steht vor enormen demografischen Herausforderungen: Im

2841 Jahr 2040 werden laut Aussage des Statistischen Landesamts 322.200

2842 Menschen weniger im Land leben, bei gleichzeitig 500.000 Menschen, die aus

2843 dem Ausland zu uns gekommen sind und einem Durchschnittsalter von knapp

2844 50 Jahren. Medien können und müssen als Integrationsinstrument und als

2845 Identitätsstifter fungieren. Regionale Medien schaffen Zusammenhalt statt

2846 Spaltung, mehrsprachige Angebote bauen Brücken zwischen Communities.

2847

2848 **Medien als Wirtschafts- und Kulturfaktor**

2849 Starke regionale Medien schaffen Arbeitsplätze in strukturschwachen Gebieten,

2850 fördern lokale Identität und unterstützen Tourismus sowie Standortmarketing.

2851 Sie vermitteln Kunst und Kultur, bewahren regionale Geschichte und fördern

2852 neue kulturelle Ausdrucksformen.

2853

2854 **Partizipation und Bürgerbeteiligung**

2855 Medien brauchen die Stimme der Bürger:innen. Partizipative Medienpolitik in

2856 allen öffentlich-rechtlichen Anstalten. Ein Redaktionsstatut fördert die Freiheit

2857 der Journalist:innen über ihre Inhalte, transparente Medienförderung über

2858 Online-Dashboards und nachhaltige Finanzierung statt projektbezogener

2859 Förderung stärken die demokratische Legitimation.

2860

2861 **Der Pol der Hoffnung für demokratische Medien**

2862 Während die AfD Medien als "Lügenpresse" diffamiert und Journalisten

2863 ausschließt, während CDU, SPD und FDP den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk

2864 zerstören und Medienkonzentration ignorieren, setzen wir auf eine 100-

2865 Millionen-Euro-Medien-Offensive für eine vielfältige Vierte Gewalt. Statt zu
2866 spalten, verbinden wir. Statt nur zu kritisieren, bieten wir konkrete Lösungen.

2867

2868 Unsere messbaren Ziele bis 2030 sind ambitioniert aber erreichbar: 90 Prozent
2869 Medienvertrauen, 3 unabhängige Tageszeitungen, 50 Prozent ostdeutsche
2870 Medienmacher:innen und 100 Prozent barrierefreie Medienangebote bis 2028.

2871 Der Return on Investment ist nachweisbar: Starke Medien stärken die
2872 Demokratie, reduzieren Polarisierung und sind günstiger als die Folgekosten
2873 von Desinformation.

2874

2875 **Pressefreiheit ist nicht das Privileg einiger weniger - Pressefreiheit ist das**

2876 **Fundament unserer Demokratie.** Mit uns bekommt Sachsen-Anhalt die

2877 Medienlandschaft, die eine lebendige Demokratie braucht: vielfältig,

2878 unabhängig, sozial gerecht und bürgernah. Gemeinsam stärken wir die Vierte

2879 Gewalt für eine informierte Gesellschaft und eine lebendige Demokratie.

2880 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

2881

2882

2883 **8. Kommunalpolitik und Wohnen**

2884

2885 **Soziale Gerechtigkeit in jeder Region**

2886

2887 **Unsere Vision: Starke Kommunen für ein solidarisches Miteinander**

2888 Die Kommunen sind das Fundament unseres demokratischen Gemeinwesens.

2889 Hier, vor Ort, begegnen sich Menschen im Alltag, gestalten ihr Zusammenleben

2890 und schaffen die Basis für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir sind der Pol

2891 der Hoffnung und stehen für eine Politik auf Augenhöhe – zwischen dem Land

2892 und der kommunalen Familie. Unser Ziel ist eine vertrauensvolle Partnerschaft,

2893 die Ortschaften, Gemeinden, Städte und Landkreise in ihrer Verantwortung

2894 stärkt, ihre Herausforderungen ernst nimmt und sie bei der Erfüllung ihrer

2895 vielfältigen Aufgaben unterstützt.

2896

2897 Wir wollen:

2898 • dass übertragene Aufgaben ausfinanziert werden – wer bestellt, der zahlt
2899 die ganze Rechnung,

2900 • für mehr finanzielle „Beinfreiheit“ bei den Kommunen sorgen,

2901 • Kommunen in ihren Entscheidungen unterstützen und transparente
2902 Verfahren schaffen,

2903 • Mitsprache, Mitgestaltung und Mitverantwortung in den Kommunen
2904 stärken,

2905 • mehr Vertrauen statt Bürokratie wagen,

2906 • Bewährtes bewahren und Aufgaben von morgen schon jetzt angehen.

2907

2908 Unser Ziel ist eine starke kommunale Selbstverwaltung und eine lebendige
2909 Demokratie, in der Menschen unmittelbar Einfluss nehmen können und damit
2910 ein friedliches und solidarisches Miteinander vor Ort fördern.

2911

2912 **Mehr Beteiligung der Kommunen im Gesetzgebungsprozess**

2913 Eine gute Demokratie beginnt vor Ort. Kommunen sind der direkte Ort, an dem
2914 Staat und Bürger:innen zusammenkommen. Damit Politik gut funktioniert,
2915 müssen Kommunen mitreden dürfen – nicht nur zuhören. Es braucht echte
2916 Mitbestimmung im Gesetzgebungsprozess, vor allem, wenn auf Landesebene
2917 Aufgaben formuliert werden, die kommunal umgesetzt werden sollen.

2918

2919 Verbindliche Grundsätze für alle:

- 2920 • Verantwortung behalten: Entscheidungen sollen dort getroffen werden,
2921 wo sie am besten wirken – in der Kommune.
- 2922 • Klar und offen: Alle wichtigen Informationen sollen leicht zugänglich sein.
- 2923 • Mitmachen statt Nur-Dran-Teilnehmen: Die Mitwirkung der Kommunen
2924 muss etwas ändern. Ihre Rückmeldungen müssen zwingend
2925 berücksichtigt werden.

2926

2927 Unsere Forderungen:

- 2928 • Gesetzliche Mitbestimmung der Kommunen: Gemeinden oder deren
2929 Spitzenverbände bekommen feste Mitwirkungsrechte im
2930 Gesetzgebungsprozess. Sie können nicht nur fristgerecht Stellung
2931 nehmen, sondern auch wirklich mitbestimmen.
- 2932 • Frühzeitige Einbindung: Kommunen werden schon bei der Vorbereitung
2933 von Entwürfen gehört. Sie bekommen genügend Zeit für Stellungnahmen
2934 und erhalten auf einem gemeinsamen „Beteiligungsportal“ alle
2935 Informationen.
- 2936 • Verbindliche Verhandlungen: Bevor Gesetze verabschiedet werden, gibt
2937 es gemeinsame Verhandlungstermine. Kommunen werden in ihren
2938 Anliegen ernst genommen und können Änderungswünsche direkt
2939 einbringen.
- 2940 • Ressourcen sichern: Kommunen brauchen gutes Personal, moderne
2941 Technik, Zugang zu Daten und Schulungen. Das Land unterstützt sie und
2942 lässt sie bei dieser Aufgabe nicht allein.
- 2943 • Transparenz und Rechenschaft: Stellungnahmen, Begründungen und
2944 Umsetzungsschritte sollen öffentlich sichtbar sein – für Kommunen,
2945 Unternehmen und Einwohner:innen gleichermaßen.

2946

2947 Echte Beteiligung auf der Kommunalebene ist kein Zusatz, sondern eine
2948 Notwendigkeit für robuste, gerechte und zukunftsfähige Politik. Denn sie stärkt
2949 von unten nach oben das Gemeinwesen, reduziert Konflikte und erhöht die
2950 Lebensqualität der Menschen vor Ort.

2951

2952 **Lebendige Demokratie durch echte Bürgerbeteiligung**

2953 Eine starke Demokratie beginnt dort, wo Menschen leben und arbeiten: in
2954 unseren Städten, Gemeinden und Vierteln. Um Politik wirksam, gerecht und
2955 zukunftsfähig zu gestalten, brauchen wir echte Beteiligung vor Ort –
2956 Mitsprache, Mitgestaltung und Mitverantwortung.

2957

2958 Dafür wollen wir:

- 2959 • Beteiligung auf Augenhöhe – Regionale Foren, Bürgerräte auf allen
2960 Ebenen, Werkstattgespräche in betroffenen Gemeinden, Bürgerbudgets,
2961 Bürgerhaushalte, und partizipative Projekte erhalten Unterstützung und
2962 finanzielle Förderung. Kommunen, die neue und innovative Formen der
2963 Beteiligung erproben, sollen dabei ausdrücklich als Modellkommunen
2964 unterstützt werden.
- 2965 • Lernen und Anpassen – Regionale Beteiligungsteams aus Verwaltung,
2966 Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft werden gebildet, die messbare
2967 Ziele überprüfen (Zufriedenheit, Schnelligkeit, Kosten) und Hinweise für
2968 korrigierende Maßnahmen an die Kommunen und das Land geben.
- 2969 • Stärkung und Teilhabe aller kommunalen Ebenen – Vom Ortschaftsrat
2970 über den Gemeinderat und Stadtrat bis hin zum Kreistag: Ortschaftsräte
2971 sollen innerhalb der kommunalen Familie wieder gestärkt werden. Sie
2972 sind bei allen sie betreffenden Angelegenheiten anzuhören und ihre
2973 Einwendungen zu berücksichtigen. Durch ein eigenes Budget sollen sie
2974 nicht nur verwalten, sondern gemeinsam mit den Einwohner:innen aktiv
2975 vor Ort gestalten können. In Städten ab 70.000 Einwohnern soll die
2976 Teilhabe zudem durch die Möglichkeit der Einrichtung von Stadtteil-
2977 bezirksbeiräten mit eigenem Budget – nach dem Vorbild des Freistaats
2978 Sachsen – erweitert werden.

2979

2980 **Vertrauensvolle Förderung statt Bürokratiemonster**

2981 Ob Spielplatz, Schwimmbad oder Grundschule – die Entscheidung darüber
2982 sollte vor Ort bei der zuständigen Kommune liegen. Jedoch reichen die eigenen
2983 Mittel vor Ort wiederum wegen einer Vielzahl von nicht ausfinanzierten
2984 Aufgaben, die Bund und Land an die Kommunen durchreichen, nicht aus. Also
2985 heißt es, Anträge an Fördertöpfe zu schreiben. Leider passt selten auf Anhieb
2986 ein Förderprogramm auf ein akutes Problem vor Ort. Denn mit dem
2987 Förderprogramm für den Radweg lässt sich das Schwimmbad leider nicht
2988 finanzieren. Diese starre Förderpolitik nimmt den Kommunen ihre Freiheit und
2989 ihren Handlungsspielraum – dabei wissen gerade sie am besten, wo Hilfe
2990 gebraucht wird und welche Aufgaben zuerst angegangen werden müssen.

2991

2992 Dafür braucht es:

- 2993 • eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen durch Bund
2994 und Land, damit Pflicht- und übertragene Aufgaben zuverlässig finanziert
2995 werden können. Wer bestellt, der zahlt und zwar die ganze Rechnung!

- 2996 • die Reduzierung der Masse an Fördermittelprogrammen durch eine
2997 kommunale Pauschalförderung, die auf Vertrauen zu der kommunalen
2998 Familie beruht.
2999

3000 Wir wollen eine kommunale Pauschalförderung mit klar definierten objektiven
3001 Kriterien.

3002
3003 Dazu gehören:

- 3004 • die Einwohner:innenzahl als grundlegendes Kriterium anzusetzen, da sie
3005 den Umfang der kommunalen Aufgaben beeinflusst,
3006 • die Finanzkraft der Kommune zu beachten. Finanzschwache Gemeinden
3007 sollten höhere Zuweisungen erhalten, um gleichwertige
3008 Lebensverhältnisse zu sichern.
3009 • Flächengröße und Siedlungsstruktur nicht zu vergessen, denn ländliche
3010 oder weitläufige Kommunen haben oft höhere Kosten für Infrastruktur
3011 und Daseinsvorsorge,
3012 • soziale und demografische Faktoren wie etwa den Anteil älterer
3013 Menschen, Kinder, die Arbeitslosenquote oder soziale Belastungs-
3014 indikatoren zu berücksichtigen,
3015 • besondere Investitionsbedarfe bzw. strukturelle Herausforderungen wie
3016 etwa ein regionaler Strukturwandel oder besondere Umwelt- bzw.
3017 Klimafolgen einzukalkulieren.

3018
3019 Kommunale Pauschalförderung heißt: Wir vertrauen den Menschen vor Ort statt
3020 auf Misstrauen und Bürokratie von oben! Mit einer solidarischen Pauschal-
3021 förderung geben wir ihnen die Freiheit und die Mittel, Probleme direkt
3022 anzupacken – ohne endlose Anträge, Formulare und Gänge durch Behörden-
3023 labyrinth. So stärken wir die kommunale Selbstverwaltung, schaffen Planungs-
3024 sicherheit und bauen bürokratische Hürden ab. Gleichzeitig sorgen wir dafür,
3025 dass soziale und strukturelle Unterschiede nicht weiterwachsen, sondern
3026 ausgeglichen werden. Kurz gesagt: Eine kommunale Pauschalförderung macht
3027 das Leben in unseren Städten und Gemeinden besser.

3028 3029 **Stärkung der kommunalen Finanzen**

3030 Eine Stärkung der kommunalen Finanzen bedeutet zugleich die Stärkung der
3031 lokalen Demokratie: Nur wenn die Kommunen über ausreichende Mittel
3032 verfügen, können sie nicht nur gesetzliche Verpflichtungen umsetzen, sondern
3033 auch eigene, auf die Bedürfnisse der Menschen vor Ort zugeschnittene Akzente
3034 setzen. Denn nur so entsteht Raum für kreative Lösungen, bürgerschaftliches
3035 Engagement und ein solidarisches Miteinander, das den gesellschaftlichen
3036 Frieden und das Vertrauen in politische Prozesse festigt.

3037
3038 Wir setzen uns ein für:

- 3039 • eine echte Umverteilung zugunsten der Städte und Gemeinden,
3040 • die Einführung einer Gemeindewirtschaftssteuer auf Bundesebene,

- 3041 • einen Schuldenschnitt auf Bundesebene für mehr „Beinfreiheit“ in den
3042 Kommunen.

3043

3044 Unsere Argumente für eine Umverteilung zugunsten der Städte und

3045 Gemeinden:

- 3046 • Das Land konsolidiert seinen Haushalt auch auf Kosten der Kommunen –
3047 durch Unterfinanzierung des kommunalen Finanzausgleichs (KFA),
3048 insbesondere bei Schlüsselzuweisungen und Sonderbedarfsergänzungs-
3049 zuweisungen.
- 3050 • Die Kommunen Sachsen-Anhalts haben real weniger Handlungsspielraum
3051 aufgrund von Inflation, Tarifsteigerungen und Energiepreisen – trotz
3052 nominell stabiler Einnahmen.
- 3053 • Der kommunale Finanzausgleich muss stärker dynamisiert und aufgaben-
3054 gerecht ausgestaltet werden. Ohne Umverteilung vertieft sich die Schere
3055 zwischen reichen Städten und armen Gemeinden, was demokratische
3056 Legitimität untergraben kann.
- 3057 • Durch eine Umverteilung zugunsten der Städte und Gemeinden werden
3058 diese in die Lage versetzt, Handlungsfähigkeit zu gewinnen, pflichtige
3059 Selbstverwaltungsaufgaben wahrzunehmen und die Daseinsvorsorge vor
3060 Ort aktiv zu gestalten. Damit bleibt das Gleichgewicht zwischen Land und
3061 Kommune gewahrt und der Handlungsdruck abgefedert.
- 3062 • Die Umverteilung sichert Investitionen und damit Generationengerech-
3063 tigkeit vor allem in strukturschwachen Regionen. Die Wirtschaftskraft, die
3064 von der Infrastruktur abhängt, wird gestärkt.

3065

3066 Unsere Argumente für eine Gemeindegewerbesteuer:

- 3067 • Breitere Bemessungsgrundlage bedeutet mehr Steuergerechtigkeit.
3068 Aktuell werden vor allem Kapitalgesellschaften und gewerbliche
3069 Unternehmen betrachtet. Mit der Gemeindegewerbesteuer wird eine
3070 Lücke geschlossen, da alle wirtschaftlich Tätigen ihren Beitrag zur
3071 Infrastruktur leisten.
- 3072 • Durch die Ausweitung würden sich die kommunalen Einnahmen
3073 stabilisieren und somit die Finanzautonomie stärken, und die Fairness
3074 steigt im Steuersystem.
- 3075 • Die Gemeindegewerbesteuer muss mit Freibeträgen und degressiven
3076 Sätzen gestaltet werden, um Kleinselbstständige und Solo-Selbst-
3077 ständige zu entlasten.
- 3078 • Keine zusätzliche Steuer, sondern Weiterentwicklung: Es handelt sich
3079 nicht um eine neue Steuer, sondern um eine Reform der bestehenden
3080 Gewerbesteuer mit dem Ziel größerer Systemgerechtigkeit.

3081

3082 Unsere Argumente für einen Schuldenschnitt:

- 3083 • Kommunale Schulden sind strukturell bedingt: Viele Kommunen haben
3084 sich nicht aus Misswirtschaft verschuldet, sondern weil sie Pflichtauf-
3085 gaben ohne ausreichende Finanzausstattung erfüllen mussten. Es ist ein

- 3086 Systemfehler, keine individuelle Schuld. Die Verantwortung liegt bei Bund
3087 und Ländern und muss im Sinne der Kommunen korrigiert werden.
- 3088 • Die Tilgung kommunaler Altschulden, über Jahrzehnte angehäuft,
3089 belastet heutige und künftige Generationen – ohne, dass sie je über die
3090 Ursachen mitentscheiden konnten. Ein Schuldenschnitt ist sozial gerecht.
 - 3091 • Finanzschwache Kommunen müssen Leistungsangebote kürzen,
3092 während wohlhabende Kommunen weiter investieren können. Ein
3093 Schuldenschnitt wäre ein Schritt zur Angleichung der Lebensverhältnisse
3094 – gemäß Grundgesetz und Landesverfassungen.
 - 3095 • Gleichzeitig ist der Investitionsstau ein Standortrisiko. Durch Schulden-
3096 schnitt und entlastete Haushalte können Kommunen wieder in öffentliche
3097 Infrastruktur, in sozialen Wohnungsbau und in ihre Wirtschaftskraft
3098 investieren. Die freiwerdenden Mittel können gezielt in Wohnen,
3099 Wirtschaft und Zukunftstechnologien investiert werden.
 - 3100 • Ein Schuldenschnitt verhindert den finanziellen Verkaufsdruck auf
3101 kommunales Eigentum wie Wohnungen, Stadtwerke und Grundstücke. So
3102 bleibt die öffentliche Daseinsvorsorge in kommunaler Hand, sichert
3103 langfristig bezahlbare Angebote und hält Gewinne in der Kommune statt
3104 bei privaten Investoren.
 - 3105 • In vielen Kommunen fließt ein erheblicher Teil der laufenden Haushalts-
3106 mittel in die Entschuldung statt in Infrastruktur. Ein Schuldenschnitt
3107 würde finanzielle Spielräume für die kommunale Identität freimachen –
3108 ohne neue Schulden.
 - 3109 • Mehr finanzielle Haushaltsmittel bedeuten auch mehr Mittel zur
3110 Gewinnung und zur Ausbildung von qualifiziertem Personal, so dass die
3111 Kommunen ihre Aufgaben effizienter erfüllen, die Qualität von Dienst-
3112 leistungen erhöhen und langfristig die Versorgung und Betreuung der
3113 Bürger:innen sichern können.

3114
3115 Durch einen Schuldenschnitt, eine faire Gemeindefinanzierungssteuer und durch
3116 gezielte Umverteilung stärken wir die Kommunen und sorgen für ein friedliches,
3117 solidarisches Miteinander und eine gute Zukunft für alle. Wir stehen für
3118 finanziell starke Kommunen, die gestalten können, statt nur verwalten müssen.

3119

3120 **Die Kommune der Zukunft – lebendig, gerecht und zukunftsfähig**

3121 Wir richten den Blick schon heute auf die Kommune von morgen. Die Kommune
3122 der Zukunft muss ein Ort sein, an dem Menschen gern leben, arbeiten und sich
3123 engagieren. Sie verbindet moderne Infrastruktur, soziale Gerechtigkeit und
3124 ökologisches Bewusstsein. Damit Kommunen zukunftsfähig werden, müssen
3125 wir schon jetzt gemeinsam mit ihnen die richtigen Weichen stellen und die
3126 vielfältigen Herausforderungen entschlossen annehmen.

3127

3128 Wir wollen daher:

- 3129 • Digitale Transformation: Verwaltung und Dienstleistungen werden
3130 modern, effizient und bürgernah. Denn digitale Angebote erleichtern den
3131 Alltag, beschleunigen Prozesse und verbessern die Teilhabe.

- 3132 • Infrastruktur und Mobilität: Fuß- und Radwege, Straßen, Brücken,
3133 Schulen, Sport- und Kulturstätten werden nachhaltig instandgehalten
3134 und modernisiert und den Erfordernissen des Klimawandels angepasst.
3135 Gleichzeitig wird es eine klimafreundliche Mobilität und gut ausgebaute
3136 öffentliche Verkehrssysteme geben.
- 3137 • Soziale Teilhabe und Bildung: Alle Menschen erhalten direkt vor Ort
3138 Zugang zu Bildung, Kultur und sozialen Angeboten, Das bedeutet:
3139 Chancengleichheit schaffen, Armut bekämpfen und soziale
3140 Ungleichheiten verringern.
- 3141 • Klimaschutz und Nachhaltigkeit: Weitere Maßnahmen zum Klimaschutz
3142 werden ergriffen, erneuerbare Energien gefördert und umweltfreundliche
3143 Projekte unterstützt. So werden Städte und Gemeinden resilient
3144 gegenüber den Folgen der Klimakrise.
- 3145 • Wirtschaft und Innovation: regionale Wirtschaftsketten, gemeinwohl-
3146 orientierte Unternehmen und innovative Projekte werden gefördert, die
3147 Beschäftigung gesichert und die regionale Entwicklung gestärkt.
- 3148 • Partizipation und Demokratie: Bürger:innen werden aktiv in Entschei-
3149 dungen eingebunden. Denn transparente Strukturen und Möglichkeiten
3150 zur Mitbestimmung machen die Kommune lebendig und demokratisch.
- 3151 • Interkommunale Zusammenarbeit: Kommunen der Zukunft arbeiten nicht
3152 mehr isoliert, sondern kooperieren strategisch. Sie teilen Ressourcen und
3153 entwickeln digitale Lösungen gemeinsam. Interkommunale Skalierung,
3154 Open-Source-Software und nachnutzbare digitale Werkzeuge werden
3155 zum Standard. So entstehen effiziente Strukturen, sinkende Kosten, mehr
3156 Fachwissen – und Lösungen, die über einzelne Kommunen hinaus für
3157 ganze Regionen wirken.

3158
3159 Die Kommune der Zukunft ist also kein abstraktes Ziel, sondern ein
3160 fortlaufender Prozess: Sie verlangt Investitionen, Kreativität, Mut zur
3161 Veränderung und die Bereitschaft, Bürger:innen in alle Entscheidungen
3162 einzubeziehen. Sie braucht ebenso Fürsorglichkeit und Wertschätzung, um ein
3163 gesellschaftliches Miteinander zu gewährleisten. Als starker Partner an der
3164 Seite der kommunalen Familie wollen wir uns dieser Aufgaben kraftvoll
3165 anpacken und gemeinsam Orte schaffen, an denen Menschen nicht nur
3166 wohnen, sondern zu Hause sind.

3167 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

3168

3169 **Schöner Wohnen in Sachsen-Anhalt**

3170

3171 **Bezahlbares und barrierefreies Wohnen**

3172 Wohnen und Mieten in Sachsen-Anhalt soll für alle bezahlbar, möglichst
3173 barrierefrei, sicher und hochwertig sein: Doch passende Wohnungen sind
3174 Mangelware.

3175 Eine sichere Unterkunft ist ein Menschenrecht und ein wichtiger privater
3176 Schutzraum. Die hohen und immer weiter steigenden Nebenkosten und
3177 Grundmieten, gehören für uns zu den brennendsten sozialen Themen.
3178 Aktien-Konzerne und Großvermieter zahlen aus unseren Mieten Renditen an
3179 ihre Anleger:innen. Den Kommunen fehlt dagegen das Geld, um selber Boden
3180 zu erwerben und zu bauen. Die 'Kosten zur Unterkunft' decken in vielen Fällen
3181 die stark gestiegenen Wohnkosten nicht mehr ab. Die Zahl der Wohngeld-
3182 anträge ist massiv angestiegen, die Obdachlosigkeit nimmt zu.

3183
3184 Wir wollen:

- 3185 • uns für eine Mietpreisbremse einsetzen und die gemeinnützige
3186 Wohnungswirtschaft stärken,
- 3187 • eine Verordnung für einen angespannten Wohnungsmarkt erlassen um
3188 eine Mietpreisbremse für die Städte zu ermöglichen,
- 3189 • zur Unterstützung der sozial orientierten Wohnungswirtschaft eine vom
3190 Land (zwischen)finanzierte Anschlusslösung für Altschulden der
3191 Wohnungswirtschaft,
- 3192 • Förderprogramme für alternative Wohnformen auflegen und sowie das
3193 Wohnumfeld fördern,
- 3194 • Stadtumbauprogramme mit Landes- und Bundesmitteln aufstocken,
3195 damit die Kommunen die Förderung einfacher nutzen können und den
3196 Kofinanzierungsanteil der Kommunen reduzieren,
- 3197 • mit einem (Re)Kommunalisierungsfonds Gemeinden unterstützen,
3198 Immobilien und Grundstücke in die öffentliche Hand zu holen.

3199

3200 **Mietkosten senken und sozialen Wohnungsbau fördern**

3201 In Sachsen-Anhalt sind die Belegungs- und Mietpreisbindungen fast vollständig
3202 ausgelaufen, jahrzehntelang wurde auf eine soziale Wohnraumförderung
3203 verzichtet. Damit hat das Land steuerfinanzierten und bezahlbaren Wohnraum
3204 auf den profitorientierten privaten Markt gehen und die Preise steigen lassen.
3205 Die bisherige Wohnungsbauförderung ist nicht geeignet, bezahlbares Wohnen
3206 auch in attraktiven Lagen für Menschen mit geringem Einkommen abzusichern.
3207 In einigen Kommunen schwindet die Durchmischung in den Quartieren.

3208
3209 Wir wollen:

- 3210 • Fördermittel für den Wohnungsbau nur für unbefristet gebundenen
3211 sozialen Mietwohnungsbau verwenden und nicht für die Förderung von
3212 Eigentum,
- 3213 • Kommunen bei der Unterbringung wohnungsloser Menschen
3214 angemessen unterstützen,
- 3215 • Zwangsräumungen sowie Strom- und Heizungssperren verhindern,
- 3216 • das Aufzugsprogramm in ein umfassendes Programm zum barrierefreien
3217 Umbau und energetischen Sanierung umwandeln und aufstocken.

3218

3219 **Wohngeld**

3220 Die Zahl der Wohngeld-Anträge ist massiv gestiegen. Besonders alleinstehende
3221 alte Menschen mit kleiner Rente sind in Sachsen-Anhalt auf Wohngeld
3222 angewiesen. Viele Menschen scheuen die komplizierte und als stigmatisierend
3223 empfundene Antragstellung. Das Antragsverfahren für das Wohngeld ist so
3224 kompliziert, dass nur etwa ein Drittel der Anspruchsberechtigten es tatsächlich
3225 erhält.

3226 Das Wohngeld als Subjektförderung ist eine hilfreiche Kostenabmilderung,
3227 jedoch keine nachhaltige Lösung, wenn Mieten nicht gedeckelt werden. Es
3228 bedarf vor allem einer Objektförderung, das heißt verlässlicher und verstetigter
3229 Bundesmittel für die Förderung des Bestands und Neubaus von
3230 Mietwohnungen.

3231

3232 Wir wollen:

- 3233 • das Antragsverfahren stark vereinfachen und von unnötigen Kriterien
- 3234 • befreien,
- 3235 • dass Anträge spätestens drei Monate nach Antragstellung beschieden
- 3236 • sein müssen,
- 3237 • Großeigentümer rechtlich hindern, Nebenkosten zusätzlich durch
- 3238 • konzerneigene Dienstleister zu erhöhen,
- 3239 • Bundesmittel vollständig nutzen,
- 3240 • die Modernisierungsumlage abschaffen,
- 3241 • Sanierungen und Heizungstausch warmmietenneutral,
- 3242 • dass die Grundsteuer nicht mehr auf die Mieter:innen umgelegt wird;
- 3243 • uns für sozial gestaffelte Heizungs- und Strompreise und preisgünstige
- 3244 • Sockeltarife einsetzen,
- 3245 • einen Fonds einrichten, aus dem unbürokratisch die Heizkosten
- 3246 • übernommen werden können, wenn sich Mieter:innen keine warme
- 3247 • Wohnung leisten können.

3248

3249 **Landeswohnungsbaugesellschaft**

3250 Wir setzen uns für die Gründung einer Landeswohnungsbaugesellschaft ein. Sie
3251 soll als Partnerin der bereits bestehenden Wohnungsgenossenschaften und
3252 kommunalen Wohnungsunternehmen angelegt werden, nicht als deren Ersatz
3253 oder Gegenspielerin. Sie soll vor allem gestoppte Projekte übernehmen
3254 beziehungsweise als Endinvestorin auftreten und damit auch Vorhaben von
3255 Genossenschaften oder ihren Verbundunternehmen wirtschaftlich möglich
3256 machen. Gleichzeitig sollen Wohnungen geschaffen werden, die nicht aus der
3257 Sozialbindung fallen. Die Landeswohnungsbaugesellschaft soll auch dort aktiv
3258 werden, wo weder Genossenschaften noch kommunale Wohnungsunter-
3259 nehmen bezahlbaren Wohnraum anbieten.

3260

3261 **Junges Wohnen**

3262 Die Wohnraumsituation ist besonders für Studierende und Azubis in Sachsen-
3263 Anhalt schwierig. Bei Wohnheimplätzen gibt es eine Unterversorgung: Die
3264 Plätze wurden in den vergangenen Jahren noch verringert, weniger als
3265 10 Prozent der Studierenden bekommen einen Wohnheimplatz. Seit 2013
3266 wurden keine Wohnheimzimmer neu gebaut, die vorhandenen sind
3267 modernisierungs-bedürftig. Auch das vom Bund dafür aufgelegte Programm
3268 „Junges Wohnen“ blieb bisher wenig genutzt. Auch für Auszubildende gibt es in
3269 Sachsen-Anhalt nicht genügend Wohnheimplätze. Davon betroffen sind
3270 insbesondere Auszubildende, die an den Berufsschulen in regional
3271 übergreifenden Klassen ausgebildet werden.

3272

3273 Wir wollen:

- 3274 • das Bundesförderprogramm für „Junges Wohnen“ mit einem deutlich
3275 höheren Landesmittel-Anteil ausstatten, damit Auszubildende ebenso
3276 von Wohnheimplätzen profitieren können,
- 3277 • die Förderhöhe je Objekt so hoch gewähren, dass sich die Investition
3278 trotz Mietpreisbindung trägt,
- 3279 • dass die Belegungsbindung beim „Jungen Wohnen“ unbefristet ist.

3280

3281 **Städtebau und Leerstand**

3282 Die Verödung der Innenstädte ist seit Jahren eine auffällige Entwicklung. Auch
3283 Kleingewerbe und der Mittelstand sowie kulturelle Einrichtungen leiden unter
3284 explodierenden Gewerbemieten. Die Linke setzt sich für Nachnutzung und
3285 moderate Verdichtung bestehender Siedlungsflächen ein sowie für klima-
3286 neutralen Neubau. Eine unkontrollierte Zersiedelung durch Neubauten am
3287 Stadtrand und auf der grünen Wiese lehnen wir ab.

3288

3289 Wir wollen:

- 3290 • ein Förderprogramm um Plattenbauten aus DDR-Zeiten durch
3291 Aufwertung, Wohnungszusammenlegung und Geschossrückbau
3292 attraktiver zu machen,
- 3293 • das Bauen mit alternativen Baustoffen wie Holz, Stroh oder Lehm
3294 fördern,
- 3295 • die Rückläufe aus dem Landesanteil früherer Förderungen weiterhin
3296 zweckgebunden dem Wohnraumförderfonds und der Förderung für
3297 Umbaumaßnahmen, Schuldenentlastung, Wiederertüchtigung von
3298 Leerstand zufließen lassen,
- 3299 • den Stadtumbau mit öffentlicher Beteiligung zur Quartiersentwicklung
3300 fortführen,
- 3301 • gegen den Leerstand die Auflage eines neuen Stadtumbauprogramms bis
3302 2035 für den Rückbau und Aufwertung im Bestand finanzieren.

3303

3304 Wir setzen auf Wohnen als Menschenrecht. Der soziale Wohnungsbau muss in
3305 Sachsen-Anhalt wieder angestoßen und gefördert werden. Niemand soll ohne
3306 Dach über dem Kopf leben müssen!

3307 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

3308

3309

3310 **9. Industriepolitik/ Wirtschaftspolitik**

3311

3312 **Gute Arbeit, starke Rechte, demokratische Mitbestim-**
3313 **mung**

3314

3315 Arbeit darf nicht arm machen, sie muss Sicherheit, Respekt und Perspektive
3316 geben. In Sachsen-Anhalt schaffen Millionen Menschen jeden Tag Werte – in
3317 Werkstätten, Fabriken, Pflege, Handel und Verwaltung. Doch zu oft sind Jobs
3318 unsicher, Löhne niedrig, Mitbestimmung fehlt. Das wollen wir ändern: Arbeit soll
3319 stärken, Einkommen sichern und Zukunft gestalten.

3320

3321 **Arbeit, die schützt, stärkt und würdigt**

3322 Gute Arbeit heißt: sichere Jobs, planbare Arbeitszeiten und faire Bedingungen –
3323 für alle Beschäftigten.

3324

3325 Unser Anspruch:

3326

- Recht auf Vollzeit und Rückkehrrecht aus Teilzeit,

3327

- sechs Wochen Urlaub für alle Beschäftigten,

3328

- langfristig die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn,

3329

- Schutz vor Überlastung durch Digitalisierung und mobile Arbeit,

3330

- ein gesetzlich gestärkter Arbeits- und Gesundheitsschutz,

3331

- familienfreundliche Schichtmodelle,

3332

- keine Ausnahmen vom Mindestlohn und keine Abwertung unter Tarif von

3333

- Zuschlägen für Nacht- und Schichtarbeit, Feiertage und Überstunden.

3334

3335 **Tarifbindung stärken - faire Löhne sichern**

3336 Wo Tarif gilt, geht es den Menschen besser. Doch immer weniger Betriebe
3337 zahlen ihn noch – das drückt Löhne und mindert Lebensqualität. Wir wollen die
3338 Tarifbindung wieder zur Regel machen.

3339

3340 Dafür fordern wir:

3341

- einen Vergabemindestlohn von 16,50 Euro pro Stunde, gekoppelt an
Inflation und Tarifentwicklungen,

3342

- die Einführung eines konsequenten Vergabegesetzes und Umsetzung
des Vergabemindestlohns,

3343

- die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen zu erleichtern –
Blockaden der Arbeitgeber zu beenden.

3344

3345

3346

3347

3348 Faire Löhne sind kein Luxus, sondern Grundlage von Würde, Kaufkraft und
3349 regionaler Stärke.

3350

3351 **Mitbestimmung - Demokratie im Betrieb**

3352 Wer jeden Tag Werte schafft, muss auch über deren Zukunft mitbestimmen
3353 können. Doch noch immer entscheiden Vorstände über Schließungen und
3354 Verlagerungen, während Beschäftigte die Folgen tragen. Diese Entmachtung im
3355 Namen der Wettbewerbsfähigkeit ist politisch gewollt – und sie schwächt
3356 unsere Demokratie.

3357

3358 Wir wollen das ändern: Mitbestimmung muss zur Selbstverständlichkeit werden
3359 – nicht zur Ausnahme. Beschäftigte wissen am besten, wie Transformation
3360 gelingt, wie Standorte gesichert und neue Märkte erschlossen werden.

3361

3362 Wir fordern:

- 3363 • Mitentscheidungsrechte der Betriebsräte bei Investitionen,
3364 Standortfragen und Digitalisierung,
- 3365 • harte Sanktionen gegen Union Busting und die Behinderung von
3366 Betriebsratsarbeit,
- 3367 • Betriebsratsförderung durch Bildung, Gesundheit und Weiterbildung,
- 3368 • ein Landesprogramm zur Unterstützung von betrieblicher Mitbestimmung
3369 in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU).

3370

3371 **Demokratische Wirtschaft - Zukunft gemeinsam gestalten**

3372 Sachsen-Anhalt darf kein Land der billigen Arbeit und schwachen Mitbestim-
3373 mung sein. Wir wollen eine Wirtschaft, die den Menschen dient – nicht nur
3374 Konzernzentralen und Profiten. Transformation, Investitionen und Innovation
3375 müssen von unten mitgestaltet werden: durch Beschäftigte, Gewerkschaften,
3376 Wissenschaft und Kommunen.

3377

3378 Unsere Perspektive:

- 3379 • Zukunftsinvestitionen in Industrie und Schlüsselbranchen demokratisch
3380 planen,
- 3381 • nachhaltige Produktionsweisen und sichere Arbeitsplätze schaffen,
- 3382 • öffentliche Mittel für gemeinwohlorientierte Technologien einsetzen statt
3383 Profite zu privatisieren.

3384

3385 Unsere Forderungen:

- 3386 • Aufbau regionaler Wirtschafts- und Transformationsräte für
3387 demokratische Planung,
- 3388 • engere Verzahnung von Wirtschaft, Forschung, Hochschulen und
3389 Bevölkerung,
- 3390 • gemeinwohlorientierte öffentliche Investitionen gezielt lenken,
3391 • Wirtschaft solidarisch, gerecht und nachhaltig gestalten.

3392

3393 Ziel ist eine Wirtschaft, die Arbeitsplätze sichert, Transformation vorantreibt
3394 und allen Menschen eine Stimme gibt – solidarisch, sozial-ökologisch und
3395 demokratisch.

3396

3397 **Faire Arbeitsmigration und Schutz vor Ausbeutung**

3398 Sachsen-Anhalt steht vor einem tiefgreifenden demografischen Wandel: Viele
3399 Fachkräfte gehen in Rente, ganze Branchen suchen dringend Personal – von
3400 Landwirtschaft und Bau bis Pflege und Produktion. Gleichzeitig arbeiten viele
3401 Menschen aus dem Ausland unter Bedingungen, die weder fair noch würdig
3402 sind: Leiharbeit in der Ernte, prekäre Beschäftigung am Bau, fehlende Rechte
3403 und langwierige Anerkennungsverfahren. Diese Realität gefährdet Beschäftigte,
3404 schwächt Tarifstandards und belastet ganze Regionen.

3405

3406 Sachsen-Anhalt braucht eine klare Linie: Arbeitsmigration fair gestalten, Rechte
3407 sichern und Fachkräfte wirklich integrieren – statt Ausbeutung, Bürokratie und
3408 Lohnkonkurrenz.

3409

3410 Wir fordern:

- 3411 • klare Regeln für faire Arbeit: konsequente Kontrolle von Leiharbeit,
3412 Werkverträgen und Subunternehmen in Landwirtschaft, Bau und Logistik
3413 – mit Schwerpunktprüfungen durch „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“ und
3414 Landesbehörden,
- 3415 • gleichen Lohn für gleiche Arbeit: landesweite Vorgaben, dass öffentliche
3416 Aufträge nur an Unternehmen gehen, die tarifgebunden zahlen und keine
3417 Ausbeutungsmodelle nutzen,
- 3418 • schnelle Anerkennung von Berufsabschlüssen: Das Land investiert in
3419 Anerkennungsstellen, digitale Verfahren, Sprachförderung und Beratung
3420 – damit Fähigkeiten schnell zum Tragen kommen und Fachkräfte nicht in
3421 prekäre Jobs gedrängt werden. Das stärkt Wirtschaft, Verwaltung,
3422 Gesundheit und Industrie gleichermaßen.
- 3423 • Rechte stärken, Missbrauch stoppen: härtere Sanktionen bei Ausbeutung
3424 sowie landesweite Beratungsstellen für Arbeitsmigrant:innen, unterstützt
3425 von Gewerkschaften – damit Betroffene ihre Rechte kennen und
3426 durchsetzen können
- 3427 • Integration in Betriebe und Regionen: Förderprogramme für Betriebe, die
3428 Migrant:innen qualifizieren, weiterbilden und langfristig übernehmen –
3429 statt rotierender Ausbeutungsmodelle durch Leiharbeitsfirmen.

3430

3431 Sachsen-Anhalt braucht Arbeitsmigration – nicht trotz, sondern wegen des
3432 demografischen Wandels. Wenn Menschen hier arbeiten wollen, verdienen sie
3433 Respekt, Sicherheit und echte Zukunftschancen. Faire Regeln schützen nicht
3434 nur die Beschäftigten, sondern auch die regionalen Betriebe, Handwerks-
3435 betriebe und die Tarifstandards, die unser Land tragen. So entsteht eine
3436 Arbeitswelt, in der Migration nicht länger Ausbeutung bedeutet. Wir wollen faire
3437 Chancen, sichere Jobs und gemeinsame Stärke für unser Land.

3438 **Sachsen-Anhalts Wirtschaft neu denken**

3439

3440 **Transformation und Strukturwandel – Industriepolitik**

3441 Wir wollen eine Wirtschaft für alle, die nicht nur auf einzelne Leuchtturm-
3442 projekte ausgerichtet ist, sondern Beschäftigte, Konsument:innen, Unter-
3443 nehmen, Handwerk und die Daseinsvorsorge gleichermaßen in den Blick nimmt.

3444

3445 Dazu gehören:

- 3446 • eine verlässliche Infrastruktur,
- 3447 • qualifizierte Arbeitskräfte,
- 3448 • Bildung, Forschung und Innovation
- 3449 • und hohe Umwelt- und Menschenrechtsstandards.

3450

3451 Wir setzen auf eine resiliente, regional verankerte Wirtschaft, die Wohlstand
3452 und soziale Stabilität schafft – nicht nur Profite für einige Wenige. Sachsen-
3453 Anhalt braucht dafür eine aktive, demokratische Industriepolitik, die Beschäfti-
3454 gung sichert, Transformation gestaltet und regionale Wertschöpfung stärkt –
3455 statt Abhängigkeiten zu vertiefen.

3456

3457 **Stand der Dinge – Herausforderungen**

3458 Sachsen-Anhalt steht vor tiefgreifenden wirtschaftlichen Herausforderungen:
3459 Alte Strukturen brechen weg, die Chemie- und Automobilzulieferindustrie
3460 stehen unter Druck durch steigende Energiepreise, internationale Konkurrenz
3461 und den Klimawandel. Viele kleine und mittlere Unternehmen sowie das
3462 Handwerk kämpfen um ihre Existenz, Fachkräfte fehlen, und Regionen drohen
3463 abgehängt zu werden.

3464

3465 Die bisherigen Landesregierungen haben oft auf Großprojekte gesetzt und die
3466 soziale und ökologische Zukunft der Wirtschaft aus dem Blick verloren.
3467 Stillstand und Abhängigkeit von einzelnen Konzernen gefährden Arbeitsplätze,
3468 Wertschöpfung und die Perspektiven der Menschen vor Ort.

3469

3470 Eine aktive Industriepolitik für Sachsen-Anhalt verbindet deshalb regionale
3471 Wertschöpfung mit einer verantwortungsvollen, ressourcenschonenden und
3472 kreislauforientierten Wirtschaft, die ökologische Belastungen reduziert und die
3473 natürlichen Lebensgrundlagen schützt.

3474

3475 Denn Sachsen-Anhalt kann mehr: Arbeitsplätze sichern, Regionen stärken und
3476 Klimaschutz vorantreiben. Es ist höchste Zeit, die Transformation aktiv, sozial
3477 gerecht und demokratisch zu gestalten – als Chance für Beschäftigte, Regionen
3478 und Klimaschutz.

3479

3480 **Investitionsprogramm für den sozial-ökologischen Umbau.**

3481 Wir engagieren uns für einen Wirtschaftsfonds für den Umbau der Industrie, die
3482 Unterstützung des Mittelstands und des Handwerks. Durch den Investitions-

3483 fonds können Unternehmen mit langfristigen Krediten oder im Austausch für
3484 Gesellschaftsanteile zukunftsfähig aufgestellt werden. Der Fonds kann
3485 beispielsweise für einen klimagerechten Umbau, aber auch für die Umstellung
3486 auf neue Produktionsverfahren genutzt werden. Er soll dabei die Gewinne aus
3487 Beteiligungen oder Krediten reinvestieren, um sich fortlaufend zu verstetigen
3488 und sein Angebot stetig zu erweitern.

3489
3490 Wir wollen:

- 3491 • **langfristige Investitionen statt Subventionen** – Kredite und Beteiligun-
3492 gen zur klimaneutralen Umstellung, Modernisierung und Transformation
3493 von Unternehmen,
- 3494 • **Sozial-ökologische Transformation** – Investitionen werden an Tarifbin-
3495 dung, Standortgarantie und gemeinwohlorientierte Produktionsverfahren
3496 gekoppelt,
- 3497 • **Beteiligung statt Abhängigkeit** – Unternehmen können sich am Fonds
3498 beteiligen – finanziell oder projektbezogen –, um so gemeinsam die wirt-
3499 schaftliche Entwicklung zu gestalten,
- 3500 • **Sicherung von Arbeit und Mitbestimmung:** Wenn Betriebe in die Krise
3501 geraten, erhalten Beschäftigte das Recht, sie **kollektiv oder genossen-**
3502 **schaftlich zu übernehmen.** So bleibt Wissen erhalten, und Arbeit wird
3503 selbstbestimmt fortgeführt.
- 3504 • **Demokratische Mitbestimmung** – die Bewirtschaftung des Fonds und
3505 Investitionsentscheidungen erfolgen gemeinsam mit Beschäftigten, Ge-
3506 werkschaften, Wissenschaft und Kommunen,
- 3507 • **Weiterbildung und Zukunftskompetenzen:** Jede Förderung wird mit
3508 Qualifizierungsprogrammen verbunden – damit niemand im Wandel zu-
3509 rückbleibt.

3510
3511 So entsteht eine Industriepolitik, die nicht Subventionen verteilt, sondern
3512 Zukunft gestaltet - mit Planung, Beteiligung und Innovation.

3513

3514 **Strukturwandel demokratisch gestalten**

3515 Wir engagieren uns für sozial gerechten und demokratisch und planvoll
3516 gestalteten Strukturwandel – gemeinsam mit den Menschen vor Ort. Sachsen-
3517 Anhalt steht im Zentrum eines gewaltigen Umbruchs. Der Abschied von fossilen
3518 Rohstoffen und das Ende überholter Exportmodelle sind unausweichlich.

3519

3520 Nur wenn alle mitbestimmen, entsteht aus Wandel Vertrauen – und aus
3521 Vertrauen Zukunft.

3522

3523 Wir wollen:

- 3524 • **Ein Landesprogramm „Klimaschutz in der Industrie“:** Förderung von
3525 kleinen und mittleren Unternehmen mit Zuschüssen für Klimaschutzpro-
3526 jekte sowie zinslosen, langfristigen Krediten für die Umstellung auf klima-
3527 neutrale Produktionsverfahren.

- 3528 • **Starke Industrie, starke Netze:** Wir sichern Schlüsselbranchen und in-
3529 vestieren in Zukunftsinfrastruktur – leistungsfähige Strom- und Wasser-
3530 stoffnetze, flächendeckende Ladepunkte und digitale Anbindungen. So
3531 bleibt Sachsen-Anhalt Industrieland mit Zukunft.
- 3532 • **Regionale Wertschöpfung statt verlängerter Werkbank:** Industriepolitik
3533 soll die Wertschöpfung in Sachsen-Anhalt halten, Mitbestimmung stärken
3534 und regionale Wirtschaftskreisläufe fördern – statt Abhängigkeit von in-
3535 ternationalen Konzernen zu vertiefen.
- 3536 • **Energiewende als Jobmotor:** Sachsen-Anhalt hat beste Voraussetzungen
3537 für Solar- und Windenergie. Wir nutzen sie für neue Arbeitsplätze,
3538 sinkenden Energieverbrauch, Energieeffizienz und nachhaltige Produk-
3539 tionsketten.
- 3540 • **Mobilitätswende als Innovationsmotor:** Wir machen Sachsen-Anhalt
3541 zum Herzstück nachhaltiger Mobilität – mit klimaneutraler Produktion,
3542 Leichtbau und Elektromobilität „Made in Sachsen-Anhalt“. Der Ausbau
3543 von Lade- und Gleisinfrastruktur schafft neue Industriearbeitsplätze und
3544 stärkt regionale Wertschöpfung.
- 3545 • **Demokratische Gestaltung des Wandels:** Bürger:innen sollen mitgestal-
3546 ten, mitbestimmen und Verantwortung tragen. Wo Demokratie den Um-
3547 bau lenkt, wächst Vertrauen – und aus Wandel entsteht Zukunft.
- 3548 • **Soziale Sicherheit im Wandel:** Überleitungsgesellschaften sichern Be-
3549 schäftigung, Weiterbildung und neue Perspektiven, damit niemand im
3550 Strukturwandel zurückbleibt.

3551

3552 **Unser Ziel:** Industrielle Transformation als Chance – für Beschäftigte, Regionen
3553 und Klimaschutz. Arbeitsplätze bleiben erhalten, Industrie wird **grün, innovativ**
3554 **und demokratisch gesteuert.**

3555

3556 **Automobilindustrie stärken – Innovation und Arbeit sichern**

3557 Wir engagieren uns für den Aufbau einer regionalen, nachhaltigen und sozial
3558 gerechten Automobilindustrie. Die Automobilindustrie und ihre Zulieferer in
3559 Sachsen-Anhalt beschäftigen rund 30.000 Menschen. Doch **steigende**
3560 **Energie- und Produktionskosten, fehlender Kurs bei der Elektromobilität und**
3561 **wachsende internationale Konkurrenz** setzen viele Betriebe massiv unter
3562 Druck. CDU, SPD, Grüne und FDP haben hier lange auf **Planlosigkeit und**
3563 **Abwarten** gesetzt, statt eine klare Strategie für Transformation und Arbeits-
3564 platzsicherung zu entwickeln. Das gefährdet **Arbeitsplätze, regionale**
3565 **Wertschöpfung und die Zukunft unserer Industrie.**

3566

3567 Wir wollen:

- 3568 • **Diversifizierung der Produktion** durch Batterietechnologie, E-Mobili-
3569 tät, Leichtbau, Schiene und nachhaltige Mobilität,
- 3570 • **Investitions- und Innovationsförderung**, in dem wir Betriebe bei der
3571 Umstellung auf nachhaltige und energieeffiziente Produktionspro-
3572 zesse, Forschung an neuen Technologien und Erschließung zukunfts-
3573 fähiger Märkte unterstützen,

- 3574
3575
3576
3577
3578
3579
3580
3581
3582
- **Transformationsnetzwerke entwickeln**, in dem wir die Zusammenarbeit mit Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Zulieferbetrieben stützen,
 - **einen Rettungsschirm für kritische Zulieferbetriebe** zum Schutz für Betriebe, die systemrelevant für die Wertschöpfungsketten sind,
 - **regionale Wertschöpfung durch** kurze Lieferketten, lokale Produktion und den Ausbau von Zuliefernetzwerken innerhalb Sachsen-Anhalts, um Abhängigkeiten von internationalen Konzernen zu reduzieren.

3583 Mit diesen Maßnahmen kann Sachsen-Anhalt seine Automobilindustrie nicht nur
3584 sichern, sondern **zu einem Leuchtturm für nachhaltige, innovative und sozial**
3585 **verantwortliche Produktion** machen – ein Ort, an dem Beschäftigte, Betriebe
3586 und Regionen gemeinsam eine **starke und zukunftsfähige Wirtschaft**
3587 gestalten.

3588 3589 **Chemie- und Grundstoffindustrie - Transformation sichern, Zukunft** 3590 **gestalten**

3591 Wir engagieren uns für eine klare Linie: **Klimaschutz, Versorgungssicherheit**
3592 **und industrielle Stärke gemeinsam denken**. Die chemische und energie-
3593 intensive Industrie ist das industrielle Herz Sachsen-Anhalts – von Leuna bis
3594 Schkopau. Doch hohe Energiepreise, globale Konkurrenz und drohende
3595 Standortverlagerungen gefährden Betriebe und Beschäftigung. Die Landes-
3596 regierung hat bislang nur kurzfristig reagiert, statt langfristig zu planen.

3597
3598 Wir wollen:

- 3599
3600
3601
3602
3603
3604
3605
3606
3607
3608
3609
3610
3611
3612
3613
- **faire Energiepreise für den Wandel** – Energie- und CO₂-Kosten in Um-
bauphasen senken – gekoppelt an gute Arbeit, Klimaschutz und sichere
Standorte,
 - **klimaneutral produzieren, Zukunft sichern** – Unterstützung beim Um-
stieg auf saubere, kreislauforientierte Verfahren – mit starker öffentlicher
Hand und Forschung an der Seite der Betriebe,
 - **grüne Wasserstoffinfrastruktur aufbauen und sichern** – Aufbau einer
landesweiten Wasserstoffinfrastruktur, die verlässlich, bezahlbar und –
wenn nötig – **in öffentlicher Hand** bleibt,
 - **verbindliche Transformationsverträge** – Planungssicherheit durch klare
Investitions- und Beschäftigungsgarantien, neue Wertschöpfung im Be-
reich grüner Grundstoffe und die aktive Förderung der Elektrochemie,
 - **keine Werksschließung ohne Perspektive** – Arbeitsplätze, Wissen und
Strukturen für kommende Generationen sichern.

3614 Mit diesen Maßnahmen kann Sachsen-Anhalt seine Chemie- und Grundstoff-
3615 industrie nicht nur sichern, sondern **zu einem Leuchtturm für nachhaltige,**
3616 **klimafreundliche Produktion** machen – ein Ort, an dem **Arbeitsplätze,**
3617 **regionale Stärke und die Leistungen der Industrie** Hand in Hand gehen.
3618

3619 **Handwerk – Rückgrat der Transformation, Herz der Regionen**

3620 Wir engagieren uns für ein starkes, modernes Handwerk, das gute Arbeit
3621 schafft und die Energiewende mitgestaltet – in Werkstätten, auf Baustellen und
3622 in unseren Städten und Dörfern. Das Handwerk ist das Rückgrat unserer
3623 Wirtschaft – regional verwurzelt, unverzichtbar für Klimaschutz, Alltag und
3624 Zusammenhalt. Doch viele Betriebe kämpfen mit steigenden Kosten,
3625 Fachkräftemangel und fehlender Perspektive. Zu lange haben CDU, SPD und
3626 FDP auf Marktkräfte vertraut, statt das Handwerk als Schlüssel für die sozial-
3627 ökologische Transformation zu stärken.

3628
3629 Wir wollen:

- 3630 • **ein Landesprogramm „Handwerk 2035“** – Investitionen in klimaneutrale
3631 Produktion, Energieeffizienz und digitale Werkzeuge,
- 3632 • **frühzeitige Berufsorientierung** – praxisbezogener Unterricht und ver-
3633 pflichtende Schüler:innenpraktika, damit junge Menschen das Handwerk
3634 erleben und erlernen,
- 3635 • **Betriebe in Beschäftigtenhand** – Unterstützung bei Nachfolge und ge-
3636 nossenschaftlicher Übernahme, um Arbeitsplätze und Wissen zu sichern,
- 3637 • **regionale Wertschöpfung** – öffentliche Aufträge an lokale Betriebe – fair,
3638 transparent und zukunftsorientiert,
- 3639 • **Ausbildung stärken** – kostenfreie Meisterqualifikation, Weiterbildung in
3640 Zukunftsbranchen wie Gebäudesanierung, Photovoltaik und Wärmetechni-
3641 nik.

3642
3643 Ein starkes Handwerk bedeutet starke Regionen, sichere Arbeit und Zukunft
3644 zum Anpacken. Sachsen-Anhalt wächst dort, wo Menschen mit ihren Händen
3645 und Herzen gestalten – gemeinsam, solidarisch und zuversichtlich.

3646 3647 **Tourismus und Gastronomie – Stark, resilient und regional verwurzelt**

3648 Wir engagieren uns für eine Politik, die **Tourismus nachhaltig, krisenfest und**
3649 **sozial gestaltet.**

3650 Tourismus und Gastronomie sind für Sachsen-Anhalt mehr als Ferien: Sie
3651 schaffen Arbeitsplätze, beleben Städte und Dörfer und machen unsere
3652 kulturelle Vielfalt sichtbar und das Land attraktiv. Doch die Branche ist
3653 verwundbar: Klimawandel, Fachkräftemangel, steigende Kosten und unsichere
3654 Rahmenbedingungen belasten viele Betriebe. Zugleich zeigt der Trend klar:
3655 Menschen suchen regionale Erlebnisse, Natur, Kultur und Authentizität.

3656
3657 Wir wollen diese Zukunft aktiv ermöglichen: durch starke Regionen und gute
3658 Arbeitsbedingungen, die junge Menschen wieder für das Gastgewerbe
3659 begeistern. Tourismus und Gastronomie müssen widerstandsfähig, lokal
3660 eingebettet und sozial gerecht werden. Klimaresilienz, regionale Kreisläufe und
3661 faire Arbeit bilden dafür das Fundament. Wir verbinden Förderung mit klaren
3662 sozialen Standards und einer Strategie, die Menschen, Regionen und Natur
3663 schützt.

3664 Wir wollen:

- 3665 • **klimaresiliente Tourismusentwicklung** – Landesprogramm für Hitze-
3666 und Hochwasserschutz, nachhaltige Rad- und Wanderwege und
3667 Naturrauminfrastruktur, klimaangepasste Besucherlenkung,
- 3668 • **regionale Angebote stärken** – Förderung an lokale Anbieter binden,
3669 Kultur- und Naturtourismus ganzjährig unterstützen, Jugend und
3670 Schülerangebote ausbauen,
- 3671 • **Gastronomie sichern** – zielgerichtete Investitionshilfen für
3672 Energieeffizienz und Modernisierung auch im ländlichen Raum,
- 3673 • **Nachwuchs gewinnen** – verpflichtende Schüler:innenpraktika,
3674 praxisnahe Schulmodule und regionale Ausbildungs-offensiven in
3675 Hotellerie und Gastronomie,
- 3676 • **Nachhaltige Mobilität** – bessere ÖPNV-Anbindung touristischer Orte,
3677 Rad- und Wanderwege modernisieren und verstetigen.

3678

3679 Ein widerstandsfähiger, an der Bevölkerung orientierter und klimafester
3680 Tourismus stärkt Sachsen-Anhalt und seine Menschen. Wenn Regionen
3681 profitieren, Beschäftigte geschützt sind und Natur bewahrt wird, entsteht ein
3682 Tourismus, der Zukunft gibt – für das Land und die, die hier leben.

3683

3684 **Maschinenbau als Innovationsmotor - Regional, souverän, gerecht**

3685 Wir engagieren uns für eine klare Strategie: Produktion diversifizieren,
3686 technologische Souveränität sichern und gute Arbeit schützen. Der
3687 Maschinenbau hat nicht nur im Umland von Magdeburg eine lange Tradition,
3688 nein, er bildet seit Jahrzehnten das Rückgrat der Industrie in Sachsen-Anhalt.
3689 Doch steigende Energiepreise, Konkurrenz und der Transformationsdruck durch
3690 den Klimawandel, setzen vielen Betrieben zu.

3691

3692 Wir wollen:

- 3693 • **Diversifizierung der Produktion** – Förderung von Betrieben bei der Um-
3694 stellung auf die Produktion von Batteriespeichern, Wärmepumpen oder
3695 Anlagen für Rechenzentren der KI-Wirtschaft,
- 3696 • **technologische Stärke ausbauen** – Investitionen in moderne Fertigungs-
3697 verfahren, Energiespeicher und Automatisierung werden direkt gefördert,
- 3698 • **Lieferketten widerstandsfähig machen** – kritische Komponenten regional
3699 und europäisch absichern und produzieren und dadurch weniger Abhän-
3700 gigigkeit und mehr Stabilität schaffen.

3701

3702 So kann Sachsen-Anhalt seine Maschinenbau-Tradition zu neuem Leben
3703 erwecken: als Ort innovativer Technologien, gesicherter Arbeitsplätze und
3704 nachhaltiger, regionaler Wertschöpfung.

3705 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

3706

3707

3708

10. Sachsen-Anhalt in der Europäischen Union

3709
3710
3711

Stand der Dinge – Herausforderungen

3712 Die Welt befindet sich in einer verstärkten Auseinandersetzung um Einfluss-
3713 zonen bei der das Völkerrecht mit Füßen getreten wird, Handelspolitik als Waffe
3714 missbraucht wird, und auch der Einsatz von militärischen Mitteln zur Durch-
3715 setzung nationaler Interessen immer häufiger Realität wird. Nicht nur der Krieg
3716 in der Ukraine hat uns vor Augen geführt, wie unmittelbar diese Bedrohung für
3717 ein friedliches Leben in Sachsen-Anhalt geworden ist.

3718 Deswegen setzen wir uns für eine Entwicklung der Europäischen Union als
3719 Faktor des Friedens und der Anwendung des Völkerrechts ein. Wir wenden uns
3720 dagegen, die EU zu einem weiteren militärischen Akteur in der globalen
3721 Auseinandersetzung zu machen, weil dies die Welt noch unsicherer werden
3722 lässt und uns die notwendigen Mittel für den Aufbau einer sozialen Säule in der
3723 EU, einer solidarischen Regionalentwicklung und den notwendigen Umbau der
3724 Industrie raubt. Sachsen-Anhalt ist ein Land das stark in der Arbeitsteilung der
3725 EU verwoben ist. Nationalistische Abschottung würde unserer sozialen und
3726 ökonomischen Entwicklung massiven Schaden hinzufügen. Probleme wie die
3727 Energieversorgung und der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur lassen sich nur
3728 noch im europäischen Rahmen lösen.

3729

3730 Wir setzen uns ein für:

- 3731 • Demokratisierung der Europäischen Union im Sinne einer echten Gemein-
3732 schaft durch die Stärkung von plebiszitären Elementen, dem Europäi-
3733 schen Parlament gegenüber dem Rat der Europäischen Union und der
3734 Kommission,
- 3735 • dass der Ausschuss der Regionen gestärkt wird, indem er in die Entschei-
3736 dungsstruktur der EU-Institutionen einbezogen wird. Ziel ist eine stärkere
3737 Berücksichtigung lokaler Perspektiven und Erfahrungen bei der Politikge-
3738 staltung.
- 3739 • Stärkung der sozialen Rechte und der finanziellen Mittel für die Verbes-
3740 serung der sozialen Situation in der EU statt der Erhöhung von Militäraus-
3741 gaben aus dem EU-Haushalt,
- 3742 • den Ausbau der regionalen Verantwortung für den Einsatz von Kohäsi-
3743 onsmittel statt einer Verlagerung auf die nationale Ebene,
- 3744 • eine Europäische Union, die den globalen Süden als Partner begreift und
3745 in fairen internationalen Beziehungen unterstützt, um dort soziale und
3746 ökologische Entwicklungen voranzutreiben, statt sie zu verhindern,
- 3747 • die weitere Förderung der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in
3748 Sachsen-Anhalt.

3749

3750 Die Linke in Sachsen-Anhalt fühlt sich den Vorstellungen eines geeinten,
3751 demokratischen, fortschrittlichen und sozialen Europas verbunden, wie es von
3752 Linken als Antwort auf die verheerenden nationalistischen Kriege in der ersten
3753 Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelt worden ist.

3754 Im Übrigen sind wir der Meinung, Frontex gehört abgeschafft!

3755 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

3756

3757

3758 **11. Migration**

3759

3760 **Der Abwanderung entgegentreten – Zukunft hier gestalten**

3761

3762

3763 **Für ein offenes und chancenreiches Sachsen-Anhalt**

3764 Wo andere Angst schüren, schaffen wir Chancen. Wo andere ausgrenzen,
3765 integrieren wir. Wo andere von Überfremdung reden, gestalten wir gemeinsam
3766 die Zukunft. Wir stehen für eine Politik, die Vielfalt als Stärke nutzt.

3767

3768 **Vielfalt als Überlebensfrage und Chancenfaktor**

3769 Die Bevölkerung Sachsen-Anhalts ist vielfältig. Menschen mit Wanderungs-
3770 geschichte sind überall im Land Normalität; sie sind Freund:innen,
3771 Nachbar:innen, Kolleg:innen, Kamerad:innen bei Feuerwehr und im Sportverein.
3772 Die hier aufwachsenden Kinder und Jugendlichen sind für uns nicht 2. Gene-
3773 ration Migrant:innen, sondern erste Generation Sachsen-Anhalter! Diese Vielfalt
3774 wollen wir erhalten und stärken. Sie ist grundlegend für unser Zusammenleben
3775 und damit auch für alle Integrationsprozesse.

3776 Denn wirkliche Integration entsteht nicht durch Abschottung und Angst-
3777 Rhetorik. Integration passiert dort, wo Menschen willkommen sind, wo
3778 Qualifikationen anerkannt werden und wo Zusammenhalt gelebt wird. Sachsen-
3779 Anhalt hat eine demografische Überlebensfrage: Wir brauchen Menschen, die
3780 einzahlen, Steuern zahlen, Sachverstand mitbringen und Regionen lebendig
3781 halten. Migration ist nicht Problem, sondern Lösung. Vielfalt ist nicht
3782 Bedrohung, sondern Chance. Wir setzen auf eine Integrations- und
3783 Zuwanderungspolitik, die Menschen stärkt statt ausschließt – eine Politik, die
3784 mit Realitäten arbeitet statt Fantasien zu verkaufen.

3785

3786 Am Gelingen oder Scheitern von Integration entscheidet sich, wohin sich unser
3787 Land in Zukunft entwickelt. Sachsen-Anhalt schrumpft systematisch. Ohne
3788 Zuwanderung wird die Bevölkerung in den kommenden Jahren deutlich kleiner.
3789 Das Durchschnittsalter steigt, während immer weniger junge Menschen da sind,
3790 die einzahlen und arbeiten. Ein gutes Leben sollte für jeden möglich sein, egal,
3791 ob eingewandert oder nicht. Das ist die zentrale Überlebensfrage unseres
3792 Landes.

3793

3794 Die Fakten sind eindeutig:

- 3795 • **Demografisches Desaster ohne Migration:** Es werden weniger
3796 Menschen geboren als sterben. Ohne Zuwanderung ist die

- 3797 demografische Katastrophe mathematisch garantiert. Migration ist nicht
3798 Option, sondern Überlebensfrage.
- 3799 • **Fachkräftemangel verschärft sich dramatisch:** Überall fehlen qualifi-
3800 zierte Menschen. Jede zweite offene Stelle bleibt unbesetzt. Ohne
3801 ausländische Arbeitskräfte kollabiert die Wirtschaft.
 - 3802 • **Rentensystem ist akut bedroht:** Soziale Ungleichheit, sinkende Löhne,
3803 Abwanderung und der demografische Wandel setzen es massiv unter
3804 Druck. Migration ist ein Baustein, um daran etwas zu ändern.
 - 3805 • **Zuwanderer sind überwiegend jung und qualifiziert:** Sie bringen genau
3806 die Altersstruktur mit, die Sachsen-Anhalt dringend braucht. Sie sind
3807 Überlebensfaktor.

3808

3809 Was das für Sie bedeutet:

- 3810 • **Ihre Rente ist nur sicher, wenn junge Menschen einzahlen:** Ohne
3811 Migration schrumpft die Erwerbstätigen-Basis dramatisch.
- 3812 • **Ihr Pflegeheim kann nicht mehr betrieben werden:** Die Pflegebranche
3813 kollabiert ohne Fachkräfte aus dem Ausland.
- 3814 • **Ihre Region verödet:** Junge Familien brauchen Schulen, Kitas und
3815 Perspektiven. Neue Bewohner mit Zielen verhindern den Abstieg.
- 3816 • **Ihre Wirtschaft kann nicht wachsen:** Fachkräftemangel ist der
3817 limitierende Faktor. Betriebe bauen ab oder verlagern, wenn die
3818 Menschen fehlen.
- 3819 • **Ihrer Grundversorgung fehlt Personal:** Handwerker, Gastronomen,
3820 Pflegekräfte, Ärzte - überall fehlen Menschen, die täglich für uns
3821 arbeiten.

3822

3823 **Integration als Investition statt Furcht**

3824 Nicht Abschreckung, sondern Willkommen. Nicht Diskriminierung, sondern
3825 Qualifizierung. Nicht Abschottung, sondern aktive Gestaltung der Migration.
3826 Sachsen-Anhalt macht aus Zuwanderung bewusst Ankommen – durch Struktur,
3827 Unterstützung und echte Chancen. Jede gut integrierte Person bringt Steuern,
3828 Fachkräfte, Unternehmertum und demografische Erneuerung. Das ist
3829 Zukunftsinvestition, nicht Sozialausgabe.

3830

3831 **Sofortmaßnahmen für gelungene Integration:**

3832 Wir wollen Strukturen schaffen, um Integration für alle zugewanderten
3833 Menschen zu vereinfachen. Dazu werden wir das Aufnahmegesetz reformieren
3834 und ein Integrationsbudget auflegen, aus welchem bürokratiearm Mittel für die
3835 kommunale Familie für bessere Integration ausgereicht werden: von der
3836 Nachbarschaftshilfe über Willkommensinitiativen bis hin zu Spielplätzen oder
3837 Zuschüsse für Gemeindezentren. Ebenso werden wir in den Behörden und
3838 Verwaltungen in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus die besten Verfahren und
3839 Vorgehen finden, mit denen es gelingt, Integrationsprozesse zu verbessern. Wir
3840 haben bereits tolle Ansätze. Diese müssen ausgebaut werden.

3841 Mit gezieltem Bürokratie-Abbau können zum Beispiel Verfahren beschleunigt
3842 und Online-Möglichkeiten ausgebaut werden. Statt Behörden-Dschungel und
3843 Stellen, die alle nicht richtig zuständig sind, können „One-Stop-Shops“ und
3844 damit klare Zuständigkeiten geschaffen werden. Das Ehrenamt kann noch viel
3845 besser gestärkt werden. Wir werden genau die Verfahren anwenden und
3846 Strukturen schaffen, die helfen und sinnvoll sind.

3847

3848 **Willkommens-Offensive: Aus Zuzug wird Ankommen**

- 3849 • Wir wollen Berufsbezogene Deutschkurse ausbauen und besser fördern:
3850 Krankenpfleger:innen lernen Medizin-Deutsch, Handwerker Bau-Deutsch,
3851 Fachkräfte Fachsprache statt Allgemein-Deutsch.
- 3852 • Schnelle Anerkennung: Ausländische Berufsabschlüsse werden innerhalb
3853 von sechs Monaten anerkannt statt wie bisher oft nach jahrelangem
3854 Warten.
- 3855 • Messbares Ziel: 95 Prozent der Anerkennungsverfahren abgeschlossen
3856 innerhalb von sechs Monaten.
- 3857 • Geflüchtete werden zur selbstständigen Kontoführung berechtigt. Die
3858 diskriminierende Bezahlkarte wird sofort abgeschafft. Eine Ausweitung
3859 auf andere Bezieher:innen von Sozialleistungen lehnen wir kategorisch
3860 ab.
- 3861 • Digitale Lernplattformen und hybride Sprachkursformate ergänzen
3862 Präsenzkurse – wir wollen, gerade im ländlichen Raum, vereinfachen und
3863 digitale Möglichkeiten nutzen.

3864

3865 **Fachkräfte gewinnen: Qualifikation statt Verschwendung von Potenzial**

- 3866 • Asylbewerber:innen müssen sofort in den Arbeitsmarkt einsteigen
3867 können und sofort in die Zuständigkeit des Jobcenters fallen.
- 3868 • Brückenqualifizierung: zwölfmonatige Programme für ausländische
3869 Fachkräfte (Ärzt:innen, Ingenieur:innen, Handwerker:innen, um sie auf
3870 deutschen Standard zu bringen.
- 3871 • Duale Ausbildung International: Junge Menschen aus dem Ausland lernen
3872 Handwerk und Industrie von der Pike auf in regulären deutschen
3873 Betrieben.
- 3874 • Berufsberatung mehrsprachig: Arbeitsagenturen und Jobcenter beraten
3875 in Englisch, Arabisch, Polnisch, Russisch.
- 3876 • Unternehmens-Matching: Direkter Kontakt zwischen Fachkräften und
3877 einstellenden Betrieben.
- 3878 • Messbares Ziel: 8.500 der 17.000 fehlenden Fachkräfte bis 2030 durch
3879 gelungene Integration gewonnen.

3880

3881 **Interkulturelle Öffnung: Vielfalt in allen Institutionen**

- 3882 • Diversitätsstrategie für öffentlichen Dienst: wir wollen Neueinstellungen
3883 für Menschen mit Wanderungsgeschichte besser fördern. Sie in die
3884 Verwaltungen einzubinden ist Ausdruck einer wirklichen
3885 Willkommenskultur.

- 3886 • Mehrsprachige Verwaltung: Wichtige Behördengänge auf Englisch, Arabisch, Polnisch, Russisch möglich.
- 3887
- 3888 • Interkulturelle Kompetenz-Schulung sowie Schulungen für Personen in psychischen Ausnahmesituationen: Alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst, in Schulen, bei Polizei erhalten Trainings.
- 3889
- 3890
- 3891 • Lehrkräfte mit Migrationshintergrund: gezielte Werbung und Qualifizierung.
- 3892
- 3893 • Kulturelle Partizipation: Kurse, Kunst, Musik aus Herkunftsländern sind normal in Schulen und Kultureinrichtungen.
- 3894
- 3895 • Echte Entlastung der Strukturen: ein landesweiter Sprachmittlungsservice zugänglich für alle Mitarbeiter:innen im öffentlichen Dienst und in der medizinischen Versorgung, für effiziente Arbeit und gegenseitiges Verstehen in kritischen Situationen.
- 3896
- 3897
- 3898
- 3899

3900 **Kinder und Jugendliche: Integration der nächsten Generation**

- 3901 • Mentoring-Programme: Student:innen mit Migrationshintergrund begleiten Schüler:innen mit ähnlicher Geschichte, ältere Schüler:innen begleiten jüngere, Eltern, die sich bereits eingelebt haben, begleiten neu hinzugezogene.
- 3902
- 3903 • Sprachförderung bereits in Kitas: Niemand startet mit Sprachdefizit in die Schule.
- 3904
- 3905 • Eltern-Integration: Viele Eltern wollen Deutsch lernen, niedrigschwellige Angebote werden in Kitas und Schulgebäuden gemacht.
- 3906
- 3907 • Schulische Vielfalt als Normalität: Lehrpläne zeigen Vielfalt, Unterricht wird mehrsprachig bereichert, Integrationseffekte werden gemessen.
- 3908
- 3909 • Messbares Ziel: Sprachniveau im Deutschen für Kinder mit Migrationshintergrund gleichgestellt mit Kindern ohne bis 2030.
- 3910
- 3911
- 3912
- 3913

3914 **Integration und Arbeitsmarkt**

3915 Eine arbeitende Person mit Migrationshintergrund ist Steuerzahler, nicht Sozialfall. Gerade in vielen systemrelevanten Berufen der Grundversorgung arbeiten Menschen mit Einwanderungsgeschichte und sichern die Daseinsvorsorge. Und wer systemrelevante Arbeit leistet, den sollte man nicht an den Rand der Gesellschaft drängen – man sollte ihn würdigen: Tarifvertrag, Mindestlohn, Mitsprache. Auch diese Aspekte befördern Integration – und letztlich profitieren davon alle!

3922

3923 **Die Herausforderung: Potenziale werden verschwendet**

3924 20,3 Prozent der Menschen mit ausländischem Pass sind arbeitslos – das ist mehr als doppelt so viel wie bei der Gesamtbevölkerung (9 Prozent). Das liegt nicht am Willen, sondern an den Bedingungen: das ist strukturelle Diskriminierung. Denn gleichzeitig berichten Unternehmen von massivem Fachkräftemangel. Das ist keine Ungereimtheit, sondern Versagen von Integrationspolitik.

3928 Menschen, deren Qualifikationen nicht anerkannt werden, landen in unterbe-

3929

3930 zahlten Niedrig-Jobs und tauchen nicht im offiziellen Fachkräftemangel-Bericht
3931 auf.

3932

3933 **Die Fakten sind eindeutig:**

3934 • Qualifikationen werden ignoriert: Ärzt:innen arbeiten als Taxifahrer,
3935 Ingenieur:innen putzen Büros, Handwerker:innen machen Leiharbeit statt
3936 Fachkräfte-Jobs.

3937 • Return on Investment ist positiv: Eine gut integrierte Fachkraft verdient
3938 2.500 Euro im Monat, das sind 30.000 Euro im Jahr mit Steuern und
3939 Abgaben. Die Integration kostet einen Bruchteil davon.

3940 • Fachkräftelücke ist größer als bekannt: Die offizielle Fachkräfte-Lücke
3941 beträgt 17.000. Die echte läge aber bei mehr als 25.000, wenn
3942 anerkannte Fachkräfte nicht unterhalb ihrer Qualifikation arbeiten
3943 würden.

3944

3945 Migration ist kein abstraktes Phänomen und keine rein ökonomische Frage,
3946 sondern immer Ausdruck konkreter Lebensrealitäten. Niemand verlässt
3947 leichtfertig sein Zuhause, seine Sprache, seine sozialen Beziehungen.

3948 Menschen fliehen vor Krieg, Gewalt, politischer Verfolgung, autoritären
3949 Regimen, existenzieller Armut oder den Folgen der Klimakrise. Diese
3950 Fluchtursachen sind vielfältig, haben aber eines gemeinsam: Sie sind Ausdruck
3951 von Zwang und fehlenden Alternativen. Wir stehen an der Seite derjenigen, die
3952 Schutz suchen. Das Recht auf Asyl, der Schutz vor Abschiebung und das Recht
3953 auf Familiennachzug sind für uns nicht verhandelbar. Familien gehören
3954 zusammen – das gilt für alle Menschen gleichermaßen.

3955

3956 Eine linke Migrationspolitik verbindet Solidarität, Schutz und Teilhabe mit dem
3957 Einsatz für gute Arbeitsbedingungen, soziale Sicherheit und gleiche Rechte für
3958 alle, die hier leben.

3959 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

3960

3961

3962 **12. Verkehrspolitik**

3963

3964 **Gute Mobilität in Sachsen-Anhalt**

3965

3966 Wir wollen Mobilität für alle Menschen, die verlässlichen, sicheren Verkehr
3967 ermöglicht, bezahlbar und barrierefrei ist.

3968 Der Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs als Teil der Daseins-
3969 vorsorge hat unsere besondere Aufmerksamkeit. Rückgrat einer neuen
3970 Mobilitätskultur in Sachsen-Anhalt ist dabei ein vernetzter Umweltverbund – zu
3971 Fuß, per Rad, mit Carsharing, mit Bus und Bahn.

3972

3973 **Wir setzen hauptsächlich auf Bahnen und Busse**

3974 Wir setzen auf Bahnen und Busse und wollen die Verkehrsunternehmen der
3975 Landkreise und Städte stärken, indem wir sie weiterhin bei der Bus- und
3976 Straßenbahnanschaffung finanziell unterstützen. Rufbusse und Anrufbusse, die
3977 wie ein Taxi fungieren, müssen als weiterer Baustein einer Mobilität ohne
3978 eigenes Auto gesetzlich ermöglicht werden.

3979 Wir plädieren für eine Verkehrsreduzierung beim motorisierten Individual-
3980 verkehr und LKW-Verkehr und eine Verkehrsverlagerung auf Schienenwege
3981 und Wasserstraßen. Wir setzen uns für barrierefreie und kostengünstige
3982 Mobilitätsangebote für alle ein.

3983 Die Linke will dem Ausbau dieser Infrastruktur beim Mitteleinsatz, der
3984 planerischen Gestaltung und bei der personellen Ausstattung innerhalb der
3985 Landesverwaltung höhere Priorität einräumen. Mit hohen Qualitätsstandards
3986 wollen wir den ÖPNV gegenüber dem motorisierten Individualverkehr
3987 aufwerten. Jedoch ist der PKW für Menschen in Dörfern ohne Anbindung an
3988 den Öffentlichen Verkehr wichtig und muss bezahlbar sein.

3989

3990 Wir wollen:

- 3991 • Carsharing erleichtern und fördern sowie stationsgebundenes Carsharing
- 3992 bevorzugen,
- 3993 • in allen Regionen, besonders aber in den dünn besiedelten Regionen den
- 3994 ÖPNV ausbauen und Menschen ohne Führerschein und Auto Mobilität
- 3995 ermöglichen,
- 3996 • guten Nahverkehr als kommunale Pflichtaufgabe finanzieren,
- 3997 • einen gezielten Ausbau der Infrastruktur alternativer Antriebe, um den
- 3998 Umstieg im Personen- und Schwerverkehr zu beschleunigen,
- 3999 • das Landesprogramm zur Barrierefreiheit finanziell erweitern und den
- 4000 barrierefreien Ausbau der Haltestellen beschleunigen,
- 4001 • die finanziellen Mittel für den ÖPNV spürbar erhöhen,
- 4002 • jede Gemeinde an den öffentlichen Personennahverkehr anschließen,
- 4003 die Erreichbarkeit und Verknüpfungen von Bus und Bahn mit den
- 4004 Kommunalvertretungen vor Ort gemeinsam entscheiden.

4005

4006 **Attraktiver ÖPNV zum Nulltarif**

4007 Die Kosten für den oder die Einzelne:n sind ein entscheidender Faktor bei der
4008 Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs. Wir wollen ihn deshalb mittelfristig
4009 landesweit zum Nulltarif anbieten. Dafür muss er im Rahmen der Verkehrs- und
4010 Energiewende seitens des Bundes finanziell besser unterstützt werden, und wir
4011 werden alternative Finanzierungskonzepte durch Anpassungen in der
4012 Landesgesetzgebung ermöglichen.

4013

4014 Wir wollen:

- 4015 • in einem ersten Schritt kostengünstige und ganzjährig geltende
- 4016 Schüler:innen-, Azubi-, Freiwilligendienstleistende-, Studierenden- und
- 4017 Sozialtickets durchsetzen,

- 4018 • uns für einen landesweiten Tarifverbund und gedeckelte Preise für
- 4019 Einzeltickets einsetzen, kurzfristig jährliche Preissteigerungen bei den
- 4020 Einzelticket-Fahrpreisen beenden,
- 4021 • langfristig kostenfreien ÖPNV für Alle,
- 4022 • die Bundes-Regionalisierungsmittel zu 100 Prozent in Bus und Bahn des
- 4023 Landes fließen lassen. Der Schülerverkehr wird zusätzlich finanziert.
- 4024 • beim Ticket-Verkauf die Barrierefreiheit gewährleisten und Zeitfahrkarten
- 4025 auch in Papierform ausgeben,
- 4026 • Die Beschäftigten der Verkehrsbetriebe fair entlohnen, um den
- 4027 Personalmangel zu beenden.

4028

4029 **Schieneverkehr – Revitalisierung und Ausbau statt weiterer Stilllegungen**

4030 Der seit 30 Jahren laufende Abbau von Haltepunkten, Bahnhöfen, Gleisen und
 4031 Anschlüssen im Güter- und Personenverkehr auf der Schiene konterkariert die
 4032 Maßnahmen für Mobilität und Klimaschutz im Land und droht weitere Teile des
 4033 ländlichen Raumes abzuhängen.

4034 Die an vielen Stellen sanierungsbedürftige Bahninfrastruktur darf nicht zur
 4035 Gefährdung der Sicherheit der Menschen führen.

4036 Die andauernden Probleme mit Verspätungen und Zugausfällen bei gleichzeitig
 4037 stetigen Preissteigerungen für die Tickets, vertreiben immer mehr Bahnkunden
 4038 und belasten die Menschen im Land, die auf tägliche Mobilität angewiesen sind.

4039

4040 Wir wollen:

- 4041 • die Bahninfrastruktur und das Schienennetz aktiv sichern,
- 4042 • eine Trassensicherung stillgelegter Strecken landesplanerisch
- 4043 festschreiben, um sie bei Bedarf schneller reaktivieren zu können,
- 4044 • stillgelegte Haltepunkte reaktivieren,
- 4045 • durch den Strukturwandel nicht mehr benötigte Nebenbahnen für
- 4046 Gütertransport und Personenbeförderung nutzen,
- 4047 • Bahnhofsgebäude gemeinwohlorientiert nutzen und Sanierungen fördern,
- 4048 • die neue S-Bahn-Verbindung von Merseburg nach Leipzig unterstützen
- 4049 und zügig realisieren,
- 4050 • die Verteilung der Regionalisierungsmittel des Bundes für eine auskömm-
- 4051 liche Finanzierung der vom Land bestellten Beförderungsleistungen,
- 4052 • im überregionalen Nahverkehr eine Stärkung landesbedeutsamer
- 4053 Buslinien mit einer engeren Taktung zum Schienenpersonennahverkehr
- 4054 nicht nur für Pendler:innen realisieren,
- 4055 • zwischen kleinen Orten im ländlich geprägten Raum unabhängig von der
- 4056 Schüler:innenbeförderung mehr Busse einsetzen,
- 4057 • beim Fernverkehrsnetz die IC-Linien im Land erhalten und ausbauen,
- 4058 • beim Bund nachdrücklich Maßnahmen zur dauerhaften Sicherung des
- 4059 Fernverkehrsnetzes im Land einfordern,
- 4060 • länderübergreifende Regionalverbindungen stärken,
- 4061 • überfüllte Züge durch ein Regionalbahn-System mit engeren Taktungen
- 4062 entlasten,

- 4063 • Förderprogramme aus Bundes- und Landesmitteln für die Elektrifizierung
4064 und den umfassenden Ausbau des Streckennetzes voranbringen,
4065 • Landesmittel einsetzen, um auf stark frequentierten Nahverkehrs-
4066 verbindungen auch im IC-Netz das Deutschlandticket nutzbar zu
4067 machen,
4068 • auch die Bauhausstadt Dessau an den Fernverkehr anbinden,
4069 • bei der Deutschen Bahn AG darauf dringen, eine Fernverkehrsverbindung
4070 zwischen der Landeshauptstadt Magdeburg und Berlin einzurichten,
4071 • die Wiedereröffnung des Bahnmuseums in Halle.

4072

4073 **Gütertransporte von der Straße auf die Schiene – für Umwelt und**
4074 **Verkehrssicherheit**

4075 Um den Güterverkehr von LKWs auf alternative Transportmöglichkeiten und die
4076 Schiene zu verlagern, bedarf es einer großen Kraftanstrengung und innovativer
4077 Projekte.

4078

4079 Wir wollen:

- 4080 • für die „letzte Meile“ beim Lastverkehr anbieterneutrale Logistik-Hubs zur
4081 stadtverträglichen Feinverteilung, zum Beispiel mit Lastenrädern, fördern,
4082 • das Pilotprojekt „Busschnellgut“ in Salzwedel/Arendsee in den Regel-
4083 betrieb überführen, um Linienbusse für die Lieferung von bestellten
4084 Alltagswaren an die Haltestelle zu nutzen,
4085 • Erfahrungen aus der Vergangenheit, wie die Nutzung von Straßenbahnen
4086 für den Gütertransport in den Nachtstunden, für Sachsen-Anhalt prüfen.

4087

4088 **Rad- und Fußverkehr ausbauen**

4089 Die notwendige ökologische Verkehrswende beinhaltet neben der Stärkung des
4090 ÖPNV auch die des Rad- und Fußverkehrs. Die geplanten Maßnahmen zum
4091 Lückenschluss im Radverkehrsnetz stocken jedoch aufgrund fehlender Finan-
4092 zierung und Haushaltskürzungen. Straßenbegleitende Radwege fehlen im länd-
4093 lichen Raum und müssen zur Verknüpfung mit dem ÖPNV ausgebaut werden.

4094

4095 Wir wollen:

- 4096 • den Radwegebau zwischen den Gemeinden sowie überregionale
4097 Verbindungen zur Landesaufgabe machen,
4098 • die Bewilligung von Fördermitteln für den Straßenbau an die Bedingung
4099 knüpfen, Rad- und Fußwege auszubauen
4100 • den Bau von durchgängigen und ausreichend breiten Radwegen, um
4101 Unfälle und Unsicherheiten zu reduzieren,
4102 • mit Straßeninvestitionen vorrangig die bestehende Infrastruktur erhalten
4103 und den Rad- und Fußverkehr stärken,
4104 • den Lückenschluss im Radverkehrsnetz nach Landesverkehrswegeplan,
4105 • Radschnellwege und Fahrradstraßen systematisch ausbauen,
4106 • Neubau dort realisieren, wo dadurch nachweisbare Verbesserungen für
4107 den Umweltverbund entstehen, wo Umfahrungen aus Gründen der

- 4108 Verkehrssicherheit oder zur Verbesserung der Lebensbedingungen in
4109 den Orten dringend erforderlich sind oder eine Verkehrsanbindung im
4110 ländlichen Raum verbessert werden muss,
4111 • für Lastenräder ein Förderprogramm einführen und in Stellplatz-
4112 satzungen geeignete Plätze für sie vorsehen,
4113 • die kostenlose Fahrradmitnahme im Bahnverkehr beibehalten und auf
4114 angrenzende Bundesländer ausdehnen,
4115 • touristische Radwege durch bessere Vermarktung, mehr Gastronomie
4116 und Bett and Bike-Angebote attraktiv halten,
4117 • Bike and Ride Stationen und Fahrradparkanlagen an Bahnhöfen
4118 ausbauen,
4119 • Leihsysteme für die Nahmobilität unterstützen,
4120 • die Erarbeitung einer Landes-Fußverkehrsstrategie und eine Finanzierung
4121 für den barrierefreien Ausbau der Gehwege bereitstellen.

4122

4123 **Verkehrssicherheit erhöhen – Verkehrswachten unterstützen**

4124 Das Land hat sich zur Vision Zero bekannt. Ziel ist es, dass auf unseren Straßen
4125 keine Menschen durch Verkehrsunfälle sterben.

4126

4127 Wir wollen:

- 4128 • in Städten und Dörfern mehr Tempo-30-Abschnitte unterstützen,
4129 • uns auf der Bundesebene dafür einsetzen, dass Kommunen selbstständig
4130 über Geschwindigkeitssenkungen entscheiden können,
4131 • die Landes- sowie Kreisverkehrswachten personell und finanziell besser
4132 absichern,
4133 • das Verkehrssicherheitsprogramm des Landes fortschreiben und die
4134 Verkehrssicherheitsarbeit zur kommunalen Pflichtaufgabe machen,
4135 • ein bundesweites Tempolimit auf den Autobahnen durchsetzen.

4136

4137 **Keine neuen Autobahnen**

4138 Sachsen-Anhalt ist durch seine zentrale Lage Transitland. Der damit
4139 verbundene Ausbau immer neuer Verkehrsadern führt zu erheblichen
4140 Einschnitten im Landschaftsbild und zu Eingriffen in die natürliche Umwelt.

4141 Die Linke respektiert getroffene Entscheidungen zum Ausbau zentraler
4142 Verkehrswege, setzt aber in der Verkehrspolitik andere Prioritäten.

4143

4144 Wir wollen:

- 4145 • eine deutliche Verbesserung von Bürger:innenbeteiligung bei allen
4146 Bauprojekten zu Landes- und Bundesstraßen,
4147 • den Landesstraßenbaubetrieb gemeinsam mit dem Bund finanziell und
4148 personell stärken.

4149

4150 **Flughafenpolitik**

4151 Das Logistikdreieck am Flughafen Leipzig/Halle erfüllt wegen extrem
4152 belastender Arbeitsbedingungen und gesundheitsschädigendem Nachtfluglärm

4153 nicht unsere Anforderungen an gute Arbeit und an ökologische und volkswirt-
4154 schaftliche Nachhaltigkeit.

4155

4156 Wir wollen:

- 4157 • keinen weiteren Ausbau des Flughafens Halle/Leipzig,
- 4158 • eine konsequente Umsetzung des geltenden Nachtflugverbots mit
- 4159 Ausnahme von zwingend notwendigen Expressgütern,
- 4160 • bessere Arbeitsbedingungen am Flughafen und stärkere
- 4161 Lärmschutzmaßnahmen zugunsten der betroffenen Anwohner:innen,
- 4162 • keine militärische Nutzung des Flughafens,
- 4163 • keine weitere Entwicklung regionaler Verkehrsflughäfen aus
- 4164 Landesmitteln.

4165

4166 Wir wollen Mobilität für alle als Grundvoraussetzung für soziale und kulturelle
4167 Teilhabe. Unsere Verkehrspolitik ist ein entscheidender Baustein für Verkehrs-
4168 sicherheit und Umweltschutz.

4169 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

4170

4171

4172 **13. Energie**

4173

4174 **Energie für Sachsen-Anhalt: Gerecht und gemeinwohl-** 4175 **orientiert**

4176

4177 Sachsen-Anhalt ist Energieland – und das soll allen zugutekommen. Wir wollen
4178 ein Land, das Verantwortung übernimmt: für 100 Prozent erneuerbaren Strom
4179 und für eine klimaneutrale Wärmeversorgung.

4180 Deshalb wollen wir:

- 4181 • Energie als öffentliche Daseinsvorsorge sichern,
- 4182 • Energiepreise sozial gerecht gestalten,
- 4183 • erneuerbare Energien konsequent und naturverträglich ausbauen,
- 4184 • demokratische Teilhabe stärken: Energie in die Hand der Bürger:innen,
- 4185 • eine klare Absage an Atomkraft und Debatten, die Vergangenheit
- 4186 verklären und wieder umweltschädliche Energieerzeugung etablieren
- 4187 wollen,
- 4188 • regionale Wertschöpfung, ländliche Räume und Kommunen stärken.

4189

4190 **Stand der Dinge – Herausforderungen**

4191 Sachsen-Anhalt ist Vorreiterin bei den erneuerbaren Energien. Trotzdem leiden
4192 viele Menschen unter hohen Energiepreisen. Der Ausbau von Wind- und Solar-
4193 energie kommt voran, aber Genehmigungen, Umweltverträglichkeit und Beteili-
4194 gung vor Ort sind weiterhin zentrale Herausforderungen. Beim Stromnetz fehlen
4195 Kapazitäten und Speicher, das bremst die Energiewende aus.

4196

4197 Besonders groß sind die Lücken im Wärmesektor: Abwärme, Großwärme-
4198 pumpen und Nahwärmelösungen sollen vermehrt genutzt werden, weil sie
4199 langfristig bezahlbare und klimafreundliche Wärme bieten können. Zudem hinkt
4200 die Digitalisierung hinterher und Debatten über eine Rückkehr zur Atomkraft
4201 schaffen falsche Erwartungen, statt echte nachhaltige Lösungen zu bieten.
4202

4203 All diese Herausforderungen zeigen: Sachsen-Anhalt braucht eine Energie-
4204 politik, die Versorgungssicherheit, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit
4205 zusammen denkt.
4206

4207 **Energiepreise senken und öffentliche Verantwortung stärken**

4208 Hohe Energiepreise treffen vor allem Menschen mit kleinen Einkommen, aber
4209 auch Vereine, Kommunen und Betriebe. Energiearmut bedeutet kalte
4210 Wohnungen, vermehrte Krankheit und wachsenden finanziellen Druck. Für uns
4211 ist klar: Energie gehört zur Daseinsvorsorge und eine gerechte Energiezukunft
4212 gelingt nur, wenn Strom und Wärme für alle bezahlbar sind. Sachsen-Anhalt hat
4213 die Chance, durch eine Anpassung des Beteiligungsgesetzes mit erneuerbarem
4214 Strom vor Ort die Preise zu senken und Menschen konkret zu entlasten.
4215

4216 Wir wollen:

- 4217 • einen verpflichtenden Sockeltarif für Strom und Wärme, damit der
4218 Grundbedarf für alle bezahlbar ist,
- 4219 • die Wiedereinführung der Strompreisaufsicht, um Abzocke zu verhindern,
- 4220 • Strom- und Gassperren gesetzlich verbieten, weil Strom und eine warme
4221 Wohnung ein Grundrecht sind,
- 4222 • einen Härtefallfonds für Energieschulden und eine gestärkte Energie- und
4223 Schuldnerberatung,
- 4224 • die Netzentgelte deutlich senken und damit die regionale Ungerechtig-
4225 keit abbauen, dass wir in Sachsen-Anhalt mehr bezahlen als in anderen
4226 Bundesländern,
- 4227 • die Einführung von Strompreiszonen prüfen, damit Länder mit viel
4228 erneuerbarer Energie profitieren,
- 4229 • die Stromsteuer auf 0,1 ct/kWh senken,
- 4230 • Energienetze in öffentliche Hand überführen, damit sie der
4231 Versorgungssicherheit dienen und nicht der Profitlogik.

4232 4233 **Erneuerbare Energien ausbauen**

4234 Sachsen-Anhalt hat beste Bedingungen für eine Energiezukunft, die sauber,
4235 sicher und regional verankert ist. Doch der Ausbau der erneuerbaren Energien
4236 braucht klare Leitplanken: Naturverträglichkeit, Transparenz und echte
4237 Beteiligung der Menschen vor Ort. Wenn Windräder, Solaranlagen und Agri-PV-
4238 Projekte Landschaften prägen, müssen Kommunen davon profitieren und
4239 ökologische Standards gesichert sein. Gleichzeitig hängen Versorgungs-
4240 sicherheit und sinkende Energiepreise davon ab, dass wir den Ausbau
4241 konsequent voranbringen.

4242 Wir wollen:

- 4243 • das Flächenziel von 2,2 Prozent für Windenergie umsetzen und die
- 4244 Planungsstellen stärken,
- 4245 • die Umweltverträglichkeitsprüfung auf Landesebene verbessern, damit
- 4246 Natur- und Artenschutz nicht unter die Räder kommen,
- 4247 • Repowering auch außerhalb von Vorranggebieten ermöglichen,
- 4248 naturverträglich und mit früher Beteiligung,
- 4249 • Kommunen und Anwohner:innen stärker durch Lokalstromtarife,
- 4250 Bonuszahlungen oder Wärmeangebote beteiligen,
- 4251 • Photovoltaik auf Dächern priorisieren, mit Solarpflicht für Neubauten und
- 4252 einer Vorbildpflicht der öffentlichen Hand, auf allen geeigneten
- 4253 öffentlichen Gebäuden Solaranlagen zu installieren,
- 4254 • Konversions- und Gewerbeflächen zuerst für größere Solarparks nutzen,
- 4255 • Agri-PV gezielt fördern, um Böden für die landwirtschaftliche Nutzung zu
- 4256 erhalten,
- 4257 • Balkonkraftwerke und Kleinspeicher für Mieter:innen ausbauen.

4258

4259 **Energiewende: Kommunal, digital und in Bürgerhand**

4260 Die Energiewende gelingt nur, wenn sie demokratisch gestaltet wird. Menschen
4261 vor Ort müssen mitentscheiden können, wie Energie erzeugt, verteilt und
4262 genutzt wird und wirtschaftlich davon profitieren. Kommunale Unternehmen,
4263 Genossenschaften und eine starke öffentliche Infrastruktur sind dafür
4264 unverzichtbar. Sachsen-Anhalt hat die Chance, seine Energieversorgung neu zu
4265 ordnen: transparent, digital modernisiert und frei von der Logik privater
4266 Monopole. Bürgerenergie, Stadtwerke und Landwerke können gemeinsam eine
4267 Energiezukunft aufbauen, die regional verankert ist und Wertschöpfung im Land
4268 hält. Digitalisierung ist dabei kein Anhängsel, sondern der Schlüssel, damit
4269 Netze, Speicher und Verbrauch besser zusammenarbeiten und für alle
4270 nachvollziehbar funktionieren.

4271

4272 Wir wollen:

- 4273 • die Landesenergieagentur zu einer Landesenergiegesellschaft
- 4274 weiterentwickeln, die Erzeugung, Netze und Speicher bündelt,
- 4275 • kommunale Stadtwerke und Landwerke fördern, um auch im ländlichen
- 4276 Raum Versorgungssicherheit zu stärken,
- 4277 • Energiegenossenschaften unterstützen und hierfür rechtliche Hürden im
- 4278 EEG abbauen,
- 4279 • lokale Beteiligungsmodelle ausbauen, damit Menschen vor Ort direkt
- 4280 profitieren,
- 4281 • den Smart-Meter-Rollout vereinfachen, damit Digitalisierung endlich
- 4282 spürbar vorankommt, und eine Kostenfreiheit für Mieter:innen beim
- 4283 Rollout sicherstellen,
- 4284 • Transparenz und digitale Nachvollziehbarkeit der Energieflüsse
- 4285 verbessern.

4286

4287 **Die Infrastruktur der Zukunft**

4288 Die nächste Stufe der Energiewende entscheidet sich nicht allein beim Strom,
4289 sondern vor allem bei Wärme, Speicherung und industriellen Zukunftstechno-
4290 logien. Sachsen-Anhalt hat hier gewaltige Potenziale: Abwärme aus Industrie
4291 und Rechenzentren, Großwärmepumpen in Städten und ländlichen Räumen,
4292 regionale Wärmenetze, innovative Speichertechnologien und die Produktion
4293 von grünem Wasserstoff für die Chemieindustrie.

4294

4295 Wir wollen:

- 4296 • Abwärme aus Industrie und Rechenzentren gezielt nutzbar machen,
- 4297 • Großwärmepumpen als Rückgrat moderner Wärmenetze ausbauen,
- 4298 • Nah- und Fernwärmenetze auch in kleineren Städten und ländlichen
4299 Räumen fördern,
- 4300 • einen Energieeffizienzfonds für Projekte von Kommunen, Vereinen,
4301 Betrieben und Haushalten einrichten und die kommunale Wärmeplanung
4302 fachlich und finanziell unterstützen,
- 4303 • öffentliche Gebäude energetisch sanieren und ein Landesprogramm
4304 dafür schaffen,
- 4305 • die Nutzung von Oberflächenwasserwärme vereinfachen,
- 4306 • für Neubauten Passivhausstandards festlegen und nachhaltige Baustoffe
4307 wie Holz, Hanf oder Stroh fördern,
- 4308 • Haushalte mit geringen Einkommen beim Austausch alter Elektrogeräte
4309 entlasten,
- 4310 • die planvolle Ansiedlung von Großspeichern steuern, um Netze zu
4311 entlasten, damit diese netzdienlich laufen sowie Forschung zu
4312 ressourcenschonenden Speichern wie Sand- oder Salztechnologien
4313 stärken,
- 4314 • grünen Wasserstoff für die Chemieindustrie gezielt fördern,
4315 Elektrolyseanlagen mit erneuerbarem Strom ausbauen, regionale
4316 Wasserstoffnetze entwickeln und den Wasserverbrauch bei
4317 Wasserstoffprojekten von Anfang an begrenzen und steuern,
- 4318 • Biogasanlagen bei der Umstellung auf Reststoffe, Wirtschaftsdünger und
4319 Paludikulturen unterstützen und Biogas stärker in Wärmenetze und
4320 flexible Stromerzeugung integrieren,
- 4321 • Gaskraftwerke nur als Brücke zulassen und hierbei verbindliche Kriterien
4322 wie H2-ready und maximal 1.000 Volllaststunden festlegen und unter der
4323 Devise „so viel Kraftwerksleistung wie nötig, so wenig wie möglich“
4324 gesetzlich absichern,
- 4325 • die Forschungslandschaft für erneuerbare Energien, Speicher, Effizienz
4326 und Nachhaltigkeit stärken, neue Institute und Forschungseinrichtungen
4327 im Land ansiedeln, Wissenschaft und Praxis enger verzahnen, um
4328 Innovationen schneller in die Anwendung zu bringen,
- 4329 • Sachsen-Anhalt wieder zu einem Produktionsstandort für Anlagen der
4330 Energiewende machen.

4331

4332 Unsere Energiepolitik verbindet Klimaschutz, soziale Sicherheit und wirtschaft-
4333 liche Stärke. Wir stehen für eine Zukunft, in der Strom und Wärme bezahlbar
4334 sind, in der Menschen und Kommunen von der Energiewende profitieren und in
4335 der die Energieversorgung demokratisch, erneuerbar und gemeinwohlorientiert
4336 ist.

4337 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

4338

4339

4340 **14. Landwirtschaft**

4341

4342 **Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Tierschutz**

4343

4344 Wir wollen eine Landwirtschaft, die uns ernährt, unsere Landschaft erhält und
4345 verbessert und ein lebendiger Bestandteil unserer Dörfer ist. Die Linke steht an
4346 der Seite derer, die uns ernähren und nicht aufseiten der Lebensmittel-
4347 konzerne. Menschen müssen von ihrer Arbeit gut leben und ohne Existenz-
4348 ängste Verantwortung für Boden, Tiere und Wasser übernehmen können. Eine
4349 soziale Agrarpolitik stärkt regionale Kreisläufe, schützt unsere natürlichen
4350 Ressourcen und rückt das Gemeinwohl in den Mittelpunkt.

4351

4352 Dafür braucht es eine Agrarpolitik, die:

4353

4354

4355

4356

4357

4358

4359

4360

4361

4362

4363

4364

4365

Stand der Dinge

4366

4367

4368

4369

4370

4371

4372

4373

4374

Die Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt steht unter Druck. Steigende Kosten und
gleichbleibende oder sinkende Erzeugerpreise sind eine Herausforderung für
viele Betriebe. Gleichzeitig gefährdet die Klimakrise unsere Ernten durch
Hochwasser, Starkregenereignisse oder Dürren. Zudem verschärft sich der
Wettbewerb um Flächen: Außerlandwirtschaftliche Investoren sichern sich über
Share Deals landwirtschaftliche Flächen, während Junglandwirt:innen immer
schwieriger Zugang zu Flächen erhalten, um neue und innovative Konzepte in
die Betriebe zu bringen.

4375 Der Lebensmitteleinzelhandel setzt eigene Standards in der Tierhaltung,
4376 während er zugleich für niedrige Erzeugerpreise sorgt. Das erschwert
4377 tiergerechte Haltung und Investitionen in zukunftsfähige Ställe.

4378
4379 Biodiversität und Artenvielfalt nehmen weiter ab. Ausgeräumte Landschaften,
4380 fehlende Strukturen und neue invasive Arten gefährden Bestäuber und
4381 Nützlinge. Gleichzeitig wächst der Flächenverbrauch für Siedlungen und
4382 Infrastruktur, wodurch immer mehr wertvolle Böden verlorengehen.

4383
4384 Auf dem Land leiden Dörfer unter Abwanderung, schwacher Infrastruktur und
4385 dem Fehlen aktiver Strukturen. Ehrenamt, Imkerei, Angeln und Vereine leisten
4386 viel für Natur, Gewässer und Gemeinschaft, brauchen jedoch ausreichende
4387 Unterstützung.

4388
4389 Doch Sachsen-Anhalt kann seine Landwirtschaft und ländlichen Räume
4390 gestalten. Hierfür braucht es eine Politik, die Lösungen für die zahlreichen
4391 Nutzungskonflikte liefert. So blüht Sachsen-Anhalt auf.

4392
4393 **Zugang zu Land für die Menschen, die es bewirtschaften**

4394 Wir wollen die Menschen stärken, die Landwirtschaft vor Ort betreiben,
4395 regionale Wertschöpfung sichern und Landkonzentration begrenzen. Wer
4396 Böden bearbeitet, muss Zugang zu Land haben – nicht Investorengruppen, die
4397 über Share Deals Betriebe aufkaufen, Bodenpreise weiter in die Höhe treiben
4398 und anschließend die Flächen kontrollieren.

4399
4400 Wir wollen:

- 4401 • ein Agrarstrukturgesetz für Sachsen-Anhalt, das Bodenpreise begrenzt
4402 und Landkonzentration verhindert,
- 4403 • ein landesweites Verbot von Share Deals beim Erwerb
4404 landwirtschaftlicher Betriebe,
- 4405 • die Privatisierung der BVVG-Flächen dauerhaft beenden,
- 4406 • einen öffentlichen Bodenfonds finanziell ausreichend ausstatten, der
4407 Flächen kauft und langfristig gemeinwohlorientiert verpachtet und so den
4408 Zugang zu Land für Junglandwirt:innen und Betriebsgründer:innen
4409 erleichtert,
- 4410 • Transparenz über Eigentumsverhältnisse und Bodentransaktionen
4411 herstellen.

4412
4413 **Faire Märkte und regionale Wertschöpfung**

4414 Landwirtschaft braucht faire Preise, mit denen die Existenz der Betriebe
4415 gesichert und ökologischeres Wirtschaften erst ermöglicht wird. Es sollen sich
4416 diejenigen langfristig am Markt durchsetzen, die am ökologischsten
4417 wirtschaften. Deshalb setzen wir auf starke regionale Wertschöpfungsketten,
4418 verlässliche Abnahmebedingungen und eine öffentliche Beschaffung, die
4419 heimische Betriebe und nachhaltige Produktion unterstützt. So kann sich

4420 Sachsen-Anhalt mit regionaler Wertschöpfung vom Acker bis in die Kantine
4421 ernähren.

4422

4423 Wir wollen:

- 4424 • Vergaberegeln schaffen, damit Kantinen, KITAS, Schulen und Kliniken
- 4425 bevorzugt regionale und nachhaltige Lebensmittel einkaufen können,
- 4426 • faire Erzeugerpreise und Transparenz entlang der Lieferketten
- 4427 durchsetzen,
- 4428 • den Preisdruck des Lebensmitteleinzelhandels begrenzen und unfaire
- 4429 Handelspraktiken unterbinden,
- 4430 • Programme unterstützen, die Betriebe in regionale Kooperationen und
- 4431 Vermarktungsstrukturen einbinden.

4432

4433 **Tierwohl und artgerechte Tierhaltung**

4434 Tiere sind keine Produktionsmaschinen und verdienen ein artgerechtes Leben.
4435 Wer Tiere hält, trägt Verantwortung und braucht gesellschaftliche Anerkennung
4436 sowie Preise, die der Arbeit mit den Tieren gerecht werden. Doch niedrige
4437 Erzeugerpreise durch den Druck des Lebensmitteleinzelhandels und fehlende
4438 Investitionssicherheit blockieren vielerorts den Umbau zu tiergerechten Ställen.
4439 Wir wollen eine Tierhaltung, die regional verankert ist, gute Arbeitsbedingungen
4440 bietet und Tieren ein würdiges Leben ermöglicht. Dafür braucht es klare,
4441 demokratisch legitimierte Regeln und nicht Vorgaben durch den Lebensmittel-
4442 einzelhandel sowie einen klaren Bruch mit der Exportorientierung in unserer
4443 Landwirtschaft.

4444

4445 Wir wollen:

- 4446 • den Stallumbau und tiergerechte Haltungsformen nach Thüringer Vorbild
- 4447 fördern,
- 4448 • öffentliche Gelder gezielt an Tierwohl-, Umwelt- und Sozialstandards
- 4449 koppeln,
- 4450 • Mega-Schlachthöfe und eine exportorientierte Fleischerzeugung
- 4451 beenden,
- 4452 • eine Bundesratsinitiative für Bestandsobergrenzen in der Tierhaltung auf
- 4453 den Weg bringen,
- 4454 • den Einfluss des Lebensmitteleinzelhandels auf Haltungsstandards
- 4455 begrenzen.

4456

4457 **Herdenschutz und Weidetierhaltung**

4458 Weidetierhaltung ist artgerecht und wichtig für Artenvielfalt und Landschafts-
4459 pflege. Damit Schafe, Ziegen, Rinder und Pferde sicher auf der Weide stehen
4460 können, braucht es verlässlichen Herdenschutz, klare Regeln und eine Politik,
4461 die Konflikte nicht gegeneinander ausspielt. Die Rückkehr des Wolfs ist ein
4462 Erfolg des Artenschutzes, zugleich aber eine Herausforderung für die
4463 Weidetierhaltung. Wir wollen eine sachliche, faktenbasierte Wolfspolitik, die
4464 Weidetierhaltung stärkt und die Akzeptanz des Wolfs fördert. Gleichzeitig

4465 braucht es aber auch klare Bedingungen für gegebenenfalls notwendige
4466 gezielte Entnahmen von Wölfen.

4467

4468 Wir wollen:

- 4469 • einen starken, staatlich getragenen Herdenschutz mit verlässlicher
4470 Finanzierung, Schulungen und unbürokratischer Förderung,
- 4471 • bei Rissen eine schnelle und vollständige Entschädigung der
4472 Weidetierhalter:innen,
- 4473 • praxisnahe Beratung und Unterstützung statt Symbolpolitik und
4474 reflexartige Abschussforderungen,
- 4475 • gezielte Entnahmen von Wölfen ermöglichen, wenn sie wiederholt
4476 Nutztiere gerissen haben und alle Schutzmaßnahmen ausgeschöpft sind,
- 4477 • keine Einführung politisch festgelegter Obergrenzen oder pauschaler
4478 Abschussquoten,
- 4479 • eine Wolfspolitik, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruht und
4480 den Erhaltungszustand des Wolfs nach nachvollziehbaren Kriterien
4481 bewertet.

4482

4483 **Sachsen-Anhalts Landwirtschaft klimafit machen**

4484 Sachsen-Anhalts Landwirtschaft spürt die Klimakrise schon heute: trockene
4485 Sommer, veränderte Niederschlagsmuster oder vermehrt auftretende
4486 Spätfröste gefährden die Ernten. Wir wollen eine Landwirtschaft, die dem
4487 Klimawandel standhält und gleichzeitig zur Lösung der Klimakrise beiträgt.

4488

4489 Wir wollen:

- 4490 • die Fruchtbarkeit der Böden stärken und Humusaufbau, Strukturvielfalt
4491 und vielfältige Fruchtfolgen gezielt fördern,
- 4492 • eine Eiweißstrategie für Sachsen-Anhalt entwickeln, damit mehr
4493 Leguminosen angebaut und Futtermittelimporte reduziert werden
4494 können,
- 4495 • Investitionen in Hecken, Baumreihen und Agroforstsysteme fördern und
4496 die Beratung dazu ausbauen,
- 4497 • eine Bundesratsinitiative für einen Mehrgefahrenfonds starten, der bei
4498 klimabedingten Schäden schnell und unbürokratisch hilft,
- 4499 • Bewässerung nur dort ermöglichen, wo sie ökologisch vertretbar und zur
4500 Ernährungssicherung notwendig ist. Trinkwasserversorgung muss immer
4501 Vorrang haben.

4502

4503 **Böden schützen und entsiegeln**

4504 Unser Boden ist eine begrenzte und unverzichtbare Ressource. Er ist die
4505 Grundlage unseres Lebens. Versiegelte Flächen fehlen der Landwirtschaft, dem
4506 Wasserhaushalt und der Natur, sie heizen Städte auf, bieten Arten keinen
4507 Lebensraum und verringern die Aufnahmefähigkeit des Bodens für Nieder-
4508 schläge. Sachsen-Anhalt braucht deshalb eine Politik, die Boden bewahrt und
4509 Flächen entsiegelt.

4510 Wir wollen:

- 4511 • den Flächenverbrauch reduzieren,
- 4512 • einen Landesfonds für Entsiegelung schaffen, der Kommunen und
- 4513 Eigentümer:innen beim Rückbau versiegelter Flächen unterstützt und so
- 4514 mehr Grün in die Städte und Dörfer bringt.

4515

4516 **Ökolandbau und Artenvielfalt stärken**

4517 Landwirtschaft braucht fruchtbare Böden, Bestäuber und artenreiche Land-
4518 schaften. Ohne Insekten, Wildbienen und Nützlinge gibt es keine Ernährungs-
4519 sicherheit. Doch ausgeräumte Landschaften, Pflanzenschutzmittel und invasive
4520 Arten gefährden die Artenvielfalt. Zugleich stagniert der Ausbau des Ökoland-
4521baus, obwohl Sachsen-Anhalt das Potenzial hat, deutlich mehr Fläche
4522 ökologisch zu bewirtschaften.

4523

4524 Wir wollen:

- 4525 • den Anteil ökologisch bewirtschafteter Flächen von derzeit rund 10 auf
- 4526 mindestens 30 Prozent steigern,
- 4527 • die Verarbeitung, Vermarktung und Umstellung auf Ökolandbau gezielt
- 4528 fördern,
- 4529 • ein Sonderprogramm „Wildbienen“ auflegen, um im ländlichen wie im
- 4530 urbanen Raum Lebensräume durch Blühflächen, Hecken und
- 4531 Niststrukturen zu verbessern,
- 4532 • Landschaftsstrukturen wie Hecken, Baumreihen und Blühstreifen fördern.

4533

4534 **Mehr Zeit für Stall und Feld**

4535 Viele Betriebe in Sachsen-Anhalt kämpfen mit komplexen Antragsverfahren und
4536 kurzfristigen Förderbedingungen. Wir wollen Verfahren vereinfachen, Planbar-
4537 keit erhöhen und die Verwaltung so aufstellen, dass sie Betriebe eher befähigt
4538 als zu bremsen. Landwirt:innen sollen sich auf das Wesentliche konzentrieren
4539 können: gute Lebensmittel zu erzeugen und ihre Betriebe weiterzuentwickeln.

4540

4541 Wir wollen:

- 4542 • Bürokratiekosten deutlich reduzieren und Förderprogramme
- 4543 vereinfachen,
- 4544 • Förderprogramme an klaren Landeszielen ausrichten und verlässlich an
- 4545 Tier-, Umwelt-, Klima- und Sozialstandards koppeln,
- 4546 • mehrjährige Förderzusagen einführen, damit Betriebe sicher planen
- 4547 können,
- 4548 • vollständig digitale, einfache und transparente Antragsverfahren
- 4549 ermöglichen.

4550

4551 **Ländliche Räume, Imkerei, Angler und Kleingärten fördern**

4552 Der ländliche Raum ist für die meisten Menschen in Sachsen-Anhalt ihre
4553 Heimat: Hier entsteht Gemeinschaft durch ehrenamtliches Engagement und
4554 lokale Strukturen. Imker:innen, Anglervereine, Feuerwehren, Höfe und Vereine

4555 tragen viel zur Lebensqualität bei und leisten wichtige Beiträge für die Gemein-
4556 schaft, den Natur- und Gewässerschutz und die Sicherheit. Wir wollen die
4557 Menschen stärken, die in Dörfern Verantwortung übernehmen, biologische
4558 Vielfalt fördern und Naturerleben ermöglichen. Imkerei und Angeln sind dabei
4559 unverzichtbare Bestandteile einer lebendigen Dorfkultur. Zudem wollen wir
4560 Kleingärten gezielt fördern – in Stadt und Land.

4561
4562 Wir wollen:

- 4563 • die Imkerei unterstützen durch Zuschüsse für Ausbildung, Geräte,
4564 Öffentlichkeitsarbeit, Nachwuchsgewinnung und das Schulimkerprojekt
4565 weiter fördern,
- 4566 • Imker:innen beim Schutz vor Schadorganismen und invasiven Arten wie
4567 der Asiatischen Hornisse unterstützen,
- 4568 • Angler:innen in ihrem Beitrag zum Natur- und Gewässerschutz stärken,
4569 insbesondere bei Pflege, Besatzmaßnahmen und Wiederansiedlung
4570 heimischer Fischbestände,
- 4571 • Kleingartenanlagen sichern, Umwidmungen zu Bauland verhindern und
4572 Vereine beim Reaktivieren leerstehender Parzellen unterstützen,
- 4573 • neue Nutzungskonzepte für Kleingärten fördern, wie Gemeinschafts-
4574 gärten, Insektengärten, Streuobstwiesen, solidarische Landwirtschaft,
4575 Schul- und Kita-Gärten oder Flächen für Tafeln.

4576
4577 **Unsere Wälder sind unser Schatz**

4578 Sachsen-Anhalts Wälder sind nicht nur wichtig, um Holz zu gewinnen, sie sind
4579 Lebensräume für viele Arten, Klimaschützer, Wasserspeicher und Orte der
4580 Erholung für uns Menschen. Eine moderne Waldpolitik schützt diese vielfältigen
4581 Funktionen und stärkt den Wald als Gemeingut.

4582
4583 Dafür stehen wir ein:

- 4584 • Wald als öffentliches Gut und Teil der Daseinsvorsorge,
- 4585 • Schutz von Klima, Wasser, Böden und Biodiversität,
- 4586 • nachhaltige Nutzung statt kurzfristiger Ausbeutung,
- 4587 • ein ausgewogenes Verhältnis von Erholung, Naturschutz und regionaler
4588 Wertschöpfung.

4589
4590 Unser Ziel ist ein lebendiger Wald, der Arten schützt und zugleich ein Ort bleibt,
4591 an dem wir Menschen Natur erleben können.

4592
4593 **Stand der Dinge – Herausforderungen**

4594 Dürre, Hitze und Borkenkäfer haben große Waldflächen geschädigt und ganze
4595 Bestände zerstört. Besonders Monokulturen sind anfällig, unser Ziel sind
4596 deshalb klimaresiliente Mischwälder.

4597
4598 Die Landesforstverwaltung trägt große Verantwortung: Sie soll wieder-
4599 aufforsten, naturnah bewirtschaften und den Wald an den Klimawandel

4600 anpassen. Dafür braucht es gute Arbeitsbedingungen und ausreichend
4601 Personal. Gleichzeitig entstehen neue Konflikte zwischen Naturschutz,
4602 nachhaltiger Holznutzung und der Nutzung von Waldflächen für
4603 Windkraftanlagen.

4604
4605 Die Klimakrise erhöht zudem das Risiko von Waldbränden. Wege, Löschwasser-
4606 stellen und technische Ausstattung müssen verbessert werden, um schnell
4607 reagieren und Schäden begrenzen zu können.

4608
4609 **Unsere Wälder – klimafit und artenreich**

4610 Wir wollen Sachsen-Anhalts Wälder widerstandsfähig machen: gegen Dürre,
4611 Hitze, Schädlinge und die Folgen der Klimakrise. Dafür setzen wir auf Misch-
4612 wälder, die Wasser speichern, CO₂ binden und Lebensräume für Arten bieten.

4613
4614 Wir wollen:

- 4615 • den Umbau zu klimaresilienten Mischwäldern beschleunigen,
- 4616 • Naturverjüngung stärken und sie durch standortgerechte Aufforstung
4617 ergänzen,
- 4618 • den Anteil der Douglasie auf höchstens 30 Prozent begrenzen und klare
4619 ökologische Mindeststandards für Wiederbewaldung verankern, um neue
4620 Monokulturen zu verhindern.

4621
4622 **Gute Forstverwaltung für einen modernen Wald**

4623 Damit Sachsen-Anhalts Wälder stabil bleiben und nachhaltig bewirtschaftet
4624 werden können, braucht es verlässliche Strukturen und eine handlungsfähige
4625 öffentliche Forstverwaltung.

4626
4627 Wir wollen:

- 4628 • die Landesforstverwaltung mit mehr Personal und guter Bezahlung
4629 stärken,
- 4630 • den Verkauf von Landeswald ausschließen,
- 4631 • regionalen Forstbetrieben ein Vorkaufsrecht geben, damit Wälder
4632 dauerhaft nachhaltig bewirtschaftet werden,
- 4633 • Klein- und Kleinstwaldbesitzer:innen unterstützen, sich Forstgemein-
4634 schaften anzuschließen,
- 4635 • Natur- und Prozessschutzflächen bedarfsgerecht ausweisen.

4636
4637 **Wälder nutzen, schützen und brandsicher machen**

4638 Holz ist ein regionaler Rohstoff mit großer Bedeutung für Klimaschutz und
4639 regionale Wertschöpfung. Denn verbautes Holz speichert CO₂ langfristig.
4640 Deshalb braucht es klare Prioritäten: erst Bauen und langlebige Produkte wie
4641 Möbel, dann Wiederverwendung und zuletzt verbrennen, um Energie zu
4642 erzeugen. Die Hauptaufgabe des Waldes ist nicht, in ihm Strom zu erzeugen,
4643 deshalb darf Windkraft im Wald nicht zu Lasten unserer Wälder gehen. Zudem
4644 braucht es einen wirksamen Waldbrandschutz.

4645 Wir wollen:

- 4646 • Holz als klimafreundlichen Baustoff im öffentlichen Bau fördern,
- 4647 • stoffliche Nutzung gegenüber Verbrennung deutlich priorisieren,
- 4648 • Waldflächen nur dort für Windkraft nutzen, wo es ökologisch vertretbar
- 4649 ist, etwa auf Kahlfächen und Flächen mit geringer ökologischer
- 4650 Wertigkeit,
- 4651 • den Brandschutz im Wald stärken: bessere Wege, Löschwasserstellen
- 4652 und moderne Ausstattung der Feuerwehren.

4653

4654 **Tierschutz ist Staatsaufgabe**

4655 Tierschutz ist mehr als die Abwesenheit von Tierleid, er ist Verantwortung für
4656 uns anvertraute Lebewesen. Eine Gesellschaft, die roh im Umgang mit Tieren
4657 ist, fördert auch einen rohen Umgang untereinander. Eine Gesellschaft, die
4658 Tiere schützt, schützt also auch sich selbst. Öffentliche Strukturen müssen
4659 Tiere wirksam schützen statt Aufgaben auf Ehrenamtliche abzuwälzen.

4660

4661 Dafür stehen wir ein:

- 4662 • Tiere brauchen verlässliche Schutzstrukturen.
- 4663 • Verantwortung des Landes ist es, finanzielle, rechtliche und
- 4664 organisatorische Grundlagen zu sichern.
- 4665 • Prävention, Transparenz und konsequenter Vollzug bei
- 4666 Tierschutzverstößen.
- 4667 • Schutz von Menschen und Tieren als gemeinsame Aufgabe eines
- 4668 solidarischen Landes.

4669

4670 **Stand der Dinge – Herausforderungen**

4671 Tierheime und Tierschutzvereine übernehmen seit Jahren Aufgaben, die
4672 eigentlich staatliche Pflicht sein sollten. Sie versorgen Fundtiere, nehmen
4673 beschlagnahmte Tiere auf und helfen in akuten Notlagen. Diese Belastung trifft
4674 Kommunen und Ehrenamt gleichermaßen und wird besonders deutlich in Fällen
4675 von Animal Hoarding, dem Ansammeln von Tieren, bis man diese nicht mehr
4676 vernünftig versorgen kann, die zu erheblichem organisatorischen und finan-
4677 ziellen Aufwand bei Kommunen und Tierheimen führen. Dies zeigen auch die
4678 Fälle in Bad Lauchstädt, Magdeburg und Mansfeld-Südharz.

4679

4680 Die oder der Landestierschutzbeauftragte braucht ein gesichertes Budget und
4681 sollte unabhängig arbeiten können. Ein zentrales Register für Tierhaltungs- und
4682 Betreuungsverbote existiert nicht, Verstöße bleiben dadurch schwer verfolgbar,
4683 Täter:innen können durch Wohnortswechsel Tierhaltungsverbote umgehen.
4684 Auch in den Kommunen bestehen Lücken: Viele Kommunen haben trotz
4685 massivem Vorhandensein von leidenden Streunerkatzen keine Katzenschutz-
4686 verordnung. Die Populationen von Stadtauben werden nicht tierwohlgerecht
4687 gemanagt.

4688

4689 Diese Herausforderungen zeigen, wie wichtig klare Regeln, stabile Strukturen
4690 und verlässliche finanzielle Unterstützung sind, damit Tierschutz landesweit
4691 funktioniert und Kommunen das Notwendige tun können.

4692

4693 **Tierheime finanziell fördern**

4694 Tierheime und Tierschutzvereine tragen zentrale Aufgaben, die oft staatliche
4695 Pflicht sein sollten. Damit Kommunen und Ehrenamt diese Verantwortung nicht
4696 länger alleine schultern müssen, braucht es eine verlässliche öffentliche
4697 Finanzierung.

4698

4699 Wir wollen:

- 4700 • die Finanzierung staatlicher Aufgaben wie die Versorgung von Fund- und
4701 beschlagnahmten Tieren dauerhaft und auskömmlich sichern, um die
4702 Kommunen zu entlasten,
- 4703 • Tierheime so fördern, dass sie ihre Aufgaben verlässlich planen und
4704 erfüllen können,
- 4705 • im Landeshaushalt gezielte Mittel für Fälle von Animal Hoarding
4706 bereitstellen.

4707

4708 **Wirksamer Tierschutz braucht Struktur**

4709 Für einen funktionierenden Tierschutz braucht es klare staatliche Zuständig-
4710 keiten, unabhängige Kontrolle und verlässliche Informationen. Heute fehlen
4711 zentrale Instrumente, um Verstöße wirksam zu verfolgen und Prävention
4712 landesweit zu organisieren.

4713

4714 Wir wollen:

- 4715 • die/den Landestierschutzbeauftragten mit einem eigenen Budget und
4716 klaren Bedingungen für unabhängige Arbeit ausstatten,
- 4717 • ein zentrales Landesregister für Tierhaltungs- und Betreuungsverbote
4718 schaffen, damit Verstöße nachvollziehbar sind und Verbote nicht durch
4719 Wohnortswechsel umgangen werden können,
- 4720 • eine landesweite Katzenschutzverordnung, die Freigängerkatzen erfasst
4721 und Kommunen verpflichtet, Streunerbestände einzudämmen, und ein
4722 Landesprogramm auflegen, um die Kastration, Kennzeichnung und
4723 Aufklärung zu fördern,
- 4724 • das tierwohlgerechte Management von Stadttauben unterstützen und ein
4725 Landesprogramm auflegen, um die Errichtung von betreuten Tauben-
4726 schlägen zu fördern, um die Population durch Eiertausch zu regulieren.

4727

4728 **Tiere können nicht klagen, also müssen es Menschen für sie tun**

4729 Tierschutz braucht klare Regeln und wirksame Durchsetzung. Doch bisher
4730 fehlen entscheidende rechtliche Möglichkeiten, um Verstöße konsequent zu
4731 verfolgen und Tierwohl landesweit abzusichern. Viele Probleme bleiben
4732 ungelöst, weil Verantwortlichkeiten unklar sind und Eingriffsmöglichkeiten
4733 fehlen.

- 4734 Wir wollen:
- 4735 • ein Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände einführen, damit
 - 4736 Verstöße gegen das Tierschutzrecht wirksam geprüft und gerichtlich
 - 4737 verfolgt werden können,
 - 4738 • die bestehenden Rasselisten abschaffen, da sie pauschal diskriminieren
 - 4739 und nicht zu mehr Sicherheit beitragen,
 - 4740 • eine landesweite Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für alle
 - 4741 Heimtiere einführen, um Tierhaltung nachvollziehbar zu machen und
 - 4742 Aussetzungen sowie Wiederholungsfälle zu verhindern,
 - 4743 • Vollzug im Tierschutz stärken, damit Regeln praktisch umgesetzt und
 - 4744 Tierwohl gesichert werden können.

4745

4746 Ein wirksamer Tierschutz zeigt, wie verantwortungsvoll ein Land handelt. Wenn

4747 Tiere geschützt werden, stärkt das auch den respektvollen Umgang mitein-

4748 ander und macht unsere Gesellschaft solidarischer. Wir wollen mit klaren

4749 Regeln, stabilen Strukturen und verlässlicher öffentlicher Unterstützung in

4750 Sachsen-Anhalt zeigen, dass Tierwohl zu einer guten öffentlichen

4751 Daseinsvorsorge dazugehört.

4752 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

4753

4754

4755 **15. Umwelt und Klima**

4756

4757 **Klima und Natur in Sachsen-Anhalt schützen**

4758

4759 Klimaschutz ist eine Frage der Gerechtigkeit. Das reichste Prozent verursacht

4760 pro Kopf in Deutschland 15-mal so viele Emissionen wie die untere Hälfte, doch

4761 die Folgen der Klimakrise tragen vor allem jene, die sich keine Rückzugsorte

4762 leisten können. Das ist ungerecht, und das wollen wir ändern. Sachsen-Anhalt

4763 braucht eine Politik, die Realität ernst nimmt. Gerade jetzt können wir zeigen,

4764 dass entschlossenes Handeln zählt. Unsere Wälder, Moore, Böden haben die

4765 Kraft, CO₂ zu binden und unser Land zu schützen, wenn wir sie stärken. Der

4766 Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, die soziale Abfederung des Wandels

4767 und die Verantwortung gegenüber jenen, die wenig haben, gehören untrennbar

4768 zusammen. Wenn wir jetzt das Nötige tun, können heute geborene Kinder als

4769 Rentner:innen wieder in einer Welt unter der 1,5-Grad-Grenze leben.

4770

4771 Dazu gehören:

- 4772 • ein Klimaschutz, der nur sozial gerecht funktioniert,
- 4773 • öffentliche Verantwortung und handlungsfähige Kommunen, die Mittel
- 4774 haben, um Klimaanpassung und Klimaschutz zu finanzieren,
- 4775 • ein nachhaltiger Umgang mit Energie und Ressourcen,
- 4776 • Frieden als Voraussetzung für globale Nachhaltigkeit, denn Kriege
- 4777 zerstören Menschen, Klima und Ressourcen.

4778

4779 **Stand der Dinge – Herausforderungen**

4780 Die Klimakrise verschärft sich sichtbar: Die 1,5-Grad-Marke wird voraussichtlich
4781 überschritten, und Extremwetter trifft auch Sachsen-Anhalt immer häufiger. Die
4782 Folgen sind ungleich verteilt. Menschen mit geringem Einkommen, ältere
4783 Menschen und Kinder tragen die größten Risiken, während die Hauptverur-
4784 sacher die extrem Reichen sind.

4785
4786 Unsere natürlichen Lebensgrundlagen geraten zugleich durch das globale
4787 Artensterben unter Druck. Mit jeder verlorenen Art schrumpft die Stabilität
4788 unserer Ökosysteme, die wir zum Überleben brauchen, weil sie beispielsweise
4789 für saubere Luft und Wasser und unsere Ernährung sorgen.

4790
4791 Kriege und Aufrüstung gehören weltweit zu den größten Treibern der globalen
4792 Erwärmung. Der militärisch-industrielle Komplex bindet enorme finanzielle
4793 Mittel, Rohstoffe und Energien, die für sozialen Ausgleich, Klimaschutz und
4794 ökologische Erneuerung dringend gebraucht würden. Ohne Frieden gibt es
4795 keinen wirksamen globalen Klimaschutz.

4796

4797 **Klimaneutral bis 2035**

4798 Sachsen-Anhalt braucht klare Regeln, damit Klimaschutz verlässlich, gerecht
4799 und wirksam wird.

4800

4801 Wir wollen:

- 4802 • ein verbindliches CO₂-Budget für Sachsen-Anhalt festlegen, das den
4803 Pfad zur Klimaneutralität bis 2035 klar beschreibt,
- 4804 • alle politischen Entscheidungen einer verpflichtenden Klimawirkungs-
4805 prüfung unterziehen, damit neue Regelungen mit Klimazielen und sozialer
4806 Gerechtigkeit vereinbar sind,
- 4807 • einen Nachhaltigkeitsbeirat einrichten, der große politische Vorhaben auf
4808 Klima- und Sozialwirkungen prüft,
- 4809 • grünen Wasserstoff gezielt nur dort einsetzen, wo es noch keine klima-
4810 freundlichere Alternative gibt, etwa in der Chemie- oder Schwerlast-
4811 industrie, im Luft- und Schiffsverkehr oder in Reservekraftwerken.

4812

4813 **Das Klima schützen vor Ort**

4814 Klimaschutz- und -anpassung müssen dort gelingen, wo die Menschen leben,
4815 also in den Kommunen. Diese brauchen eine verlässliche Finanzierung und die
4816 Möglichkeit, selbst zu gestalten. Gleichzeitig muss das Land mit gutem Beispiel
4817 vorangehen und seine öffentlichen Gebäude energetisch sanieren.

4818

4819 Wir wollen:

- 4820 • Klimaschutz zur Pflichtaufgabe der Kommunen machen und über das
4821 Finanzausgleichsgesetz dauerhaft finanzieren,
- 4822 • kommunale Klimaschutzstellen einrichten, die Sanierungsberatung,
4823 Fördermittelmanagement und Bürger:innenbeteiligung koordinieren,

- 4824 • soziale Härten abfedern, indem Sanierungen und Heizungswechsel sozial
4825 gerecht unterstützt werden sowie Härtefallfonds und günstige
4826 Sockeltarife dafür sorgen, dass niemand frieren muss,
4827 • Mobilität für alle sichern mit verlässlichem ÖPNV im ländlichen Raum,
4828 sicheren Wegen für Rad- und Fußverkehr sowie guter Anbindung für
4829 Schulkinder,
4830 • flächendeckende Ladeinfrastruktur für E-Autos schaffen, auch dort, wo
4831 sich der Betrieb für private Anbieter nicht lohnt,
4832 • öffentliche Gebäude zu Vorreitern machen mit Photovoltaik auf allen
4833 Landesliegenschaften, bei denen es möglich ist, und dem Ziel, sie bis
4834 2035 klimaneutral zu bewirtschaften,
4835 • eine nachhaltige öffentliche Beschaffung einführen, die verbindliche
4836 Umwelt-, Sozial- und Recyclingkriterien und einen CO₂-Schattenpreis
4837 statt des Billigkeitsprinzips nutzt.

4838

4839 **Nur Frieden schafft ein gutes Klima**

4840 Klimaschutz braucht Frieden. Kriege zerstören Lebensgrundlagen, verschlingen
4841 Energie und Ressourcen und treiben globale Emissionen nach oben. Während
4842 dringend Investitionen in Soziales und Ökologisches benötigt werden, zieht
4843 Aufrüstung öffentliche Mittel ab und stärkt Industrien, die der Zukunft schaden.

4844

4845 Wir wollen:

- 4846 • militärische Emissionen endlich sichtbar machen, indem sich Sachsen-
4847 Anhalt im Bundesrat dafür einsetzt, sie vollständig und transparent zu
4848 bilanzieren,
4849 • zivile Produktion priorisieren, auch beim Einsatz von Landesfördermitteln,
4850 damit Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft nicht an der Rüstungslogik
4851 hängen, sondern zum sozialen und ökologischen Fortschritt beitragen,
4852 • eine friedensorientierte Politik stärken, die auf Diplomatie, Abrüstung und
4853 internationale Zusammenarbeit setzt als Voraussetzung für eine sichere,
4854 klimastabile Zukunft.

4855

4856 **Natur und Arten schützen**

4857 Ob Elbe oder Harz, Drömling oder Grünes Band – unser Bundesland Sachsen-
4858 Anhalt ist reich an Natur. Doch dieser Reichtum muss gepflegt werden. Es
4859 braucht ausreichende Finanzierung und Strukturen, die Ehrenamt und Haupt-
4860 amt zusammenbringen, statt Aufgaben auf Freiwillige abzuwälzen. Eine intakte
4861 Natur ist für uns ein fundamentaler Bestandteil der öffentlichen
4862 Daseinsvorsorge.

4863

4864 Wir wollen:

- 4865 • die Naturschutzbehörden personell und finanziell stärken, damit sie ihre
4866 Aufgaben wirksam und vorausschauend erfüllen können,
4867 • Naturparks, Umweltbildung und Programme zur Artenkenntnis ausbauen,
4868 um Wissen, Engagement und regionale Identität zu fördern,

- 4869 • einen Landesnaturfonds nach Brandenburger Vorbild einrichten, der
4870 Naturschutzmaßnahmen langfristig finanziert und strategisch bündelt,
4871 • Natura-2000-Stationen schaffen, damit Schutzgebiete professionell
4872 begleitet und ökologisch weiterentwickelt werden,
4873 • die EU-Wiederherstellungsverordnung konsequent umsetzen, um
4874 degradierte Lebensräume aufzuwerten und unsere zu stärken,
4875 • Biotopverbünde ausbauen, damit Tiere wandern können und Lebens-
4876 räume vernetzt werden,
4877 • Moore renaturieren und Paludikulturen fördern, die Klimaschutz,
4878 Wasserhaushalt und regionale Wertschöpfung verbinden,
4879 • gebietsfremde invasive Arten bekämpfen, wenn sie heimische Arten und
4880 Lebensräume gefährden.

4881

4882 **Im Kreislauf wirtschaften heißt Ressourcen erhalten**

4883 Sachsen-Anhalt braucht eine Kreislaufwirtschaft, die Abfall vermeidet,
4884 Rohstoffe zurückgewinnt und Umweltbelastungen konsequent reduziert. Eine
4885 funktionierende Abfallwirtschaft ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, sie
4886 gehört in die öffentliche Hand und nicht der Logik des Profits unterworfen. Nur
4887 wenn Materialien im Kreislauf bleiben, belasten wir Böden, Wasser und Klima so
4888 wenig wie möglich und schützen unsere Umwelt.

4889

4890 Wir wollen:

- 4891 • Abfallwirtschaft als öffentliche Daseinsvorsorge stärken statt sie dem
4892 Profitinteresse privater Konzerne zu überlassen,
4893 • Müllimporte nach Sachsen-Anhalt stoppen, indem der Abfallwirtschafts-
4894 plan klare Kapazitätsgrenzen, Qualitätskriterien und das Näheprinzip
4895 festschreibt, und eine Bundesratsinitiative gegen länderübergreifenden
4896 Mülltourismus,
4897 • Genehmigungsaufgaben für Deponien und Abfalltransporte verschärfen,
4898 um Umweltbelastungen und Risiken konsequent zu begrenzen,
4899 • einen verpflichtenden Mindestanteil an Recycling-Baustoffen im
4900 öffentlichen Bau verankern, damit Ressourcen geschont werden,
4901 • ein landesweites Reparaturbonus-Programm einführen, das Reparaturen
4902 günstiger macht, Elektroschrott vermeidet und die Nutzungsdauer von
4903 Geräten verlängert.

4904

4905 **Wasser in Sachsen-Anhalt: ökologisch und gerecht**

4906

4907 Klimawandel und Industrieansiedlungen stellen unsere Wasserversorgung vor
4908 große Herausforderungen. Deshalb setzen wir auf eine Politik, die natürliche
4909 Ressourcen schützt, öffentliche Verantwortung stärkt und soziale Gerechtigkeit
4910 sichert.

4911

4912

4913

4914 Unsere Prinzipien:

- 4915 • Trinkwasserversorgung und unser Abwassersystem sind Teil der
4916 öffentlichen Daseinsvorsorge und nicht dafür da, private Profite zu
4917 erzielen.
- 4918 • Vorrang für Trinkwasser und natürliche Kreisläufe bei
4919 Nutzungskonflikten.

4920

4921 **Stand der Dinge - Herausforderungen**

4922 Sachsen-Anhalt steht vor wachsenden Nutzungskonflikten um Wasser. Die
4923 Folgen des Klimawandels verschärfen Trockenperioden, mindern die Grund-
4924 wasserneubildung und erhöhen den Druck auf Flüsse, Seen und Böden.

4925 Gleichzeitig steigt der Wasserbedarf der Industrie, während der Verbrauch der
4926 Haushalte zurückgeht.

4927

4928 Viele Gewässer sind zudem in keinem guten Zustand, ihre Durchgängigkeit ist
4929 eingeschränkt, und die bisherigen Maßnahmen reichen nicht aus, um die Ziele
4930 der EU-Wasserrahmenrichtlinie zu erfüllen.

4931

4932 **Gewässerschutz und ökologische Entwicklung**

4933 Flüsse, Bäche und Seen sind für Artenvielfalt, Landwirtschaft und regionale
4934 Lebensqualität unverzichtbar. Damit Wasser wieder fließen, leben und
4935 verbinden kann, müssen wir es konsequent vor Übernutzung und
4936 Verschmutzung schützen und unsere Gewässer naturnah entwickeln.

4937

4938 Wir wollen:

- 4939 • die Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie zügig und vollständig umsetzen
4940 und dafür mehr Landesmittel bereitstellen,
- 4941 • die Durchgängigkeit der Fließgewässer verbessern und die Gewässer für
4942 Wanderfische wie den Lachs wieder durchlässig machen,
- 4943 • Stickstoff- und Phosphorbelastungen wirksam reduzieren, mit klaren
4944 Regeln, Gewässerrandstreifen und staatlichen Kontrollen,
- 4945 • ein Landesprogramm auflegen, das Dorfteiche und Seen ökologisch
4946 stabilisiert und zu attraktiven Aufenthaltsorten entwickelt.

4947

4948 Wasser ist lebensnotwendig und gehört deshalb in die öffentliche Hand, mit
4949 klaren Regeln, wirksamer Kontrolle und Lösungen, die den Menschen in
4950 Sachsen-Anhalt dienen.

4951

4952 Wir wollen:

- 4953 • Trinkwasserversorgung und natürliche Ökosysteme bei
4954 Nutzungskonflikten priorisieren,
- 4955 • die Privatisierung von Quellen ausschließen und öffentliche Kontrolle
4956 stärken,
- 4957 • ein Landesförderprogramm für kommunale Trinkbrunnen auflegen.

4958

4959 **Großprojekte, Industriebedarf und regionale Wassersicherheit**

4960 Großansiedlungen und ein wachsender Bedarf der Industrie verändern die
4961 Wasserpolitik des Landes grundlegend. Wo viel Wasser gebraucht wird, dürfen
4962 Belastungen nicht auf Bevölkerung und Umwelt abgewälzt werden. Deshalb
4963 braucht jede große Ansiedlung ein belastbares Wasserkonzept, das sparsam
4964 wirtschaftet, regionale Kreisläufe schützt und Risiken vermeidet. Die geplante
4965 Umleitung von Elbwasser in die Spree lehnen wir ab: Statt Abhängigkeiten von
4966 Fernwasser zu schaffen, müssen wir die Region stärken: durch Renaturierung,
4967 Wiedervernässung und intelligente Nutzung bestehender Ressourcen.

4968
4969 Wir wollen:

- 4970 • Großprojekte nur zulassen, wenn ein belastbares Wasserkonzept
4971 vorliegt, mit lokaler Versorgung, Wiederverwendung, Speicherung und
4972 klarem Lastenmanagement,
- 4973 • das Wasserentnahmeentgelt zu progressiven Sätzen für Großver-
4974 braucher:innen und zu branchenspezifischen Tarifen für Industrie- und
4975 Kühlwasser reformieren,
- 4976 • sicherstellen, dass steigender Industrierwasserbedarf nicht auf Kosten
4977 der Bevölkerung geht,
- 4978 • keine Umleitung von Elbwasser in die Spree, weil sie ökologische Risiken
4979 schafft, Kosten verstetigt und Fernwasserabhängigkeiten erzeugt,
4980 stattdessen braucht der drohende Wassermangel der Spree als Folge
4981 des Kohleausstiegs regionale Lösungen: Renaturierung, Wiederver-
4982 nässung, kleinere Restlöcher und sparsamen Trinkwassergebrauch.

4983 4984 **Abwasserpolitik modernisieren**

4985 Abwasser ist kein Abfallprodukt, sondern eine Ressource, die wir besser nutzen
4986 und aufbereiten müssen. Damit die Kosten für Kommunen und Haushalte
4987 bezahlbar bleiben, braucht es eine starke öffentliche Hand und Förderpro-
4988 gramme, die Modernisierung ermöglichen statt verhindern. Die neue EU-
4989 Abwasserrichtlinie verlangt hohe Reinigungsstandards, um Mikroschadstoffe
4990 wirksam zu entfernen und so die Umwelt zu schützen. Diese Last darf nicht
4991 allein bei Kommunen und Menschen im Land hängenbleiben: Hersteller müssen
4992 Verantwortung für die Stoffe übernehmen, die sie in Umlauf bringen.

4993
4994 Wir wollen:

- 4995 • die Abwasseraufbereitung in öffentlicher Hand sichern, damit
4996 Investitionen am Gemeinwohl orientiert bleiben,
- 4997 • verlässliche Landes- und Bundesmittel mit niedrigen Förderhürden für
4998 den Erhalt und die Modernisierung von Anlagen bereitstellen,
- 4999 • eine Herstellerverantwortung durchsetzen, damit Unternehmen, die das
5000 Problem verursachen, über eine Herstellerabgabe die entstehenden
5001 Kosten tragen,

- 5002 • innovative Verfahren fördern, die Abwasser als Ressource nutzen: für
5003 Grundwasserneubildung, Löschteiche, Wasserstoffproduktion oder die
5004 Bewässerung naturnaher Lebensräume wie Auwälder.

5005

5006 **Klimaanpassung in Städten**

5007 Unsere Städte sind heute nicht ausreichend auf Starkregen, Hitze und
5008 Trockenheit vorbereitet. Versiegelte Flächen verhindern, dass Wasser
5009 versickert und gespeichert wird. Gleichzeitig fehlen Strukturen, die Regen
5010 zurückhalten und natürliche Kühlung ermöglichen. Damit Städte lebenswert
5011 bleiben und besser mit den Folgen der Klimakrise umgehen können, brauchen
5012 wir eine konsequente Ausrichtung auf blau-grüne Infrastruktur. Also Lösungen,
5013 die Wasser speichern, versickern oder verdunsten lassen, statt es möglichst
5014 schnell abzuleiten, und so zugleich mehr Grün in die Städte bringen.

5015

5016 Wir wollen:

- 5017 • Regenrückhalt systematisch stärken, damit Wasser in der Fläche bleibt
5018 und nicht unkontrolliert abfließt,
- 5019 • versiegelte Flächen entsiegeln, um natürliche Bodenfunktionen
5020 wiederherzustellen,
- 5021 • das Schwammstadtprinzip in Kommunen verankern und bei neuen
5022 Projekten sowie Sanierungen anwenden,
- 5023 • Infrastruktur grundsätzlich blau-grün planen, damit Städte
5024 widerstandsfähiger werden,
- 5025 • ein Landesförderprogramm auflegen, das Kommunen bei der Umsetzung
5026 dieser Maßnahmen unterstützt.

5027

5028 Wenn wir natürliche Kreisläufe wiederherstellen und öffentliche Verantwortung
5029 sichern, schaffen wir die Grundlage für eine widerstandsfähige Zukunft. Wir
5030 wollen, dass unser Sachsen-Anhalt ein Land ist, das mit Wasser sorgsam
5031 umgeht, Konflikte fair löst und so seine öffentliche Daseinsvorsorge und die
5032 Trinkwasserversorgung im Land sichert.

5033 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

5034

5035

5036 **16. Innenpolitik**

5037

5038 **Moderne Kriminalitätsbekämpfung – den Tätern einen Schritt voraus**

5039 Während andere noch über Bagatelldelikte diskutieren, rüsten wir Polizei und
5040 Justiz für die Kriminalität von morgen: Cybercrime, Wirtschaftskriminalität und
5041 KI-gestützte Manipulation. Wir schaffen spezialisierte Einheiten, die technisch
5042 auf der Höhe sind und komplexe Strukturen zerschlagen können.

5043

5044 Unsere Prioritäten sind vielfältig: Cybersicherheit schützt Unternehmen,
5045 Verwaltungen und Privatpersonen vor digitalen Angriffen und wachsenden

5046 Bedrohungen aus dem Netz. Bei der Wirtschaftskriminalität brauchen wir mehr
5047 Personal bei Staatsanwaltschaften und Schwerpunktstaatsanwaltschaften für
5048 die Arbeit an komplexen Verfahren. Hasskriminalität wird durch spezialisierte
5049 Ansprechpartner:innen in jeder Polizeibehörde und jedem Landkreis bekämpft –
5050 damit Opfer von Hass und Hetze ernst genommen werden.

5051

5052 **Bürgerrechte als Bürgermacht – Sie bestimmen mit**

5053 Sicherheitspolitik darf nicht hinter verschlossenen Türen stattfinden. Wir
5054 schaffen echte Bürger:innenbeteiligung bei sicherheitspolitischen Fragen:
5055 Öffentliche Anhörungen zu neuen Sicherheitsgesetzen, Bürger:innenforen zur
5056 Polizeiarbeit vor Ort und transparente Rechenschaftsberichte aller
5057 Sicherheitsbehörden ermöglichen es, dass Bürger:innen mitgestalten können.

5058

5059 Ihre Rechte werden gestärkt durch eine unabhängige Polizeibeschwerdestelle
5060 mit eigenen Ermittlungsbefugnissen und ausreichender Ausstattung, damit
5061 Beschwerden nicht zu den Akten gelegt werden. Informationsfreiheit ist nicht
5062 verhandelbar: Alle relevanten Polizeistatistiken und Lagebilder werden
5063 veröffentlicht. Wir bauen die Rechte der Parlamente bei der Kontrolle der
5064 Sicherheitsbehörden aus, damit demokratische Kontrolle nicht nur theoretisch
5065 besteht.

5066

5067 **Vertrauen durch Transparenz**

5068 Eine starke Demokratie hat keine Angst vor kritischen Fragen. Wir evaluieren
5069 regelmäßig alle Sicherheitsgesetze und schaffen sie ab, wenn sie sich als
5070 wirkungslos oder grundrechtswidrig erweisen. Sicherheitspolitik wird messbar
5071 und kontrollierbar – nicht als Versprechen, sondern als gelebte Praxis.

5072

5073 Wir setzen auf eine Sicherheitspolitik, die Vertrauen schafft statt Angst säht –
5074 eine Politik, die Menschen schützt und stärkt, statt sie zu kontrollieren und zu
5075 verdächtigen.

5076

5077 **Sicherheit durch Solidarität**

5078 Wahre Sicherheit entsteht nicht durch Überwachung und Abschreckung,
5079 sondern dort, wo Menschen Perspektiven haben, wo Zusammenhalt gelebt wird
5080 und wo alle am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

5081

5082 **Eine Polizei, die den Menschen dient – mehr Sicherheit durch mehr** 5083 **Menschlichkeit**

5084 Wir schaffen eine Polizei, die das Vertrauen der Bürger:innen genießt. 500 neue
5085 Polizeistellen bis 2030 bedeuten nicht nur mehr Präsenz auf der Straße,
5086 sondern vor allem mehr Zeit für echte Bürger:innennähe. Unsere Polizist:innen
5087 sollen Ansprechpartner:innen sein, die helfen und beraten, statt nur zu
5088 kontrollieren und zu bestrafen.

5089

5090 Wir ermöglichen echte Arbeitsplätze: Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund
5091 das Beamtengesetz reformiert und eine Arbeitszeitreduktion für Polizeikräfte
5092 auf 38 Stunden eingeführt werden kann, damit sie Zeit für Familie und Erholung
5093 haben. Wir stärken die Präventionspolizei mit spezialisierten Beamt:innen, die in
5094 Schulen, Vereinen und Gemeinden langfristig Vertrauen aufbauen. Besondere
5095 Aufmerksamkeit legen wir auf demokratische Professionalität durch regel-
5096 mäßige Fortbildungen zu Menschenrechten und interkultureller Kompetenz, um
5097 eine demokratische Alltagskultur in der Polizei zu stärken.

5098

5099 **Transparenz schafft Vertrauen**

5100 Eine demokratische Polizei hat nichts zu verbergen. Die individuelle Kennzeich-
5101 nungspflicht und der automatische Einsatz von Bodycams beim Schusswaffen-
5102 gebrauch oder beim Einsatz von Tasern schützen Bürger:innen ebenso wie
5103 Polizeikräfte vor falschen Anschuldigungen. Wir beenden die Kultur des
5104 Wegschauens bei rechtsextremen Umtrieben in den Sicherheitsbehörden –
5105 nicht durch Generalverdacht, sondern durch ein unabhängiges Meldesystem
5106 und klare demokratische Standards, die Transparenz und Rechenschaftspflicht
5107 sicherstellen.

5108

5109 **Digitale Grundrechte – Freiheit in der digitalen Welt**

5110 Während andere Parteien immer neue Überwachungsinstrumente fordern,
5111 machen wir den Schutz der digitalen Privatsphäre zum Grundrecht des
5112 21. Jahrhunderts. Wir verhindern den gläsernen Bürger und schaffen
5113 stattdessen digitale Teilhabe für alle.

5114

5115 Gesichtserkennung zur Massenüberwachung lehnen wir ab – Polizeiarbeit ja,
5116 Überwachungsstaat nein. Verschlüsselung wird nicht geschwächt, sondern in
5117 Sachsen-Anhalt, in Deutschland und in der EU gefördert. Menschen haben das
5118 Recht zu erfahren, welche Daten über sie gespeichert sind und wie sie diese
5119 wieder löschen lassen können. Transparente Datennutzung ist nicht
5120 verhandelbar.

5121

5122 **Innovation für Sicherheit, nicht gegen Freiheit**

5123 Moderne Technologie kann Sicherheit schaffen, ohne Grundrechte zu opfern.
5124 Wir setzen auf smarte Lösungen: Künstliche Intelligenz soll zur Aufklärung von
5125 Cyberkriminalität beitragen, aber nicht zur Überwachung unschuldiger
5126 Menschen eingesetzt werden. Gerade bei der Sichtung von Darstellungen
5127 sexualisierter Gewalt gegen Kinder kann KI die Arbeit der Ermittler:innen
5128 erleichtern. Wir befürworten den Einsatz funktionstüchtiger Endgeräte, mit
5129 denen die Digitalisierung der Polizeiarbeit die Effizienz erhöht, ohne Massen-
5130 daten zu sammeln. Die Einführung einer automatisierten Datenanalysesoftware
5131 wie Palantir lehnen wir konsequent ab – das ist eine rote Linie für den Schutz
5132 von Grundrechten.

5133

5134 **Demokratie verteidigen statt Geheimdienst ausbauen**

5135 Ein Verfassungsschutz in seiner jetzigen Form ist überflüssig. Er muss seine
5136 Prioritäten neu setzen. Statt auf intransparente V-Leute-Netzwerke und
5137 Bespitzelung zu setzen, wollen wir langfristig eine Agentur für Demokratie und
5138 Menschenrechte, durch die vor allem die Demokratiearbeit und politische
5139 Bildung gestärkt werden soll. Damit bekäme Sachsen-Anhalt eine transparente
5140 Institution, die Vertrauen in demokratische Strukturen aufbaut – nicht durch
5141 Geheimhaltung, sondern durch Klarheit und Offenheit.

5142
5143 Damit schützen wir die Verfassung durch eine Bildungsoffensive statt
5144 Bespitzelung: Wir wollen aktive Aufklärungsarbeit an Schulen, in der
5145 Erwachsenenbildung und in Kommunen über verfassungsfeindliche Tendenzen
5146 und die Werte unserer Demokratie. Wir setzen unter Wahrung des Quellen-
5147 schutzes auf transparente Öffentlichkeitsarbeit durch regelmäßige öffentliche
5148 Berichte über verfassungsfeindliche Tendenzen, um das Vertrauen der
5149 Bevölkerung in demokratische Institutionen zu stärken. Professionelle
5150 Ausstiegsberatung für Menschen, die sich radikalisiert haben, ersetzt die
5151 fragwürdige Praxis bezahlter Spitzel. Wir folgen dem Beispiel Thüringens, in
5152 dem V-Personen systematisch abgeschaltet wurden und keine tätigkeits-
5153 bezogenen Straftaten begehen dürfen. Frühe Prävention durch Zusammen-
5154 arbeit mit Schulen, Jugendarbeit und Sozialarbeit ist zentral, um Radikalisie-
5155 rungsprozesse frühzeitig zu erkennen und ihnen entgegenwirken zu können.

5156 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

5157

5158 **Katastrophenschutz und Bevölkerungsschutz**

5159

5160 **Feuerwehr, THW und Rettungsdienste sind unsere Rettungsanker**

5161 Echte Sicherheit entsteht durch funktionierende Notfallstrukturen. Wir stärken
5162 Hilfswerk und Rettungsdienste mit modernem Equipment, ausreichend Personal
5163 und regelmäßiger Schulung, weil diese Institutionen das Vertrauen und die
5164 Ressourcen verdienen, die wir ihnen geben.

5165

5166 Dezentrale Leitstellen mit kurzen Entscheidungswegen und regionaler Expertise
5167 sind essentiell – nicht zentralisiert von weit entfernten Behörden, die lokale
5168 Besonderheiten nicht kennen. Ein neues Trainings- und Einsatzgelände am
5169 Institut für Brand- und Katastrophenschutz in Heyrothsberge ermöglicht
5170 spezialisierte Ausbildung für Fachkräfte in Katastrophenschutz und
5171 Bevölkerungsschutz. Die Lebensleistung unserer Feuerwehrkamerad:innen
5172 verdient höchste Anerkennung für ihren Einsatz rund um die Uhr – sie schützen
5173 Leben und geben Sicherheit, ihre Arbeit ist für unsere gesamte Gemeinschaft
5174 unverzichtbar.

5175

5176 Gleichzeitig wollen wir die Kommunen von unfairen Kostenlasten befreien.
5177 Wenn Feuerwehren und Rettungsdienste an ihre Grenzen kommen und
5178 Kommunen um Amtshilfe bitten – etwa bei Hochwasser, Sturmschäden und

5179 schwierigen Waldbrandlagen –, drohen ihnen derzeit massive Kosten. Das ist
5180 ungerecht: Bundeswehr und THW sind steuerfinanziert, Naturkatastrophen sind
5181 gesamtgesellschaftliche Herausforderungen. Wir wollen die Amtshilfekosten-
5182 regelung reformieren und langfristig abschaffen. Die Kosten für Rettung und
5183 Katastrophenschutz müssen solidarisch auf starke Schultern verteilt werden –
5184 nicht auf den Rücken ohnehin unterfinanzierter Kommunen, die bereits mit
5185 leeren Haushalten kämpfen.

5186

5187 **Eigenvorsorge und kommunale Vorsorge – die beste Prävention**

5188 In Krisensituationen sind gut organisierte Nachbarschaften entscheidend – oft
5189 sind sie die erste und wichtigste Anlaufstelle. Wir investieren in Aufklärung und
5190 Vorbereitung: THW und Land informieren regional in Veranstaltungen über
5191 Selbstvorsorge für 72 Stunden – Wasser, Lebensmittel, Erste Hilfe, Verhalten
5192 bei Stromausfall. Jeder Haushalt soll wissen, wie man sich und die Familie in
5193 einer Krise selbst versorgt. Kostenlose Erste-Hilfe-Kurse werden gefördert und
5194 ausgebaut, damit mehr Menschen wissen, wie sie sich und anderen helfen
5195 können – weil erste Hilfe ein demokratisches Gut ist, kein Privileg.

5196

5197 Die flächendeckende Planung und der Ausbau von Katastrophenschutz-
5198 Leuchttürmen in den Wohnorten werden verstetigt und ausgebaut, damit
5199 Menschen schon in Nichtkrisenzeiten wissen, wo sie im Krisenfall Hilfe und
5200 Informationen erhalten. Das schafft nicht nur praktische Sicherheit, sondern
5201 auch das psychologische Wissen, dass jemand für sie da ist.

5202

5203 **Transparente Koordination mit Infrastrukturbetreibern**

5204 Das Land koordiniert sich regelmäßig mit Betreibern kritischer Infrastrukturen –
5205 Energieversorgern, Telekommunikationsunternehmen, Wasser- und Abwasser-
5206 betrieben – und macht diese Koordination öffentlich. Öffentliche Berichte
5207 zeigen, welche Sicherheitsstandards für Krisenfestigkeit gelten, wie oft
5208 Betreiber Notfallpläne testen und wo es Schwachstellen gibt. Von privaten
5209 Betreibern fordern wir, dass sie ihren Selbstschutz ernst nehmen – mit
5210 redundanten Systemen, Notstromversorgung und regelmäßigen Übungen –
5211 denn Gewinnmaximierung darf nicht zu Lasten der Sicherheit aller gehen.

5212

5213 Das ist keine Geheimsache: Kommunen und Rettungskräfte müssen wissen, wie
5214 die Systeme funktionieren. Öffentliche, regionalisierte Risikoabschätzungen
5215 zeigen, wo Hochwassergefahren lauern, wo Stromnetze verwundbar sind und
5216 wo es kritische Abhängigkeiten gibt. Dieses Wissen gehört der Öffentlichkeit,
5217 nicht in geheime Aktenordner – Transparenz ist die Voraussetzung für
5218 demokratische Vorsorge.

5219

5220 **Besonders schutzbedürftige Menschen schützen**

5221 Schulen, Kliniken, Altenheime, Behinderteneinrichtungen und Obdachlosen-
5222 unterkünfte sind besonders verletzlich bei Ausfällen der Infrastruktur. Diese
5223 Einrichtungen erhalten spezielle Unterstützung: Schulung des Personals für

5224 Krisensituationen, Planung von Evakuierungsrouten und Sicherung einer
5225 Notstromversorgung. Hier trägt das Land besondere Verantwortung – für
5226 Menschen, die sich nicht selbst helfen können und auf staatliche Unterstützung
5227 angewiesen sind.
5228

5229 **Feuerwehren stärken – Rückgrat des Bevölkerungsschutzes**

5230

5231 **Verlässliche Finanzierung statt Förderlotterie**

5232
5233 Feuerwehren in Sachsen-Anhalt brauchen kein Förderlotto, sondern ein
5234 verlässliches Finanzierungssystem, das es Kommunen ermöglicht, mittelfristig
5235 zu planen. Wir führen zweckgebundene Landeszuweisungen an die Kommunen
5236 ein nach transparenten Schlüsseln wie aktive Einsatzkräfte, Standortanzahl und
5237 Einsatzzahlen, planbar über Jahre hinweg und mit der Möglichkeit, Mittel
5238 anzusparen. So können Kommunen selbst entscheiden, ob sie Fahrzeuge
5239 beschaffen, Gerätehäuser modernisieren oder Ausrüstung und Schutzkleidung
5240 erneuern. Statt Bürokratie und Gnadenbrot schaffen wir Eigenverantwortung
5241 und echte Planungssicherheit für die Kommunen.
5242

5243 **Kleine Wehren schützen – Strukturen im ländlichen Raum erhalten**

5244 Während große Städte oft besser ausgestattet sind, kämpfen kleine
5245 Feuerwehren ums Überleben. Wir schaffen ein Landesprogramm „Kleine
5246 Wehren – Bestand sichern“, das gezielt Engpässe behebt: Stellplätze,
5247 Sanitäreinrichtungen, Umkleieräume, fahrzeugtechnische Mindestausstattung.
5248 Keine Feuerwehr darf schließen, weil das Land spart. Eine flächendeckende,
5249 lebendige Feuerwehrlandschaft ist Daseinsvorsorge, nicht Luxus, und wir
5250 sichern sie ab.
5251

5252 **Feuerwehr braucht Menschen – Ehrenamt und Berufsfeuerwehr attraktiv gestalten**

5253
5254 Technik ohne Einsatzkräfte ist wertlos – daher stärken wir Ehrenamt und
5255 Berufsfeuerwehr durch verbesserte Rahmenbedingungen. Wir garantieren
5256 verlässliche Arbeitgeberfreistellung für ehrenamtliche Kamerad:innen, vollen
5257 Lohnersatz bei Einsätzen – auch für Selbstständige – und unbürokratische
5258 Kostenerstattung. Ausbildungskapazitäten in Feuerweherschulen werden
5259 ausgebaut, damit niemand auf Wartelisten sitzt.
5260

5261 Die Lebensleistung unserer Einsatzkräfte verdient Anerkennung:
5262 Feuerwehrdienstzeiten sollen bei der Rente berücksichtigt werden – ein
5263 wichtiger Schritt, um die Gerechtigkeit gegenüber denen zu wahren, die Leben
5264 retten. Besonderes Gewicht legen wir auf Nachwuchsgewinnung: Jugendfeuer-
5265 wehren stärken, mehr Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte für den
5266 Dienst gewinnen, damit die Feuerwehr die ganze Gesellschaft widerspiegelt.
5267 Psychosoziale Unterstützung nach belastenden Einsätzen bleibt nicht die

5268 Ausnahme, sondern wird zum Standard, denn Einsatzkräfte, die traumatisiert
5269 sind, können nicht helfen. Feuerwehr ist gelebte Solidarität – das muss sich in
5270 der Unterstützung der Einsatzkräfte widerspiegeln.

5271

5272 **Praxisnahe Ausrüstung und solide Standards**

5273 Zentrale Beschaffung muss die Expertise der Praxis einbeziehen – Fehlent-
5274 scheidungen bei Fahrzeugausstattung oder Technik zeigen, wie wichtig
5275 Rückkopplung mit den Einsatzkräften ist. Wir setzen auf transparente,
5276 realistische Beschaffungsprozesse und überprüfen Ausstattungsvorgaben auf
5277 ihre Verhältnismäßigkeit. Sicherheit bleibt der Maßstab, aber Anforderungen
5278 müssen finanzierbar und an tatsächliche Belastungen orientiert sein – nicht an
5279 Prestigeprojekten oder überbewerteten Sonderlösungen, die am Ende im Etat
5280 versanden.

5281

5282 **Klimagerechte Feuerwehr – fit für Extremwetter und neue Brandsituationen**

5283 Waldbrände, Hochwasser, Hitzeperioden: Die Feuerwehr wird zum Krisen-
5284 manager im Klimawandel – das ist nicht dramatisch überspitzt, sondern
5285 nüchterne Analyse. Wir investieren in Prävention und Ausstattung:
5286 Löschwasserbrunnen, befahrbare Waldwege für Einsatzfahrzeuge,
5287 spezialisierte Technik und eine landesweite Waldbrandvorsorge. Feuerwehren
5288 werden eng mit Katastrophenschutz, THW und kommunalen Krisenstäben
5289 vernetzt, damit Ressourcen effizient genutzt werden können. Wer Klimaschutz
5290 ausbremst, gefährdet die Menschen, die in der Krise Leben retten müssen – das
5291 ist der politische Zusammenhang, den wir laut aussprechen.

5292

5293 **Landeseinheitliche Standards für Bedarfsplanung**

5294 Gute Bedarfsplanung ist rechtssicher und gerecht. Wir entwickeln verbindliche
5295 Mindeststandards für den kommunalen Brandschutz – nicht als Maximal-
5296 forderung, sondern als realistischen Grundbedarf, der überall in Sachsen-Anhalt
5297 vergleichbare Sicherheit gewährleistet. So erhalten Kommunen und Wehren
5298 Verlässlichkeit statt Planung im Nebel und garantierte Fairness gegenüber
5299 anderen Kommunen.

5300

5301 **Soziale Sicherheit als Fundament – Prävention ist die 5302 beste Polizei**

5303

5304 Jeder Euro, den wir in Bildung, Jugendarbeit und soziale Programme
5305 investieren, spart später Kosten für Polizei und Justiz. Wir bekämpfen
5306 Kriminalität dort, wo sie entsteht: in sozialer Ungerechtigkeit und
5307 Perspektivlosigkeit. Das ist nicht sentimentale Sozialpolitik – es ist harte,
5308 rationale Kriminalpolitik.

5309

5310 Unsere Investitionen sind gezielt: Jugendarbeit statt Jugendknast – mehr
5311 Streetwork, offene Jugendtreffs und Jugendzentren, die jungen Menschen

5312 einen Halt und eine Perspektive bieten. Gewaltprävention durch Programme
5313 gegen häusliche Gewalt und verlässliche Schutzräume für Betroffene schützen
5314 Familien. Gemeinschaftsprojekte wie Nachbarschaftshilfe und interkulturelle
5315 Begegnungen schaffen das Vertrauen, das dann auch Kriminalität vorbeugt.

5316

5317 **Ländliche Räume stärken**

5318 Sicherheit bedeutet auch, dass Menschen überall in Sachsen-Anhalt gut leben
5319 können – nicht nur in den Städten. Mobile Polizeistationen, regelmäßige
5320 Bürger:innensprechstunden und der Ausbau mobiler, professioneller
5321 Hilfsangebote vor Ort schaffen Sicherheit durch Solidarität, auch in kleineren
5322 Gemeinden, damit die ländliche Bevölkerung nicht das Gefühl hat, verlassen zu
5323 sein.

5324

5325 Professionelle Hilfe vor Ort ist essentiell: Sozialarbeiter:innen und Familienhelfer
5326 müssen in ländlichen Gebieten verfügbar sein. Mobile Beratungsstellen für
5327 Schulden-, Sucht- und Familienprobleme beugen Krisen vor.

5328 Konfliktmediator:innen für Nachbarschaftsstreitigkeiten helfen, Eskalationen zu
5329 vermeiden – eine präventive Kultur, die Sicherheit durch Verständnis schafft.

5330

5331 **Begegnungen fördern**

5332 Wo Menschen Perspektiven haben, sich ernst genommen fühlen und am
5333 Gemeinschaftsleben teilhaben können, entstehen weniger Konflikte, die später
5334 polizeiliche Eingriffe erfordern. Das ist echte präventive Sicherheitspolitik –
5335 nicht durch Kontrolle, sondern durch Teilhabe und Solidarität. Interkulturelle
5336 Feste und Projekte schaffen Verständnis und Austausch, Partnerschaften
5337 zwischen Stadtteilen und Dörfern stärken den Zusammenhalt, generationen-
5338 übergreifende Projekte verbinden Menschen verschiedener Altersgruppen und
5339 schaffen gegenseitiges Verständnis.

5340

5341 **Unser Versprechen: Eine andere Sicherheitspolitik ist möglich**

5342 In unserem Sachsen-Anhalt haben Menschen keine Angst vor der Polizei,
5343 sondern vertrauen ihr. Grundrechte werden nicht abgebaut, sondern
5344 ausgebaut. Sicherheit entsteht nicht durch Kontrolle, sondern durch Teilhabe
5345 und Gerechtigkeit.

5346 Wir bieten eine Alternative zu Angstmacherei und Überwachung. Wir schaffen
5347 Sicherheit durch Solidarität, Vertrauen durch Transparenz und Perspektiven
5348 durch Prävention.

5349 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

5350

5351

5352

5353

5354

5355

5356
5357
5358
5359
5360
5361
5362
5363
5364
5365
5366
5367
5368
5369
5370
5371
5372
5373
5374
5375
5376
5377
5378
5379
5380
5381
5382
5383
5384
5385
5386
5387
5388
5389
5390
5391
5392
5393
5394
5395
5396
5397
5398
5399

17. Justiz

Sachsen-Anhalts Justiz bürgernah

Sachsen-Anhalts Justiz unter Druck

Sachsen-Anhalts Justiz steht vor tiefgreifenden strukturellen Herausforderungen. Die Zahl der Verfahren wächst, Bearbeitungszeiten verlängern sich, und Rückstände nehmen zu. Für viele Bürger:innen bedeutet das lange Wartezeiten auf Entscheidungen, die oft existenzielle Fragen betreffen – besonders für Menschen mit geringem Einkommen, die auf einen schnellen und verlässlichen Rechtsschutz angewiesen sind.

Gleichzeitig arbeitet das Justizpersonal vielerorts am Limit: hohe Fallzahlen, dauerhafte Überstunden und steigende Krankenstände verschärfen die Situation zusätzlich. Diese Überlastung wirkt sich unmittelbar auf die Funktionsfähigkeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften aus und verstärkt einen Teufelskreis aus Personalmangel, Verzögerungen und einem weiter anwachsenden Druck.

Diese Entwicklung nehmen wir nicht hin. Wir wollen den Kreislauf aus Überlastung und Verzögerung durchbrechen und die Justiz in Sachsen-Anhalt zukunftsfest aufstellen. Unser Anspruch ist eine Justiz, die für alle Menschen erreichbar ist, die ihre Beschäftigten schützt und stärkt und die nicht allein auf Strafe setzt, sondern ebenso auf Prävention, Opferschutz und Resozialisierung.

Wir stehen für eine Justizpolitik, die Rechtsschutz unabhängig von Einkommen, Wohnort oder sozialem Status garantiert. Zugänglichkeit, gute Arbeitsbedingungen, wirksamer Opferschutz sowie Prävention und Wiedereingliederung sind für uns keine Gegensätze, sondern zentrale Voraussetzungen für einen funktionierenden Rechtsstaat.

Rechtsschutz sichern – bürgernah und gerecht

In Sachsen-Anhalt stauen sich Verfahren, die Dauer von Gerichtsprozessen steigt und immer neue Fälle kommen hinzu. Daher heißt es für uns: Verfahren verkürzen, Hürden abbauen und besonders Menschen mit geringem Einkommen einen fairen Zugang zum Recht sichern.

Wir wollen:

- Rechtsschutz unabhängig vom Einkommen **gewährleisten, ohne** Einschränkungen bei Beratungs-, Prozess- und Verfahrenskostenhilfe,
- Uns für sozial angemessene Gebühren auf Bundesebene einsetzen,
- den Erhalt und die Stärkung bürgerfreundlicher Standorte durch wohnortnahe Gerichte,
- bürgernahe Justizzentren,

- 5400 • die Stärkung des Justizstandorts Dessau durch das zentrale
5401 Mahngericht.

5402
5403 Unser Ziel ist eine bürgernahe und gerechte Justiz, damit alle Menschen
5404 schnellen, fairen und wirksamen Zugang zum Recht erhalten.

5405
5406 **Mehr Personal für eine funktionsfähige Justiz**

5407 Hohe Arbeitsbelastung, Überstunden und steigende Krankenstände belasten
5408 die Gerichte und verlängern Verfahren. Für Beschäftigte wie für Bürger:innen
5409 braucht es daher eine moderne Personal- und Einstellungspolitik.

5410
5411 Wir wollen:

- 5412 • eine langfristige Personalstrategie, die Altersabgänge und demografische
5413 Entwicklungen frühzeitig berücksichtigen und den Nachwuchs gezielt
5414 fördert,
- 5415 • Neu- und Nachbesetzungen schnell und konsequent durchführen,
- 5416 • eine Entlastung des Fachpersonals durch mehr Assistenzkräfte und IT-
5417 Fachpersonal,
- 5418 • attraktive Arbeitsbedingungen durch Mobile Arbeit, flexible
5419 Arbeitszeitmodelle, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
5420 moderne Ausstattung und klare Beförderungswege,
- 5421 • Coaching- und Gesundheitsprogramme für Beschäftigte.

5422 Unser Ziel ist eine leistungsfähige Justiz mit ausreichend und gut ausgebilde-
5423 tem Personal, die Verfahren beschleunigt, gerecht entscheidet und Vertrauen
5424 schafft.

5425
5426 **Digitalisierung der Justiz**

5427 Eine moderne Justiz braucht digitale Strukturen, die Verfahren beschleunigen,
5428 den Zugang zum Recht erleichtern und Beschäftigte entlasten. Die Digitalisie-
5429 rung muss daher konsequent vorankommen.

5430
5431 Wir wollen:

- 5432 • eine funktionstüchtige und flächendeckende E-Akte,
- 5433 • Videokonferenzen im Gerichtssaal für verkürzte Wegezeiten und
5434 effizientere Anhörungen,
- 5435 • Homeoffice-fähige Fachprogramme für Richter:innen und Justizpersonal,
- 5436 • leistungsstarke Datennetze, Hardware und IT-Infrastruktur für moderne
5437 digitale Ausstattung,
- 5438 • digitale Verfahren, Online-Anträge und automatisierte Fristenkontrollen,
- 5439 • bürgerfreundliche Online-Dienste wie z.B. Terminvereinbarung,
5440 mehrsprachige Informationsportale oder Online-Streitbeilegung,
- 5441 • Weiterbildung für digitale Kompetenz in Ausbildung und Referendariat.

5442
5443 Ziel ist eine effiziente, transparente und bürgerfreundliche Justiz, die digitale
5444 Möglichkeiten voll ausschöpft.

5445 **Mediation statt langer Gerichtsverfahren**

5446 Viele Konflikte ziehen sich heute unnötig in die Länge, weil Gerichte überlastet
5447 sind und Verfahren immer mehr Zeit in Anspruch nehmen. Dabei könnten
5448 zahlreiche Streitigkeiten schneller, fairer und für alle Beteiligten schonender
5449 gelöst werden. Mediation bietet hier eine echte Alternative.

5450
5451 Wir wollen:

- 5452 • eine staatlich finanzierte „Mediationshilfe“, damit Bürger:innen Mediation
- 5453 kostenfrei oder stark vergünstigt in Anspruch nehmen können,
- 5454 • landesweite Beratungsstellen mit einheitlichen Qualitätsstandards und
- 5455 zentraler Koordination sowie ergänzenden Online- und Telefon-
- 5456 angeboten,
- 5457 • professionell ausgebildete Mediator:innen, die Konflikte neutral begleiten
- 5458 und konstruktive Lösungen ermöglichen.

5459
5460 Unser Ziel sind schnelle und faire Lösungen durch Mediation, die das Recht
5461 flächendeckend zugänglich macht, Eskalationen vermeidet und unsere Gerichte
5462 nachhaltig entlastet.

5463

5464 **Neue Schwerpunktstaatsanwaltschaften**

5465 Wir setzen uns für die konsequente Strafverfolgung schwerer Straftaten und
5466 den Schutz aller Menschen vor Gewalt ein. Dabei haben wir besonders
5467 rechtsextremistische Straftaten und geschlechtsspezifische Gewalt,
5468 insbesondere Femizide, im Blick.

5469

5470 In Sachsen-Anhalt erreichte die politisch motivierte Kriminalität 2024 einen
5471 neuen Höchststand, vor allem durch einen starken Anstieg rechtsextremer
5472 Straftaten. Diese gefährden die Demokratie, den gesellschaftlichen
5473 Zusammenhalt und die Sicherheit von Menschen vor Ort.

5474

5475 Wir wollen:

- 5476 • Schwerpunktstaatsanwaltschaften einrichten, die rechtsextrem
- 5477 motivierte Straftaten überregional bündeln und effektiv bearbeiten,
- 5478 • spezialisierte Fortbildungen für Justizpersonal, um Täterstrukturen,
- 5479 Radikalisierungsdynamiken und Netzwerke rechtsextremistischer Gewalt
- 5480 besser zu erkennen und gezielt zu verfolgen,
- 5481 • eine enge Zusammenarbeit mit Polizei, Verfassungsschutz und
- 5482 zivilgesellschaftlichen Initiativen, um Frühwarnsignale zu erkennen und
- 5483 Tendenzen wirksam entgegenzuwirken,
- 5484 • bessere statistische Erfassung, ebenfalls im digitalen Raum,
- 5485 • Öffentlichkeitsarbeit und Präventionsprogramme, die über rechtsextreme
- 5486 Gefährdungen, Warnsignale und Unterstützungsangebote informieren.

5487

5488 Gleichzeitig kommt es immer wieder zu tödlicher Gewalt gegenüber Frauen.
5489 Femizide müssen als solche anerkannt, systematisch erfasst und gezielt
5490 juristisch verfolgt werden.

5491
5492 Wir wollen:

- 5493 • Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Fälle geschlechtsspezifischer
5494 Gewalt etablieren, um effektive Strafverfolgung sicherzustellen,
- 5495 • spezialisierte Fortbildungen für Justizpersonal, um Opferlagen,
5496 Täterdynamiken und Risikofaktoren bei häuslicher Gewalt und Femiziden
5497 zu erkennen,
- 5498 • Kooperation mit Opferschutzorganisationen und zivilgesellschaftlichen
5499 Initiativen, um Betroffene frühzeitig zu schützen,
- 5500 • Öffentlichkeitsarbeit und Präventionsprogramme, die über Femizide,
5501 Warnsignale und vorhandene Hilfsangebote informieren,
- 5502 • eine Bundesratsinitiative für Femizide als neues Mordmerkmal im § 211
5503 StGB, um geschlechtsspezifische Gewalt juristisch stärker zu verankern.

5504
5505 Unser Ziel ist eine effektive, moderne und rechtsstaatliche Strafverfolgung, die
5506 schwere Straftaten konsequent verfolgt, demokratiefeindlichen Tendenzen
5507 entgegenwirkt und besonders gefährdete Gruppen schützt.

5508
5509 **Reform des Strafrechts**

5510 Wir setzen uns für ein modernes, bürgernahes Strafrecht ein, das Frauen,
5511 Kinder und besonders gefährdete Menschen schützt, aber gleichzeitig Polizei,
5512 Staatsanwaltschaften und Gerichte entlastet.

5513
5514 Wir wollen auf Bundesebene anstoßen:

- 5515 • eine Reform des Umgangsrechts, um Femizide, Stalking und häusliche
5516 Gewalt zu verhindern und den Schutz von Frauen und Kindern zu stärken,
- 5517 • die gezielte Verschärfung des Strafrechts nur dort, wo es zur effektiven
5518 Verfolgung schwerer Straftaten nötig ist,
- 5519 • bessere entlastende Maßnahmen, darunter Entkriminalisierung von
5520 „Containern“ zur Nutzung von weggeworfenen Lebensmitteln,
- 5521 • die Abschaffung der Straffälligkeit von Fahren ohne gültigen
5522 Fahrausweis, um unverhältnismäßige Verfahren zu vermeiden,
- 5523 • die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen als Teil eines
5524 selbstbestimmten Rechts auf körperliche Unversehrtheit.

5525
5526 Unser Ziel ist ein Strafrecht, das wirksam schützt, gesellschaftliche Probleme
5527 klar adressiert und gleichzeitig Justizressourcen schont.

5528
5529 **Opferschutz und Opferhilfe**

5530 Wir stehen für schnellen, unbürokratischen Schutz und gezielte Hilfe für Opfer.
5531 Jede Person, die Gewalt erfährt, muss sich darauf verlassen können, dass sie
5532 sicher und professionell unterstützt wird.

5533 Wir wollen:

- 5534 • eine Aufstockung des Opferhilfefonds Sachsen-Anhalt, um kurzfristige
- 5535 finanzielle Unterstützung für Betroffene sicherzustellen,
- 5536 • die Finanzierung von Opferschutzeinrichtungen in Trägerschaft durch
- 5537 Geldauflagen aus Strafverfahren,
- 5538 • kostenlose Untersuchungen in Opferschutzambulanzen, inklusive
- 5539 gerichtsverwertbarer Dokumentation,
- 5540 • den Erhalt und Ausbau der Opferschutzambulanzen in Halle und
- 5541 Magdeburg sowie die Schaffung zusätzlicher Angebote bei Bedarf,
- 5542 • eine verbesserte Anonymisierung von Opfer- und Zeugendaten zum
- 5543 Schutz der Betroffenen,
- 5544 • feste Ansprechpartner:innen in Staatsanwaltschaften speziell für Fälle
- 5545 häuslicher Gewalt.

5546

5547 Unser Ziel ist der effektive Schutz und die gezielte Hilfe für Opfer, damit sie

5548 schnell Sicherheit und Unterstützung erhalten.

5549

5550 **Täter-Opfer-Ausgleich und Resozialisierung**

5551 Wir setzen auf eine präventive und resozialisierende Strafverfolgung, die Straf-

5552 täter:innen die Möglichkeit gibt, Verantwortung zu übernehmen, ohne eine

5553 Haftstrafe antreten zu müssen. Rückfälle sollen verhindert, Resozialisierung

5554 gefördert und Opfer aktiv in den Wiedergutmachungsprozess einbezogen

5555 werden. Resozialisierung senkt Rückfallquoten, schützt also auch Opfer vor

5556 Wiederholungstaten.

5557

5558 Wir wollen:

- 5559 • die Abschaffung von Ersatzfreiheitsstrafen durch eine Bundesrats-
- 5560 initiative, um unverhältnismäßige Haft zu vermeiden,
- 5561 • den Ausbau gemeinnütziger Arbeitsstellen statt Ersatzfreiheitsstrafen,
- 5562 • eine Verbesserung der Unterbringung im Strafvollzug, insbesondere
- 5563 durch angemessene Betreuung, Bildung und therapeutische Angebote,
- 5564 • die Förderung des Täter-Opfer-Ausgleichs zur Wiedergutmachung und
- 5565 Versöhnung, wo es die Opfer zulassen,
- 5566 • ein professionelles Übergangsmangement für Haftentlassene, um den
- 5567 Wiedereinstieg in die Gesellschaft zu erleichtern,
- 5568 • eine Erhöhung der Gefangenenvergütung, damit Gefangene Schulden
- 5569 abbauen können und nach der Haft nicht durch Armut erneut straffällig
- 5570 werden,
- 5571 • die Integration in soziale Sicherungssysteme wie die Rentenversicherung
- 5572 während des Vollzugs, um langfristige Perspektiven zu schaffen.

5573

5574 Unser Ziel ist eine moderne Strafverfolgung, die Resozialisierung und

5575 Prävention in den Mittelpunkt stellt, Straftäter:innen konstruktiv integriert und

5576 gleichzeitig die Interessen und Sicherheit der Opfer wahrt. Haft soll nicht

5577 Selbstzweck sein, sondern ein Mittel, um gesellschaftliche Sicherheit zu
5578 gewährleisten und Rückfälle zu verhindern.

5579

5580 **Jugendstrafrecht und Jugendarrest**

5581 Wir setzen auf präventive und erzieherische Ansätze im Jugendstrafrecht, die
5582 junge Menschen stärken, statt sie durch unverhältnismäßigen Freiheitsentzug
5583 zu kriminalisieren. Ziel ist es, Rückfälle zu vermeiden, soziale Integration zu
5584 fördern und gleichzeitig schnell auf Straftaten reagieren zu können.

5585

5586 Wir wollen:

- 5587 • erzieherische Wirkung statt Freiheitsentzug in den Mittelpunkt stellen
5588 und alternative Maßnahmen bevorzugen,
- 5589 • die Ablehnung unverhältnismäßiger Sanktionen, wie z.B.
5590 Warnschussarrest, die den erzieherischen Effekt verfehlen,
- 5591 • ein Modellprojekt „Strafvollzug in freien Formen“, bei dem die Jugend-
5592 lichen in betreuten Wohngruppen eingebunden werden, um soziale
5593 Kompetenzen zu stärken und persönliche Verantwortung zu fördern,
- 5594 • die Einrichtung von „Häusern des Jugendrechts“, um schnelle,
5595 behördenübergreifende Reaktionen zu ermöglichen und eine zentrale
5596 Anlaufstelle für Jugendliche, Familien und Behörden zu bieten,
- 5597 • Aufklärungskampagnen an Schulen, um junge Menschen frühzeitig zu
5598 informieren, was strafbar ist und was nicht, um so Straftaten präventiv zu
5599 verhindern.

5600

5601 Unser Ziel ist ein modernes Jugendstrafrecht, das junge Menschen erzieht,
5602 Rückfälle verhindert und sie in die Gesellschaft integriert, ohne sie durch
5603 unverhältnismäßigen Freiheitsentzug zu stigmatisieren.

5604

5605 **Justizvollzugsstandorte und Rechtsmedizin**

5606 Wir setzen auf sichere, humane und leistungsfähige Justizvollzugsstandorte
5607 sowie eine gut ausgestattete Rechtsmedizin, um rechtsstaatliche Standards,
5608 Sicherheit und Effizienz zu gewährleisten.

5609

5610 Wir wollen:

- 5611 • den Neubau der JVA Weißenfels kritisch begleiten, um sicherzustellen,
5612 dass Sicherheit, Resozialisierung und humane Bedingungen gewährleistet
5613 sind,
- 5614 • die Ablehnung von Privatisierungen und stattdessen eine Stärkung des
5615 öffentlichen Dienstes, um staatliche Verantwortung, Kontrolle und
5616 Qualität zu sichern,
- 5617 • eine Stärkung des offenen Vollzugs als Regelvollzug, um Resozialisierung
5618 und gesellschaftliche Integration zu fördern,
- 5619 • flächendeckende und gut ausgestattete forensische Spurensicherung,
5620 um effektive Ermittlungen zu gewährleisten,

- 5621 • die personelle und finanzielle Ausstattung der rechtsmedizinischen
5622 Institute, damit sie fachlich leistungsfähig bleiben,
5623 • die Bekämpfung personeller Unterbesetzung im Justizvollzug, um
5624 sichere, humane und ressourcenstarke Einrichtungen zu gewährleisten.
5625

5626 Unser Ziel ist eine moderne rechtsstaatliche Justizinfrastruktur, die Sicherheit,
5627 Resozialisierung und Effizienz vereint und humane Standards im Strafvollzug
5628 garantiert.

5629
5630 Mit all diesen Maßnahmen gestalten wir eine moderne, bürgernahe und
5631 leistungsfähige Justiz in Sachsen-Anhalt, die Rechtsschutz garantiert, Opfer
5632 schützt, Straftaten konsequent verfolgt und zugleich Prävention, Resozia-
5633 lisierung und Chancengleichheit in den Mittelpunkt stellt.

5634 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

5635
5636

5637 **18. Digitalisierung**

5638

5639 **Für eine sichere und gemeinwohlorientierte Digitalisie-**
5640 **rung**

5641

5642 **Cybersicherheit statt Überwachung**

5643 Der Cyberangriff auf den Landkreis Anhalt-Bitterfeld im Jahr 2021 hat gezeigt,
5644 wie verwundbar die Verwaltung sein kann. Wochenlang waren Behörden
5645 lahmgelegt, Bürger:innen konnten keine Anträge stellen, keine Ausweise
5646 beantragen. Die Folgen waren dramatisch: Millionenschäden, ausgefallene
5647 öffentliche Dienstleistungen und verunsicherte Menschen. Statt in eine
5648 wirksame Strategie für Informationssicherheit sowie in Personal zu investieren,
5649 wird von der CDU die Beschaffung von Überwachungssoftware forciert.

5650

5651 Die Sicherheit von Bürger:innendaten und die Verfügbarkeit von Verwaltungs-
5652 leistungen müssen absolute Priorität haben. Die Mitarbeitenden in den
5653 Verwaltungen brauchen das Know-how, um Sicherheitsrisiken zu erkennen und
5654 richtig zu reagieren. Ohne gut ausgebildetes Personal und moderne Sicher-
5655 heitsinfrastruktur bleiben unsere Verwaltungen angreifbar und damit auch die
5656 sensiblen Daten aller Bürger:innen.

5657

5658 Wir unterstützen Kommunen und Landesverwaltungen bei der Absicherung
5659 ihrer IT-Systeme, basierend auf den Anforderungen des Bundesamts für
5660 Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Personal wird systematisch in IT-
5661 Sicherheit aus- und weitergebildet. Wir lehnen den Einsatz von datenschut-
5662 zrechtlich bedenklicher Software wie Palantir ab.

5663

5664

5665 Wir wollen:

- 5666 • die Einrichtung einer Anlaufstelle für alle Kommunen, um auf Sicherheitsvorfälle zu reagieren. Erste Hilfe soll vom Land finanziert werden.
- 5667 Außerdem werden Expert:innen bereitgestellt.
- 5668
- 5669 • Notfallpläne für Cyberangriffe in allen Verwaltungen verbindlich machen,
- 5670 • Schulungen von Verwaltungsmitarbeitenden in IT-Sicherheit,
- 5671 • die Verdoppelung des Personalstands im Bereich IT-Sicherheit auf
- 5672 Landesebene,
- 5673 • finanzielle Unterstützung für kommunale IT-Sicherheitsbeauftragte,
- 5674 • eine Etablierung von Cybersicherheit als Pflichtqualifikation für alle
- 5675 Verwaltungsleitungen.
- 5676
- 5677

Verwaltungsdigitalisierung braucht konsequentes Umdenken

5678 Technologien machen unser Leben einfacher. Wir können mit einem Wisch über
5679 den Bildschirm einkaufen gehen, Termine machen oder Nachrichten versenden.
5680 Es ist also nachvollziehbar, dass dieser Wunsch nach Vereinfachung auch an
5681 die Verwaltung gerichtet wird. Doch damit die Verwaltung fit für Technologien
5682 und die Zukunft wird, braucht es einen Wandel im Denken der Verwaltung, denn
5683 aus schlechten analogen Prozessen dürfen keine schlechten digitalen Prozesse
5684 werden. Wir müssen Digitalisierung dafür nutzen, kritisch auf Abläufe und
5685 Verordnungen zu blicken. Ziel sind Entscheidungen, die keine Fragezeichen
5686 aufgrund widersprüchlicher Aussagen hinterlassen, sondern im Gegenteil das
5687 tun, was vom Staat erwartet wird: Verlässlich sein!
5688

5689 Wir wollen Untersuchungen in allen Verwaltungsbereichen durchführen, bevor
5690 digitalisiert wird. Überflüssige Aufgaben werden gestrichen, komplizierte und
5691 widersprüchliche Verfahren vereinfacht. Erst danach halten wir den Einsatz von
5692 Technologien für sinnvoll. KI wird dort eingesetzt, wo sie wirklich hilft: bei sich
5693 wiederholenden und wenig komplexen Aufgaben wie etwa der
5694 Vollständigkeitsprüfung von Anträgen. Die freiwerdende Zeit nutzen
5695 Mitarbeitende für persönliche Beratung.
5696

5697 Wir wollen:

- 5698 • den Aufbau von KI-Anwendungsfällen mit dem Fokus auf einen großen
5699 Entlastungseffekt für die Verwaltung,
- 5700 • eine systematische Prozessanalyse in allen Fachbereichen der
5701 Landesverwaltung mit der Zielstellung, widersprüchliche und doppelte
5702 Prozesse zu identifizieren,
- 5703 • die systematische Überprüfung von Verordnungen und Gesetzen, die
5704 widersprüchlich oder doppelt sind,
- 5705 • die Einführung eines verbindlichen Digital-Checks für alle neuen Gesetze
5706 und Verordnungen nach dem Vorbild der Bundesregierung,
- 5707 • eine spürbare Entlastung in den Abläufen der Verwaltung und mehr Zeit
5708 für die Anliegen von Bürger:innen.
- 5709

5710 **Digitalisierung für Menschen – nicht gegen Beschäftigte**

5711 Mit Blick auf die deutsche Verwaltungslandschaft wissen wir mittlerweile, dass
5712 Maßnahmen zur Digitalisierung und zum Bürokratieabbau in umfangreichen
5713 Maßstäben nötig sind. Jedoch darf dies nicht zu Forderungen nach dem Abbau
5714 von Stellen führen. Vielmehr muss der bestehende Personalkörper effizient
5715 eingesetzt werden.

5716 Die Debatte um Bürokratieabbau wird oft missbraucht, um Personalabbau zu
5717 rechtfertigen. Dabei waren es gerade CDU und Co., die über Jahrzehnte immer
5718 mehr Vorschriften und Bürokratie geschaffen haben. Die Menschen, die in
5719 unseren Ämtern arbeiten, geben ihr Bestes unter oft schwierigen Bedingungen.
5720 Sie sind nicht das Problem, sondern Teil der Lösung. Digitalisierung und der
5721 Einsatz Künstlicher Intelligenz müssen als Chance begriffen werden,
5722 Ressourcen besser einzusetzen.

5723

5724 Wenn durch Digitalisierung und Technologie wie KI-Aufgaben automatisiert
5725 werden, bedeutet das nicht, Stellen streichen zu müssen. Im Gegenteil: Die
5726 freiwerdenden Kapazitäten brauchen wir dringend an anderen Stellen. Vor Ort
5727 in den Bürgerbüros, um ansprechbar zu sein für Bürger:innen, die Hilfe
5728 brauchen. In den Ausländerbehörden, wo menschliche Entscheidungen gefragt
5729 sind. Das ständige Schimpfen auf „die Bürokratie“ vergiftet das gesellschaft-
5730 liche Klima und demotiviert engagierte Beschäftigte.

5731

5732 **Digitalisierung als Chance für besseren öffentlichen Dienst begreifen**

5733 Wir verbinden Digitalisierung mit einer Personalgarantie. Wir stärken die
5734 Service-Orientierung der Verwaltung durch mehr Personal in Bürgerbüros und
5735 Beratungsstellen und stellen damit sicher, dass der menschliche Kontakt zur
5736 Verwaltung und zum Staat nicht verlorengelht. Außerdem stellen wir sicher,
5737 dass digital weniger technikgeübte Bürger:innen weiterhin alle Leistungen in
5738 Anspruch nehmen können – vor Ort. Das schafft Vertrauen zwischen
5739 Bürger:innen und dem Staat.

5740

5741 Wir wollen:

- 5742 • keine Kündigungen wegen Digitalisierung,
- 5743 • ein Umschichtungsprogramm: freiwerdende Stellen aus Automatisierung
5744 in direkten Bürgerservice,
- 5745 • den Ausbau mobiler Verwaltungsangebote für den ländlichen Raum.

5746

5747 **Kompetente und neugierige Verwaltungsmitarbeitende gestalten aktiv den 5748 digitalen Wandel**

5749 Die Digitalisierung geht auch an den Verwaltungen nicht vorbei. Wer heute im
5750 öffentlichen Dienst arbeitet, muss mit ständig neuen Technologien umgehen
5751 können. Das erfordert kontinuierliche Weiterbildung und die Bereitschaft, Neues
5752 zu lernen. Viele Verwaltungsmitarbeitende bringen diese Neugier mit, aber oft
5753 fehlen Zeit und systematische Weiterbildungsangebote. Gleichzeitig gelingt es

5754 kaum noch, junge IT-Talente für den öffentlichen Dienst zu gewinnen, weil die
5755 Bezahlung nicht konkurrenzfähig ist.

5756

5757 **Die Verwaltung durch Anschluss an den technologischen Wandel nicht**
5758 **verlieren**

5759 Wenn wir unsere Verwaltungen fit für die Zukunft machen wollen, brauchen wir
5760 gezielte Investitionen in Aus- und Weiterbildung, ein neues Laufbahnver-
5761 ständnis und Einstellungskriterien für IT-Fachpersonal. Jede Mitarbeiterin und
5762 jeder Mitarbeiter muss Zugang zu digitalen Kompetenzkursen haben – nicht als
5763 einmalige Pflichtveranstaltung, sondern als kontinuierliches Angebot. Wir
5764 müssen die individuellen Stärken fördern und Menschen ermöglichen, sich in
5765 Bereichen weiterzuentwickeln, die ihnen liegen. Der öffentliche Dienst muss
5766 attraktiver werden für IT-Expert:innen und digitale Talente.

5767

5768 **Systematischer Kompetenzaufbau und attraktive Arbeitsbedingungen für IT-**
5769 **Personal**

5770 Wir führen ein Recht auf digitale Weiterbildung für alle Beschäftigten im
5771 öffentlichen Dienst ein: mindestens sieben Tage Bildungsurlaub pro Jahr für
5772 digitale Kompetenzen. Wir schaffen spezielle IT-Karrierepfade im öffentlichen
5773 Dienst mit besserer Bezahlung und mehr Entwicklungsmöglichkeiten. Junge IT-
5774 Talente können durch Stipendien und duale Studiengänge für den öffentlichen
5775 Dienst gewonnen werden.

5776

5777 Wir wollen:

- 5778 • ein Weiterbildungsbudget für digitale Kompetenzen,
- 5779 • die Einführung von IT-Zulagen für digitale Schlüsselpositionen,
- 5780 • den Start eines Mentoring-Programms zwischen IT-affinen und digital
5781 unsicheren Beschäftigten,
- 5782 • die Sensibilisierung der Personalabteilung für das Erkennen und die
5783 Gewinnung von Fachkräften,
- 5784 • die Einführung spezieller IT-Karrierepfade mit höheren Gehaltsstufen
5785 (Veränderung Laufbahnrecht),
- 5786 • Stipendienprogramm für IT-Studierende mit Verpflichtung im öffentlichen
5787 Dienst mit mindestens 100 Stipendien jährlich nach dem Vorbild von Work
5788 for Germany,
- 5789 • den Aufbau einer bundesweiten Wissensplattform, um digital verfügbare
5790 Weiterbildungen zertifiziert allen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes
5791 zur Verfügung zu stellen,
- 5792 • allen Verwaltungsmitarbeitenden Grundkompetenzen in digitalen
5793 Anwendungen vermitteln.

5794

5795 **Digitale Souveränität ist eine Frage der Zukunft von Verwaltungen**

5796 Fast jeder Arbeitsplatz in unseren Verwaltungen ist mit amerikanischer
5797 Software ausgestattet: Microsoft Office, Windows, Adobe, Zoom. Unsere E-
5798 Mails laufen über Server von Google oder Microsoft, unsere Daten liegen in

5799 Clouds, deren Rechenzentren vielleicht teilweise in Deutschland stehen, aber
5800 rechtlich vollständig US-amerikanischen Konzernen gehören. Das bedeutet: Ein
5801 Fingerzeig aus Washington, und unsere Programme könnten down sein,
5802 Mailkonten gesperrt, sensible Bürger:innendaten nicht mehr sicher. Die
5803 Abhängigkeit von großen Tech-Konzernen ist nicht nur ein technisches,
5804 sondern ein politisches und sicherheitspolitisches Risiko. Der US Cloud Act
5805 erlaubt US-Behörden Zugriff auf Daten, auch wenn sie auf europäischen
5806 Servern liegen.

5807

5808 **Eigene souveräne digitale Infrastrukturen für Verwaltungen**

5809 Digitale Souveränität ist eine Voraussetzung für einen handlungsfähigen Staat.
5810 Wir müssen raus aus der totalen Abhängigkeit von amerikanischen IT-
5811 Großkonzernen. Das ist nicht antiamerikanisch, sondern gesunder Menschen-
5812 verstand. Große Tech-Konzerne müssen Grenzen aufgezeigt bekommen.

5813

5814 Wir werden in europäische Lösungen investieren, die nach europäischen
5815 Datenschutzstandards funktionieren. Das ist die Grundlage für digitale
5816 Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Sachsen-Anhalt fördert die Entwick-
5817 lung und Anpassung quelloffener Software und setzt auf Nachnutzung
5818 bestehender souveräner Lösungen, die bereits in Deutschland im Verwaltungs-
5819 kontext entstanden sind. Wir setzen auf europäische Anbieter mit Datenschutz-
5820 garantien. Wir bauen eigene Cloud-Infrastrukturen auf Basis europäischer
5821 Rechenzentren und Technologien. Keine Verwaltungsdaten dürfen mehr auf
5822 Servern liegen, die dem US Cloud Act unterliegen. Sachsen-Anhalt unterstützt
5823 die Entwicklung europäischer Alternativen zu Microsoft, Google & Co.

5824

5825 Wir wollen:

- 5826 • die Initiierung einer Souveränitätsstrategie für Sachsen-Anhalt mit
5827 Handlungsempfehlungen,
- 5828 • eine Förderung und enge Kooperation mit dem Zentrum für Digitale
5829 Souveränität (ZenDis) sowie zivilgesellschaftlichen Einrichtungen, die die
5830 Souveränität stärken,
- 5831 • die Bestandsaufnahme aller in Verwaltungen genutzter US-Software,
- 5832 • Verbot der Neuanschaffung von Software, die dem US Cloud Act
5833 unterliegt,
- 5834 • Aufbau eigener Landesplattformen und IT-Infrastrukturen,
- 5835 • Einsicht in den Quellcode und sein Besitz als Vergabekriterium,
- 5836 • die bevorzugte Verwendung von Open-Source-Software,
- 5837 • die Migration aller E-Mail-Systeme auf europäische, datenschutz-
5838 konforme Lösungen,
- 5839 • die Ablösung von Microsoft Office durch souveräne Alternativen wie den
5840 Open Desk,
- 5841 • Sachsen-Anhalt zum führenden Bundesland bei digitaler Souveränität
5842 machen.

5843

5844 **Geld sparen – Bestehende Lösungen nachnutzen**

5845 Deutschlands digitale Verwaltung ist ein Flickenteppich. Jedes Bundesland
5846 entwickelt eigene Lösungen, jede Kommune kauft andere Software, nichts
5847 passt zusammen. Das ist ineffizient, teuer und führt dazu, dass Bürger:innen je
5848 nach Wohnort völlig unterschiedliche digitale Services erleben, sofern sie
5849 vorhanden sind. Daten können nicht zwischen Behörden ausgetauscht werden,
5850 weil die Systeme nicht kompatibel sind. Es mangelt bei den Entwicklungen an
5851 Interoperabilität.

5852

5853 **Gemeinsame Standards, offene Schnittstellen, zentrale Plattformen**

5854 Wir brauchen einen Paradigmenwechsel: Weg vom digitalen Flickenteppich, hin
5855 zu interoperablen Lösungen, die miteinander harmonieren. Das geht nur, wenn
5856 Bund, Länder und Kommunen bei der Entwicklung souveräner digitaler
5857 Lösungen zusammenarbeiten. Es geht um die Entwicklung gemeinsamer
5858 Plattformen und Fachverfahren, die überall funktionieren und miteinander
5859 kommunizieren können. Aufträge müssen an Unternehmen gehen, die
5860 nutzerfreundliche und durchdachte Lösungen entwickeln. Wirtschaftliche
5861 Partikularinteressen und Silolösungen müssen zurückgestellt werden für das
5862 Allgemeinwohl.

5863

5864 Sachsen-Anhalt setzt sich auf Bundesebene noch stärker für verbindliche
5865 Interoperabilitätsstandards ein. Wir nutzen und entwickeln gemeinsame Open-
5866 Source-Plattformen mit anderen Ländern, statt eigene Insellösungen zu bauen.
5867 Wir nutzen bereits entwickelte Lösungen anderer Länder nach. Bei Ausschrei-
5868 bungen bevorzugen wir Anbieter, die offene Schnittstellen und Interoperabilität
5869 garantieren. Die Anschlussfähigkeit an die deutschlandweite Cloud-Infra-
5870 struktur (den sogenannten Deutschland-Stack) und die Deutschlandarchitektur
5871 muss gewährleistet sein.

5872

5873 **Digitale Teilhabe für alle**

5874 Digitalisierung der Daseinsvorsorge bedeutet mehr als eine Digitalstrategie auf
5875 dem Papier. Schnelles Internet allein reicht nicht, wenn Menschen es sich nicht
5876 leisten können oder nicht wissen, wie sie es nutzen können. Eine alleiner-
5877 ziehende Mutter mit drei Kindern braucht nicht nur einen Internetanschluss,
5878 sondern auch Tablets für die Hausaufgaben und Hilfe beim Einrichten. Ältere
5879 Menschen brauchen niederschwellige Unterstützung, um digitale Behörden-
5880 gänge zu bewältigen. Menschen mit Behinderungen stoßen auf digitale
5881 Barrieren. Menschen, die nicht digital affin sind, benötigen Unterstützung vor
5882 Ort, ohne dafür in die nächste große Stadt fahren zu müssen. Digitale Daseins-
5883 vorsorge bedeutet für uns die Unterstützung von Menschen, die keinen Zugang
5884 zu Internet oder Technik haben. Es braucht niederschwellige Angebote für alle
5885 Menschen, um den Digital Gap zu verkleinern.

5886

5887 **Schluss mit der digitalen Spaltung nach Geldbeutel, Wissen und Alter**

5888 Niemand darf vom digitalen Leben ausgeschlossen werden, weil er sich kein
5889 Smartphone leisten kann oder nicht weiß, wie man eine App bedient.

5890 Gleichzeitig lehnen wir Digitalzwang ab: Wer Behördengänge analog erledigen
5891 möchte, muss das auch weiterhin können.

5892

5893 Wir führen einen Rechtsanspruch auf bezahlbaren Internetzugang ein und
5894 deckeln die Preise. Empfänger:innen von Sozialleistungen erhalten Sozialtarife
5895 für Internet und vergünstigte oder kostenlose Endgeräte. In allen Kommunen
5896 richten wir an zentralen Stellen wie etwa in Bürgerämtern oder in kleineren
5897 Orten im Tante-Emma-Laden Digital-Points mit Geräten, WLAN und fachkun-
5898 diger Beratung ein. Wir statten die Bürgerämter mit Personal aus, das dort hilft,
5899 wo das Wissen fehlt, einen Antrag digital auszufüllen. Volkshochschulen bieten
5900 kostenlose Kurse zum Erlernen digitaler Kompetenzen für den Alltag an. Alle
5901 öffentlichen digitalen Angebote müssen barrierefrei sein.

5902

5903 Wir wollen:

- 5904 • die Entwicklung einer Strategie für barrierefreie digitale Teilhabe,
- 5905 • die Einführung eines Sozialtarifs: Maximum 20 Euro/Monat für 100 Mbit/s
5906 für Empfänger:innen von Sozialleistungen;
- 5907 • ein Startkapital von 20 Millionen Euro für Geräteförderung (Tablets,
5908 Laptops) für bedürftige Familien sowie finanzielle Förderung von
5909 Initiativen wie Hardware for Future zur Schonung von Ressourcen, indem
5910 ausrangierte Geräte von Firmen oder der Verwaltung wieder aufbereitet
5911 und zur Verfügung gestellt werden,
- 5912 • die Einrichtung öffentlicher Digital-Points mit Geräten und Beratung in
5913 großen und kleinen Orten Sachsen-Anhalts,
- 5914 • flächendeckende kostenlose VHS-Kurse,
- 5915 • Beibehaltung analoger Alternativen bei allen Behördengängen,
- 5916 • alle öffentlichen digitalen Angebote barrierefrei machen.

5917

5918 **Digitale Gesundheitsvorsorge**

5919 Digitalisierung muss auch die gesellschaftlich relevanten Bereiche umfassen,
5920 wie etwa die Gesundheitsversorgung. Durch den Mangel an medizinischen
5921 Angeboten auf dem Land und ein zunehmend überlastetes Gesundheitssystem
5922 kann Digitalisierung etwa durch Telefonsprechstunden oder die Durchsetzung
5923 einer sicheren digitalen Patientenakte Entlastung bringen.

5924

5925 **Entwicklung einer Sachsen-Anhaltinischen Strategie für eine digitale**
5926 **Gesundheitsversorgung**

5927 Wir wollen:

- 5928 • Standards zum Datenaustausch in der Gesundheitsministerkonferenz,
5929 der Digitalministerkonferenz und im IT-Planungsrat etablieren,
- 5930 • in der Telemedizin digitale Sprechstunden in mindestens 50 Prozent aller
5931 Hausarztpraxen ausbauen,

- 5932 • Gesundheitseinrichtungen zur verbesserten Patient:innenversorgung
5933 miteinander vernetzen.

5934

5935 Unsere Vorschläge zielen darauf, dass alle am digitalen Leben teilhaben
5936 können, unabhängig vom Alter oder Geldbeutel.

5937 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**

5938

5939

5940 **Sachsen-Anhalt ist mehr wert**

5941

5942 Unser Land darf nicht in Unsicherheit verharren. Es braucht Investitionen in
5943 soziale Sicherheit, eine starke öffentliche Infrastruktur, eine demokratische
5944 Kultur der Beteiligung und Zukunftsperspektiven. Und eine Regierung, die sich
5945 den Herausforderungen des Landes endlich stellt.

5946

5947 Sachsen-Anhalt kann mehr – wenn die Politik es endlich möglich macht. Wir
5948 sind bereit.

5949

5950 **Wir sind der Pol der Hoffnung.**